Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. September 1980
Jg. 8 Nr. 39

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Aufstände in Nordindien flammen erneut auf

z.chm. Am Wochenende stellte die Ghandi-Regierung erneut 21 Städte in Nordindien unter militärischen Ausnahmezustand. Aufstände der muslimischen Minderheit, vor allem in Moradabad im Bundesstaat Uttar Pradesh, waren im Anschluß an Provokationen der chauvinistischen ,,Patriotenvereinigung RSS", die ein Großhindureich ohne Muslims und ohne Kastenlose predigt, erneut ausgebrochen. 60% der 350000 Einwohner Moradabads sind Moslems. Zusammen mit den kastenlosen Harijans, die nur die Dreckarbeiten verrichten dürfen, bilden sie den unterdrücktesten Teil der indischen Klassengesellschaft. Die Kongreßpartei mit Indira Ghandi war im Frühjahr mit dem Versprechen aufgetreten, ihre Lage zu verbessern. Dieses Versprechen hat sie nicht eingelöst.

Kapverden und Guinea-Bissau beschließen Zusammenschluß

z.wos. Die beiden westafrikanischen Staaten haben ihre Absicht erklärt, sich zu einem Staat zu vereinigen. Beide Völker hatten unter Führung der einheitlichen Befreiungsbewegung PAIGC den portugiesischen Kolonialismus besiegt, zunächst jedoch zwei unabhängige Staaten gegründet. Der Vereinigung sollen jeweils Wahlen zur Nationalversammlung vorangehen. – Die Nationale Volksversammlung der Republik der Kapverden hat die erste Staatsverfassung verabschiedet. In ihr wird sie als ,,souveräne, demokratische, einheitliche, antikolonialistische und antiimperialistische Republik" sowie als ,,Staat der nationalrevolutionären Demokratie" bezeichnet. Die Verfassung garantiert die ,,Meinungs-, Meinungsäußerungs-, Versammlungs-, Vereins- Demonstrations- und Religionsfreiheit" und enthält ein ,,Recht auf Bildung und Ausbildung".

Sozialimperialisten feiern die Zaren als ,,Schild Europas"

z.gek. Mit großem Staatsakt haben die neuen Herren des Kreml auf dem Kulikowo-Feld 200 km südlich von Moskau des ersten Sieges eines russischen Heeres über die Tataren im Jahr 1380 gedacht. Die Schlacht blieb Episode, die Moskowiter Großfürsten blieben

beschließen Zusammenschluß

z.wos. Die beiden westafrikanischen Staaten haben ihre Absicht erklärt, sich zu einem Staat zu vereinigen. Beide Völker hatten unter Führung der einheitlichen Befreiungsbewegung PAIGC den portugiesischen Kolonialismus besiegt, zunächst jedoch zwei unabhängige Staaten gegründet. Der Vereinigung sollen jeweils Wahlen zur Nationalversammlung vorangehen. – Die Nationale Volksversammlung der Republik der Kapverden hat die erste Staatsverfassung verabschiedet. In ihr wird sie als ,,souveräne, demokratische, einheitliche, antikolonialistische und antiimperialistische Republik" sowie als ,,Staat der nationalrevolutionären Demokratie" bezeichnet. Die Verfassung garantiert die ,,Meinungs-, Meinungsäußerungs-, Versammlungs-, Vereins- Demonstrations- und Religionsfreiheit" und enthält ein ,,Recht auf Bildung und Ausbildung".

Sozialimperialisten feiern die Zaren als ,,Schild Europas"

z.gek. Mit großem Staatsakt haben die neuen Herren des Kreml auf dem Kulikowo-Feld 200 km südlich von Moskau des ersten Sieges eines russischen Heeres über die Tataren im Jahr 1380 gedacht. Die Schlacht blieb Episode, die Moskowiter Großfürsten blieben

Speichellecker und Steuereintreiber der Tataren-Chans, bis sie 100 Jahre später groß und reich genug waren, um sich selbst zu obersten Despoten aufzuschwingen. – Außer zur weiteren Rehabilitierung der alten Zaren dienten die Feierlichkeiten speziell dazu, die letzthin häufig beschworene Mission Rußlands ,,als Europas Schild gegen die tatarisch-mongolische Invasion" aufzuwärmen. Ganz aktuell natürlich. Staatsdichter Jewtuschenko, der sich schon wiederholt gegen die ,,gelbe Gefahr", die ,,neuen Dschingis Khans" etc. in die Bresche geworfen hat, bekam für ein Poem in der ,,Literaturnaja Gaseta" diesmal eine volle Seite.

Palästinenser im zionistischen Staat für die PLO

z.chm. Auf einer Delegiertenversammlung in Chefaram in Galiläa erklärten 140 gewählte Vertreter der 600000 Palästinenser, die im zionistischen Staat leben, daß sie ,,ein untrennbarer Teil des palästinensischen Volkes" seien und daß ,,ihre Zukunft von einer gerechten Lösung der Palästinafrage" abhänge. In der Abschlußerklärung – als Entwurf für eine Nationalcharta konzipiert – halten die Delegierten fest, daß die PLO ,,der einzige Vertreter" des palästinensischen Volkes sei. Sie lehnen die sog. Autonomieregelung ab, wie sie im Separatabkommen zwischen Ägypten und Israel für das Westufer und den Gazastreifen vorgeschlagen wird. Sie fordern das Recht auf Selbstbestimmung. Diese Nationalcharta ist die politische Grundlage für einen Nationalkongreß, der im November stattfinden soll. Auf Unterstützung der PLO stehen im zionistischen Staat hohe Gefängnisstrafen.

An der Staatsschuld verdient das Bankkapital

Wenn Bankiers und Bischöfe Senkung der Staatsverschuldung sagen, meinen sie Haushaltssanierung

z.frb. Noch ehe durch den vorzeitig veröffentlichten Hirtenbrief bekannt geworden war, ,,was die Gebote Gottes in der Politik fordern", hatte Dr. Wilfried Guth in der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gefordert: ,, Ein Abbau der staatlichen Neuverschuldung, das heißt eine Haushaltskonsolidierung, muß also vorrangiges Ziel der Bundesregierung sein." Über diesen Artikel gab es keine öffentliche Debatte. Guth ist Bankier, Vorstandssprecher der größten westdeutschen Bank, der Deutschen Bank. Wenn Guth eine Verminderung der Staatsverschuldung verlangt, so sagt dies über die künftige Regierungspolitik mehr als die Verkündung eines Hirtenbriefes von 12000 Kanzeln. Der Bankier ist nämlich im Besitz des Geldes, das die Regierung leihen muß, während die Bischöfe bloß im Besitz der göttlichen Wahrheit sind. Es heißt, Helmut Schmidt hole sich in schwierigen Fragen gern Rat bei dem Bankier Guth. Und vor Jahresfrist hatte er ihm den Präsidentenposten der Bundesbank angeboten.

Die Bischöfe sehen ihre Warnung vor der ,,gefährlich hohen Staatsverschuldung" als ,,sittliche Entscheidung". ,,Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten." Häufig wird vorgetragen, die Staatsschuld belaste die kommende Generation, die dann zahlen müsse, was heute über die Maßen konsumiert werde.

Doch dies ist Unsinn. Denn die Staatsschuld, die ,,die kommende Generation" zurückzahlen muß, zahlt sie nicht an ,,die jetzige Generation", sondern die Steuerzahler der kommenden Generation zahlen Zins und Rückzahlung an die Gläubiger des Staates zu selbiger Zeit. Nicht eine Generation zahlt an die andere, sondern die besitzlose Klasse zahlt an die besitzende Klasse, die einen Teil ihres flüssigen Kapitals zinstragend an den Staat verliehen hat. Gibt der religiöse Arbeiter ein Opfer in den Klingelbeutel, so wird auch hierdurch ,,die Generation" we-

im Besitz der göttlichen Wahrheit sind. Es heißt, Helmut Schmidt hole sich in schwierigen Fragen gern Rat bei dem Bankier Guth. Und vor Jahresfrist hatte er ihm den Präsidentenposten der Bundesbank angeboten.

Die Bischöfe sehen ihre Warnung vor der ,,gefährlich hohen Staatsverschuldung" als ,,sittliche Entscheidung". ,,Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten." Häufig wird vorgetragen, die Staatsschuld belaste die kommende Generation, die dann zahlen müsse, was heute über die Maßen konsumiert werde.

Doch dies ist Unsinn. Denn die Staatsschuld, die ,,die kommende Generation" zurückzahlen muß, zahlt sie nicht an ,,die jetzige Generation", sondern die Steuerzahler der kommenden Generation zahlen Zins und Rückzahlung an die Gläubiger des Staates zu selbiger Zeit. Nicht eine Generation zahlt an die andere, sondern die besitzlose Klasse zahlt an die besitzende Klasse, die einen Teil ihres flüssigen Kapitals zinstragend an den Staat verliehen hat. Gibt der religiöse Arbeiter ein Opfer in den Klingelbeutel, so wird auch hierdurch ,,die Generation" we-

der reicher noch ärmer, nur der Bischof wird reicher und der Arbeiter noch ärmer.

Das heutige Ausmaß der Staatsverschuldung ist das Ergebnis einer tiefen Krise, in der die kapitalistische Wirtschaft aufgrund der ihr innewohnenden Widersprüche geraten ist. Sie ist auch viel rascher gewachsen als die Verschuldung der Industriekapitalisten. Während die Kreditaufnahme der 800 größten Aktiengesellschaften Ende 1973 bis Ende 1978 um 31% gestiegen ist, stieg die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte um 142%. Im normalen Gang der kapitalistischen Produktion beschleunigt der Kredit den Reproduktionsprozeß des Kapitals und treibt ihn zur äußersten Anspannung. Geld, das sich bei einzelnen Kapitalisten ansammelt, ohne daß es dort Anlage findet, wird zu Leihkapital und von einem anderen Kapitalisten angewendet, der damit zusätzlichen Profit herausschlägt und aus diesem zusätzlichen Profit Zins zahlt. Erst wenn Leihkapital brach liegt, kein Anwender sich findet, der sich zusätzlichen Profit verspricht, hat der Staatskredit auf den Plan zu treten. Zins wird jetzt nicht gezahlt aus dem Profit, den das verliehene Kapital aus seiner Anwendung im Produktions- und Ausbeutungsprozeß abwirft, sondern Zins wird gezahlt aus Steuergeld, das die staatliche Hoheit eingetrieben hat.

Ist es nicht eine wundersame Verdrehung, wenn gesagt wird, Staatsverschuldung sei notwendig zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum, wo es in Wirklichkeit bloß darum geht, lahmende Kapitalmassen durch staatlich garantierten Zins wieder flott zu machen? Die Wahlpropaganda der SPD hat es verstanden, die den ökonomischen Interessen der die gesellschaftliche Produktion beherrschenden Klasse entspringende Staatsverschuldung für die Interessen der Arbeiter auszugeben, und verschiedentlich wird versucht, diese Verdrehung durch die Gewerkschaftspresse weiterzugeben. Natürlich mag vorübergehend die Nachfrage nach ausbeutbarer Arbeitskraft steigen, wenn die Profitseele der Kapitalisten aufgeputscht wird. Aber wann je war eine solche Politik, die die Abhängigkeit vom Kapital erhöht, im Interesse der Arbeiterklasse?

herausschlägt und aus diesem zusätzlichen Profit Zins zahlt. Erst wenn Leihkapital brach liegt, kein Anwender sich findet, der sich zusätzlichen Profit verspricht, hat der Staatskredit auf den Plan zu treten. Zins wird jetzt nicht gezahlt aus dem Profit, den das verliehene Kapital aus seiner Anwendung im Produktions- und Ausbeutungsprozeß abwirft, sondern Zins wird gezahlt aus Steuergeld, das die staatliche Hoheit eingetrieben hat.

Ist es nicht eine wundersame Verdrehung, wenn gesagt wird, Staatsverschuldung sei notwendig zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum, wo es in Wirklichkeit bloß darum geht, lahmende Kapitalmassen durch staatlich garantierten Zins wieder flott zu machen? Die Wahlpropaganda der SPD hat es verstanden, die den ökonomischen Interessen der die gesellschaftliche Produktion beherrschenden Klasse entspringende Staatsverschuldung für die Interessen der Arbeiter auszugeben, und verschiedentlich wird versucht, diese Verdrehung durch die Gewerkschaftspresse weiterzugeben. Natürlich mag vorübergehend die Nachfrage nach ausbeutbarer Arbeitskraft steigen, wenn die Profitseele der Kapitalisten aufgeputscht wird. Aber wann je war eine solche Politik, die die Abhängigkeit vom Kapital erhöht, im Interesse der Arbeiterklasse?

Auch die Bundesbank nimmt in ihrem dieser Tage erscheinenden Monatsbericht Stellung zu den öffentlichen Finanzen. Danach hat das Defizit der zentralen Haushalte von Bund und Ländern bereits im ersten Halbjahr eine Höhe erreicht, wie es für das gesamte Jahr erwartet worden war. Einerseits wirken sich Steuernachlässe für die Kapitalisten (Abschaffung der Lohnsummensteuer, Gewerbesteuersenkung) auf die Einnahmen aus, die hauptsächlichen Ursachen aber liegen auf der Seite der Ausgaben. ,,Schwerpunkte der Ausgabensteigerung des Bundes lagen bei den Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften, den Zinsaufwendungen, den militärischen Beschaffungen und der Darlehensgewährung (insbesondere für Zwecke der Entwicklungshilfe)", heißt es bei der Bundesbank. Und weiter: ,,Alles in allem zeichnet sich ab, daß die Gebietskörperschaften das vom Finanzplanungsrat im November 1979 anvisierte Ziel, 1980 einen ersten Schritt in Richtung auf einen Defizitabbau zu tun, nicht erreichen werden". Was die Kapitalisten fürchten ist, daß ihr Staatsapparat finanziell unbeweglich wird. Kürzung staatlicher Zahlungen (ohne zu sagen, welche) fordert die CDU/CSU. Ausgleich unterschiedlicher Reproduktionskosten durch den Staat, dadurch Senkung des Lohns auf das notwendigste, ist das Konzept der SPD. Die Sozialdemokraten haben mit der ,,öffentlichen Armut" gedroht. Dann hat die SPD-Regierung beschlossen: Forschungsförderung, Energieforschung, Schiffsbauzuschüsse, Verkehrsinvestitionen, Polizeiaufrüstung, Fregattenprogramm ...

Weltweit Forderung nach Freilassung Kims



Die südkoreanische Militärdiktatur unter General Chun hat gegen Kim Dae-jung das Todesurteil, gegen 23 Mitangeklagte Gefängnis bis zu 20 Jahren verhängt. Der Kriegsrechtskommandant hat dies inzwischen bestätigt. Kim wurde u.a. der Verschwörung und der Verletzung des Anti-Kommunismus-Gesetzes beschuldigt. Zunächst durch Folterungen zu falschen Geständnissen gepreßt, haben die Angeklagten vor Gericht mutig widerrufen. – Die US-Regierung taktiert nach

Weltweit Forderung nach Freilassung Kims



Die südkoreanische Militärdiktatur unter General Chun hat gegen Kim Dae-jung das Todesurteil, gegen 23 Mitangeklagte Gefängnis bis zu 20 Jahren verhängt. Der Kriegsrechtskommandant hat dies inzwischen bestätigt. Kim wurde u.a. der Verschwörung und der Verletzung des Anti-Kommunismus-Gesetzes beschuldigt. Zunächst durch Folterungen zu falschen Geständnissen gepreßt, haben die Angeklagten vor Gericht mutig widerrufen. – Die US-Regierung taktiert nach
außen hin. Westliche Politiker haben vor Vollstreckung gewarnt. In Japan streikten 20000 Dockarbeiter, der Protest ist zur Massenbewegung angewachsen. – *Bild:* Kim auf einer Pressekonferenz nach seiner Entführung aus Japan 1973.

Metallgewerkschaften Italiens für Generalstreik gegen Fiat-Entlassungen

15000 Entlassungen sind bereits eingeleitet / Weniger Beschäftigte sollen mehr arbeiten

z.gih. Am 18. September haben sich die Metallgewerkschaften in Italien für einen Streik ausgesprochen und den Hauptverbänden der Gewerkschaften einen Generalstreik vorgeschlagen. Damit sollen die von den Fiat-Kapitalisten eingeleiteten 15000 Entlassungen verhindert werden. Bereits seit Donnerstag der Vorwoche streiken die Arbeiter in den verschiedenen Werken des Fiat-Konzerns. Bei der Fiat/Lancia in Chivassa (Turin) halten die streikenden Arbeiter die in der Vorwoche begonnene Blockade der An-und Abtransporte aller Waren und fertigen Fahrzeuge aufrecht. Seit Mittwoch sperren die Arbeiter auch im Hauptwerk Mailand-Desio (Autobianchi) den Abtransport der dort hergestellten Autos A 112 und Fiat Panda. Auch aus den Mailänder Lastwagenwerken OM wird der Abtransport der fertiggestellten LKWs verhindert. Nachdem die streikenden Arbeiter die Fiat-Hauptverwaltung blockiert haben, haben sich die Kapitalisten an einen geheimgehaltenen Ort zurückgezogen.

Die Fiat-Kapitalisten wollen die Produktion umorganisieren, damit sie aus der Autokrise gestärkt herauskommen. Dazu haben sie den Gewerkschaften folgenden Plan vorgelegt: 24000 Arbeiter und Angestellte sollten entlassen werden. Ihr Lohn sollte durch die staatliche Lohnausgleichskasse weiter gezahlt werden. Nach der Umorganisation zu Ende des Jahres wollten sie 12000 Mann wieder einstellen, 5000 bis 6000 vorzeitig pensionieren und 5000 bis 6000 in andere Betriebe weitervermitteln.

Die Gewerkschaften haben das strikt abgelehnt und stattdessen gefordert: Keine Entlassungen, ,,das freigesetzte Arbeitspensum (soll) auf alle Betriebsangehörige verteilt werden". Da sie nicht gleichzeitig einen Lohnausgleich gefordert haben, läuft das auf Kurzarbeit für die gesamte Belegschaft hinaus. Außerdem haben sie sich für Umbesetzungen innerhalb des Konzerns eingesetzt.

Insgesamt beschäftigt Fiat 140000 Arbeiter und Angestellte in Italien (350000 weltweit). Von Ende Mai bis Ende Juni haben sich die Autolager bei Fiat von 30000 auf 60000 verdoppelt. Auf dem inländischen Markt haben die italienischen Automarken 1979 gegenüber VW, Renault und Talbot verloren, was auch durch einen Zuwachs im ersten Quartal 1980 nicht wieder aufgeholt werden konnte. Im Außenhandel hatte die Automobilproduktion 1979 erstmals ein Defizit von 67,7 Mrd. Lire (1978: +389,8 Mrd. Lire). Im ersten Quartal 1980 ist der Verkauf italienischer PKWs in Europa um 10 – 15 Prozent zurückgegangen, in den USA um 20 – 25 Prozent. Um 200000 Einheiten will Fiat nun die PKW-Produktion drosseln, was 13% der Gesamtproduktion an Autos in Italien ausmacht.

Auch durch staatliche Zuschüsse wollen sich die Fiat-Kapitalisten nicht von ihren Plänen abbringen lassen. ,,... wir wollen dazu kommen, daß mehr von weniger Beschäftigten produziert wird." Die Gewerkschaften wollen sich auf die ,,notwendigen Sanierungsmaßnahmen" auf Kosten der Arbeiter nicht einlassen. Bisher haben sie in den letzten Jahren jeweils Entlassungen verhindern können, und das wollen sie auch gegen Fiat durchsetzen.



Seit dem 11. September führen die Fiat-Arbeiter Warnstreiks durch. ,,Alle Produktionsstätten stehen praktisch still", erklärte ein Fiat-Sprecher.

z.lup. **Einen Tag nach seiner Eröffnungsrede als Präsident der 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich der Leiter der UN-Delegation der BRD, von Wechmar,** die erste Beschwerde der Arabischen Liga eingefangen. Von Wechmar hatte in der Antrittsrede eine Lösung des Nahost-Konflikts auf Grundlage der UNO-Sicherheitsratsresolution 242 vorgeschlagen. In dieser Resolution vom November 1967 werden die Rechte des palästinensischen Volkes nicht erwähnt, das palästinensische Volk wird hierin nur als Flüchtlingsproblem behandelt. Der Beobachter der Arabischen Liga, Clovis Maksud, kritisierte, daß von Wechmar spätere Beschlüsse der UNO, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkannt und bekräftigt hätten, unerwähnt gelassen habe. Er hoffe, daß dies ,,ein sprachliches Versehen und kein Plan“ sei, und daß von Wechmar seine Ausführungen noch ergänzen werde, sagte Clovis Maksud. – Der Präsident der jährlichen UNO-Generalversammlung wird turnusmäßig aus jeweils verschiedenen, geographisch umrissenen Staatengruppen gewählt. Dieses Jahr war Westeuropa dran. Infolgedessen gab es keinen Kandidaten aus den Reihen der Blockfreien, und nachdem sein spanischer Konkurrent zurückgezogen hatte, war von Wechmar die Wahl sicher. Die Bundesregierung hat größeres Aufhebens um diese Wahl gemacht und sie als Krönung ihrer erfolgreichen Außenpolitik gerühmt, die den BRD-Imperialismus als Partner der Blockfreien auszugeben versucht. Die Wahl von Wechmars kann aber für die Bundesregierung ziemlich zweischneidig werden. Als Präsident der Generalversammlung muß von Wechmar die Beschlüsse der Generalversammlung bei der einen oder anderen Gelegenheiten vertreten – einschließlich derer, die die BRD beharrlich bekämpft hat. Das kann ihn noch in unangenehme Situationen bringen.

z.frb. **Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttosozialprodukt im zweiten Vierteljahr 1980 gegenüber den drei Monaten zuvor real gesunken.** Im ersten Vierteljahr war das Sozialprodukt im Vergleich zum Vorjahr noch um 5,8% gestiegen; im zweiten Vierteljahr ergab sich dann nur noch eine Steigerung von 1,5%, so daß es dem Umfang nach gegenüber Januar – März wieder schrumpfte. Dabei muß beim Vergleich erstes Vierteljahr 1980 zu entsprechendem Vierteljahr 1979 berücksichtigt werden, daß einige Umstände 1979 die Produktion außergewöhnlich einschränkten (schlechtes Wetter in der Bauwirtschaft, Auswirkungen des Streiks der Stahlarbeiter). In den Vierteljahren des Jahres 1979 hatten die entsprechenden Zuwachsraten – 4,5 Prozent, 4,9 Prozent, 4,1 Prozent und 4,7 Prozent – betragen. Das Bruttosozialprodukt ist ein unsauberer Ausdruck für das gesellschaftliche Wertprodukt, gibt aber einen ungefähren Eindruck von der wirtschaftlichen Entwicklung. Abgeschwächt hat sich auch

Wechmars kann aber für die Bundesregierung ziemlich zweischneidig werden. Als Präsident der Generalversammlung muß von Wechmar die Beschlüsse der Generalversammlung bei der einen oder anderen Gelegenheiten vertreten – einschließlich derer, die die BRD beharrlich bekämpft hat. Das kann ihn noch in unangenehme Situationen bringen.

z.frb. **Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes ist das Bruttosozialprodukt im zweiten Vierteljahr 1980 gegenüber den drei Monaten zuvor real gesunken.** Im ersten Vierteljahr war das Sozialprodukt im Vergleich zum Vorjahr noch um 5,8% gestiegen; im zweiten Vierteljahr ergab sich dann nur noch eine Steigerung von 1,5%, so daß es dem Umfang nach gegenüber Januar – März wieder schrumpfte. Dabei muß beim Vergleich erstes Vierteljahr 1980 zu entsprechendem Vierteljahr 1979 berücksichtigt werden, daß einige Umstände 1979 die Produktion außergewöhnlich einschränkten (schlechtes Wetter in der Bauwirtschaft, Auswirkungen des Streiks der Stahlarbeiter). In den Vierteljahren des Jahres 1979 hatten die entsprechenden Zuwachsraten – 4,5 Prozent, 4,9 Prozent, 4,1 Prozent und 4,7 Prozent – betragen. Das Bruttosozialprodukt ist ein unsauberer Ausdruck für das gesellschaftliche Wertprodukt, gibt aber einen ungefähren Eindruck von der wirtschaftlichen Entwicklung. Abgeschwächt hat sich auch die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen, wenngleich sie noch immer weit rascher als der private Verbrauch gestiegen sind. Den Übergang zur Krise zeigen auch die Daten zur Entwicklung der Industrieproduktion an. Die Meßzahl für das produzierende Gewerbe lag im Juni 2% unter dem Stand des Jahres 1979.

z.vol. **Die Verhandlungen über die Kreditbedingungen für Polen sind abgeschlossen.** Von einem westdeutschen Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank wird Polen einen 1,2 Mrd. DM (650 Mio. $) Kredit zu den schlechtestmöglichen internationalen Bedingungen erhalten. Die reinen Zinskosten sind über 10%, dazu kommen noch die Bankkosten. Die Verschuldung Polens bei den westlichen Imperialisten liegt jetzt bei über 20 Mrd. $, davon wurden 2,6 Mrd. im ersten Halbjahr aufgenommen. Dies entspricht ⅓ des polnischen Bruttoinlandsprodukts. 1980 müssen allein 5,8 Mrd. $ getilgt und 1,8 Mrd. $ an Zinsen bezahlt werden. ⅔ des westdeutschen Kredits ist reine Umschuldung auf schlechtere Kreditbedingungen, ⅓ soll dazu dienen, Kohlevorkommen zu erschließen, dieser Teil ist durch die Bundesregierung verbürgt. Da die Sowjetunion und die anderen RGW-Staaten ihre Lieferverpflichtungen aus Kooperationsabkommen im ersten Halbjahr nur zu 44% erfüllt haben, die chemische Industrie z.B. konnte u.a. deshalb den Plan nur zu 36% erfüllen, muß Polen im Westen kaufen. Die ,,Hilfeleistungen“ der SU und den anderen RGW-Staaten jetzt bestehen in etwas höherer Einhaltung der Lieferverpflichtungen und der Beteiligung an der Kreditplünderung Polens. Mit insgesamt 960 Mio. $ sind die SU und die DDR im ersten Halbjahr eingestiegen.

z.ebk. **Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat jetzt eine Berechnung der tatsächlichen Steuerentlastungen durch das Steueränderungsgesetz 1981 vorgelegt.** Daraus ergibt sich, daß der Löwenanteil der Entlastungen den Einkommen oberhalb von 3000 DM/mtl. zugutekommt: Gerade 15,4% der durch das Steueränderungsgesetz 1981 bewirkten Steuermindereinnahmen werden bei den Lohn- und Gehaltsbeziehern unter 3000 DM weniger erhoben. Das sind aber 64,3% der Steuerpflichtigen insgesamt, die 1977 immerhin 36% des Lohnsteueraufkommens abführen mußten. Obwohl die durchschnittliche Steuerentlastung pro Kopf und Jahr 301 DM beträgt, liegen die Lohn- und Gehaltsbezieher bis einschließlich 4166 DM/mtl. unter diesem Durchschnitt, während die Bezieher höherer Gehälter entsprechend weit darüber liegen. Für die in Klasse III eingestuften Lohnsteuerpflichtigen ergibt die Steueränderung bis einschließlich 1000 DM/mtl. gar keine Minderung der Steuerlast.

Jahresbruttol. und -gehälter	Steuerpfl. in %	Steuerentlastung 1981 pro Kopf in DM	in %
– 9600	17,4	– 8	– 21,1
9 600 – 12000	3,6	– 31	– 7,0
12 000 – 16000	6,8	– 53	– 5,8
16 000 – 20000	7,7	– 53	– 3,4
20 000 – 25000	10,0	– 67	– 2,9
25 000 – 36000	18,8	– 155	– 4,0
36 000 – 50000	15,5	– 281	– 4,3
50 000 – 75000	12,3	– 672	– 5,6
75 000 – 100000	4,9	– 1 351	– 6,4
100 000 u. mehr	3,0	– 2 079	– 4,2

z.ndh. **Durch eine Umsatzsteigerung auf 7,46 Mrd. Dollar (Vorjahr 5,75 Mrd.) hat der Siemens Konzern den japanischen Matsushita-Konzern mit 5,18 Mrd. Dollar Umsatz (5,82 Mrd.) überholt und damit Platz vier der Rangliste der Elektro-Unternehmen erreicht.** Vor Siemens liegen IBM (USA) mit 18,34 Mrd. Dollar (17,1 Mrd.), N. V. Philips (Niederlande) mit 11,70 (12,25 Mrd. Dollar) und Western Electric mit 7,98 Mrd. Dollar Umsatz (Vorjahr 6,8). Besonders auf dem US-Markt konnte Siemens vordringen; der Konzern erwartet dort eine Umsatzsteigerung um ein Drittel. Die Hälfte des Wachstums erfolgt aus Beteiligungen und Aufkäufen, für die Siemens im letzten Jahr rund 100 Mio. Dollar Kapital in die USA exportierte. Bei den Bauelementen stieg der Umsatz, ohne Berücksichtigung der Aufkäufe, in den letzten 12 Monaten um 37%. Möglich ist diese Expansion durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter. 1978/79 schufen die Arbeiter pro Arbeitsstunde einen Neuwert von 51,35 DM, 1971/72 waren es 27,63 DM.

z.mac. **Mit ca. 6300 abgeschlossenen Abfindungsverträgen haben die Fordkapitalisten die angestrebte Zahl der Entlassungen in den Kölner und Dürener Werken bereits übertroffen.** Die Abfindungsaktion ist eingestellt. Die

50 000 – 75000	12,3	– 672	– 5,6
75 000 – 100000	4,9	– 1 351	– 6,4
100 000 u. mehr	3,0	– 2 079	– 4,2

z.ndh. **Durch eine Umsatzsteigerung auf 7,46 Mrd. Dollar (Vorjahr 5,75 Mrd.) hat der Siemens Konzern den japanischen Matsushita-Konzern mit 5,18 Mrd. Dollar Umsatz (5,82 Mrd.) überholt und damit Platz vier der Rangliste der Elektro-Unternehmen erreicht.** Vor Siemens liegen IBM (USA) mit 18,34 Mrd. Dollar (17,1 Mrd.), N. V. Philips (Niederlande) mit 11,70 (12,25 Mrd. Dollar) und Western Electric mit 7,98 Mrd. Dollar Umsatz (Vorjahr 6,8). Besonders auf dem US-Markt konnte Siemens vordringen; der Konzern erwartet dort eine Umsatzsteigerung um ein Drittel. Die Hälfte des Wachstums erfolgt aus Beteiligungen und Aufkäufen, für die Siemens im letzten Jahr rund 100 Mio. Dollar Kapital in die USA exportierte. Bei den Bauelementen stieg der Umsatz, ohne Berücksichtigung der Aufkäufe, in den letzten 12 Monaten um 37%. Möglich ist diese Expansion durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter. 1978/79 schufen die Arbeiter pro Arbeitsstunde einen Neuwert von 51,35 DM, 1971/72 waren es 27,63 DM.

z.mac. **Mit ca. 6300 abgeschlossenen Abfindungsverträgen haben die Fordkapitalisten die angestrebte Zahl der Entlassungen in den Kölner und Dürener Werken bereits übertroffen.** Die Abfindungsaktion ist eingestellt. Die Zufuhr der ehemaligen Fordarbeiter hat die industrielle Reservearmee im Kölner Gebiet aufgestockt. Am 30. August hatte das Kölner Arbeitsamt 3000 arbeitslose ehemalige Fordarbeiter registriert; lag die Arbeitslosenquote in NRW (Arbeitslose in % der Beschäftigten) zu diesem Zeitpunkt bei 4,6%, so stieg sie in Köln gegenüber dem Vormonat um 2,7% auf 5,7% an, die absolute Zahl der Arbeitslosen stieg auf 23672. Das Arbeitsamt hat jetzt ,,schwere Vermittelbarkeit“ der entlassenen Fordarbeiter festgestellt. 90% der ehemaligen Fordarbeiter sind ungelernte Arbeitskräfte, der größte Teil türkische und italienische Arbeiter. Obwohl die meisten noch unter 40 Jahre alt sind, seien die Kapitalisten gerade gegenüber der Einstellung dieser ausländischen Arbeiter ,,äußerst reserviert“. Amtlich bestätigt ist jetzt, daß für die Mehrheit der 6300 Fordarbeiter die Entlassung mit Lohnsenkung verbunden sein wird. Haben sie bei Ford durchschnittlich 13 DM pro Stunde verdient, so stellt das Arbeitsamt jetzt deutlichen Abfall im Lohnniveau bei den neuangebotenen Stellen fest. Das niedrigste Angebot liegt bei 5 DM pro Stunde. Das Arbeitsamt beklagt die ,,mangelnde Mobilität der ausländischen Arbeiter“, die nicht bereit und in der Lage dazu sind, entsprechend den Ausbeutungsbedürfnissen der west deutschen Kapitalisten durch das Land zu ziehen.

z.smm. **In den vergangenen Wochen führte der Vorstand der IG Metall Gespräche mit den im Bundestag vertretenen Parteien.** Er reagierte damit auf die Tatsache, daß er in Verhandlungen mit dem Vorstand des Mannesmannkonzerns nicht mehr weiter gekommen ist, bei der Festschreibung der Montanmitbestimmung für den gesamten Mannesmannkonzern. Der Bundestag soll gesetzliche Regelungen zur Sicherung der Montanmitbestimmung schaffen. Im Hinterkopf hatte die Regierungssozialdemokratie natürlich, Kapital für den Wahlkampf herauszuschlagen gegenüber der CDU/CSU. Unter der Regie von Strauß haben aber die Sozialausschüsse der CDU sich für den Erhalt der Montanmitbestimmung ausgesprochen und damit den Sozialdemokraten in dieser Frage den Wind aus den Segeln genommen. Dazu ,,Die Quelle“, Funktionärszeitschrift des DGB: ,,Der Erfolg der Sozialausschüsse, die CDU/CSU auf eine Sicherung der Montanmitbestimmung festzulegen, verdient Anerkennung ... reicht aber nicht aus.“

z.hew. **Die VW-Stiftung finanziert eine Studie über die Arbeiterbewegung in Polen.** Die Freie Universität in Westberlin soll die Studie über die ,,politisch-gesellschaftlichen Programme der polnischen Systemkritiker“ erstellen. Vor allem soll die Frage geklärt werden, ob die derzeitige Bewegung in Polen in erster Linie traditionsbedingt sei, oder ob sie ein Produkt der sozialistischen Industriegesellschaft ist, erklärte die Stiftung. Für die Ausschnüffelung der polnischen Arbeiterbewegung stellt die Stiftung 1870000 DM bereit. Die Nutzung dieser Studie im Rahmen der Ostpolitik wird denn auch im Preis enthalten sein. Dieses Projekt steht im Rahmen einer Reihe von Untersuchungen, zu denen auch ein mit 250000 DM bezahltes Projekt über das Verhalten der Arbeiter in Krisenzeiten gehört.

z.gkr. **Am 16. September besuchten Schmidt und Apel das Manöver Sankt Georg, das vom III. Korps der Bundeswehr im Raum Vogelsberg-Fulda und nördlich des Spessart durchgeführt wurde.** 44000 deutsche Soldaten, darunter 5000 Reservisten, und 3000 US-Soldaten waren daran beteiligt. Es ging vom 15. – 19. September. ,,Besonderes Augenmerk wird auf die Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe und das Zusammenwirken mit alliierten Verbänden und dem Territorialheer gelegt.“ So schrieb das Verteidigungsministerium über die Manöverziele. Der neue Flugabwehrpanzer Gepard sei zum ersten Mal getestet worden. Für die nächsten Jahre haben die Politiker in den vergangenen Wochen schon weitere und raschere Steigerungen der Ausgaben für militärische Beschaffung angekündigt. 1970 lagen diese noch bei 6,7 Mrd. DM (7,2% des Bundeshaushalts), 1980 waren sie auf 15,5 Mrd. DM (7,2% des Bundeshaushalts) gestiegen. Vor 1970 waren die Ausgaben für Beschaffung zeitweise gesunken, ihr Anteil an den gesamten Militärausgaben, die nach den NATO-Richtlinien unter ,,Verteidigung“ zusammengefaßt werden, erhöhte sich seit 1970 von 33,5% auf 40,3% im Jahre 1980. Apel kündigte auf dem Manöver erneut eine Erhöhung der Wehrdienstzeit nach 1986 an.

z.hew. **Unter der Parole ,,Einschränkung der Verfügungsrechte des Vermieters – nein“ ist der wohnungsbaupoltische Sprecher der FDP, Gattermann, angetreten.** Zu den Vorhaben der Bundesregierung, einen Mustervertrag für die Modernisierung von Wohnungen zu erstellen, sagte er: ,,Unter keinen Umständen wird die FDP Versuche hinnehmen, den nicht-modernisierungsbereiten Vermieter dazu zu zwingen“. Er erklärte, die FDP lehne alle Bestrebungen ab, Mieter mit staatlichen Hilfen bei der Modernisierung von Wohnungen zu unterstützen, wenn der Vermieter nicht einverstanden ist. Alle Modernisierungsvorhaben an Wohnungen müßten vertraglich zwischen Mieter und Vermieter vereinbart sein. Damit wird der Spekulation mit baufälligen Wohnhäusern, die bis zum Erreichen eines günstigen Grundstückpreises weitervermietet werden, Tür und Tor geöffnet.

Streik der Reichsbahn-Arbeiter in Westberlin

Gleichstellung mit Bundesbahnern gefordert / DDR bezeichnet Streik als Provokation

z.axk. Seit dem 17. 9. wird der Güterverkehr und die S-Bahn der Deutschen Reichsbahn in Westberlin bestreikt. Die wichtigsten Stellwerke für den Zugverkehr wurden von den Streikenden besetzt und Stromschienen z. T. unterbrochen, so daß der Güterverkehr lahmgelegt wurde und die S-Bahn bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr fährt. Das am 18. 9. gewählte Streikkomitee erhebt folgende zentrale Forderungen an das Verkehrsministerium der DDR:

1. Einstellung aller entlassenen Kollegen und keine weiteren Repressalien in Form von Disziplinarmaßnahmen
2. Angleichung an die Besoldung bei der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines kündbaren Tarifvertrages
3. Verbesserung der sozialen Leistungen (Lohnfortzahlung bei Krankheit, vier Tage mehr Urlaub, freie Arztwahl usw.)
4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Überstundenabbau

Seit Jahren hinkt das Lohnniveau der Reichsbahner hinter dem von Bundesbahn und BVG hinterher. Zwischen 1640 und 1800 DM netto ist der Lohn eines für DR-Verhältnisse relativ gut bezahlten S-Bahn-Triebfahrzeugführers – 400 bis 600 DM weniger als ein U-Bahn-Fahrer erhält, oder ein Lokführer der Bundesbahn. Urlaubsgeld gibt es nicht. Überstunden von 1000 und mehr im Jahr – und das bei Schichtarbeit an Sonn- und Feiertagen – werden gemacht, teilweise unter Zwang. Wird ein Reichsbahner krank, sinkt automatisch sein Lohn. Erstens fallen die Leistungszulagen weg, zweitens wird der Grundlohn auf 70% nach längerer Krankheit gesenkt. Absprachen zwischen Betriebsleitung und den Poliklinik-Ärzten, ob Krankheit vorliegt oder ,,gebummelt“ wird, sind üblich. Die Beschäftigten haben keine Möglichkeit, zu Westberliner Ärzten zu gehen.

Entlassungen im Frühjahr, die viel zu niedrige und spalterische Lohnerhöhung und eine weitere Einschränkung des S-Bahn-Verkehrs haben den Knoten zum Platzen gebracht. Die Streikfront baute sich auch quer durch die Reihen von SEW und FDGB auf. ADN, die DDR-Nachrichtenagentur, meldete am 18.9.: ,,Die Provokationen gegen die Eisenbahn in Westberlin sind das Werk unverantwortlicher Elemente und ihrer Hintermänner“. ,,Die Wahrheit“, Zeitung der SEW, droht: ,,Die ca. 3000 ... Beschäftigten werden tendenziell um ihren Arbeitsplatz gebracht“. Der Senat trage die volle Verantwortung, womit das DDR Verkehrsministerium jede Maßnahme gegen die Reichsbahner absichern will. Tatsächlich ist die DDR-Regierung im Schlepptau der sowjetischen Supermacht mitverantwortlich für die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatuts in Westberlin und somit auch für die Differenzen um die Verkehrswege.

Die DDR-Bourgeoisie fürchtet den Kampf besonders nach den Streiks in Polen. Diese Tatsache schlachten Senat, Presse und Funk genüßlich aus, und spielen sich als Streikfreunde auf. Von dieser falschen ,,Solidarität“ haben sich die Reichsbahner distanziert. Um den Streik durchzuhalten, brauchen sie Unterstützung. (Spendenkonto, Berliner Commerzbank, Kto.-Nr. 1096080.



Juristentag gegen Ausländerpolitik der Regierung

Beschlüsse zum Kommunalwahlrecht und für uneingeschränktes Asylrecht

z.vip. Auf dem 53. Deutschen Juristentag (DJT) in Berlin fand in der vergangenen Woche eine heftige Auseinandersetzung über ausländerpolitische und -rechtliche Fragen statt. Der DJT ist eine seit 120 Jahren bestehende repräsentative Vereinigung von Juristen aller Berufsgruppen. Er tagte diesmal in fünf Abteilungen, darunter die zum Ausländerrecht unter Vorsitz des Bundesverfassungsrichters Simon.

Von den 4,1 Mio. Ausländern in der BRD leben 32% mehr als 10 Jahre und 50% mehr als 8 Jahre hier. Einer Umfrage zufolge wollen 42% nicht in das Heimatland zurück. In Anbetracht der Tatsache, daß sich der Markt für Arbeitskräfte verengt und die künftige Entwicklung eher düster ist, hat sich die Bundesregierung gefragt, was zu tun sei. Aus dem Einleitungsreferat des Regensburger Professors und Regierungspräsidenten Emmerig sowie aus einem Gutachten wie schließlich aus einem vom sog. Abteilungsvorstand vorgelegten und zur Abstimmung gestellten Thesenpapier gingen die Absichten

ne Einschränkung des weiten ausländerbehördlichen Ermessens durch gesetzliche Festlegung ein. Das klingt allen wie Honig, die je mit einer Ausländerbehörde zu tun hatten. Tatsächlich geht es aber darum, die Behörden an eine kürzere Leine zu nehmen, um ein schlagkräftiges Instrument für den Fall von Massenausweisungen zu haben. Denn nach Emmerigs Auffassung ist auch bei vieljährigem Aufenthalt eines Ausländers das ,,arbeitsmarktpolitische Interresse“ vorrangig. Darum komme auch nur eine ,,pluralistische Integration“ der Ausländer in Frage (früher hieß das: ,,rückkehrorientierte Integration“). In dieser Frage hat der DJT weder nach dieser noch nach jener Seite einen klaren Beschluß gefaßt.

In den beiden anderen zentralen Fragen hat die Regierungsfraktion Niederlagen erlitten, obwohl verschiedene Abteilungsleiter des Bundesinnenministeriums in unermüdlichem Einsatz waren. Vom Kommunalwahlrecht für

hatte die gleichzeitig tagende kommunalrechtliche Abteilung des DJT, wo zahlreiche Vertreter des Deutschen Städtetages saßen, das Kommunalwahlrecht für Ausländer abgelehnt.

Zäh wurde gegen die Regierungsfraktion um die Verteidigung des Asylrechts gekämpft. Diese wollte eine Änderung des Art 16II2 GG (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht) für den Fall ins Auge fassen, daß ,,auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechtes eine Lösung der Schwierigkeiten unmöglich ist“. Demgegenüber wurde beschlossen: ,,Eine Änderung des Art. 16II2 GG sollte nicht erwogen werden.“ Außerdem wurde beschlossen, daß Asylsuchenden eine *Aufenthaltserlaubnis* zu erteilen sei und der Visumzwang sich nicht gegen das Asylrecht richten dürfe.

Darüber hinaus konnte in Einzelfragen eine Verbesserung des Rechtsstatus der Ausländer empfohlen werden, so daß ausnahmslose Ausweisungsverbote gegenüber Jugendlichen, deren Eltern hier leben, und die Anerkennung

gibt es nicht. Überstunden von 1000 und mehr im Jahr – und das bei Schichtarbeit an Sonn- und Feiertagen – werden gemacht, teilweise unter Zwang. Wird ein Reichsbahner krank, sinkt automatisch sein Lohn. Erstens



Juristentag gegen Ausländerpolitik der Regierung

Beschlüsse zum Kommunalwahlrecht und für uneingeschränktes Asylrecht

z.vip. Auf dem 53. Deutschen Juristentag (DJT) in Berlin fand in der vergangenen Woche eine heftige Auseinandersetzung über ausländerpolitische und -rechtliche Fragen statt. Der DJT ist eine seit 120 Jahren bestehende repräsentative Vereinigung von Juristen aller Berufsgruppen. Er tagte diesmal in fünf Abteilungen, darunter die zum Ausländerrecht unter Vorsitz des Bundesverfassungsrichters Simon.

Von den 4,1 Mio. Ausländern in der BRD leben 32% mehr als 10 Jahre und 50% mehr als 8 Jahre hier. Einer Umfrage zufolge wollen 42% nicht in das Heimatland zurück. In Anbetracht der Tatsache, daß sich der Markt für Arbeitskräfte verengt und die künftige Entwicklung eher düster ist, hat sich die Bundesregierung gefragt, was zu tun sei. Aus dem Einleitungsreferat des Regensburger Professors und Regierungspräsidenten Emmerig sowie aus einem Gutachten wie schließlich aus einem vom sog. Abteilungsvorstand vorgelegten und zur Abstimmung gestellten Thesenpapier gingen die Absichten der Regierungsfraktion hervor.

Im wesentlichen ging es um drei Fragen: 1. Aufenthaltsstatus bzw. Einbürgerung 2. Kommunales Wahlrecht 3. Asylrecht.

Im ersten Punkt taktierte die Regierungsfraktion geschickt. Sie trat für eine Einschränkung des weiten ausländerbehördlichen Ermessens durch gesetzliche Festlegung ein. Das klingt allen wie Honig, die je mit einer Ausländerbehörde zu tun hatten. Tatsächlich geht es aber darum, die Behörden an eine kürzere Leine zu nehmen, um ein schlagkräftiges Instrument für den Fall von Massenausweisungen zu haben. Denn nach Emmerigs Auffassung ist auch bei vieljährigem Aufenthalt eines Ausländers das ,,arbeitsmarktpolitische Interresse“ vorrangig. Darum komme auch nur eine ,,pluralistische Integration“ der Ausländer in Frage (früher hieß das: ,,rückkehrorientierte Integration“). In dieser Frage hat der DJT weder nach dieser noch nach jener Seite einen klaren Beschluß gefaßt.

In den beiden anderen zentralen Fragen hat die Regierungsfraktion Niederlagen erlitten, obwohl verschiedene Abteilungsleiter des Bundesinnenministeriums in unermüdlichem Einsatz waren. Vom Kommunalwahlrecht für Ausländer hieß es, es verstoße gegen nationalstaatliche Interessen und verwasche die Volkssouveränität. Mit knapper Mehrheit wurde dann beschlossen, die Landesgesetzgeber aufzufordern, den ,,länger in der BRD ansässigen Ausländern“ das Kommunalwahlrecht einzuräumen. Allerdings hatte die gleichzeitig tagende kommunalrechtliche Abteilung des DJT, wo zahlreiche Vertreter des Deutschen Städtetages saßen, das Kommunalwahlrecht für Ausländer abgelehnt.

Zäh wurde gegen die Regierungsfraktion um die Verteidigung des Asylrechts gekämpft. Diese wollte eine Änderung des Art 16II2 GG (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht) für den Fall ins Auge fassen, daß ,,auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechtes eine Lösung der Schwierigkeiten unmöglich ist“. Demgegenüber wurde beschlossen: ,,Eine Änderung des Art. 16II2 GG sollte nicht erwogen werden.“ Außerdem wurde beschlossen, daß Asylsuchenden eine *Aufenthaltserlaubnis* zu erteilen sei und der Visumzwang sich nicht gegen das Asylrecht richten dürfe.

Darüber hinaus konnte in Einzelfragen eine Verbesserung des Rechtsstatus der Ausländer empfohlen werden, so daß ausnahmslose Ausweisungsverbote gegenüber Jugendlichen, deren Eltern hier leben, und die Anerkennung der Muttersprache als Fremdsprache in allen Schultypen.

Zur ,,massenweisen Einbürgerung“ wurde lediglich festgehalten, daß hierüber wegen der ,,massentypischen Erweiterung des Staatsvolkes“ der Bundestag zu entscheiden habe.

Für den Aufbau der Partei des Proletariats Für Demokratie und soziale Revolution!

Die bürgerlichen Parteien haben das Ziel, das Privateigentum, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse zu sichern. Der Verteidigung des Privateigentums dienen der staatliche Gewaltapparat, Verfassung und Gesetzgebung. Wie das Privateigentum am besten zu sichern sei, wie den Interesssen der Kapitalistenklasse am besten zu dienen sei, wie die Interessen der Volksmassen den Interessen der Kapitalistenklasse am besten zu unterwerfen seien – darum geht es im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien.

Das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) hat die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse zum Ziel. Um dieses Ziel zu verwirklichen, muß sich die Arbeiterklasse gegenüber allen bürgerlichen Parteien zur selbständigen politischen Partei zusammenschließen, die die Volksmassen im Kampf gegen den Kapitalismus und die Herrschaft der Monopolbourgeoisie sammelt und organisiert. Um den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse geht es dem KBW in diesem Wahlkampf.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen bilden die Mehrheit, die Mehrheit aber wird durch eine Minderheit von Ausbeutern mit Hilfe des staatlichen Gewaltapparates unterdrückt und ausgeplündert. Um die Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen, die herrschenden Produktionsverhältnisse umzuwälzen und mit dem Aufbau des Sozialismus als erster Stufe der klassenlosen Gesellschaft zu beginnen, muß die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und ihr staatlicher Gewaltapparat zerschlagen werden. Im Wahlkampf können dafür Kräfte gesammelt werden, mehr aber auch nicht.

Die bürgerlichen Parteien behaupten, sie wollten den inneren und den äußeren Frieden sichern. Für die Sicherung des inneren Friedens brauchen sie einen riesigen Beamten- und Polizeiapparat. Auch die Armee steht bereit, um notfalls den inneren Frieden zu sichern. Die Herrschaft der Minderheit von Ausbeutern kommt ohne einen solchen Gewaltapparat nicht aus. Diesen Gewaltapparat zu unterhalten, ist eines der Ziele der Ausplünderung der Volksmassen. Die Sicherung des inneren Friedens besteht in der Entwaffnung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und der Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates. Der innere

geht es dem KBW in diesem Wahlkampf.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen bilden die Mehrheit, die Mehrheit aber wird durch eine Minderheit von Ausbeutern mit Hilfe des staatlichen Gewaltapparates unterdrückt und ausgeplündert. Um die Interessen der Arbeiterklasse zu verwirklichen, die herrschenden Produktionsverhältnisse umzuwälzen und mit dem Aufbau des Sozialismus als erster Stufe der klassenlosen Gesellschaft zu beginnen, muß die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und ihr staatlicher Gewaltapparat zerschlagen werden. Im Wahlkampf können dafür Kräfte gesammelt werden, mehr aber auch nicht.

Die bürgerlichen Parteien behaupten, sie wollten den inneren und den äußeren Frieden sichern. Für die Sicherung des inneren Friedens brauchen sie einen riesigen Beamten- und Polizeiapparat. Auch die Armee steht bereit, um notfalls den inneren Frieden zu sichern. Die Herrschaft der Minderheit von Ausbeutern kommt ohne einen solchen Gewaltapparat nicht aus. Diesen Gewaltapparat zu unterhalten, ist eines der Ziele der Ausplünderung der Volksmassen. Die Sicherung des inneren Friedens besteht in der Entwaffnung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und der Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates. Der innere
Frieden soll optimale Ausbeutungsbedingungen gewährleisten. Mehr hat die Arbeiterklasse von diesem angeblichen inneren Frieden nicht.

Solange die Monopolbourgeoisie herrscht, ist der äußere Frieden nur eine Pause zwischen Kriegen, in denen über die Weltherrschaft entschieden wird. Die deutsche Bourgeoisie ist zweimal bei dem Versuch gescheitert, die Weltherrschaft zu erobern. Die Aussichten auf die Eroberung der Weltherrschaft hat die deutsche Bourgeoisie verloren, aber das Interesse, am Kampf um die Weltherrschaft teilzunehmen, hat die deutsche Bourgeoisie nicht verloren. Von den beiden Supermächten und ihrer Rivalität um die Weltherrschaft geht heute die Hauptkriegsgefahr aus. Die sozialimperialistische Sowjetunion strebt nach einer gewaltsamen Neuaufteilung der Welt. Die USA verteidigen ihre Vorherrschaft mit Waffengewalt. Vernichtung des Rivalen ist das jeweilige Mittel, um die Welt zu beherrschen. Über die Beherrschung der Welt entscheidet die Herrschaft in Europa. In diesem Zusammenhang behält der deutsche Imperialismus entscheidendes Gewicht im Kampf um die Weltherrschaft. Die westdeutsche Bourgeoisie bleibt Hauptgeschäftspartner der US-Supermacht. Mit der Sowjetunion möchte sie besser ins Geschäft kommen. So treibt sie gleichzeitig den Preis für ihre Bündnistreue in der NATO. Im Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist es, den Austritt aus der NATO zu erzwingen und für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages zu kämpfen, der die Auflösung fremder Militärstützpunkte beinhaltet und die Souveränität der beiden deutschen Staaten und Westberlins sichert. So werden die Kriegspläne der beiden Supermächte durchkreuzt, und die Herrschaft der Ausbeuter in Westdeutschland und Westberlin wie auch in der DDR wird geschwächt.

Der KBW tritt für eine demokratische Außenpolitik ein, die sich auf die Interessen der Volksmassen stützt und das Bündnis mit der Dritten Welt sucht.

Die herrschende Klasse macht in ihrem Interesse Politik, und die Arbeiterklasse und die Volksmassen müssen Politik machen, um für ihre Interessen zu kämpfen. Politischer Kampf mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung der sozialen Revolution des Proletariats.

Der Gier der Kapitalistenklasse nach schrankenloser Ausbeutung müssen gesetzliche Schranken gezogen werden. Der Normalarbeitstag muß durch Verbot der Nacht- und Schicht-, der Sonn- und Feiertagsarbeit, durch Verbot der Akkordarbeit gesichert werden. Die Intensivierung der Arbeit während der

esse der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist es, den Austritt aus der NATO zu erzwingen und für den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages zu kämpfen, der die Auflösung fremder Militärstützpunkte beinhaltet und die Souveränität der beiden deutschen Staaten und Westberlins sichert. So werden die Kriegspläne der beiden Supermächte durchkreuzt, und die Herrschaft der Ausbeuter in Westdeutschland und Westberlin wie auch in der DDR wird geschwächt.

Der KBW tritt für eine demokratische Außenpolitik ein, die sich auf die Interessen der Volksmassen stützt und das Bündnis mit der Dritten Welt sucht.

Die herrschende Klasse macht in ihrem Interesse Politik, und die Arbeiterklasse und die Volksmassen müssen Politik machen, um für ihre Interessen zu kämpfen. Politischer Kampf mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung der sozialen Revolution des Proletariats.

Der Gier der Kapitalistenklasse nach schrankenloser Ausbeutung müssen gesetzliche Schranken gezogen werden. Der Normalarbeitstag muß durch Verbot der Nacht- und Schicht-, der Sonn- und Feiertagsarbeit, durch Verbot der Akkordarbeit gesichert werden. Die Intensivierung der Arbeit während der
letzten Jahrzehnte macht eine Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden notwendig. Gleichberechtigung der Frau kann nicht bedeuten, daß in Zukunft auch Frauen der Ausbeutung in Nachtarbeit ausgeliefert sind, wie dies in Post, Krankenhäusern usw. schon der Fall ist.

Zunächst verlangen die Gewerkschaften Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten. Die Versicherungen dürfen nicht der Kontrolle der Versicherten durch die Kapitalistenklasse dienen. Die Versicherungsbeiträge sind Bestandteil des Lohnes. Sie müssen insgesamt durch die Kapitalistenklasse bezahlt werden. Ihre Höhe muß sich nach den Interessen der Arbeiterklasse an ausreichender Gesundheitsversorgung, Altersversorgung und an ausreichendem Arbeitslosengeld richten und nicht nach den Profitinteressen der Kapitalisten.

Der KBW tritt für eine demokratische Kommunalverfassung ein und fordert die uneingeschränkte Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt. Er kämpft für ein demokratisches Steuerrecht, das indirekte Steuern ausschließt und nur die Einkommen über dem Durchschnittslohn progressiv besteuert. Die Staatsschulden sollen durch Erhöhung der Vermögenssteuer beglichen werden.

Der KBW tritt für ein demokratisches Justizwesen ein, in dem die Richter nicht Agenten des bürgerlichen Staatsapparates sind, sondern gewählte Vertreter des Volkes.

Der KBW verficht ein demokratisches Volksbildungswesen mit der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr als grundlegender Einrichtung.

Dem stehenden Heer, in dem die Angehörigen der Volksmassen unterdrückt werden und das der Unterdrückung dient, stellt der KBW die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung gegenüber. Frauen dürfen nicht in die Bundeswehr eingezogen werden, aber wie alle Angehörigen der unterdrückten Klassen haben auch die Frauen ein Interesse an allgemeiner Volksbewaffnung. Solange es Waffen gibt, bleibt die Frage entscheidend, in wessen Hand sich die Waffen befinden.

Die ausländischen arbeitenden Massen sind Teil des Volkes in Westdeutschland. Wir fordern gleiche Rechte für Ausländer und die Verpflichtung des Staates, sie einzubürgern.

Herstellung der Einheit im Kampf gegen die herrschende Ausbeuterklasse ist der Sinn dieser Forderungen.

Die bürgerlichen Parteien spalten. Auf Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse ist Einheit im Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft möglich. Dieser Einheit dient der KBW. Der Herstellung dieser Einheit soll die Kan-

Staatsapparates sind, sondern gewählte Vertreter des Volkes.

Der KBW verficht ein demokratisches Volksbildungswesen mit der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr als grundlegender Einrichtung.

Dem stehenden Heer, in dem die Angehörigen der Volksmassen unterdrückt werden und das der Unterdrückung dient, stellt der KBW die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung gegenüber. Frauen dürfen nicht in die Bundeswehr eingezogen werden, aber wie alle Angehörigen der unterdrückten Klassen haben auch die Frauen ein Interesse an allgemeiner Volksbewaffnung. Solange es Waffen gibt, bleibt die Frage entscheidend, in wessen Hand sich die Waffen befinden.

Die ausländischen arbeitenden Massen sind Teil des Volkes in Westdeutschland. Wir fordern gleiche Rechte für Ausländer und die Verpflichtung des Staates, sie einzubürgern.

Herstellung der Einheit im Kampf gegen die herrschende Ausbeuterklasse ist der Sinn dieser Forderungen.

Die bürgerlichen Parteien spalten. Auf Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse ist Einheit im Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft möglich. Dieser Einheit dient der KBW. Der Herstellung dieser Einheit soll die Kan-
didatur des KBW nützen.

Der KBW ruft auf:

Stimmt revolutionär! Wählt KBW!

Kommunistischer Bund Westdeutschland, Sekretariat des Zentralen Komitee
Frankfurt, 17. September 1980



V. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, 20./21.9. in Gießen. 361 Delegierte vertreten die Grundeinheiten des KBW.

Presseerklärung

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) bereitet gegenwärtig seine V. ordentliche Delegiertenkonferenz vor, die am 20./21.9.1980 stattfinden wird. Ein wichtiger Teil des Antragsmaterials an die V. ordentliche Delegiertenkonferenz ist in Kommunismus und Klassenkampf 9/80 veröffentlicht. Die zentrale Delegiertenkonferenz besteht aus den Delegierten der Grundeinheiten des KBW, den Zellen. Der zentralen Delegiertenkonferenz gingen bezirkliche und regionale Beratungen der Delegierten voraus. Auf den bezirklichen Delegiertenkonferenzen haben mehr als zwei Drittel der Delegierten die Anträge des Sekretariats des ZK an die V. ordentliche Delegiertenkonferenz unterstützt. Auf Grund dieser Tatsache haben ZK-Mitglieder unter Führung der Sekretäre der Regionalleitungen Nord und Süd eine Minderheit der Delegierten abgespalten, die daraufhin an den regionalen Delegiertenkonferenzen nicht mehr teilgenommen haben. Weder die Durchführung der V. ordentlichen Delegiertenkonferenz noch die weitere Tätigkeit des KBW auf Grundlage seines Programms und Statuts sind durch diese Abspaltungen gefährdet. Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird weiterhin die Kommunistische Volkszeitung (KVZ) als Wochenzeitung und Kommunismus und Klassenkampf als Monatszeitschrift herausbringen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland nimmt an den Bundestagswahlen mit 10 Landeslisten und mit 155 Direktkandidaten teil.

gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Wahlsendungen des KBW in Rundfunk und Fernsehen

An folgenden Tagen und zu folgenden Uhrzeiten werden Rundfunk- und Fernsehsendungen des KBW zu den Bundestagswahlen ausgestrahlt:

Sendetermin	Uhrzeit	Sendedauer/Min.	Sender
Hörfunk			
23.09.80	06.05	4½	Bayer. Rundfunk
23.09.80	16.52	2½	Radio Bremen
23.09.80	18.25	4½	NDR/WDR
24.09.80	11.10	4½	Bayer. Rundfunk
24.09.80	11.55	4½	WDR
26.09.80	19.27	2½	SF I
30.09.80	12.30	2½	Radio Bremen

... Kommunismus und Klassenkampf 9/80 veröffentlicht. Die zentrale Delegiertenkonferenz besteht aus den Delegierten der Grundeinheiten des KBW, den Zellen. Der zentralen Delegiertenkonferenz gingen bezirkliche und regionale Beratungen der Delegierten voraus. Auf den bezirklichen Delegiertenkonferenzen haben mehr als zwei Drittel der Delegierten die Anträge des Sekretariats des ZK an die V. ordentliche Delegiertenkonferenz unterstützt. Auf Grund dieser Tatsache haben ZK-Mitglieder unter Führung der Sekretäre der Regionalleitungen Nord und Süd eine Minderheit der Delegierten abgespalten, die daraufhin an den regionalen Delegiertenkonferenzen nicht mehr teilgenommen haben. Weder die Durchführung der V. ordentlichen Delegiertenkonferenz noch die weitere Tätigkeit des KBW auf Grundlage seines Programms und Statuts sind durch diese Abspaltungen gefährdet. Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird weiterhin die Kommunistische Volkszeitung (KVZ) als Wochenzeitung und Kommunismus und Klassenkampf als Monatszeitschrift herausbringen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland nimmt an den Bundestagswahlen mit 10 Landeslisten und mit 155 Direktkandidaten teil.

gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Wahlsendungen des KBW in Rundfunk und Fernsehen

An folgenden Tagen und zu folgenden Uhrzeiten werden Rundfunk- und Fernsehsendungen des KBW zu den Bundestagswahlen ausgestrahlt:

Sendetermin	Uhrzeit	Sendedauer/Min.	Sender
Hörfunk			
23.09.80	06.05	4½	Bayer. Rundfunk
23.09.80	16.52	2½	Radio Bremen
23.09.80	18.25	4½	NDR/WDR
24.09.80	11.10	4½	Bayer. Rundfunk
24.09.80	11.55	4½	WDR
26.09.80	19.27	2½	SF I
30.09.80	12.30	2½	Radio Bremen
27.09.80	13.07	2½	SWF II
29.09.80	11.50	4½	NDR II
01.10.80	17.55	4½	Hess. Rundfunk
01.10.80	18.20	4½	NDR/WDR
02.10.80	07.05	4½	Bayer. Rundfunk
Fernsehen			
22.09.80	20.15	2½	ARD

z.ulw. **Am 6. und 7.9. fand in Frankfurt die erste Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) nach der Sommerpause statt.** Es waren Vertreter von 10 Gruppen anwesend, wesentlich weniger als bei der letzten Delegiertenkonferenz und bundesweit gesehen noch nicht einmal 10% aller Gruppen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Broschüre der Münchner Gruppe, Infodienst; 2. Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes, Klage vor dem Verwaltungsgericht auf Lohnfortzahlung während des 16. Monats; 3. Erarbeitung einer Öffentlichkeitsarbeit der SOdZDL. Von der Arbeitsgruppe „Bundesweite Rekrutenvereidigung" wurde ein Aufruf erarbeitet, der die Zivildienstpflichtigen zur Teilnahme an Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung im November gewinnen sollte. Von Teilen des Plenums wurde der Vorschlag kritisiert, ohne daß jedoch ein Gegenvorschlag vorgelegt wurde. In einer zweiten Abstimmung – bei der ersten hatten sich ca. ⅓ der Delegierten enthalten – wurde der Entwurf mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Die Bundeszentrale, in der die revisionistische DFG/VK starken Einfluß besitzt, gibt jetzt wahrscheinlich einen eigenen Aufruf heraus. Diese Lage innerhalb der SO ist Ausdruck der Schwierigkeiten der pazifistischen Bewegung, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen einen einheitlichen Standpunkt zu beziehen.

z.brp. **Die Direktinvestitionen der BRD-Imperialisten im Ausland nahmen im 1. Halbjahr 1980 um 4,814 Mrd. DM zu** (1. Halbjahr 1979: Zunahme um 3,368 Mrd. DM). Die Masse der Direktinvestitionen wurde in den USA getätigt (2,204 Mrd. DM = rd. 46%) sowie in den Ländern der westeuropäischen Konkurrenten (1,569 Mrd. DM = rd. 33%). Der größte Kapitalexporteur war die chemische Industrie, mit einem Zuwachs von 919 Mio. DM, gefolgt von den Kapitalisten des Straßenfahrzeugbaus, Maschinenbaus, der Elektrotechnik und den Banken. Lag der Zuwachs der westdeutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer im 1. Halbjahr 1979 bei 590 Mio. DM, so hat sich jetzt die Anlage fast verdoppelt auf 1,044 Mrd. DM. 92,5% des westdeutschen Kapitalexports in Länder der 3. Welt konzentriert sich auf 10 Staaten, vor allem in Südamerika und Südostasien.

z.ulw. **„Für 1981 droht eine Beitragserhöhung" zur Arbeitslosenversicherung.** Unter dieser Überschrift macht das „Handelsblatt" vom 18.9. eine Rechnung auf, derzufolge bei einem erwarteten Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über eine Million die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) 1981 auf rund 25 Mrd. DM ansteigen werden. Das entspricht einer Steigerung um etwa 4 Mrd. DM gegenüber dem Haushaltsansatz für 1980. Entgegen den Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes liegt der Haushaltsplan der BfA nicht vor, auch den Verwaltungsorganen ist noch kein Entwurf zugegangen, bemerkt das „Handelsblatt". Lohnerhöhungen von 6% vorausgesetzt, würden sich beim Arbeitslosengeld Ausgabensteigerungen von nahezu drei Mrd. DM ergeben. Für Ausbildungsförderung werden 310 Mio. DM, für Rehabilitationsmaßnahmen 300 Mio. DM zusätzlich errechnet. Für ABM-Maßnahmen müßten mindestens 400 bis 500 Mio. DM zusätzlich aufgebracht werden. Erhebliche Ausgabensteigerungen seien auch bei den Verwaltungskosten zu erwarten. Die Rücklagen der BfA sind nahezu aufgebraucht. Bereits 1979 mußte der Staat 2 Mrd. DM an Zuschüssen an die BfA zahlen. Entweder weitere Steigerung der Bezuschussung aus Steuergeldern oder Beitragserhöhungen sind fällig. So wirft das „Handelsblatt" als Organ der Bourgeoisie die Frage auf. Beides zahlen die Massen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer / *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Maria Behrendt / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Georg Duffner

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRI – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

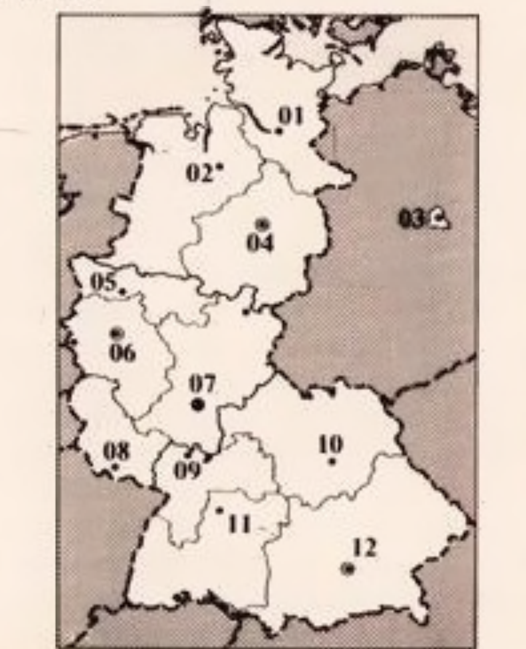
Alle Hefte erscheinen wöchentlich. Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.thf. **Etwa 500 Menschen demonstrierten am Samstag, den 20.9. in Bielefeld gegen den Militärputsch in der Türkei.** Vorher hatte es ein Gespräch zwischen verschiedenen deutschen und ausländischen Organisationen über eine Aktionseinheit gegeben. Zustande gekommen ist die Aktionseinheit allerdings nicht, lediglich Zusagen zur Unterstützung der türkischen Arbeiter und Studenten. Keine Mehrheit fand der Vorschlag, auf der Demonstration die gleichen Rechte für die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik zu fordern. So folgten den Aufrufen zu der Demonstration hauptsächlich türkische Arbeiter und Studenten. Sie informierten die westdeutschen Arbeiter über den Putsch und griffen die Äußerungen verschiedener westdeutscher Politiker an, nach denen die Armee der Türkei eine lange demokratische Tradition besitze.

b.mak. **Schulbehörde verschärft Abiturdruck für Lehrer und Schüler.** Vergangene Woche verfügte die Schulbehörde, daß die Lehrer an Gymnasien ihre Themen für das schriftliche Abitur schon am 24. 11. einreichen müssen. Vor einigen Jahren war der Abgabetermin noch Anfang Januar, vor 2 Jahren wurde er auf vor die Weihnachtsferien gelegt. Gleichzeitig wird für immer mehr Fächer ein ,,Lösungsschlüssel" verlangt, d.h. der Lehrer muß zusammen mit dem Thema die erwartete Lösung und deren Bewertung einreichen. Die weitere Vorverlegung des Termins bedeutet, daß die Lehrer die Themen gerade zur Zeit höchsten Arbeitsdrucks erstellen müssen und Leistungsanforderungen für die Schüler zu einem Zeitpunkt festlegen müssen, wo erst die Hälfte des Kurses gelaufen ist, so daß sie dann für den Rest des Semesters die Schüler auf die ins Blaue festgelegten Anforderungen trimmen müssen. Die Behörde verschafft sich durch den frühen Termin mehr Zeit, um die Abiturthemen – und damit Lehrer und Schüler – inhaltlich besser kontrollieren zu können. Was die Behörde 1976 mit den ,,Normenbüchern" aufgrund des scharfen Protestes nicht geschafft hat, nämlich jeglichen pädagogischen Spielraum der Lehrer auszuschalten und die Prüfungen inhaltlich völlig der zentralen Behörde zu unterwerfen, versucht sie jetzt schrittweise mit derlei Verordnungen.

b.uwz. **Bei Untersuchungen eines Erlanger Instituts bei Blohm und Voss wurde festgestellt, daß bei Schweißern im Fregattenbau, die nach dem sogenannten Chrom-Nickel-Schweißverfahren arbeiten (CrNi-Elektroden) bei Nickel das 40fache und bei Cr das 60fache der zugelassenen Werte überschritten wird.** Chrom und Nickel stehen auf der Liste der krebserzeugenden Stoffe, was die B und V Kapitalisten nicht davon abhielt, die Schranken des Arbeitsschutzes einzureißen. Der Betriebsrat und die IGM forderten auf mehreren Vertrauensleute- und Abteilungsversammlungen: 1. Sofortige An-

bedeutet, daß die Lehrer die Themen gerade zur Zeit höchsten Arbeitsdrucks erstellen müssen und Leistungsanforderungen für die Schüler zu einem Zeitpunkt festlegen müssen, wo erst die Hälfte des Kurses gelaufen ist, so daß sie dann für den Rest des Semesters die Schüler auf die ins Blaue festgelegten Anforderungen trimmen müssen. Die Behörde verschafft sich durch den frühen Termin mehr Zeit, um die Abiturthemen – und damit Lehrer und Schüler – inhaltlich besser kontrollieren zu können. Was die Behörde 1976 mit den ,,Normenbüchern" aufgrund des scharfen Protestes nicht geschafft hat, nämlich jeglichen pädagogischen Spielraum der Lehrer auszuschalten und die Prüfungen inhaltlich völlig der zentralen Behörde zu unterwerfen, versucht sie jetzt schrittweise mit derlei Verordnungen.

b.uwz. **Bei Untersuchungen eines Erlanger Instituts bei Blohm und Voss wurde festgestellt, daß bei Schweißern im Fregattenbau, die nach dem sogenannten Chrom-Nickel-Schweißverfahren arbeiten (CrNi-Elektroden) bei Nickel das 40fache und bei Cr das 60fache der zugelassenen Werte überschritten wird.** Chrom und Nickel stehen auf der Liste der krebserzeugenden Stoffe, was die B und V Kapitalisten nicht davon abhielt, die Schranken des Arbeitsschutzes einzureißen. Der Betriebsrat und die IGM forderten auf mehreren Vertrauensleute- und Abteilungsversammlungen: 1. Sofortige An-schaffung einer Entlüftungsanlage, bis zu der Erfüllung von 1. müssen 2 Gasmasken zur Verfügung stehen 3. 6% Erschwerniszulage 4. weitere ärztliche Untersuchungen. Die IGM forderte auf der Hamburgseite alle Betriebsräte auf, dies für ihren Betrieb auch zu prüfen.

b.güj. **Auf der Lumoprint-Betriebsversammlung Anfang September sah sich die Betriebsärztin gezwungen, auf die Schädlichkeit von Toner einzugehen.** Tonerstaub wird beim Fotokopieren zur Herstellung des Schriftbildes benötigt. Er wird durch elektrische Entladung vom Bildzwischenträger auf das Papier übertragen und dann eingebrannt. Toner besteht aus Ruß, Kunstharz und weiteren chemischen Zusätzen je nach Gerätetyp. Der Stern veröffentlichte am 22.5.80 eine Untersuchung aus den USA, nach der Toner krebserzeugende Bestandteile hat. In der KVZ-Betriebsausgabe wurde daraus zitiert und verlangt, daß dem Betriebsrat die nötigen Auskünfte gegeben werden. Die Betriebsärztin bestritt naseweis die krebserzeugende Wirkung, erklärte, rauchen sei schädlicher, um dann doch zu einem Mundschutz zu raten. Inzwischen wurde in der KVZ-Betriebsausgabe festgestellt, daß zusätzlich von dem beim Kopiervorgang entstehenden Ozon(O_3) Gefahr ausgeht. Bei dem Entladungsvorgang (1200 Volt) bei jeder Kopie entsteht diese chemisch aggressive Form des Sauerstoffs. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten spornte jetzt die Firma ,,3M" an, die Sache aufzudecken. Nachdem sie eine neue Technik entwickelte, wirbt sie mit dem Slogan: ,,Keine schädliche Ozonerzeugung". Ozon in schwacher Konzentration führt zu Kopfschmerzen, Magenbrennen, leichter Reizung der Schleimhäute, Müdigkeit oder auch Schlafstörungen.

b.cld. **Der Widerspruch dreier Harburger gegen den Bau der TU Harburg auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhaus Irrgarten, der von Tausenden durch ihre Unterschrift unterstützt wird, wurde vom Widerspruchsausschuß der Baubehörde abgelehnt.** Damit wurde der sofortige Baubeginn ermöglicht. Die Interessensgemeinschaft betroffener Bürger hat erklärt, daß sie jetzt vors Verwaltungsgericht gehen wird, um gegen den Bebauungsplan vorzugehen. Klose wurde von ihnen auf einer Wahlveranstaltung angegriffen. Er drohte, daß die TU überhaupt nicht gebaut würde, wenn nicht am Irrgarten.

b.rüg. **Für die 10000 norddeutschen Holzarbeiter wurden zum Monatsende die Lohntarifverträge gekündigt.** Folgende Forderungen wurden bisher beschlossen:

Bremen	10%
Kiel	12%
Schleswig-Holstein	9,5%
Hamburg	10%

Im Vergangenen Jahr lautete die Forderung 9%. Heraus kam 6,8% = 77 Pfg./Std. Im Monat sind das 132 DM. Davon blieb nichts im Portemonnaie. Preissteigerung und die zunehmende Progression durch die Lohnsteuer zogen den Kollegen die Erhöhung gleich wieder aus der Tasche. Auf der Hamburger Versammlung zur Aufstellung der Lohnforderung wurde deshalb der letzte Abschluß als zu niedrig kritisiert. Überall wurden entsprechend Forderungen um 10% und darüber aufgestellt. Von der Verhandlungskommission wird erwartet, daß sie sich nicht abspeisen läßt. Der Abschluß soll nach Meinung vieler Kollegen deutlich über dem Vorjahresergebnis liegen. Die Holzkapitalisten versuchen mittlerweile Zeit zu gewinnen: Sie wollen auf Bundesebene verhandeln, um den Lohn zu drücken, und sowieso erst im Oktober, wenn bereits tarifloser Zustand besteht. Die Gewerkschaft hat das zurückgewiesen.

r.mfl. **Am 18.9. waren die ersten Lohntarifverhandlungen für die Fischindustrie Bremerhaven.** Die Forderung der Gewerkschaft NGG ist: 9,5% – mindestens 140 DM, Anhebung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 60 DM. Diese Forderung wurde von den Belegschaften begrüßt, weil der Mindestbetrag von 140 DM gut geeignet ist, die Konkurrenz zwischen den Arbeitern einzuschränken durch die Forderung nach Erhöhung des Lohns der Frauen in der Lohngruppe ,,Leichte Arbeit" um den gleichen Betrag wie ,,Schwere Arbeit", in der hauptsächlich Männer beschäftigt werden. Am Freitag haben die NGG und DAG Flugblätter zum Verhandlungsergebnis verteilt. Mit der Behauptung, die Forderung würde die wirtschaftli-

wieder aus der Tasche. Auf der Hamburger Versammlung zur Aufstellung der Lohnforderung wurde deshalb der letzte Abschluß als zu niedrig kritisiert. Überall wurden entsprechend Forderungen um 10% und darüber aufgestellt. Von der Verhandlungskommission wird erwartet, daß sie sich nicht abspeisen läßt. Der Abschluß soll nach Meinung vieler Kollegen deutlich über dem Vorjahresergebnis liegen. Die Holzkapitalisten versuchen mittlerweile Zeit zu gewinnen: Sie wollen auf Bundesebene verhandeln, um den Lohn zu drücken, und sowieso erst im Oktober, wenn bereits tarifloser Zustand besteht. Die Gewerkschaft hat das zurückgewiesen.

r.mfl. **Am 18.9. waren die ersten Lohntarifverhandlungen für die Fischindustrie Bremerhaven.** Die Forderung der Gewerkschaft NGG ist: 9,5% – mindestens 140 DM, Anhebung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 60 DM. Diese Forderung wurde von den Belegschaften begrüßt, weil der Mindestbetrag von 140 DM gut geeignet ist, die Konkurrenz zwischen den Arbeitern einzuschränken durch die Forderung nach Erhöhung des Lohns der Frauen in der Lohngruppe ,,Leichte Arbeit" um den gleichen Betrag wie ,,Schwere Arbeit", in der hauptsächlich Männer beschäftigt werden. Am Freitag haben die NGG und DAG Flugblätter zum Verhandlungsergebnis verteilt. Mit der Behauptung, die Forderung würde die wirtschaftli-che Kraft der Fischindustrie überschreiten und mit dem Hinweis auf die ,,angespannte Ertragslage" der Fischwirtschaft bot der Kapitalistenverband an: Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Ausbildungsvergütungen um 6%. Dieses Angebot hat die Tarifkommission der NGG einstimmig zurückgewiesen. Der neue Verhandlungstermin ist am 28. Oktober. Die Kapitalisten verbreiten schon seit einiger Zeit, durch die Verringerung der Flotte gäbe es Versorgungsengpässe mit Fisch. Tatsächlich kann von Rohwarenmangel keine Rede sein, die TK-Läger sind voll. Auch was die Auftragslage angeht, besteht eine hohe Auslastung in fast allen Sparten. Gleichzeitig gehen die Kapitalisten daran, das Arbeitstempo zu steigern und z.B. bei ,,NORDSEE" Arbeiter für die Reinigung in die Dauernachtschicht zu zwingen. Das niedrige Lohnniveau erleichtert den Kapitalisten die Durchsetzung ihrer Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung. Gerade die von der Gewerkschaft aufgestellte Forderung ist dagegen die richtige Antwort.

b.woe. **In einer als Flugblatt verteilten Stellungnahme hat die Gewerkschaft HBV, Ortsverwaltung Kiel, zur Situation der Auszubildenden zum Rechtsanwalts- und Notarsgehilfen anhand einer im Sommer durchgeführten Fragebogenaktion u.a. festgehalten:** ,,... 31% der befragten Azubis werden im Büro weder durch den Rechtsanwalt, noch durch einen anderen qualifizierten Ausbilder... ausgebildet... Als Antwort auf die Frage nach den in der Ausbildung überwiegenden Tätigkeiten wurden von 97% das Heraussuchen von Akten..., von 76% das Schreiben nach Banddiktat, von je-

Sozialpädagogische Einrichtungen: Vorbereitungszeit gefordert – Einheit wird hergestellt

r.bez. Als im November/Dezember vorigen Jahres die GEW ihre erste Angestelltenkonferenz durchführte, machte sie eine bundesweite Bestandsaufnahme der Angestelltenprobleme, insbesondere auch der Beschäftigten im sozialpädagogischen Bereich. Die Frage der Vorbereitungszeit für Beschäftigte in Kindergärten, Heimen oder ähnlichen Einrichtungen spielte eine bedeutende Rolle. Vor- und Nachbereitungszeit für die pädagogischen Arbeiten, Beschaffung von Material u.ä. verlangt der Dienstherr oder Arbeitgeber bei freien Trägern von den Beschäftigten in der Freizeit. Deshalb forderte bzw. bekräftigte die Konferenz die Forderung der GEW nach einem Drittel der Arbeitszeit als Vorbereitungszeit.

Im Juli 1980 griff die GEW-Zeitung ,,Erziehung und Wissenschaft" erneut das Problem auf. Die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe kritisierte, daß die Beschäftigten in sozialpädagogischen Einrichtungen keine arbeitsrechtlich abgesicherte Vorbereitungszeit haben. Völlig willkürlich werde in dieser Einrichtung Vorbereitungszeit gewährt, in jener wieder nicht. Neben der Diskussion mit den Kollegen, wieviel Zeit gebraucht werde, neben Gesprächen mit Eltern, Trägern regte die Fachgruppe notfalls einen Dienst nach Vorschrift an, indem z.B. Anfertigung von Berichten, Anleitung und Beurteilung von Praktikanten, Einkäufe außerhalb der Dienstzeit etc. eingestellt werden. Als Ziel schlägt die Fachgruppe die Erkämpfung einer 13stündigen Vorbereitungszeit vor. Zunächst sollen in einer ersten Stufe 6,5 Stunden wöchentlich erkämpft und abgesichert werden.

Auch eine am 13.9. durchgeführte Betriebsrätekonferenz der Lebenshilfe-Einrichtungen Niedersachsens kam in der Auswertung ihrer Arbeit in den Einrichtungen zu dem Ergebnis, daß einerseits in den Lebenshilfe-Einrichtungen selber völlig unterschiedliche Regelungen nebeneinander existieren und andererseits aber die Notwendigkeit einer einheitlichen und ausreichenden Vorbereitungszeit von den Beschäftigten gefordert wird. Einig war sich die Konferenz darin, daß das Fehlen eines Tarifvertrages den Vorständen und Geschäftsleitungen jede mögliche Spaltung erlaubt und ein einheitliches Vorgehen der Belegschaften erschwert. 10 Stunden Vorbereitungszeit sind nötig – darauf hat sich die Konferenz weiter geeinigt. Die Erfahrungen mit der Arbeit in den Einrichtungen belegen das. Umfragen wurden und werden weiterhin durchgeführt. Solange es keinen einheitlichen Tarifvertrag gibt, soll eine entsprechende Regelung in Betriebsvereinbarungen mit dem jeweiligen Vorstand durchgesetzt werden. Durch weitere gemeinsame Konferenzen soll ein einheitliches Vorgehen in den Lebenshilfe-Einrichtungen gewährleistet werden. ÖTV und GEW stimmen ihr Vorgehen ab.



von Berichten, Anleitung und Beurteilung von Praktikanten, Einkäufe außerhalb der Dienstzeit etc. eingestellt werden. Als Ziel schlägt die Fachgruppe die Erkämpfung einer 13stündigen Vorbereitungszeit vor. Zunächst sollen in einer ersten Stufe 6,5 Stunden wö-



O & K-Konzern: Sanierung durch Entlassungen

r.hak. Im Werk Westberlin von Orenstein & Koppel begann am 15. September für 350 Arbeiter im Betriebsteil Waggonbau die Kurzarbeit. Vom Arbeitsamt liegt noch keine schriftliche Genehmigung für die Kurzarbeit vor. Beantragt wurde sie für maximal eineinhalb Tage bis zum 14. März. Die Arbeiter hätten dann einen Lohnverlust von 120 bis 150 DM pro Monat.

Viele Aufträge sind nicht mehr kostendeckend, sondern können nur noch durch ,,Kampfpreise" hereingenommen werden, erläuterten die Kapitalisten die Situation gegenüber dem Betriebsrat. Der Verband der Waggonindustrie rechnet mit einem Umsatzzuwachs in diesem Jahr von 12%. Im mittelfristigen Beschaffungsprogramm der Bundesbahn bis 1985 sind 700 Reisezugwagen vorgesehen, die Anzahl der Güterwagen stieg im letzten Jahr um 500 auf 6200 Einheiten. Durch erheblich gestiegene Produktivität ist die Konkurrenz der 12 Waggonbaufirmen (15 Werke) besonders groß und das drückt den Profit.

schlossen wurde. Danach erhalten die Arbeiter, die auf freiwilliger Basis zur WU gehen, zwei Stundenlöhne, drei Mark Fahrgeld plus fünf Mark Verzehrgeld (beides steuerfrei). Zusammen sind das etwa drei Stundenlöhne als Köder. Die entliehenen Arbeiter werden weiterhin durch den Betriebsrat vertreten. Die Tarifverträge zwischen der IGM und den Kapitalisten sind ebenfalls Bestandteil der Betriebsvereinbarung.

In beiden Betrieben wird Akkord gearbeitet, eine Absicherung des bisherigen Lohnes wurde bereits zugesichert. Da nach den bisherigen Kenntnissen die Intensität und der durchschnittliche Akkordsatz bei der WU im Durchschnitt höher ist, weigern sich die Kapitalisten bisher, nach den Vorgabezeiten der WU zu bezahlen, obwohl die O & K-Arbeiter dort in die Kolonnen integriert werden. Sie hätten also einen niedrigeren Lohn bei denselben Arbeitsbedingungen.

Trotz des finanziellen Drucks und in einigen Fällen verkürzter Wegezeit leh-

Kapitalisten und der Betriebsrat die Arbeiter befragen, wer bereit sei, den Betrieb zu wechseln. Ungefähr 50 Arbeiter dürften dazu bereit sein. Dem Arbeitsamt ist bekannt, daß die WU die Arbeiter von O & K übernehmen will. Auf der letzten Sitzung des Betriebsrates mit den Kapitalisten drohten die O & K-Kapitalisten, daß es zu Entlassungen kommen werde, wenn das Arbeitsamt die Kurzarbeit nicht genehmigen werde. Die Hoffnung auf eine erträgliche Abfindungssumme aus einem eventuellen Sozialplan – worüber noch gar keine Gespräche geführt wurden – dürften sich zerschlagen, wenn der Kampf nicht gegen Entlassungen geführt wird. Obwohl die O & K-Kapitalisten eine Schließung des Waggonbaus noch heftig dementieren, ließ das Vorstandsmitglied Dr. Paul durchblicken, daß man sich im Vorstand ,,Gedanken" mache über die Zukunft des Waggonbaus. Eine Ersatzproduktion wurde bislang nicht ausgeschlossen. Eine Übernahme von etwa 100 bis 150 Arbeitern durch die

O & K-Konzern: Sanierung durch Entlassungen

r.hak. Im Werk Westberlin von Orenstein & Koppel begann am 15. September für 350 Arbeiter im Betriebsteil Waggonbau die Kurzarbeit. Vom Arbeitsamt liegt noch keine schriftliche Genehmigung für die Kurzarbeit vor. Beantragt wurde sie für maximal eineinhalb Tage bis zum 14. März. Die Arbeiter hätten dann einen Lohnverlust von 120 bis 150 DM pro Monat.

Viele Aufträge sind nicht mehr kostendeckend, sondern können nur noch durch ,,Kampfpreise" hereingenommen werden, erläuterten die Kapitalisten die Situation gegenüber dem Betriebsrat. Der Verband der Waggonindustrie rechnet mit einem Umsatzzuwachs in diesem Jahr von 12%. Im mittelfristigen Beschaffungsprogramm der Bundesbahn bis 1985 sind 700 Reisezugwagen vorgesehen, die Anzahl der Güterwagen stieg im letzten Jahr um 500 auf 6200 Einheiten. Durch erheblich gestiegene Produktivität ist die Konkurrenz der 12 Waggonbaufirmen (15 Werke) besonders groß und das drückt den Profit.

Die Waggon-Union (WU) in Westberlin kann ihre Großaufträge mit dem vorhandenen Personal nicht termingerecht durchführen. Sie will 120 Arbeiter von O & K entleihen. Der Betriebsrat von O & K stimmte der Verleihung prinzipiell zu. Die Betriebsvereinbarung hat einen Vertrag zur Grundlage, der 1947 zwischen den Westalliierten und einigen Metallkapitalisten geschlossen wurde. Danach erhalten die Arbeiter, die auf freiwilliger Basis zur WU gehen, zwei Stundenlöhne, drei Mark Fahrgeld plus fünf Mark Verzehrgeld (beides steuerfrei). Zusammen sind das etwa drei Stundenlöhne als Köder. Die entliehenen Arbeiter werden weiterhin durch den Betriebsrat vertreten. Die Tarifverträge zwischen der IGM und den Kapitalisten sind ebenfalls Bestandteil der Betriebsvereinbarung.

In beiden Betrieben wird Akkord gearbeitet, eine Absicherung des bisherigen Lohnes wurde bereits zugesichert. Da nach den bisherigen Kenntnissen die Intensität und der durchschnittliche Akkordsatz bei der WU im Durchschnitt höher ist, weigern sich die Kapitalisten bisher, nach den Vorgabezeiten der WU zu bezahlen, obwohl die O & K-Arbeiter dort in die Kolonnen integriert werden. Sie hätten also einen niedrigeren Lohn bei denselben Arbeitsbedingungen.

Trotz des finanziellen Drucks und in einigen Fällen verkürzter Wegezeit lehnen die meisten O & K-Arbeiter es ab, ihre Arbeitskraft bei der WU zu verschleißen. Bei dem durchschnittlichen Stundenlohn von 14 DM erhalten die Arbeiter brutto bis zu 900 DM mehr. Sie ziehen es vor, Kurzarbeit zu machen, obwohl sie dann ihren Lebensstandard einschränken müssen.

Noch in diesem Monat wollen die Kapitalisten und der Betriebsrat die Arbeiter befragen, wer bereit sei, den Betrieb zu wechseln. Ungefähr 50 Arbeiter dürften dazu bereit sein. Dem Arbeitsamt ist bekannt, daß die WU die Arbeiter von O & K übernehmen will. Auf der letzten Sitzung des Betriebsrates mit den Kapitalisten drohten die O & K-Kapitalisten, daß es zu Entlassungen kommen werde, wenn das Arbeitsamt die Kurzarbeit nicht genehmigen werde. Die Hoffnung auf eine erträgliche Abfindungssumme aus einem eventuellen Sozialplan – worüber noch gar keine Gespräche geführt wurden – dürften sich zerschlagen, wenn der Kampf nicht gegen Entlassungen geführt wird. Obwohl die O & K-Kapitalisten eine Schließung des Waggonbaus noch heftig dementieren, ließ das Vorstandsmitglied Dr. Paul durchblicken, daß man sich im Vorstand ,,Gedanken" mache über die Zukunft des Waggonbaus. Eine Ersatzproduktion wurde bislang nicht ausgeschlossen. Eine Übernahme von etwa 100 bis 150 Arbeitern durch die WU hält der Senat und die Kapitalisten offenbar für die ,,politisch" günstigste Lösung. Der Charakter einer Massenentlassung könnte dadurch vernebelt werden. Der Aufsichtsrat fordert schon seit zwei Jahren, daß die unrentablen Betriebsteile abgestoßen werden, zu denen in erster Linie der Waggonbau zählt. Die Kapitalisten sollen ihre Pläne offenlegen.

weils 70% das Aktenanlegen und -ablegen sowie das Ausführen von Botengängen aufgeführt." Dabei sind z.B. ,,24% der Azubis in Büros beschäftigt, in denen - abgesehen z.T. von weiteren Azubis - keine weiteren Angestellten arbeiten." Die Azubis erhalten ,,eine durchschnittliche Ausbildungsvergütung von DM 227 im 1. Ausbildungsjahr, von DM 269 im 2. und DM 292 im 3. Ausbildungsjahr", so daß sie vielfach ,,einzig als billige Arbeitskraft herhalten" und zugleich auf den Lohn der ausgebildeten ReNo-Kräfte drücken sollen. Die HBV fordert die Anwälte und ihre Verbände auf, ,,ihre prinzipielle Breitschaft zur Aufnahme von Tarifverhandlungen... in diesem Bereich zu erklären" und tritt u.a. für die Forderung nach 2 x 6 Std. Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen ein. Für Herbst 1980 wird eine Veranstaltung angekündigt, auf der Vertreter der Anwälte und Notare sowie der Berufsschulleitung dazu Stellung nehmen sollen.

b.Hamburg. **Die Forderung der ÖTV nach Abbau der Nacht- und Schichtarbeit, Überstunden und Bereitschaftsdienste muß mit der Forderung nach Lohnerhöhung verbunden werden.** Bei Beschäftigung durch die Hamburger Gesundheitsbehörde beträgt der monatliche Nettolohn einer 26-jährigen Krankenschwester, ledig, KRV ohne Zusatzarbeit ca 1325 DM. Braucht sie nur 100 DM mehr, müßte sie dafür folgende Zusatzdienste leisten: 14 Überstunden ohne Freizeitausgleich (+105,90 DM); 8 Stunden Nachtarbeit, rund 9 Nächte (+100,26 DM); 26 Bereitschaftsdienststunden Stufe 8, rund 1,7 Bereitschaftsdienste (+98,81 DM).

b.ulc. **Am AK Barmbek sind ca. 100 ,,Sitzwachen" teilzeitbeschäftigt.** Der Stundenlohn liegt mit 9.69 DM 1.14 DM unter dem niedrigsten Tariflohn KR1 (Pflegehelfer) unabhängig von der Ausbildung. Als TZ-Beschäftigte mit weniger als 20 Wochenstunden hat der Bundesangestellten-Tarifvertrag für sie keine Gültigkeit, d.h. es besteht kein Anspruch auf Überstundenvergütung, Zeitzuschläge, Urlaubsgeld, Kündigungsschutz etc. Weiter gibt es keine Arbeitslosenversicherung, bei weniger als 15 Std keine Rentenversicherung, unter 10 Std wird bei Krankheit kein Lohn gezahlt. Die ÖTV fordert für Teilzeitarbeiter die gleichen Rechte wie bei Vollzeitarbeit, entsprechende Reduzierung des Arbeitsumfanges bei Überwachung durch den Personalrat und keine Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze.

r.run. **Die Neue Heimat Bremen will über eine ,,Modernisierung" der Fenster die Mieten erhöhen.** In dem Wohngebiet Neue Vahr ist der Zustand der Fenster so schlecht, daß häufig Mieter auf eigene Rechnung bereit sind, neue Fenster einzubauen. Das nutzt Horst Braun, Leiter der NH-Wohnungsverwaltung, aus: er ist für eine schnelle Lösung ,,nur unter Beteiligung der Mieter". Mitglieder der SPD-Beiratsfraktion Vahr unterstützen ihn. Die Miete wird um 70 bis 80 Pfennig pro Quadratmeter Wohnfläche steigen. Wer die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus um 5% oder mehr unterschreitet, kann einen Zuschuß beantragen. Die NH schätzt die Berechtigten auf 40 bis 50% der Mieter. Der Bund hat den Ländern empfohlen, durch höhere Zinsen oder Kürzung der öffentlichen Mittel die Mieten an die Obergrenzen zu treiben. Das sucht Braun auszunutzen: ,,Wenn es ohnehin höhere Mietsätze geben wird, stellt sich für die Bewohner der Neuen Vahr die ... Alternative, ent-

Prof. Denninger: Richtlinien des Bremer Senats sind geeignete Mittel gegen Verfassungsfeinde

r.lia. Der als liberal geltende Frankfurter Professor Denninger hat im Auftrag des Bremer Senats ein Gutachten zur Frage angefertigt, ob die Bremer Richtlinien zum „Verfahren bei Feststellung des Erfordernisses der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst" sich mit der Verfassung vertragen. Das Gutachten soll weniger den Angriffen der CDU begegnen; eher ist es gedacht zur Auffrischung des fortschrittlichen Images der SPD vor der Wahl.

Wie kam es zu den „Richtlinien"? Als es gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972 breiten Widerstand gab, konnten sich Koalition und Opposition nicht einigen über die beste Taktik zur Durchsetzung. Die SPD-Länder suchten neue Wege, voran der Bremer Senat. Im März 1977 verzichtete er in seinen „Richtlinien" auf die Regelanfrage. Die CDU machte großes Spektakel: Die SPD öffne den Kommunisten Tür und Tor. Der Senat hatte dies nie vor; Koschnick hat es seither auch sattsam unter Beweis gestellt. Wer nicht staatstreu erschien aufgrund von Mitteilungen der Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, wurde in Bremen nicht eingestellt – meist „wegen fehlenden Bedarfs" –, zumindest nicht ins Beamtenverhältnis übernommen. Probebeamte wurden „wegen mangelnder Bewährung" in großer Zahl entlassen; Lebenszeitbeamte erhielten Disziplinarverfahren und flogen durch Gerichtsurteil raus – alles ohne Verfassungsschutz. Als das nicht schnell genug ging, wurde 1979 das bremische Disziplinarverfahren „beschleunigt". Das war „effektiv", und der Senat konnte sich immer hinter den Gerichten verstecken. Alles ging ganz rechtsstaatlich zu. 1978 konnte Koschnick mit den „9-Punkten" für den SPD-Vorstand seine Linie („Wer agitiert, fliegt raus") zum Programm erheben.

Das Denninger-Gutachten bestätigt dem Senat daher auch seine Botmäßigkeit gegenüber der Verfassung in einigen Kernpunkten der Richtlinien.

1. Verfassungsmäßigkeit der sog. Loyalitätsvermutung in Nr. 2.1, wo es heißt: „Der Dienstherr bzw. Arbeitgeber geht von der Vermutung aus, daß der einzelne Bewerber die Gewähr der Verfassungstreue bietet". Die verfahrensmäßige Konsequenz ist, daß die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für jeden einzelnen Bewerber der Form nach abgeschafft ist. Denninger behandelt das Problem praktisch. In der Zeit von Anfang 1973 bis Mitte 1975 erfolgten bei praktizierter Regelanfrage ca. 460000 Anfragen; Erkenntnisse wurden in 5700 (1,24%) mitgeteilt. Die Zahl der Ablehnungen liegt im gleichen

übernommen. Probebeamte wurden „wegen mangelnder Bewährung" in großer Zahl entlassen; Lebenszeitbeamte erhielten Disziplinarverfahren und flogen durch Gerichtsurteil raus – alles ohne Verfassungsschutz. Als das nicht schnell genug ging, wurde 1979 das bremische Disziplinarverfahren „beschleunigt". Das war „effektiv", und der Senat konnte sich immer hinter den Gerichten verstecken. Alles ging ganz rechtsstaatlich zu. 1978 konnte Koschnick mit den „9-Punkten" für den SPD-Vorstand seine Linie („Wer agitiert, fliegt raus") zum Programm erheben.

Das Denninger-Gutachten bestätigt dem Senat daher auch seine Botmäßigkeit gegenüber der Verfassung in einigen Kernpunkten der Richtlinien.

1. Verfassungsmäßigkeit der sog. Loyalitätsvermutung in Nr. 2.1, wo es heißt: „Der Dienstherr bzw. Arbeitgeber geht von der Vermutung aus, daß der einzelne Bewerber die Gewähr der Verfassungstreue bietet". Die verfahrensmäßige Konsequenz ist, daß die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für jeden einzelnen Bewerber der Form nach abgeschafft ist. Denninger behandelt das Problem praktisch. In der Zeit von Anfang 1973 bis Mitte 1975 erfolgten bei praktizierter Regelanfrage ca. 460000 Anfragen; Erkenntnisse wurden in 5700 (1,24%) mitgeteilt. Die Zahl der Ablehnungen liegt im gleichen

Zeitraum mit 328 noch unter 1 Promille. Hinzu komme, daß „Erkenntnisse" nicht über staats*positive* Gesinnungs- und Verhaltensweisen Auskunft geben könnten. Auch bleibe bei Zukunftsprognosen ohnehin immer ein bestimmtes Maß an Ungewißheit, auch „wenn man die Gesinnung nicht wie das Hemd wechselt". Daher sei es klüger, dem Bewerber zunächst „*Ver*trauen", nicht *Miß*trauen entgegenzubringen. Dies eröffne dem Bürger zudem „die Chance zur Identifikation, ohne die eine Demokratie nicht dauerhaft bestehen kann" (so das Bundesverfassungsgericht).

2. Nach den Richtlinien erfolgt eine Regelanfrage nur noch bei bestimmten Kategorien von Beamten. Denninger hält das für verfassungsgemäß im Hinblick auf „das gesamte Gemeinwesen, auf das Staatsganze". Im Gefolge von offener Bespitzelung entstehe Angst. Das sei insofern eine verfassungsrechtliche Dimension, als die Identifikation des Bürgers mit der Verfassung Grundvoraussetzung für deren Bestand sei.

Sowieso bedeutet diese Vorschrift keine Abstriche bei der Bespitzelung. Innensenator Fröhlich erklärte bei der Bürgerschaftsdebatte über die „Richtlinien": „Der Senat wird sich daher bei diesem Personenkreis (die in Bremen ausgebildet werden) ein umfassendes Bild über diese Bewerber machen und aufgrund dieser eigenen Erkenntnis eine Entscheidung fällen." Eine Regelanfrage ist somit überflüssig.

3. Auch die Nichtberücksichtigung länger zurückliegender „Tatsachen" aus der Studien- und Ausbildungszeit gefährdet die Staatsordnung nicht. Erstens geschieht sie nur *grundsätzlich*. Zweitens erledigen sich die sogenannten Jugendsünden nicht automatisch durch Zeitablauf. Darin liegt „. . .die Einräumung einer Chance an jenen Bewerber, der seine früheren politischen Auffassungen und Handlungen als Irrtümer erkannt hat und sich . . . von ihnen abgekehrt hat" (Denninger). Absolution wird also nur nach Unterwerfungsakt erteilt, die vollständige Abkehr und Distanzierung von früherer Gesinnung muß öffentlich beschworen werden. Zu solch erniedrigenden Akten hat der Senat schon einige Beamte bringen können. Sie wurden wieder eingestellt oder durften bleiben.

Das ist auch eine Methode, den Kampf und Zusammenschluß der öffentlichen Bediensteten zu unterdrücken und zu spalten neben der direkten Disziplinierung, die der Senat nach wie vor betreibt. Die Beschäftigten führen dagegen im gewerkschaftlichen Zusammenschluß den Kampf. Der Senat konnte so z.B. gezwungen werden, die Mißbilligungen gegen einige Hundert Lehrer wegen Teilnahme am Streik für die 40-Stundenwoche im letzten Jahr zurückzunehmen. Die Entlassung von zwei kommunistischen Lehrern konnte letztes Jahr nicht durchgesetzt werden. Sie unterrichten nach wie vor. Eltern, Schüler und Personalvertrefung zwangen Koschnick zum Zugeständnis, daß der Senat allein

gefährdet die Staatsordnung nicht. Erstens geschieht sie nur *grundsätzlich*. Zweitens erledigen sich die sogenannten Jugendsünden nicht automatisch durch Zeitablauf. Darin liegt „. . .die Einräumung einer Chance an jenen Bewerber, der seine früheren politischen Auffassungen und Handlungen als Irrtümer erkannt hat und sich . . . von ihnen abgekehrt hat" (Denninger). Absolution wird also nur nach Unterwerfungsakt erteilt, die vollständige Abkehr und Distanzierung von früherer Gesinnung muß öffentlich beschworen werden. Zu solch erniedrigenden Akten hat der Senat schon einige Beamte bringen können. Sie wurden wieder eingestellt oder durften bleiben.

Das ist auch eine Methode, den Kampf und Zusammenschluß der öffentlichen Bediensteten zu unterdrücken und zu spalten neben der direkten Disziplinierung, die der Senat nach wie vor betreibt. Die Beschäftigten führen dagegen im gewerkschaftlichen Zusammenschluß den Kampf. Der Senat konnte so z.B. gezwungen werden, die Mißbilligungen gegen einige Hundert Lehrer wegen Teilnahme am Streik für die 40-Stundenwoche im letzten Jahr zurückzunehmen. Die Entlassung von zwei kommunistischen Lehrern konnte letztes Jahr nicht durchgesetzt werden. Sie unterrichten nach wie vor. Eltern, Schüler und Personalvertrefung zwangen Koschnick zum Zugeständnis, daß der Senat allein

steht in der Verteidigung der beamtenrechtlichen Pflicht zur Verfassungstreue außerhalb des Dienstes. Selbst die Einigungsstelle konnte er nicht zur Zustimmung gewinnen und mußte gegen allen Widerstand von seinem „Letztentscheidungsrecht" Gebrauch machen. Jetzt hofft der Senat auf das Verwaltungsgericht.

4. Oktober 1980: Aktionstag in Brunsbüttel

b.wiv. Am 14.9. ist in Quickborn der endgültige Aufruf der Aktionseinheit „Für die sofortige und endgültige Stillegung des Atomkraftwerks Brunsbüttel" beschlossen worden. Ebenso sind die gemeinsamen Forderungen der Aktionseinheit beschlossen worden. Die Aktionseinheit wird getragen von einer Reihe Bürgerinitiativen, den Jusos, den Grünen und dem KBW.

Gerade das KKW Brunsbüttel ist ein Beispiel dafür, mit welcher Skrupellosigkeit die Bourgeoisie die Herrichtung des Unterelbegebietes zum Profit-Eldorado betreibt. Gerade auch am KKW Brunsbüttel wird die ganze Unfähigkeit der Bourgeoisie deutlich, die Produktivkräfte zu entwickeln und zu beherrschen. Seit der Inbetriebnahme im Juni 1976 hat das KKW ganze 6 Monate Strom produziert. Das drückt auf die Profite der Betreiber, Hamburger Elektrizitätswerke und Norddeutsche Kraftwerke. Als dann das Oberverwaltungsgericht Lüneburg im Juli 1979 eine Herabsetzung der Abgabewerte radioaktiver Stoffe gegenüber der ersten Betriebsgenehmigung verlangte, erklärten HEW und NWK in einer Stellungsnahme: „die Verbesserung des Aktivitätsrückhaltesystems steht in keinem angemessenen Verhältnis zum Aufwand." Diese Worte hat sich der Sozialminister Braun zu Herzen genommen und in der neuen Betriebsgenehmigung die teilweise *Heraufsetzung* der Abgabewerte verfügt. Vor allem die Kurzzeit-Abgabewerte wurden heraufgesetzt. So dürfen die Betreiber jetzt in der Stunde 0,15 Millicurie Jod 131 abgeben, fünfmal soviel wie nach der ersten Betriebsgenehmigung und fünfzehnmal soviel wie das OVG Lüneburg verlangt hatte. Man muß dabei im Auge haben, daß die Kurzzeit-Abgabewerte für die Betreiber vor allem bei Schnellabschaltungen des Reaktors von Interesse sind; Schnellabschaltungen (die bisherige Störfalliste des KKW Brunsbüttel verzeichnet über 100 davon) sind immer mit erhöhten Radioaktivitätsabgaben verbunden. Die Erfüllung der OVG-Forderungen hätte für die Betreiber bedeutet, nach einer Schnellabschaltung das KKW wegen Überschreitung der Grenzwerte wahrscheinlich stillegen zu müssen. Aber nur mit einem laufenden KKW kann Profit produziert werden. Diese ganze Vorgehensweise zeigt auch, daß die Abgabe-Grenzwerte nichts mit der Sicherheit der Bevölkerung zu tun haben, sondern mit dem Betrieb des KKW selber, wobei die Kosten für die Rückhaltung radioaktiver Stoffe möglichst gering gehalten werden sollen. Ähnliches gilt auch für die Bestrahlungsgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung, die für die Beschäftigten in Kernkraftwerken mehr als zehnmal so hoch liegen wie für „normale" Menschen. Der „Grenzwert" entpuppt sich schnell als die Belastung mit radioaktiven Stoffen, die eben beim durchschnittlichen Betrieb eines KKW anfällt.

Diese und weitere Zusammenhänge sollen auf der Veranstaltung in Brunsbüttel am Abend des Aktionstages aufgedeckt werden am Beispiel der Geschichte des KKW Brunsbüttel. Zur Sprache werden auch die Folgen kommen, die die skrupellose Ansiedlung der chemischen Großkonzerne für das Unterelbegebiet hat. Einer der Kläger gegen den Bau des KKW Brokdorf, der Bauer Reimers, will dem Vernehmen nach dort über den Stand des Klageverfahrens berichten. Eingeladen werden auch die anderen Kläger, wie z.B. Bürgermeister Sachse aus Wewelsfleth. Zur Sprache kommen werden auch die Absichten der Bourgeoisie, das Klagerecht zu beschneiden und die Verfahrenprozedur bei der Genehmigung von Kernkraftwerken (und auch anderer industrieller Großanlagen) drastisch zu kürzen. Gerade die jetzigen Verfahrensvorschriften haben es zum Teil ermöglicht, daß schlicht die Zeit da war, den Zusammenschluß gegen die geplanten Anlagen zu organisieren wie auch die weitgehende Offenlegung ein Eingreifen in der Sache selber ermöglicht hat. Beides ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge, und das Sozialministerium hat bei der Erteilung der neuen Betriebsgenehmigung nicht zufällig auf ein erneutes öffentliches Anhörungsverfahren „verzichtet".

Der 4. Oktober, der Tag vor der Bundestagswahl, bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, die bürgerlichen Parteien zur Rede zu stellen, denn sicherlich werden sie sich auf dem Brunsbütteler Marktplatz tummeln.

sich der Sozialminister Braun zu Herzen genommen und in der neuen Betriebsgenehmigung die teilweise *Heraufsetzung* der Abgabewerte verfügt. Vor allem die Kurzzeit-Abgabewerte
„Grenzwert" entpuppt sich schnell als die Belastung mit radioaktiven Stoffen, die eben beim durchschnittlichen Betrieb eines KKW anfällt.
Diese und weitere Zusammenhänge
Bundestagswahl, bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, die bürgerlichen Parteien zur Rede zu stellen, denn sicherlich werden sie sich auf dem Brunsbütteler Marktplatz tummeln.

Olaf-Ritzmann-Ermittlungsausschuß erstattet Strafanzeige gegen Polizeiführung

b.khg. Der Ermittlungsausschuß für die Vorfälle am 25.8.80 (bei der Demonstration gegen Strauß kam der 16-jährige Olaf Ritzmann ums Leben) hat in der vergangenen Woche Strafanzeige gegen die Führung der Hamburger Polizei wegen fahrlässiger Tötung erstattet.

In den vergangenen Wochen hat die Polizeiführung mehrfach versucht, jede Verantwortlichkeit für den Tod von Olaf Ritzmann von sich zu weisen. Insgesamt wurden zwischen dem 25.8. und 5.9.80 vier verschiedene Schilderungen zu den Vorfällen abgegeben.

Demgegenüber sieht das Ergebnis der Arbeit des Ermittlungsausschusses folgendermaßen aus und ist durch Zeugenaussagen und Lichtbilder belegt: „Zwischen 21.10 und 21.20 Uhr wurde die Kundgebung vor dem Bahnhof durch eine Ansage des Lautsprecherwagens aufgelöst. Ruhig und friedlich bewegten sich mehrere Hundert Menschen auf den Bahnhof zu. Ab ca. 21.20 erfolgte der 1. Polizeiein-

Olaf-Ritzmann-Ermittlungsausschuß erstattet Strafanzeige gegen Polizeiführung
b.khg. Der Ermittlungsausschuß für die Vorfälle am 25.8.80 (bei der Demonstration gegen Strauß kam der 16-jährige Olaf Ritzmann ums Leben) hat in der vergangenen Woche Strafanzeige gegen die Führung der Hamburger Polizei wegen fahrlässiger Tötung erstattet.
In den vergangenen Wochen hat die Polizeiführung mehrfach versucht, jede Verantwortlichkeit für den Tod von Olaf Ritzmann von sich zu weisen. Insgesamt wurden zwischen dem 25.8. und 5.9.80 vier verschiedene Schilderungen zu den Vorfällen abgegeben.
Demgegenüber sieht das Ergebnis der Arbeit des Ermittlungsausschusses folgendermaßen aus und ist durch Zeugenaussagen und Lichtbilder belegt: „Zwischen 21.10 und 21.20 Uhr wurde die Kundgebung vor dem Bahnhof durch eine Ansage des Lautsprecherwagens aufgelöst. Ruhig und friedlich bewegten sich mehrere Hundert Menschen auf den Bahnhof zu. Ab ca. 21.20 erfolgte der 1. Polizeiein-

satz in der Weise, daß mindestens 5 Mannschaftswagen und mehrere PKW der Polizei aus der Richtung Stresemannstraße die Schanzenstraße hinauf fuhren und mit der Spitze in der Höhe Dänenweg vor dem Bahnhof stoppten, aus den Mannschaftswagen Polizeibeamte mit Schilden, Schlagstöcken und Gasschutzbrillen heraussprangen, die in den PKW's heranfahrenden Polizeibeamten ausstiegen, aus den Kofferräumen der Fahrzeuge entsprechende Ausrüstungen entnahmen und diese anlegten, seitens der Polizei zu keinem Zeitpunkt dieses Einsatzes eine Warnung bzw. Aufforderung zu bestimmtem Verhalten an die dort anwesenden Menschen gerichtet wurde, Polizeibeamte sofort die Ausgänge Schanzenstraße und Dänenweg des Bahnhofs Schanzenstraße abriegelten und sich in diesen Eingängen formierten, bei diesen Vorgängen bereits auf die dort erreichbaren Menschen von Polizeibeamten eingeprügelt wurde, ein 3. Trupp von Polizeibeamten sich keilförmig formierte, mit den Knüppeln auf die Schilde schlagend in die Bahnhofshalle hineindrängte, dieses Schlagen auf die Schilde in der Bahnhofshalle fortsetzte und dann begann, die Knüppel zu schwingen und schließlich auf die in Richtung Bahnsteigtreppe flüchtenden Menschen einschlug, mindestens 3, möglicherweise auch 4 Tränengas- oder andere reiz- und qualmerzeugende Wurfkörper zum

lizeibeamten ausstiegen, aus den Kofferräumen der Fahrzeuge entsprechende Ausrüstungen entnahmen und diese anlegten, seitens der Polizei zu keinem Zeitpunkt dieses Einsatzes eine Warnung bzw. Aufforderung zu bestimmtem Verhalten an die dort anwesenden Menschen gerichtet wurde, Polizeibeamte sofort die Ausgänge Schanzenstraße und Dänenweg des Bahnhofs Schanzenstraße abriegelten und sich in diesen Eingängen formierten, bei diesen Vorgängen bereits auf die dort erreichbaren Menschen von Polizeibeamten eingeprügelt wurde, ein 3. Trupp von Polizeibeamten sich keilförmig formierte, mit den Knüppeln auf die Schilde schlagend in die Bahnhofshalle hineindrängte, dieses Schlagen auf die Schilde in der Bahnhofshalle fortsetzte und dann begann, die Knüppel zu schwingen und schließlich auf die in Richtung Bahnsteigtreppe flüchtenden Menschen einschlug, mindestens 3, möglicherweise auch 4 Tränengas- oder andere reiz- und qualmerzeugende Wurfkörper zum

Einsatz kamen, die in der die Treppe hinaufflüchtenden Menschenmenge detonierten, die Verfolgung der flüchtenden Menschen durch die Polizeibeamten auf dem Bahnsteig, mindestens aber zum oberen Treppenabsatz fortgesetzt wurde, während dieses Einsatzes der Bahnhof aus der Luft durch einen Hubschrauber ausgeleuchtet wurde. Bei der Ankunft der Polizei am Bahnhof Sternschanze drängten sich die Menschen in die Bahnhofshalle . . . Der oben beschriebene Einsatz der Polizei löste unter den Menschen dort eine panikartige Fluchtbewegung aus. Wegen der von Polizeibeamten abgeriegelten Ausgänge blieb dieser Menschenmenge nur der Weg über die Treppe hinauf in Richtung Bahnsteig offen . . . Die Fluchtbewegung der Menschenmenge wurde durch die oben auf dem Bahnsteig befindliche Sperre und durch Gebäude gehemmt, die sich einige Meter weiter auf dem Bahnsteig befinden . . .

Als auf dem Bahnsteig eine drangvolle Enge entstand, springt eine nicht genau bekannte Anzahl von Menschen in dieser Situation auf die Gleise und läuft Richtung Holstenstraße, wobei sich diese Flüchtenden unterschiedlich verhielten. Einige liefen ein Stück, um dann abzuwarten, andere liefen weiter und rutschen den Bahndamm hinunter, wieder andere verharrten im Schutz der Büsche, die gleich hinter

Bahnhof Sternschanze drängten sich die Menschen in die Bahnhofshalle . . . Der oben beschriebene Einsatz der Polizei löste unter den Menschen dort eine panikartige Fluchtbewegung aus. Wegen der von Polizeibeamten abgeriegelten Ausgänge blieb dieser Menschenmenge nur der Weg über die Treppe hinauf in Richtung Bahnsteig offen . . . Die Fluchtbewegung der Menschenmenge wurde durch die oben auf dem Bahnsteig befindliche Sperre und durch Gebäude gehemmt, die sich einige Meter weiter auf dem Bahnsteig befinden . . .
Als auf dem Bahnsteig eine drangvolle Enge entstand, springt eine nicht genau bekannte Anzahl von Menschen in dieser Situation auf die Gleise und läuft Richtung Holstenstraße, wobei sich diese Flüchtenden unterschiedlich verhielten. Einige liefen ein Stück, um dann abzuwarten, andere liefen weiter und rutschen den Bahndamm hinunter, wieder andere verharrten im Schutz der Büsche, die gleich hinter

der Bahnbrücke, vor den dort stehenden und liegenden Häusern und Gärten wachsen. Zu dem Zeitpunkt, als das oben beschriebene Vordringen der Polizeibeamten im Bahnhof beendet war, bewegten sich die Menschen auf den Gleisen zögernd zurück. Bei diesem Zurückgehen wurde Olaf Ritzmann von der S-Bahn erfaßt und tödlich verletzt . . .

---

weder die Mietanhebungen ohne zusätzliche Leistungen zu tragen oder darin die Kosten der Fenstermodernisierung einzubeziehen." Der NH-Vertreter meint, seine Mieterhöhung auf dem Rücken der vom Staat betriebenen Ausplünderung leichter durchsetzen zu können. In mehreren Häuserblocks haben die Mieter den Artikel aus der lokalen Zeitung, in dem die Erhöhung angekündigt wird, an das Schwarze Brett gehängt.

b.bif. **Die Teilnehmervertretung des Berufsfortbildungswerkes des DGB ruft Umschüler, Fortzubildende und Rehabilitanden auf, im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche am Donnerstag, 25.9., ihre Forderungen durch eine Demonstration zum Arbeitsamt (Beginn: 10 Uhr Gerhard-Hauptmann-Platz) zu bekräftigen.** Zur Vorbereitung dieser Demonstration hat die Teilnehmervertretung 3 Flugblätter erarbeitet, die an allen größeren Umschulungseinrichtungen in Hamburg verteilt werden. Die Flugblätter begründen die materiellen und die ihre Rechte betreffenden Forderungen (Ausbildungsverträge, Teilnehmervertretungsordnungen, Streichung des Fehlzeitenerlasses) und entwickeln anhand der Geschichte des Arbeitsamtes die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und deren Bezahlung durch die Unternehmer.

r.dos. **Die Tarifverhandlungen für das Braugewerbe in Niedersachsen sind von den Kapitalisten für gescheitert erklärt worden.** Die NGG hatte den Tarifvertrag fristgerecht zum 30.9.80 gekündigt und für die ca. 4000 Beschäftigten in den Brauereien 9,5% Lohn- und Gehaltserhöhung gefordert. Am ersten Verhandlungstag am 8.9. boten die Brauereikapitalisten 5,04%, am 11.9. dann 5,5% und erklärten, dieses Angebot bewege sich in der Nähe des Abschlusses. Über einen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten/Bildschirmen zu verhandeln, lehnten sie an beiden Tagen ab. Nach den Verhandlungen am 11.9. erklärten sie die Tarifverhandlungen für gescheitert, während die NGG bereit war, weiter zu verhandeln. Nach dem Scheitern läuft jetzt das Schlichtungsverfahren an, das zwei bis drei Wochen dauern kann. Sollte dort keine Einigung erzielt werden, will die NGG Kampfmaßnahmen einleiten. Der Tarif für das Braugewerbe in Nordrheinwestfalen ist ebenfalls gekündigt, über den neuen Tarif wird noch verhandelt.

Veranstaltungskalender

Montag, 22. September 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Kiel, Holstenplatz 16-18 Uhr
Rendsburg, Altstädter Markt 16-18 Uhr
Neumünster, Innenstadt 16-18 Uhr
Hamburg/Barmbeck-Bahnhof, 16.30-18.30 Uhr
Hamburg/Bergedorf-Bahnhof, 16-18 Uhr
Hamburg/Altona-EKZ, 16-18 Uhr
Hamburg/Eimsbüttel, Osterstraße 16-18 Uhr
Hamburg/Langenhorner Markt, 16-17.30 Uhr
Hamburg/Wandsbeck, Karstadt 16.30-18 Uhr

Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Politiker
Kiel, SPD-Wahlveranstaltung mit Helmut Schmidt, Ostseehalle

Dienstag, 23. September 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Kiel, Holstenplatz 16-18 Uhr
Hamburg/Bergedorf, Im Sachsentor 16-18 Uhr
Hamburg/Altona-EKZ, 16-18 Uhr
Hamburg/Harburg, Karstadt 16-18 Uhr
Hamburg/Wandsbeck, Karstadt 16.30-18 Uhr

Donnerstag, 25. September 1980

Öffentliche Debatte des Politischen Berichts des Sekretariats des ZK des KBW. Kommunismus und Klassenkampf Nr. 9/80.
Kiel: „Bavaria Eck", 20 Uhr

Freitag, 26. September 1980

Wahlveranstaltung der bürgerlichen Politiker
Hamburg, CDU-Wahlveranstaltung mit Helmut Kohl, Kongress-Zentrum

Sonntag, 28. September 1980

Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Politiker
Kiel, CDU-Wahlveranstaltung mit Franz Josef Strauß, Ostseehalle
Hamburg, SPD-Wahlveranstaltung mit Helmut Schmidt, Fachhochschule Bergedorf

Dienstag, 30. September 1980

„Aktuelle Lage des Volkes von Kampuchea in seinem Widerstandskampf gegen die vietnamesische Besetzung"
Veranstaltung des Kampuchea-Komitees Kiel.
Kiel: „Räucherei Altentagesstätte", 19.30 Uhr

Mittwoch, 1. Oktober 1980

Öffentliche Debatte des politischen Berichts des Sekretariats des ZK des KBW.
Veranstaltung des Kommunistischen Studentenbundes.
Kiel: Universität, Alte Mensa.

Übersicht zu Betriebsvereinbarungen über Bildschirmarbeiten (II)

b.hao. In KVZ 26/80 wurden bestehende Betriebsvereinbarungen in punkto Pausenregelungen, Mischarbeitsplätze, Qualifikation und Leistungskontrolle verglichen. Im folgenden* werden Betriebsvereinbarungen (Bvs) untersucht im Hinblick auf die gesundheitliche Absicherung der Beschäftigten. Folgende Bvs liegen zugrunde: Behrens AG (Ahrensburg, abgeschlossen am 14.2.80),Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH (1.1.79), Volksfürsorge (Hamburg, Versicherungen, 6.79), Neue Heimat (Hamburg, 12.79), Land Bremen (Öffentl. Dienst, 12.79), Honeywell Offenbach, metallverarb. Ind., 3.79), Entwurf der HBV (6.78), DBV-Unternehmen (Versicherungen), Springer (Westberlin, 10.78), Bauermeister (HHAltona), Müller & Weigert (Nürnberg, 1.80).

Gesundheitliche Absicherung der Beschäftigten:
In allen Bvs werden regelmäßige ärztliche Untersuchungen festgelegt. Während in etlichen Fällen regelmäßig jedoch nur die Augen untersucht werden (Behrens, MBB, Volksfürsorge, Neue Heimat, HBV-Entwurf, DBV, ringer), werden in anderen Bvs auch anderweitige fachärztliche Untersuchungen festgelegt (Honeywell, Bauermeister, Müller & Weigert). Im allgemeinen muß der Kapitalist die Untersuchung bezahlen, sie während der Arbeitszeit durchführen lassen und die Kosten für etwaige medizinische Hilfsmittel (i.a. Brillen) tragen. In den Bvs von Honeywell und Müller & Weigert ist das jedoch nicht durchgesetzt, Volksfürsorge und Neue Heimat zahlen nur Zuschüsse zu den medizinischen Hilfsmitteln. Der zeitliche Abstand zwischen den Untersuchungen ist meistens 1 Jahr. Volksfürsorge und Neue Heimat halten nur alle 2 Jahre für nötig, der Senat Bremen und DBV sogar nur alle 3 Jahre.

Wie wird verfahren, wenn die ärztliche Untersuchung ergibt, daß derjenige nicht mehr am Bildschirm arbeiten kann? Lediglich DBV, Neue Heimat und Bauermeister müssen dann für einen gleichwertigen Arbeitsplatz bei gleicher Bezahlung sorgen, Müller & Weigert ,,bemühen" sich darum und die Volksfürsorge stellt mindestens einen anderen ,,zumutbaren Arbeitsplatz" zur Verfügung, ohne jedoch gleiche Bezahlung zu garantieren. In allen übrigen Bvs ist keine Absicherung für diesen Fall enthalten. Im HBV-Entwurf, bei der Volksfürsorge und der Neuen Heimat und Bauermeister ist festgehalten, daß Schwangere nicht überwiegend am Bildschirm arbeiten dürfen, in anderen Bvs ist dies nicht enthalten.

Die ärztlichen Untersuchungen werden meistens ausdrücklich vom Betriebsarzt selbst oder in dessen Auftrag durchgeführt. Honeywell und der HBV-Entwurf enthalten zur Arztwahl keine Festlegungen, Springer läßt in der Uniklinik Berlin untersuchen, nur bei Bauermeister und Müller & Weigert besteht freie Arztwahl.

Die IG-Metall spricht sich in einer Musterbetriebsvereinbarung für regelmäßige fachärztliche (nicht nur augenärztliche) Untersuchungen aus. Das ist auch unbedingt notwendig, denn die Bildschirmarbeit wirkt sich keineswegs nur auf die Augen aus. Außerdem fordert die IGM Sicherung des Einkommens und einen anderen Arbeitsplatz, wenn ein Beschäftigter gesundheitlich nicht mehr für Bildschirmarbeit geeignet ist.

Der Effektivlohn muß tariflich abgesichert werden

b.are/thb. In der KVZ und in den Betriebsausgaben hatten wir vorgeschlagen, daß in diesem Jahr eine Vorweganhebung in Verbindung mit einer Prozenterhöhung aufgestellt werden müßte. Damit sollte die Differenz zwischen den tariflichen und den effektiven Löhnen und Gehältern verringert werden. Außerdem sollten die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen besonders angehoben werden. Beide Ziele haben einen breiten Rückhalt in den Belegschaften, was zum einen in der letzten Tarifrunde und zum anderen in zahlreichen Anträgen zum 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IGM zum Ausdruck kommt. Trotzdem konnte der Vorschlag nach einer Vorweganhebung in den Belegschaften nicht Fuß fassen. Diese Forderung hätte vorausgesetzt, daß ihre Durchsetzung für die Mehrheit der Kapitalisten kostenneutral ist, also vorhandene Lohn- und Gehaltsbestandteile verrechnet werden können. Namentlich in der Fahrzeugindustrie und in Betrieben mit analytischer Arbeitsplatzbewertung, in denen die Höhe der Arbeitswerte an den Tariflohn gekoppelt sind, würde eine Vorweganhebung wie eine reine Prozenterhöhung wirken. Die Wirkung soll am Beispiel von 150 DM Vorweganhebung für Daimler-Benz dargestellt werden. Der Text der Betriebsvereinbarung ist im nebenstehendem Schaubild abgedruckt.

Tariflicher Akkorrichtsatz des Ecklohnes (1) 9,35 DM
betrieblicher Akkordrichtsatz AW 22 (2) = 11,64 DM
daraus errechnet sich ein Zuschlagsfaktor von 1,245
9,35 x 1,245 = 11,64 DM
150 DM Vorweganhebung geteilt durch 173,8 Std. = 0,86 DM
(1) nach Vorweganhebung = 10,21 DM
(2) 10,21 x 1,245 = 12,71 DM
Daraus errechnet sich ein Akkordlohn bei 130 % = 16,52 DM
Wirkung der Vorweganhebung = 241,58 DM
in Verbindung mit einer z.B. 8 %igen Lohnerhöhung ergibt sich eine monatliche Erhöhung von = 472,19 DM
bei 75 DM Vorweganhebung und 8 % erhält man immerhin noch 340,- DM.

Bei Still würde die Durchsetzung der Forderung entsprechende Auswirkungen haben. Hieraus ergibt sich, daß bei Aufstellung dieser Forderung die Einheit der Arbeiter und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie stark strapaziert würde. Die Belegschaften in den kleinen Betrieben würden abgespalten werden, und die Spaltung zwischen unteren und oberen Lohn- und Gehaltsgruppen würde eher vertieft werden.

Um die berechtigten Forderungen nach Verringerung der Spanne zwischen Tarif- und Effektivlöhnen durchzusetzen, wird es günstiger sein, z.B. die tariflichen Leistungszulagen, die gegenwärtig unterschiedlich nach Tarifbezirken zwischen 9-16 % liegen und im Betriebsdurchschnitt gezahlt werden, zu erhöhen und eventuell individuell auszahlen zu lassen. Weiterhin muß geprüft werden, ob eine Mindestakkordabsicherung, wie sie schon betrieblich durchgesetzt werden konnte, tariflich abzusichern ist.

Demonstration während der Tarifrunde 1979/80



Betriebsvereinbarung über die Einführung und Anwendung eines analytischen Arbeitsplatzbewertungsverfahrens v. 7.9.70 Still/Hamburg
... Die Bestimmung der Grundlöhne für die einzelnen Arbeitswertgruppen ergibt sich aus der vereinbarten Lohnlinie, der Geldbetrag der tariflichen Ecklohngruppe 6 plus 9 % ist der Ausgangspunkt (= 100 %) für ihre Fixierung, er entspricht 18 AW. Die Lohnlinie fällt um 0,78 % pro Arbeitswert (AW) bis auf 85,96 % (86 % = Lohngruppe 3 b) für 0 AW. Sie steigt bis 35 AW ebenfalls um 0,78 % pro AW. Ab 35 AW steigt die Lohnlinie um 0,4 % auf 128 %. Das entspricht 71,9 AW ...

Betriebsvereinbarung über Analytische Arbeitsplatzbewertung für Arbeiter bei Daimler-Benz v. 8.2.68 und 26.6.68.
...(2) Über die im Zusammenhang mit der Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung geltenden Entlohnungsgrundsätze wurde zwischen dem Vorstand und den Betriebsräten folgende Betriebsvereinbarung abgeschlossen:
I. Zuschlagsfaktor
Für jeden Arbeitswert wird ein Zuschlagsfaktor festgelegt. Dieser bezieht sich bei Akkordlöhnern auf den jeweils gültigen tariflichen Akkordrichtsatz des Ecklohnes und bildet den betrieblichen Akkordrichtsatz. Bei Zeitlöhnern bezieht er sich auf den jeweils gültigen tariflichen Ecklohn und bildet den betrieblichen Grundlohn. Betrieblicher Grundlohn plus übertarifliche Zulage ergibt den betrieblichen Zeitlohn...

Kritik an der Außenpolitik der BRD gegenüber der Türkei

b.sug. Türken und Hamburger protestierten in dieser Woche gegen den Militärputsch und besetzten zeitweilig das türkische Generalkonsulat. Von der Bundesregierung wurde ein Stop der ,,Türkeihilfe" verlangt. Dieser 3,4 Mrd.-Kredit, von dem 1,4 Mrd. DM reine Militärhilfe und der Rest Unterstützung der vom Ausland kontrollierten Monopole war, verschärfte nur die Abhängigkeit der Türkei von der NATO.
Das Komitee gegen den türkischen Faschismus, Stadtteilgruppe Altona, plant folgende Tätigkeiten:
– materielle Unterstützung der fortschrittlichen Organisationen in der Türkei
– Unterstützung des Projekts ,,Alternative Türkeihilfe", das von einigen SPD-Abgeordneten und dem Journali-
me türkischer Jugendlicher und die Ausplünderung der Ausländer durch Vermieter und Kapitalisten in Altona.

Fortschritte im Kampf gegen die Lohnspaltung nach Berufsjahren im Einzelhandel
b.hek. Ende Oktober tagt die Tarifkommission der HBV für den Hamburger Einzelhandel zur Vorbereitung der Tarifrunde 1981. Die Löhne im Einzelhandel sind niedrig und aufgesplittert. Stark wirkt die Spaltung der Gehälter nach Berufsjahren. Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten für eine Verkürzung der Berufsjahresstaffel und eine Verkleinerung der Spanne zwischen Anfangsgehalt und Endstufe.
Seit 1975 in der wichtigen Gehaltsgruppe 2 (Verkäufer) nicht ohne Erfolg. Brauchte ein Verkäufer 1971 noch 9 Jahre, um in die Endstufe (z.Zt. 1735 DM) zu kommen, so sind es seit 1980 für gelernte Verkäufer nur noch 6 Jah-
der Kapitalist die Untersuchung bezahlen, sie während der Arbeitszeit durchführen lassen und die Kosten für etwaige medizinische Hilfsmittel (i.a. Brillen) tragen. In den Bvs von Honeywell und Müller & Weigert ist das jedoch nicht durchgesetzt, Volksfürsorge und Neue Heimat zahlen nur Zuschüsse zu den medizinischen Hilfsmitteln. Der zeitliche Abstand zwischen den Untersuchungen ist meistens 1 Jahr. Volks-
Musterbetriebsvereinbarung für regelmäßige fachärztliche (nicht nur augenärztliche) Untersuchungen aus. Das ist auch unbedingt notwendig, denn die Bildschirmarbeit wirkt sich keineswegs nur auf die Augen aus. Außerdem fordert die IGM Sicherung des Einkommens und einen anderen Arbeitsplatz, wenn ein Beschäftigter gesundheitlich nicht mehr für Bildschirmarbeit geeignet ist.
im nebenstehendem Schaubild abgedruckt.
Tariflicher Akkorrichtsatz des Ecklohnes (1) 9,35 DM
betrieblicher Akkordrichtsatz AW 22 (2) = 11,64 DM
daraus errechnet sich ein Zuschlagsfaktor von 1,245
9,35 x 1,245 = 11,64 DM
150 DM Vorweganhebung geteilt durch 173,8 Std. = 0,86 DM
(1) nach Vorweganhebung = 10,21 DM
der Ausgangspunkt (= 100 %) für ihre Fixierung, er entspricht 18 AW. Die Lohnlinie fällt um 0,78 % pro Arbeitswert (AW) bis auf 85,96 % (86 % = Lohngruppe 3 b) für 0 AW. Sie steigt bis 35 AW ebenfalls um 0,78 % pro AW. Ab 35 AW steigt die Lohnlinie um 0,4 % auf 128 %. Das entspricht 71,9 AW ...
Betriebsvereinbarung über Analytische Arbeitsplatzbewertung für Arbeiter bei Daimler-Benz v. 8.2.68 und 26.6.68.
...(2) Über die im Zusammenhang mit der Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung geltenden Entlohnungsgrundsätze wurde zwischen dem Vorstand und den Betriebsräten folgende Betriebsvereinbarung abgeschlossen:
I. Zuschlagsfaktor
Für jeden Arbeitswert wird ein Zuschlagsfaktor festgelegt. Dieser bezieht sich bei Akkordlöhnern auf den jeweils gültigen tariflichen Akkordrichtsatz des Ecklohnes und bildet den betrieblichen Akkordrichtsatz. Bei Zeitlöhnern bezieht er sich auf den jeweils gültigen tariflichen Ecklohn und bildet den betrieblichen Grundlohn. Betrieblicher Grundlohn plus übertarifliche Zulage ergibt den betrieblichen Zeitlohn...

Kritik an der Außenpolitik der BRD gegenüber der Türkei

b.sug. Türken und Hamburger protestierten in dieser Woche gegen den Militärputsch und besetzten zeitweilig das türkische Generalkonsulat. Von der Bundesregierung wurde ein Stop der ,,Türkeihilfe" verlangt. Dieser 3,4 Mrd.-Kredit, von dem 1,4 Mrd. DM reine Militärhilfe und der Rest Unterstützung der vom Ausland kontrollierten Monopole war, verschärfte nur die Abhängigkeit der Türkei von der NATO.

Das Komitee gegen den türkischen Faschismus, Stadtteilgruppe Altona, plant folgende Tätigkeiten:
– materielle Unterstützung der fortschrittlichen Organisationen in der Türkei
– Unterstützung des Projekts ,,Alternative Türkeihilfe", das von einigen SPD-Abgeordneten und dem Journalisten Jürgen Roth initiiert wurde und dem Gewerkschaftsdachverband DISK, der Zeitung Demokrat, den Fabrikkooperativen und den Inhaftierten zugute kommen soll
– Kampf für ein Verbot der Grauen Wölfe, die fortschrittliche Türken, aber auch Westdeutsche verstärkt bedrohen und einzuschüchtern versuchen
– Informationsarbeit über die Probleme türkischer Jugendlicher und die Ausplünderung der Ausländer durch Vermieter und Kapitalisten in Altona.



Bild: Besetzung des Generalkonsulats

Fortschritte im Kampf gegen die Lohnspaltung nach Berufsjahren im Einzelhandel

b.hek. Ende Oktober tagt die Tarifkommission der HBV für den Hamburger Einzelhandel zur Vorbereitung der Tarifrunde 1981. Die Löhne im Einzelhandel sind niedrig und aufgesplittert. Stark wirkt die Spaltung der Gehälter nach Berufsjahren. Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten für eine Verkürzung der Berufsjahresstaffel und eine Verkleinerung der Spanne zwischen Anfangsgehalt und Endstufe.

Seit 1975 in der wichtigen Gehaltsgruppe 2 (Verkäufer) nicht ohne Erfolg. Brauchte ein Verkäufer 1971 noch 9 Jahre, um in die Endstufe (z.Zt. 1735 DM) zu kommen, so sind es seit 1980 für gelernte Verkäufer nur noch 6 Jahre. Außerdem ist der Abstand der Stufen zur Endstufe seit 1975 geringer geworden. Die Gehälter der Verkäufer ohne gültige Berufsausbildung haben diese Entwicklung nicht mitgemacht.

Eine ungelernte Verkäuferin über 21 Jahren bekam im 1. Jahr 1975 50 % heute 53 % der Endstufe. Die Gehälter der ungelernten Verkäufer müssen verstärkt angehoben werden.

Berufsjahr K2 – 8. 7. 6. 5. 4. 3. 2. 1. – Tätigkeitsjahre über 21 – K1
71 72 73 74 75 76 77 78 79 80
100 % 1735 DM – 90 % – 80 % – 70 % 1200 DM – 60 % – 924 DM 50 %

Das Schaubild stellt dar, wie sich der Abstand zwischen den einzelnen Gehältern für gelernte Verkäufer entwickelt hat. Die Endstufe der Gehaltsgruppe 2 (Verkäufer) im jeweiligen Jahr ist gleich 100 % gesetzt. Für die anderen Berufsjahre ist angegeben, wieviel % vom Endgehalt des jeweiligen Jahres es betrug. Das 8. Berufsjahr (oberste Kurve) wurde z.B. bis 1975 mit rund 85 % der damaligen Endstufe, die nach 9 Berufsjahren erreicht war, entlohnt. 1976 mit 90 %, danach mit 100 %, d.h. die Endstufe war schon nach 8 erreicht. In Gehaltsgruppe 1 (unterste Kurve) ist nach einem Aufholen im Jahre 1973 der Abstand im wesentlichen gleichgeblieben. Eine Aussage über die Entwicklung der Kaufkraft ist damit noch nicht gemacht.

Zahlung nach BAFÖG in der Krankenpflegeausbildung ist keineswegs gegessen

b.suk. Die Kampfkraft von Auszubildenden und Kollegen im öffentlichen Dienst hat nicht gereicht, den Dienstherrn zu zwingen, die Krankenpflege in den Manteltarifvertrag für Auszubildende mit einzubeziehen. Abermals lehnte er auf den Verhandlungen am 28.8. diese Forderung ab. Die ÖTV-Jugend im Gesundheitswesen kam durch Beratung zu dem Schluß, daß die Auszubildenden der Krankenpflege unter keinen Umständen in den MTV-A sollen, weil erneut die Frage der Verschulung der Ausbildung auf der Tagesordnung steht. Das Land Bayern gilt in dieser Frage als Vorreiter. Nach Auffassung des bayrischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultur sind die Schulen der Krankenpflege Berufsfachschulen im Sinne des Gesetzes über das berufliche Schulwesen. Wird auf Grundlage dieses Gesetzes von der ÖTV mit dem Land Bayern ein neuer Tarifvertrag für Lernschwestern und Pfleger abgeschlossen, wäre die Konsequenz, der Verschulung zuzustimmen. Dies bedeutet u.a.:die Übernahme aller tarifvertraglichen und gesetzlichen Verbesserungen sind nicht gewährleistet – eine Kürzung der Ausbildungsvergütung durch Einführung eines Schulgeldes kann nicht verhindert werden – Verzicht auf alle Möglicheiten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Jugendvertreter zu wählen. Einigen muß sich die ÖTV Jugend im Gesundheitswesen schnell über Forderungen wie: Bundesweiter Abschluß von Tarifverträgen mit den Forderungen des MTV-A Beibehaltung des bisherigen Status als Auszubildende, keine Verschulung, volle Anwendung des BBiG, Finanzierung der Ausbildung durch die Arbeitgeber, Rücknahme der Zusage über Tarifverhandlungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse mit Bayern und keine weitere Zusage für derartige Tarifverhandlungen in anderen Bundesländern. Auf den Beratungen wurde vorgeschlagen, zentrale und betriebliche Veranstaltungen zu diesem Thema zu machen, die Aktionswoche im Gesundheitswesen in Hamburg im November zu nutzen und während der Vollversammlung der kommunalen Arbeitgeber am 15.11. bundesweit Druck zu machen für bundesweite Tarifverhandlungen zur Verbesserung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Pfleger.

Aktionseinheit gegen Rekrutengelöbnisse in Bad Schwartau und Mölln

b.bed. Zu Beginn der NATO-Herbstmanöver führte die Bundeswehrführung am 10.9. in Bad Schwartau (bei Lübeck) und am 12.9. in Mölln große öffentliche Rekrutenvereidigungen durch. Sie sind Teil der ideologischen Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, mit denen versucht werden soll, im Volk eine politische Basis für die imperialistische Armee und die Politik der BRD im NATO-Bündnis zu gewinnen.

Die Rekruten sind zwar nicht verpflichtet, an diesem Gelöbnis teilzunehmen, tun sie es aber nicht, werden sie nicht befördert, was heißt, 1,50 DM Sold weniger am Tag und auch sonst reichlich Schikanen.

Sowohl in Lübeck wie in Mölln konnte eine Aktionseinheit gegen diese öffentlichen Gelöbnisse gebildet werden. In einem gemeinsamen Aufruf werden die beiden Supermächte USA und Sowjetunion als Hauptkriegstreiber angegriffen, sowie die BRD, die innerhalb der NATO ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgt und die Politik der USA unterstützt. Dagegen wird gefordert: ,,Schluß mit den Kriegsvorbereitungen", ,,Keine öffentlichen Vereidigungen", ,,Auflösung von NATO und Warschauer Pakt", ,,Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan", ,,Keine Einmischung der USA im Iran", ,,Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen", ,,Zurücknahme des Regierungsbeschlusses über die Stationierung der Mittelstreckenraketen". In Mölln konnte sich zusätzlich auch auf die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages geeinigt werden.

In Lübeck nahmen 50 bis 60 Menschen an der Aktion direkt am Sportplatz, wo das Gelöbnis stattfand, teil.

Es wurden zahlreiche Flugblätter verteilt und die Forderungen des Aufrufs auf Transparenten und in Sprechchören propagiert. Das Deutschlandlied zum Schluß der Veranstaltung ging in den Forderungen unter, nicht zuletzt auch, weil die zum Gelöbnis gepressten Rekruten es nur spärlich mitsangen. Das Flugblatt und die Aktion wurde unter Teilen der Soldaten diskutiert und stieß auf Zustimmung.

In Mölln, wo etwa 30 bis 40 Menschen an der Aktion teilnahmen, gelang direkt auf dem Platz selbst, den die Bundeswehr weiträumig abgeriegelt hatte, keine größere Aktion. Vor dem Platz konnten aber zahlreiche Flugblätter verteilt werden. Mit einem geschlossenen Zug zurück in die Innenstadt wurde dort die Aktion abgeschlossen.

Um den Zusammenschluß gegen den imperialistischen Krieg weiter zu festigen, ist es wichtig, unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren und zu klären. So beteiligte sich in Mölln an der Aktion zum Beispiel auch eine Gruppe Jugendlicher mit einem Transparent: ,,Friede ohne Waffen". Sie bekundeten ihr Interesse an einer Diskussion über die Frage, ob der Pazifismus ein geeignetes Mittel im Kampf gegen den Krieg ist. Es wurde vereinbart, über die Möllner Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum darüber einen Diskussionsabend anzustreben.

Schulen stellen ihre Bedarfspläne auf

Lage im Gesamtschulbereich/Gymnasium Alstertal/Gewerbeschule 5

b.gat. Stundenausfall, Kürzung von Schülergrundstunden, Reduzierung von Ausländerförderung, hohe Klassenfrequenzen, Schulschließungen und verrottete Schulen, in denen kaum Unterricht stattfinden kann, sind auch im neuen Schuljahr an der Tagesordnung. ,,. . . wir werden auf dem Weg zu kleinen Klassen in diesem Jahr einen deutlichen Schritt vorankommen . . .'' ließ Schulsenator Grolle zu Schulbeginn in allen Zeitungen verlauten. Wie sieht es tatsächlich in Hamburg aus?

4 Wochen sind seit Schulbeginn vergangen wo sich Lehrer Schüler und Eltern schon einen ersten Überblick verschafft haben über die Lage an ihren Schulen. Sie beginnen konkrete Forderungen und Bedarfspläne aufzustellen – z.B. wieviele Lehrer eingestellt werden müßten an ihrer Schule, damit der Unterricht für alle Kinder voll stattfinden kann. Der Mangel geht immer auf Kosten der Ausbildung der Jugend, womit die Eltern überhaupt nicht einverstanden sind. An einigen Schulen werden auch schon Maßnahmen und Kampfschritte zur Durchsetzung der Forderungen gegenüber dem Hamburger Senat überlegt.

Im Gesamtschulbereich

An den alten Gesamtschulen fallen 161 Unterrichtstunden täglich aus (Kl.7-13) Die noch vor den Ferien bewilligten Lehrauftragsgelder zur Zurücknahme der Stundentafelkürzungen in den Klassen 5, 6 und 7-13 decken den Ausfall nicht ab. Für kurzfristigen Krankenausfall steht im gesamten Gesamtschulbereich 1 Lehrerstelle zur Verfügung. In einigen Gesamtschulen fehlen mehr als 40 Lehrerstunden. In der Gesamtschule Steilshoop haben die Lehrer sich jetzt selbst einen Physiklehrer gesucht und von der Behörde die sofortige Einstellung gefordert, weil in mehreren Kursen der Physikunterricht seit längerem ausfällt.

An der Peter-Petersen-Gesamtschule hat der Schülerrat auf einer Wandzeitung zu einer Versammlung aufgerufen, wo er über die hohen Kursfrequenzen beraten will.

,,Auf unserer letzten Schülerratssitzung stellten wir fest, daß sich seit dem Sommer die Situation in vielen Klassen durch sehr hohe Schülerzahlen erheblich verschlechtert hat. Schülerzahlen von teilweise 36 bis 39 Schülern pro Lerngruppe haben zur Folge, daß unter extrem schwierigen Bedingungen kein sinnvoller Unterricht stattfinden kann. Eine solche Unterrichtssituation ist auf Dauer für Schüler und Lehrer unzumutbar''.

Gymnasium Alstertal

Hier bestand zu Anfang des Schuljahres ein Mehrbedarf von 56 Lehrerstunden. Etwa 20 Stunden fallen aus – in

Lehrauftragsgelder zur Zurücknahme der Stundentafelkürzungen in den Klassen 5, 6 und 7-13 decken den Ausfall nicht ab. Für kurzfristigen Krankenausfall steht im gesamten Gesamtschulbereich 1 Lehrerstelle zur Verfügung. In einigen Gesamtschulen fehlen mehr als 40 Lehrerstunden. In der Gesamtschule Steilshoop haben die Lehrer sich jetzt selbst einen Physiklehrer gesucht und von der Behörde die sofortige Einstellung gefordert, weil in mehreren Kursen der Physikunterricht seit längerem ausfällt.

An der Peter-Petersen-Gesamtschule hat der Schülerrat auf einer Wandzeitung zu einer Versammlung aufgerufen, wo er über die hohen Kursfrequenzen beraten will.

,,Auf unserer letzten Schülerratssitzung stellten wir fest, daß sich seit dem Sommer die Situation in vielen Klassen durch sehr hohe Schülerzahlen erheblich verschlechtert hat. Schülerzahlen von teilweise 36 bis 39 Schülern pro Lerngruppe haben zur Folge, daß unter extrem schwierigen Bedingungen kein sinnvoller Unterricht stattfinden kann. Eine solche Unterrichtssituation ist auf Dauer für Schüler und Lehrer unzumutbar''.

Gymnasium Alstertal

Hier bestand zu Anfang des Schuljahres ein Mehrbedarf von 56 Lehrerstunden. Etwa 20 Stunden fallen aus – in

den Fächern Physik, Biologie, Chemie, Deutsch (Förderunterricht), Arbeit und Technik. Der Rest wird durch Mehrarbeit der Lehrer ,,ausgeglichen''. So sind z.B. in den Kursen in Kunst in Ks.935 Schüler, in der Studienstufe 30 Schüler, in Französisch sind in Klasse 7-9 auch jeweils über 30 Schüler. Die Klassenstärke im Vorsemester liegt bei 25 Schülern. In der



GEW-Demonstration, Juli 1980, für Verbesserung der Lernbedingungen in Hamburg.

Studienstufe bekommen nur einige Tutoren einen Stundenausgleich, ähnlich ist es mit Kollegen, die eine Sammlung verwalten. Der Personalrat hat den Kollegen jetzt zugesagt, sie bei der Forderung nach Stundenausgleich zu unterstützen.

Gewerbeschule 5

Schüler der Gewerbeschule 5 schreiben einen Brief an die Bürgerschaftsfraktionen, an die Deputation des Amtes für Schule und die Bezirksversammlung Nord zu Raum- und Umbauproblemen an der G5.

,,Sehr geehrte Damen und Herren! Als Schüler der G5 wenden wir uns an Sie, um entschieden gegen die baulichen Mißstände an unserer Schule zu protestieren und Sie dringend zu bitten, sich dafür einzusetzen, daß diese Mißstände beseitigt werden. Seit Jahren werden Schüler der G5 unter unzumutbaren Verhältnissen ausgebildet:

1. Seit Jahren ist die Verrottung unserer Schule eine Tatsache. Es gibt Klassen, in denen sich die Fenster nicht mehr richtig öffnen lassen, mit entsprechend mieser Belüftung, bei den Buchbindern wurde sogar eine Fensterfront zugekittet wegen ihres desolaten Zustandes. (. . .) Bei den Goldschmieden muß bei starkem Regen oder tauendem Schnee das durch die Decke sickernde Wasser mit Eimern und Wannen aufgefangen werden. Bei den Fotolaboranten fällt der Putz von den Wänden.

2. Seit Jahren erhalten einige von uns nicht den angemessenen Technologie-Unterricht! Teilweise werden Fachpraxisräume als Klassenräume benutzt und sind dadurch für andere Klassen nicht mehr nutzbar. Für die Fachlaboranten sind die Fachpraxisräume seit Jahren unzumutbar . . .''

Einerseits verrotten Schulen, so daß kaum Unterricht stattfinden kann, andererseits läßt der Senat Schulen, die erst vor 6 Jahren gebaut wurden, schließen oder verkauft sie. Die Schule Weißenhof in Farmsen soll an eine Privatschule verkauft werden. Begründung: sinkende Schülerzahlen. Schon vor den Ferien haben Eltern, Schüler und Lehrer dagegen den Kampf aufgenommen. Unter den Forderungen ,,Schule Weißenhof darf nicht geschlossen werden!'' und ,,Die Schule Weißenhof muß weiterhin Anmeldeschule bleiben!''. Als Briefe an Senator Grolle und Gespräche mit OSR Imelmann und LSR Neckel nichts brachten, beschlossen die Eltern eine Demonstration und einen Schulstreik. Die Schüler sammelten in den umliegenden Wohngebieten 2500 Unterschriften für ihre Forderungen.

Es ist nützlich, wenn die Schulen zusammen mit den Eltern und der Gewerkschaft Bedarfspläne für Lehrstellen und ausreichend Räume für ihre Schulen erstellen; die Einstellung aller Lehrer fordern zur Verbesserung der Lernbedingungen. Den Lehrern wird es eine gute Unterstützung für ihren weiteren Kampf um Arbeitszeitverkürzung sein.



,,Sehr geehrte Damen und Herren! Als Schüler der G5 wenden wir uns an Sie, um entschieden gegen die baulichen Mißstände an unserer Schule zu protestieren und Sie dringend zu bitten, sich dafür einzusetzen, daß diese Mißstände beseitigt werden. Seit Jahren werden Schüler der G5 unter unzumutbaren Verhältnissen ausgebildet:

1. Seit Jahren ist die Verrottung unserer Schule eine Tatsache. Es gibt Klassen, in denen sich die Fenster nicht mehr richtig öffnen lassen, mit entsprechend mieser Belüftung, bei den Buchbindern wurde sogar eine Fensterfront zugekittet wegen ihres desolaten Zustandes. (. . .) Bei den Goldschmieden muß bei starkem Regen oder tauendem Schnee das durch die Decke sickernde Wasser mit Eimern und Wannen aufgefangen werden. Bei den Fotolaboranten fällt der Putz von den Wänden.

2. Seit Jahren erhalten einige von uns nicht den angemessenen Technologie-

vor den Ferien haben Eltern, Schüler und Lehrer dagegen den Kampf aufgenommen. Unter den Forderungen ,,Schule Weißenhof darf nicht geschlossen werden!'' und ,,Die Schule Weißenhof muß weiterhin Anmeldeschule bleiben!''. Als Briefe an Senator Grolle und Gespräche mit OSR Imelmann und LSR Neckel nichts brachten, beschlossen die Eltern eine Demonstration und einen Schulstreik. Die Schüler sammelten in den umliegenden Wohngebieten 2500 Unterschriften für ihre Forderungen.

Es ist nützlich, wenn die Schulen zusammen mit den Eltern und der Gewerkschaft Bedarfspläne für Lehrstellen und ausreichend Räume für ihre Schulen erstellen; die Einstellung aller Lehrer fordern zur Verbesserung der Lernbedingungen. Den Lehrern wird es eine gute Unterstützung für ihren weiteren Kampf um Arbeitszeitverkürzung sein.



Schüler, Eltern und Lehrer demonstrieren gegen den Verkauf der Schule Weissenhof.

Bendixen will sich die direkte Kontrolle in den Lehrerprüfungen sichern

b.oeh. Vor einigen Wochen hat der Kultusminister neue Ausbildungsordnungen für Fachlehrer (A10) an berufsbildenden Schulen, für Studienräte an Gymnasien und berufsbildenden Schulen, vorläufige Ausbildungsordnungen für die Laufbahn Sonderschul-, Grund-, und Hauptschul- und Realschullehrer und neue Prüfungsordnungen für die 2. Staatsprüfung der Fachlehrer (A10) an berufsbildenden Schulen, der Realschul- und Grund- und Hauptschullehrer vorgelegt. Zur Begründung für die Veränderungen werden u.a. formale Gründe (wie ,,Landesschulamt'' wird durch ,,Kultusministerium'' ersetzt) angeführt. Hinsichtlich der Prüfungsordnung für die Grund- und Hauptschullehrer werden darüber hinaus Erfahrungen mit der Notengebung genannt, ,,die sich insbesondere auf Anwärter beziehen, die bewußt Teilaspekte der Ausbildung vernachlässigen und praktisch bestimmte Prüfungsleistungen verweigern''.

– Zu den Prüfungsordnungen

Den drei vorgelegten Prüfungsordnungen ist eine Verlagerung der Kompetenzen von unten nach oben gemeinsam, damit eine unmittelbare Ausweitung der Einflußnahme der obersten Schulaufsichtsbehörde. Einige Beispiele sollen dies belegen:

– Die Mentoren haben generell nur noch beratende Stimme und ,,können'' nur noch an den Lehrproben, an deren Besprechung und der Beratung über die Note teilnehmen (bisher hatten sie Stimmrecht);

– ,,Der Kultusminister setzt aufgrund der Gutachten nach Vorschlag des Seminarleiters eine Note für die Ausbildung fest.''

– ,,Die Gutachten der Studienleiter sind vor der Benotung mit dem Seminarleiter zu besprechen.'' (bisher konnten die Studienleiter – bis auf den Grund- und Hauptschulbereich – ihre Note selbständig festsetzen);

– Das Thema der Hausarbeit muß dem Kultusminister zur Genehmigung vorgelegt werden; er behält sich sogar das Recht vor, es zu bestimmen.

Die Tendenz wird deutlich: Zentralisierung der Kontrolle und Entscheidungen beim Kultusminister, Entrechtung der an der Ausbildung unmittelbar Beteiligten, Verstärkung des Leistungs- und Notendrucks auf die Lehramtsanwärter.

Die Prüfungsordnungen richten sich insbesondere dagegen, daß die Mentoren und Studienleiter die Anwärter zu gut beurteilt hätten – so jedenfalls gab der Leitende Realschuldezernent im Kultusministerium Hiller zu verstehen, als er im Juni dieses Jahres in Pinneberg den Realschullehreranwärtern ihre Einstellungsurkunden überreichte. Eine Entscheidung über die spätere Verwendung der Kollegen können aufgrund der zu ,,guten'' und ,,einheitlichen'' Noten nicht gefällt werden.

Gegenwärtig werden in den Gremien der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und unter den Anwärtern in den Seminaren die vorgelegten Entwürfe für Ausbildungs- und Prüfungsordnungen diskutiert. Gerade bei den noch unmittelbar betroffenen Kollegen ist die Ablehnung groß (die geplanten Änderungen sollen rückwirkend zum 1.8.1980 in Kraft treten). Es wird jetzt die Aufgabe der GEW sein, die Kämpfe in den einzelnen Seminaren zusammenzufassen und somit den Forderungen der Kollegen gegenüber dem Kultusministerium kraftvoll Ausdruck zu verleihen.

Bendixen: Weniger Theorie, dafür Liedersingen für Haupt- und Sonderschüler

b. abc. Vorrangige Ziele bei einem CDU-Wahlsieg sei die feste Einbindung der BRD in das westliche Bündnis und die Wiederherstellung des Vertrauens in die Bundeswehr, so Bendixen in seiner Wahlrede. Innenpolitisch will die CDU die Verschuldung bremsen durch Kürzung der Ausgaben im sozialen Bereich. Ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung dieser Politik ist für Bendixen die Bildungspolitik. Die Schule soll wieder Werte wie Fleiß, Leistungswillen und Hilfsbereitschaft vermitteln. Vor allem in den Haupt- und Sonderschulen soll der hohe Theorieanspruch weichen zugunsten von Liedersingen, Gedichte lernen und praxisorientiertem Unterricht. Mit diesem Konzept will die CDU die Jugend von ihrer Orientierungslosigkeit und Anfälligkeit für den Linksradikalismus befreien, siehe Demonstrationen gegen öffentliche Vereidigungen und Anti-Strauß-Demonstrationen.

deren Besprechung und der Beratung über die Note teilnehmen (bisher hatten sie Stimmrecht);

– ,,Der Kultusminister setzt aufgrund der Gutachten nach Vorschlag des Seminarleiters eine Note für die Ausbildung fest.''

– ,,Die Gutachten der Studienleiter sind vor der Benotung mit dem Semi-

Änderungen sollen rückwirkend zum 1.8.1980 in Kraft treten). Es wird jetzt die Aufgabe der GEW sein, die Kämpfe in den einzelnen Seminaren zusammenzufassen und somit den Forderungen der Kollegen gegenüber dem Kultusministerium kraftvoll Ausdruck zu verleihen.

Bendixen: Weniger Theorie, dafür Liedersingen für Haupt- und Sonderschüler

b. abc. Vorrangige Ziele bei einem CDU-Wahlsieg sei die feste Einbindung der BRD in das westliche Bündnis und die Wiederherstellung des Vertrauens in die Bundeswehr, so Bendixen in seiner Wahlrede. Innenpolitisch will die CDU die Verschuldung bremsen durch Kürzung der Ausgaben im sozialen Bereich. Ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung dieser Politik ist für Bendixen die Bildungspolitik. Die Schule soll wieder Werte wie Fleiß, Leistungswillen und Hilfsbereitschaft vermitteln. Vor allem in den Haupt- und Sonderschulen soll der hohe Theorieanspruch weichen zugunsten von Liedersingen, Gedichte lernen und praxisorientiertem Unterricht. Mit diesem Konzept will die CDU die Jugend von ihrer Orientierungslosigkeit und Anfälligkeit für den Linksradikalismus befreien, siehe Demonstrationen gegen öffentliche Vereidigungen und Anti-Strauß-Demonstrationen.

In der Diskussion kritisierte ein Berufsschüler die fehlende Lernmittelfreiheit an der Berufschule in Eckernförde. Fachschüler griffen Bendixen wegen Stundenausfall, Lehrermangel und Herabstufung im BAFöG an und kritisierten die mangelnde Zeit (45 Min./Monat) für die Arbeit der Schülervertretung. Das Bildungszentrum Mettenhof platzt aus allen Nähten, Klassen sind bereits ausgelagert, die Klassengröße beträgt teilweise 38 Schüler. Wußte Bendixen in seiner Wahlrede Antworten zur Innen- und Außenpolitik, so wich er in der konkreten Diskussion aus mit dem Hinweis: ,,als Kultusminister nicht zuständig'' oder ,,nicht über meinen Schreibtisch gegangen''. Hilfreich sprang ihm dann immer Herr Zimmer in seiner Funktion als Stadtschulrat zur Seite. Einen Neubau für das Bildungszentrum Mettenhof, der Bau einer neuen Gesamtschule und mehr Planstellen wurden mit dem Hinweis auf die Finanzlage abgewiesen. Bendixen kündigte an, daß es 1982 wahrscheinlich gar keine neuen Stellen gibt und er gerade an einer Kabinettsvorlage zur Einsparung arbeite. Außerdem verwies er auf die Situation von Polizei und Justiz, wo es noch schlimmer aussehe. An dem Programm der CDU wird deutlich, daß sie mit dem Hinweis auf die Staatsverschuldung berechtigte Interessen der Bevölkerung z.B. in bezug auf die Schulen ablehnt diese Gelder jedoch nicht zum Schuldenabbau, sondern zur Stärkung der NATO und Bundeswehr, zur Sicherung der Stellung im imperialistischen Militärbündnis (Nachrüstungsbeschlüsse) und Ausbau des Unterdrückungsapparates (Polizei, Justiz) einsetzt.

Medikamentenversuche in der Kieler Kinderklinik: alleiniges Kontrollrecht liegt bei Staat und Pharmaindustrie

b.jöf. Seit Wochen läuft der Streit darum, ob es an der Universitätskinderklinik in Kiel seit Jahren unerlaubte Versuche mit Medikamenten gegeben habe oder nicht. Der FDP-Landtagsabgeordnete Schumacher behauptete: An kranke Kinder und Säuglinge seien Antibiotoka verabreicht worden, ohne daß das für die Behandlung der Kinder notwendig war; die Eltern der Patienten seien nicht nach ihrer Zustimmung gefragt worden; Versuche an freiwilligen gesunden Versuchspersonen seien ohne Zustimmung der sog. Ethik-Kommission des Medizinischen Fachbereichs vorgenommen worden. Das juristische Gutachten, das die FDP danach von Prof. Samson (Uni Kiel) erstellen ließ, stellt lediglich fest: Heute ist nichts mehr genau zu klären.

Sicher muß ein neu entwickeltes Medikament aus Sicherheitsgründen nicht nur am Tier, sondern auch am Menschen getestet werden, und wiederum aus Sicherheitsgründen zuerst an Gesunden. An Kindern und Säuglingen muß u.U. auch getestet werden, bevor das Medikament in den Handel gelangen kann, weil es bei ihnen besondere Dosierungs- usw. probleme geben kann.

,,Schutz des Menschen bei der klinischen Prüfung'' (von noch nicht zugelassenen Arzneimitteln) sind die §§ 40 bis 42 des Bundesarzneimittelgesetzes von 1976 überschrieben. Für den Fall, daß die klinische Prüfung an Klinikpatienten, also nicht an gesunden Versuchspersonen vorgenommen werden soll, legt das Gesetz fest: ,,(1) Die klinische Prüfung darf nur durchgeführt werden, wenn die Anwendung des zu prüfenden Arzneimittels nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft angezeigt ist, um das Leben des Kranken zu retten, seine Gesundheit wiederherzustellen oder sein Leiden zu erleichtern.'' Für die Tests dürfen auch nicht geschäftsfähige Patienten genommen werden, solange der gesetzliche Vertreter einwilligt, aber: ,,Der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters oder Pflegers bedarf es solange nicht, als eine Behandlung ohne Aufschub erforderlich ist, um das Leben des Kranken zu retten, seine Gesundheit wiederherzustellen oder sein Leiden zu erleichtern, und eine Erklärung über die Einwilligung nicht herbeigeführt werden kann . . . (7) Die Aufklärung und die Einwilligung des Kranken können in besonders schweren Fällen entfallen, wenn durch die Aufklärung der Behandlungserfolg nach der Nummer (1) (Leben retten usw., die Red.) gefährdet würde und ein entgegenstehender Wille des Kranken nicht erkennbar ist.'' Das ist kein Schutz der Rechte des Krankenhauspatienten. Aber vollständig rechtlos wird der Patient, wenn es sich um Versuche mit bereits zugelassenen Arzneimitteln handelt, dann nämlich finden die zitierten Schutzbestimmungen gar keine Anwendung.

Wer hat das größte Interesse an Medikamentenversuchen? Für fast jedes Medikament – 50000 sollen in der BRD im Handel sein – lassen die Hersteller etliche Testreihen durchführen und in Zeitschriften oder Broschüren als Werbematerial veröffentlichen. Jeder Arzt wird damit überschwemmt. Dadurch erreicht das Experimentieren ein Ausmaß, daß in aller Regel der Patient nicht aufgeklärt und um Erlaubnis gefragt wird und Kinder schon gar nicht.

Vor einigen Jahren hat der Bundestag durch einen Pharmakologen 2000 klinische Arzneimittelversuche unter die Lupe nehmen lassen. In keinem Fall wurden die Forderungen des Arzneimittelgesetzes voll eingehalten. 45 Prozent aller Versuche wurden als ,,ethisch bedenklich'' eingestuft, weil kein Behandlungsbedarf bestand, Krankheiten und Symptome künstlich herbeigeführt wurden oder gefährliche Untersuchungen vorgenommen wurden mit dem einzigen Zweck, die Wirksamkeit des Präparats zu prüfen.

Ein ähnliches Beispiel schildert der Züricher Tagesanzeiger anläßlich des Bekanntwerdens der Versuche in der Kieler Kinderklinik: ,,So wurden in den Jahren 1971 bis 1973 in 31 deutschen Spitälern nur solche Unfallopfer mit *Trasylol* behandelt, die an ungeraden Tagen eingeliefet wurden. Trasylol unterdrückt die Eiweißzersetzung und senkt bei Patienten mit einem Verletzungsschock die Sterberate von 14,4 Prozent auf 10,6 Prozent. Diese Eigenschaften des Produkts waren den Forschern der Bayer AG schon vorher bekannt. Der Großversuch, dem – statistisch gesehen – über 20 Menschen zum Opfer fielen, hatte nur den Zweck, den Verkaufsmanagern ein *zusätzliches Werbeargument* in die Hand zu geben.''

Gegen die rücksichtslosen Praktiken der Pharmakapitalisten gibt es Mittel. Viele Kritiker dieser Praktiken fordern eine Genehmigungspflicht für Arzneimittelversuche am Menschen, das würde den privaten Kreis Mediziner-Pharmaindustrie sprengen und die Sache öffentlich machen. Die Einhaltung der Genehmigungspflicht müßte überwacht werden von den von den Versicherten kontrollierten Krankenversicherungen als Träger des Gesundheitswesens. Trennung zwischen behandelndem Arzt und dem, der die Versuche durchführt, muß gegeben sein, und die Versuche müssen zusätzlich von der Zustimmung des behandelnden Arztes abhängig gemacht werden.



Erfolgreiche Aktionen gegen öffentliche Rekrutengelöbnisse

r.beb. Kurz hintereinander führte die Bundeswehr in der zweiten Septemberwoche in Bad Schwartau (bei Lübeck) und in Mölln öffentliche Rekrutengelöbnisse durch. Unter den Hauptforderungen: „Schluß mit den Kriegsvorbereitungen“, „Schluß mit öffentlichen Vereidigungen“, „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“ riefen an beiden Orten Aktionseinheiten zum Protest dagegen auf. In Mölln konnte sich zusätzlich auf die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages geeinigt werden. In Lübeck nahmen 50 bis 60 Menschen an der Aktion direkt am Sportplatz, wo die Vereidigung stattfand, teil, in Mölln ca. 40 Menschen. Es wurden zahlreiche Flugblatter verteilt und die Parolen gerufen. Die örtliche Presse mußte in beiden Fällen auf die Aktion eingehen.

Schmidt: Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter aufrechterhalten

r.hek. Vor gut 9000 Menschen in der Bremer Stadthalle versuchte Helmut Schmidt seinen Parteianhang auf die Stimmabgabe für die SPD einzuschwören. Kooperation und Zusammenarbeit bestimme die Außenpolitik, bei fester Einbettung in das Bündnis. „Noch nie hat die Bevölkerung in der Bundesrepublik einen so hohen sozialen Besitzstand gehabt“. Das gelte es abzusichern. „Wir nehmen jeden Ausländer auf, der bei uns Arbeit und Brot sucht. Wer jedoch innerhalb der BRD sein politisches Süppchen kochen will, der muß gehen.“ Gewalt drücke sich nicht nur in körperlichen Maßnahmen aus, so Schmidt, sondern auch Parolen rufen gehöre dazu. Parolen wurden auch in der Stadthalle gerufen: „BRD raus aus der Nato! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges.“ Der Bremer Innensenator ließ eine von der BBA angekündigte Demonstration verbieten, weil die BBA nach den Vorfällen vom 6. Mai keine Gewähr für die „öffentliche Sicherheit“ biete. (Bild: 15.9. Stadthalle Bremen).



Arbeiter der AG-„Weser“ Werft führen einen hartnäckigen Kampf gegen Entlassung, Lohnsenkung und Rationalisierung

r.mor./uls. Am 17.9. wurden der Belegschaft der AG „Weser“ Bremen auf einer Betriebsversammlung die Vorstellungen der Konzernleitung betreffs Neuordnung der Werft vorgestellt. Das Konzept beinhaltet u.a.: Entlassung von 426 Beschäftigten, Umstellung von Programmlohn auf Gruppenakkord (= 1 DM weniger pro Stunde), gemeinsame Verwaltung der Werften AG „Weser“ und Seebeck mit Sitz in Bremerhaven, Abbau von Sonderzuwendungen, Umstellung von Neubau- auf Reparaturtätigkeit. Dieses Programm wies die Belegschaft zurück und stimmte einstimmig für eine Demonstration vor das Parlamentsgebäude sofort.

Mit der 135 Jahre alten AG „Weser“ hat der Krupp Konzern laut Handelsblatt (12.6.80) einen „Klotz am Bein“, den er lieber heute als morgen los wäre. Tatsache ist, daß das Anlagekapital 1949 21,9 Mio. DM betrug. Für den 31.12.78 weist die Bilanz 338,8 Mio. DM aus. Knapp dreizehn mal haben die AG „Weser“ Kapitalisten ihr Anlagekapital aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt. Das angehäufte Kapital läßt sich jetzt nicht mehr profitabel genug verwerten, von daher wollen sie es loswerden, um es anderweitig profitabler einzusetzen.

Auf der Betriebsversammlung des Bremer Vulkan am 15.7. wurde per Akklamation eine Resolution begrüßt, in der die Forderung: „Keine Entlassungen – keine Teilstillegung“, „Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme“ entwickelt werden. Zur Durchsetzung dieser Forderungen wird eine gemeinsame Demonstration aller Bremer Metallarbeiter vorgeschlagen.



Über 2000 Arbeiter ziehen am 17.9. zur Bürgerschaft um vom Senat Rechenschaft zu verlangen. Im Landtag werden gerade Mißtrauensanträge gegen Koschnick und zwei Senatoren wegen der Auseinandersetzungen am 6. Mai verhandelt. Koschnick läßt sich entschuldigen – er habe keine Zeit. Die Arbeiter sind empört, Buhrufe und Pfiffe. Eine Delegation wird losgeschickt Koschnick zu holen.





Die Fregattentaufe im Juni des Jahres nutzt die Belegschaft, um gegen Teilstillegung, Massenentlassung und Rationalisierung zu demonstrieren. Die Taufzeremonie muß geändert werden: Statt Ministerpräsident Albrecht spricht als erster der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß. Am 12.6.1980 streiken 2500 Arbeiter. Der Vorstandsvorsitzende Scheider muß zusichern, daß bis Mitte 1981 die Beschäftigung gesichert sei. Am 9.9.80 tritt der gesamte 23köpfige Betriebsrat zurück. Die Neuwahlen sollen ihm ein Mandat für den Kampf gegen das Sanierungsprogramm verschaffen. Am 10.9. erneute Streikversammlung zur aktuellen Lage. Betriebsrat und IG Metall kündigen die Bildung eines Krisenstabes an. IG Metall und Betriebsrat haben ein 10-Punkteprogramm aufgestellt, welches im wesentlichen die Arbeitsplätze sichern soll.





SPD Landesvorsitzender Kunick erscheint. Er versucht sich in SPD-Wahlpropaganda. „Aufhören! Aufhören!“ Als nächster erscheint Senator Czichon. Fortgesetzt wird er angegriffen und unterbrochen. Sprechchöre: „Koschnick raus!“ Koschnick kommt. Er fordert die Arbeiter auf, sich nicht zwischen Seebeck und AG „Weser“ spalten zu lassen. (Beifall). Dann stellen die Arbeiter Fragen: Wie er sich denn den Erhalt der Arbeitsplätze vorstelle. Was er im Aufsichtsrat der AG „Weser“ gemacht habe. Koschnick sieht zu, daß er wieder in die Bürgerschaft kommt. Der BR-Vorsitzende erklärt die Aktion für diesen Tag beendet, weitere werden vorbereitet. Solidaritätsadressen wurden überbracht: vom Betriebsrat des Bremer Vulkan und VFW, von der DAG und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

Krankenpflegeschüler fordern bessere Ausbildungsbedingungen

r.peb. Seit 1976 mußte der Bremer Senat einen Teil der Ausbildungskosten für Auszubildende in der Krankenpflege aus eigener Tasche bezahlen. Die daraufhin geplante Anrechnung der Krankenpflegeauszubildenden auf den Bettenschlüssel mit 1 : 3 war an dem massiven Widerstand der Auszubilden-

Weser praktisch gänzlich in den Stellenplan eingedrückt.

Durch den dritten Referentenentwurf zur Neuregelung der Ausbildung in der Krankenpflege, der wegen „einem gewissen wirtschaftlichen Wert für die Krankenhäuser“ von einer Anrechnung von 1 : 3 ausgeht, würden

von den 200 praktischen Einsatzgebieten aus, die jeweils mit einem hauptamtlich dafür eingestellten Ausbilder pro Früh- und Spätschicht zu besetzen sind. Diese Ausbilder sind dann für ca. 3 Auszubildende verantwortlich. Diese Forderung steht gegen die 22 Planstellen, die im Haushalt 1980 aner-

unabhängig von der Festsetzung der Pflegesätze sein müssen, also vom Senat zu tragen sind.

All diese Forderungen der Auszubildenden sind gerecht, weil sie sich gegen die Versuche seitens des Senats richten, die Kostendämpfung in der Kranken-

eingehen.

Schmidt: Rechtlosigkeit ausländischer Arbeiter aufrechterhalten

r.hek. Vor gut 9000 Menschen in der Bremer Stadthalle versuchte Helmut Schmidt seinen Parteianhang auf die Stimmabgabe für die SPD einzuschwören. Kooperation und Zusammenarbeit bestimme die Außenpolitik, bei fester Einbettung in das Bündnis. „Noch nie hat die Bevölkerung in der Bundesrepublik einen so hohen sozialen Besitzstand gehabt“. Das gelte es abzusichern. „Wir nehmen jeden Ausländer auf, der bei uns Arbeit und Brot sucht. Wer jedoch innerhalb der BRD sein politisches Süppchen kochen will, der muß gehen.“ Gewalt drücke sich nicht nur in körperlichen Maßnahmen aus, so Schmidt, sondern auch Parolen rufen gehöre dazu. Parolen wurden auch in der Stadthalle gerufen: „BRD raus aus der Nato! Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges.“ Der Bremer Innensenator ließ eine von der BBA angekündigte Demonstration verbieten, weil die BBA nach den Vorfällen vom 6. Mai keine Gewähr für die „öffentliche Sicherheit“ biete. (Bild: 15.9. Stadthalle Bremen).



„Gleichberechtigung der Frau“ soll verwirklicht werden

r.cos In der Septembersitzung der Bremischen Bürgerschaft wird in erster Lesung das „Gesetz über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau“ behandelt. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat die Fraktion der SPD einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem in Bremen als erstem Bundesland im Januar 1981 eine solche „Zentralstelle“ eingerichtet werden soll. Die Aufgaben der Behörde sollen im wesentlichen in der „Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats“ liegen und in „der Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, -verbänden und Gewerkschaften“. Während einer Diskussionsveranstaltung, zu der die SPD-Fraktion an die 30 Frauenorganisationen eingeladen hatte, wurde als wesentliche Forderung erhoben, daß die Leitung dieser „Zentralstelle“ auf jeden Fall eine Frau innehaben solle. Klaus Wedemeier, Fraktionssprecher der SPD, sicherte dies „großzügig“ zu. Kein Wort wurde verloren darüber, daß gewerkschaftliche Frauenarbeitskreise verstärkt mit richtigen Forderungen gerade in den jüngsten Tarifauseinandersetzungen eingegriffen haben und z.B. die Abschaffung der Leichtlohngruppen und das Verbot der Teilzeitarbeit fordern.







Die Fregattentaufe im Juni des Jahres nutzt die Belegschaft, um gegen Teilstillegung, Massenentlassung und Rationalisierung zu demonstrieren. Die Taufzeremonie muß geändert werden: Statt Ministerpräsident Albrecht spricht als erster der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß. Am 12.6.1980 streiken 2500 Arbeiter. Der Vorstandsvorsitzende Scheider muß zusichern, daß bis Mitte 1981 die Beschäftigung gesichert sei. Am 9.9.80 tritt der gesamte 23köpfige Betriebsrat zurück. Die Neuwahlen sollen ihm ein Mandat für den Kampf gegen das Sanierungsprogramm verschaffen. Am 10.9. erneute Streikversammlung zur aktuellen Lage. Betriebsrat und IG Metall kündigen die Bildung eines Krisenstabes an. IG Metall und Betriebsrat haben ein 10-Punkteprogramm aufgestellt, welches im wesentlichen die Arbeitsplätze sichern soll.

SPD Landesvorsitzender Kunick erscheint. Er versucht sich in SPD-Wahlpropaganda. „Aufhören! Aufhören!“ Als nächster erscheint Senator Czichon. Fortgesetzt wird er angegriffen und unterbrochen. Sprechchöre: „Koschnick raus!“ Koschnick kommt. Er fordert die Arbeiter auf, sich nicht zwischen Seebeck und AG „Weser“ spalten zu lassen. (Beifall). Dann stellen die Arbeiter Fragen: Wie er sich denn den Erhalt der Arbeitsplätze vorstelle. Was er im Aufsichtsrat der AG „Weser“ gemacht habe. Koschnick sieht zu, daß er wieder in die Bürgerschaft kommt. Der BR-Vorsitzende erklärt die Aktion für diesen Tag beendet, weitere werden vorbereitet. Solidaritätsadressen wurden überbracht: vom Betriebsrat des Bremer Vulkan und VFW, von der DAG und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

Krankenpflegeschüler fordern bessere Ausbildungsbedingungen

r.peb. Seit 1976 mußte der Bremer Senat einen Teil der Ausbildungskosten für Auszubildende in der Krankenpflege aus eigener Tasche bezahlen. Die daraufhin geplante Anrechnung der Krankenpflegeauszubildenden auf den Bettenschlüssel mit 1 : 3 war an dem massiven Widerstand der Auszubilden-den, des examinierten Pflegepersonals und der Gewerkschaft ÖTV, der schließlich in einer Demonstration gipfelte, gescheitert.

Nachdem im Tarifabschluß 1977 die Ausbildungsgelder um über 100 DM gekürzt werden konnten, setzte Senator Brückner außerdem am 13.3.79 durch das Verwaltungsgericht Bremen ein Urteil zur Festsetzung der Pflegesätze durch, wobei die Krankenkassen die gesamten Ausbildungsgelder über die Pflegesätze bezahlen müssen. Dies allein spart dem Senat im Jahr etwa 7 Mio. DM ein, die auf die Krankenversicherungen und damit auf die beitragszahlende Arbeiterklasse abgewälzt wurden.

Durch Nichtbesetzung von Planstellen, Arbeitsintensivierung und die Beibehaltung des alten Berechnungsschlüssels für Pflegepersonal ist es Senator Brückner mit der Zeit gelungen, auch die Auszubildenden praktisch auf den Bettenschlüssel anzurechnen. Auszubildende wurden zum Lückenfüller bei Personalmangelzuständen. Deutlich sieht man das daran, daß seit 1976 Krankenpflegeauszubildende aus dem ZKH St.-Jürgen-Str. auch im ZKH Links der Weser eingesetzt werden. Es wurde begründet mit dem Argument, daß so die Schüler und Schülerinnen auch mal eine andere Krankenhausstruktur kennenlernen könnten. Zugeständnisse, die von seiten der Pflegedienstleitungen gemacht werden mußten, wie z.B. spätere Anfangszeiten wegen dem längeren Fahrtweg, Transport der Auszubildenden per Taxi und Erhalt von Straßenbahnkarten, wurden nach und nach gestrichen. Ab dem 1.10. müssen die Auszubildenden die volle Arbeitszeit ableisten und sind dann damit auch im ZKH Links der Weser praktisch gänzlich in den Stellenplan eingedrückt.

Durch den dritten Referentenentwurf zur Neuregelung der Ausbildung in der Krankenpflege, der wegen „einem gewissen wirtschaftlichen Wert für die Krankenhäuser“ von einer Anrechnung von 1 : 3 ausgeht, würden durch die Anrechnung dem Senat allein durch das ZKH St.-Jürgen-Str. ca. 220 Planstellen eingespart werden können, was jährlich zusätzliche 5,3 Mio. DM einbringt.

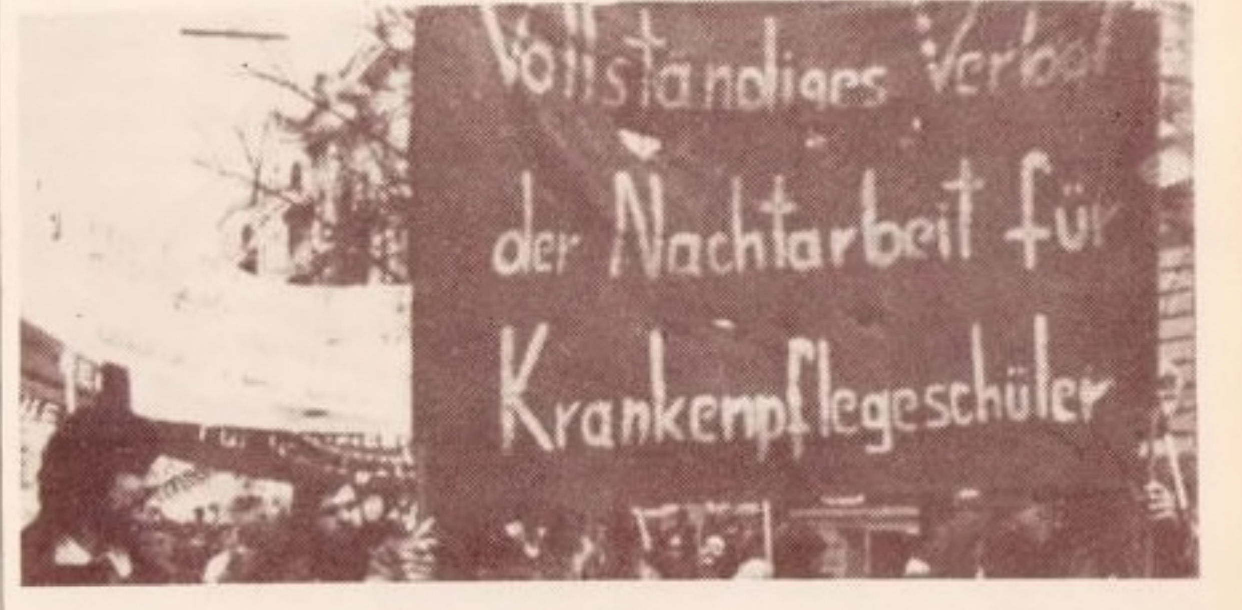
Kernstück des Referentenentwurfs ist die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) für Auszubildende in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Geburtshilfe (Hebammen). Danach findet dann eine fachbezogene Ausbildung statt. Weiterhin sieht der Referentenentwurf eine Umänderung des Ausbildungsentgeltes in BAFöG vor.

Der Grund für diese Machenschaften des Senators Brückner wird schnell klar: Auf der einen Seite immense Kosteneinsparungen im Sinne der Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen und auf der anderen Seite die verstärkte Ausbeutung der Auszubildenden in der Krankenpflege über das Berufsgrundbildungsjahr.

Gegen all diese Vorhaben richten sich direkt die Forderungen der Auszubildenden gegen Wochenendarbeit, Nachtarbeit und für Ausbilder auf den Stationen. Gerade in diesem Monat konnte der Ausbildungspersonalrat des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Str. die Anzahl der zu leistenden Nachtwachen für die Schüler und Schülerinnen von insgesamt 21 (3 mal 7) auf 10 (2 mal 5) Nächte senken. Auch diese 10 Nächte dürfen nur noch in Anwesenheit einer examinierten Kraft gearbeitet werden.

Weitergehend stellen sie die Forderungen nach mehr Personal und die Schaffung von 400 Planstellen für die Ausbilder auf den Stationen, bezogen auf den gesamtbremischen Bereich, auf. Die Auszubildenden gehen dabei von den 200 praktischen Einsatzgebieten aus, die jeweils mit einem hauptamtlich dafür eingestellten Ausbilder pro Früh- und Spätschicht zu besetzen sind. Diese Ausbilder sind dann für ca. 3 Auszubildende verantwortlich. Diese Forderung steht gegen die 22 Planstellen, die im Haushalt 1980 aner-kannt worden sind. Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz geht selbst davon aus, daß der Ausbilder täglich lediglich 33% seiner Arbeitszeit für die Ausbildertätigkeit aufwenden muß. Das ergäbe also 66 Planstellen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Krankenpflegeschulen, der Pflegedienstleitung, des Personalrates und des Gesamtpersonalrates, die auch verschiedene Direktionen, Personalräte und Krankenpflegeschulen aufgefordert hat, Stellungnahmen abzugeben, geht von einer Nebentätigkeit der Ausbilder aus, die also 50% ihrer Arbeitszeit durchschnittlich 3 Auszubildende betreuen. Sie fordert daher bei den 200 praktischen Einsatzgebieten 100 neue Planstellen. Die im Haushalt 80 anerkannten Planstellen sollen allerdings überhaupt erst besetzt werden, wenn ihre Finanzierung über den Pflegesatz gesichert ist. Der Ausbildungspersonalrat ZKH St.-Jürgen-Str. vertritt dagegen die Meinung, daß die Planstellen unabhängig von der Festsetzung der Pflegesätze sein müssen, also vom Senat zu tragen sind.

All diese Forderungen der Auszubildenden sind gerecht, weil sie sich gegen die Versuche seitens des Senats richten, die Kostendämpfung in der Kranken-pflege auf dem Rücken der Auszubildenden auszutragen. In den letzten Jahren sind immer wieder Versuche gestartet worden, die Beschäftigten in den Krankenhäusern verstärkt der Arbeitsintensivierung zu unterwerfen. Allein die Durchsetzung eines Ausbildungsentgeltes als Zugeständnis der Kapitalisten und des öffentlichen Dienstherrn hat die Arbeiterklasse einen zähen Kampf gekostet. Die Unterhöhlung dessen trifft deswegen auch auf besonderen Widerstand. Es soll versucht werden, das Ausbeutungsverhältnis gegen das Ausbildungsverhältnis überwiegen zu lassen, was gegeben wäre, wenn die Schüler und Schülerinnen nach BGJ und anschließender theoretischer Ausbildung für ein Jahr (praktisches Jahr, Praktikum) ausschließlich auf den Stationen und in den Betrieben arbeiten würden. Die Forderungen der Auszubildenden sind darauf gerichtet, diesen Vorhaben Einhalt zu gebieten.



Am 1. Mai 1979 trugen Krankenpflegeschüler aus dem Allgemeinen Krankenhaus Barmbek diese Forderung als Transparent mit. In Bremen konnte jetzt die Reduzierung der Nachtwachen von 21 auf 10 durchgesetzt werden.

„Arbeitsteilige Fangpolitik" bei der Aufteilung der EG-Gewässer

Erste Einigungen der EG-Staaten über eine gemeinsame Fischereipolitik

z.brb. In diesem Jahr wurde erstmals eine weitergehende Einigung der EG-Staaten über eine gemeinsame Fischereipolitik beschlossen. Seit 1977 war als grundsätzliches Ziel die gemeinsame Fischereipolitik festgelegt „zum Schutz der Fanggründe, zur Erhaltung der biologischen Meeresschätze und zur Gewährleistung einer ausgewogenen Nutzung ... eine gemeinsame Regelung zur Erhaltung der und Bewirtschaftung der Fischbestände (zu) schaffen." Über diese grundsätzliche Zielsetzung hinaus verabschiedetete die EG-Kommission eine Reihe technischer Festlegungen, wie höchstzulässige Gesamtfänge (TAC), Mindestmaschenweite etc., gemeinsame Festlegungen über die Durchführung des angegebenen Zieles kamen jedoch nicht zustande. Eine im Januar beschlossene Festelegung ist die erste Vereinbarung auf Grundlage des angegebenen Zieles und äußerst beschränkt. Sie enthält neben der schon öfter getroffenen Vereinbarung über die zulässigen Gesamtfänge für 1980 eine gemeinsame Regelung zur Registrierung der von den Flotten der EG-Staaten in den Gewässern der Gemeinschaft gefangenen Fischmengen und deren vorhergehende Meldung an die Kommission der EG.

Im März wurde dann ein weitergehender Beschluß des EG-Rates erlassen zur „Erhaltung und Bewirtschatung der Fischbestände", der erstmals für drei Monate Gültigkeit haben sollte. „Nach diesem Beschluß führen die Mitgliedstaaten ihre Fischereitätigkeit so durch, daß dabei die zulässigen Gesamtfänge (TAC) sowie der Anteil der TAC berücksichtigt werden, der Drittländern gemäß der zwischen ihnen und der Gemeinschaft geschlossenen Abkommen oder Vereinbarungen überlassen wurde. Zu diesem Zweck unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über alle hierzu getroffenen Maßnahmen, damit sie feststellen kann, ob sie mit den Gemeinschaftsregeln vereinbar sind." (Bulletin EG, 3, 1980, S. 50) Nach Ablauf des Beschlusses am 30.6.80 wurde er monatlich verlängert bis zu einer Übereinkunft über „die gemeinsame Politik zur Erhaltung der Fischbestände".

Die gemeinsamen Festlegungen für die Fischereipolitik stellen sich für die meisten EG-Staaten immer dringlicher. Insbesondere die BRD, deren Fangmöglichkeiten durch die Einführung der 200 Seemeilen Fischereizonen erheblich eingeschränkt sind und die nur über geringe Küstenanteile verfügt. Solange keine Festlegungen über die gemeinsame Nutzung der EG-Gewässer existieren, ist es nur beschränkt möglich, Verträge mit anderen Staaten über die Nutzung von deren Fanggebieten zu schließen. Diese Unfähigkeit im Handeln hat bisher schon dazu geführt, daß entsprechende Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen wurden, und EG-Staaten, wie Frankreich und die BRD, die über eine gut ausgerüstete Hochseefischereiflotte verfügen, gegenüber den Konkurrenten das Nachsehen hatten.

Die BRD konnte zwar innerhalb der EG durchsetzen, daß ihre überaus hohen Verluste durch die Erhebung der 200 Seemeilen Fischereizone durch höhere Fangquoten in den EG-Gewässern Rechnung getragen wurde. Doch ist die Anhebung auf das eineinhalbfache der ehemaligen Fangquoten kein Ersatz für die Verluste der Fischereikapitalisten, die ihnen mit den erhöhten Fischereizonen entstanden sind. Hinzu kommt, daß die traditionell verwendeten Fischarten in den EG-Gewässern immer weiter reduziert werden, wie bei Heringen, für die ein Fangverbot in der EG unumgänglich war.

Doch eine gemeinsame Fischereipolitik der EG scheiterte bisher an den Forderungen Großbritanniens, mit Dänemark das Land mit den höchsten Fangquoten. Großbritannien stellt 60% der EG-Gewässer und fordert nicht nur höhere Fangquoten gegenüber den anderen EG-Ländern, sondern auch eine Sonderstellung über die Befischung seiner Küstengewässer. Zwar haben die britischen Fischereikapitalisten ihre Forderung nach einer 50 Seemeilen breiten Fischereizone nach einem Gerichtsurteil des europäischen Gerichtshofes gegen Irland in der gleichen Sache fallen lassen, doch bestehen sie weiterhin auf einer höheren Quote in ihren Küstengebieten.

Diese Forderung wurde von den anderen EG-Staaten insbesondere der BRD, die entschieden gegen eine Nationalisierung der EG-Gewässer auftritt, zurückgewiesen. So daß bisher lediglich die Vereinbarung möglich war, wie 1977, die gemeinsame Fischereizone an der Atlantikküste auf 200 Seemeilen zu erweitern. Mit zunehmender Überfischung der EG-Gewässer und Einengung in den Fischereizonen, waren die verschiedenen EG-Staaten zu größeren Zugeständnissen gegenüber Großbritannien bereit. So kamen die diesjährigen Festlegungen zustande, weil Großbritannien nochmals erhöhte Fangquoten in den EG-Gewässern zugestanden wurden. Die BRD will sogar den britischen Fischern stark erhöhte Fangquoten in den Küstengebeiten gewähren, um eine Nationalisierung zu verhindern und sich auch weiterhin den Zugriff nicht entziehen zu lassen. Im wesentlichen setzt sie jedoch darauf, ihre Fänge in weiter entlegenen Fanggebieten zu sichern und propagiert eine „arbeitsteilige Fangpolitik".

Peru: Anerkennung der „Rondas Campesinas" als demokratische Organe der Bauern!



z.mow. Seit vielen Jahren kämpfen die peruanischen Bauerngemeinden gegen die „Abigeos" (Viehräuber), die in Banden organisiert ihre Tiere rauben. Von der Polizei werden die Banden unterstützt. Die Bauern in Cajamarca (Anden) haben sich zusammengeschlossen und entschieden, ihre eigene Selbstverteidigungsorganisation zu bilden. So sind die „Rondos Campesinas" (Bauernwachen) entstanden, deren Mitglieder von den Bauern gewählt sind. Seitdem kämpfen die Bauern für die Anerkennung der „Rondas Campesinas" als demokratische Selbstverteidigungsorganisationen. Letzte Woche sind 20 Vertreter der Bauerngemeinden von Cajamarca in Lima angekommen, um vom Präsidenten die Anerkennung der „Rondas Campesinas" zu fordern.

Ertl lehnt weitere Finanzhilfen für den Obstbau ab

z.grs. Obwohl die Einkommen in den Obstbaubetrieben 1978/79 nicht befriedigend wären, stellt die Bundesregierung keine weiteren Finanzhilfen für den Obstbau zur Verfügung. Begründung: diese Betriebe hätten im Jahr davor gute Einkommensergebnisse gehabt, seien auf stark schwankende Einkommensverhältnisse eingestellt und ihre Verschuldung mache nur etwa 15% des Gesamtkapitals aus (Pressemitteilung Bundesministerium für Ernährung v. 12.9.80). Rheinhessische Kirschenbauern hatten im Juli dieses Jahres Erntesicherungsdarlehn gefordert. Wenn auch die Durchschnittspreise pro Kilo für ihre Sauerkirschen 1978/79 bei 2,70 gegenüber 1980 bei 1,10 DM relativ hoch lagen, hat ihnen das wenig genutzt: Von der 79iger Ernte haben die Konservenfabriken nur 60 bis 70% verkauft und haben 1980 entsprechend weniger abgenommen. Ihr selbst angelegter Produktfond gegen Preis- und Absatzschwankungen reicht zur Existenzstützung der Betriebe nicht. Anders bei Äpfeln, wo der Zentralverband Gartenbau staatliche Hilfen für Umstellungen und Erneuerungen im Januar 1980 gefordert hat: 1979 waren die Erzeugerpreise mit 46,65 Pf./kg auf die Hälfte von 1977 gesenkt. Bei Dauerkulturbetrieben unter 10 ha macht das Fremdkapital auch schon 57% des Eigenkapitals aus.

Aufforderung zum „Widerstand gegen die Wucherzinsen"

z.bag.Aarhus. Am 16.9. meldete die Tagesschau des Dänischen Fernsehens, daß die Einnahmen der Landwirtschaft im letzten Rechnungsjahr um 25% insgesamt, bei den kleinen Bauern um 44% zurückgegangen sind. Eine der Ursache dafür seien die ständig gestiegenden Betriebskosten, wobei allein die Zinsen um 19% gestiegen seien. – Die dänische Landwirtschaft ist mit 60 Mrd. Kr. verschuldet und damit ziemlich fest in der Hand des Bankkapitals und der Dünger- und Futtermittelkonzerne. Die Banken nehmen 20% Zinsen, die Händler 25 – 30%. Deutlich ist eine Verschärfung dieser Entwicklung seit dem Eintritt Dänemarks in die EG sichtbar: von 1973 bis heute wurde die Zinslast verdreifacht, Folge der verstärkten Mechanisierung zwecks Konkurrenzfähigkeit auf dem EG-Markt. Am 29.8. veröffentlichte das dänische Bauernblatt eine Aufforderung zum „Widerstand gegen die Wucherzinsen", in der die Zinsenlast für die fast völlig zum Stillstand gekommenen Investitionen und für die Ruinierung von kleineren und mittleren Betrieben verantwortlich gemacht werden. Eine Lösung enthielt die Aufforderung nicht, diese Zinsknechtschaft läßt sich auch nur mit der Beseitigung des Kapitalismus lösen. Die Regierung hält einen reaktionären Vorschlag parat: Die Renten- und Versicherungskassen sollen zu billigen Kreditgebern werden.

„Nein zur EG der Monopole"
Kampf der griechischen Bauern für höhere Erzeugerpreise – Griechischer Staatshaushalt im Würgegriff der EG-Imperialisten
z.nik. In mehreren Teilen Griechenlands finden gegenwärtig Protestaktionen der Bauern statt, gegen die Agrarpolitik der Regierung der „Neuen Demokratie". Sie richten sich gegen die zu niedrig angesetzten Ankaufspreise für Rosinen, Kartoffeln, Pfirsiche, Zuckerrüben, Baumwolle, Tomaten, Trauben und Tabak, aber auch gegen die zu niedrigen Renten und die fast nicht existierende Gesundheitsversor-
1,5 Drm. pro Kilo. Die Preispolitik der Regierung und der Druck durch die EG haben die Weintraubenbauern in eine hoffnungslose Lage gebracht. Die 5jährige Übergangszeit zur vollen Mitgliedschaft in puncto Trauben wird die Anbauflächen wegen der Ausgleichsgebühren, die die Trauben gegenüber der Konkurrenz zu teuer machen, weiter reduzieren und Tausende von Familien landlos machen.
Mit den Übergangsbestimmungen haben sich die EG-Imperialisten ein Instrument geschaffen, womit sie einerseits maßgeblichen Einfluß auf die Wirtschaften der der EG assoziierten Staaten noch vor ihrem Beitritt nehmen können, sich für diesen Zeitraum andererseits nur minimale Subventionierungen aufhalsen.
Während die EG-Imperialisten
haushaltes 1981 mit berücksichtigen.
Andererseits wird die EG 60 Mio. ERE weniger als versprochen an Griechenland zahlen. Entgegen den Vereinbarungen weigert sie sich, Subventionen für Tabakernte und Tabakexport und für die Olivenölerzeugung des Jahrgangs 1980 zu zahlen, obwohl diese Erzeugnisse wegen der Verarbeitungsphase in den EG-Kreislauf des Jahres 1981 eingehen werden. Für
der Fischbestände", der erstmals für drei Monate Gültigkeit haben sollte. „Nach diesem Beschluß führen die Mitgliedstaaten ihre Fischereitätigkeit so durch, daß dabei die zulässigen Gesamtfänge (TAC) sowie der Anteil der TAC berücksichtigt werden, der Drittländern gemäß der zwischen ihnen und der Gemeinschaft geschlossenen Abkommen oder Vereinbarungen überlassen wurde. Zu diesem Zweck unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über alle hierzu getroffenen Maßnahmen, damit sie feststellen kann, ob sie mit den Gemeinschaftsregeln vereinbar sind." (Bulletin EG, 3, 1980, S. 50) Nach Ablauf des Beschlusses am 30.6.80 wurde er monatlich verlängert bis zu einer Übereinkunft über „die gemeinsame Politik zur Erhaltung der Fischbestände".
ten Fischarten in den EG-Gewässern immer weiter reduziert werden, wie bei Heringen, für die ein Fangverbot in der EG unumgänglich war.
Doch eine gemeinsame Fischereipolitik der EG scheiterte bisher an den Forderungen Großbritanniens, mit Dänemark das Land mit den höchsten Fangquoten. Großbritannien stellt 60% der EG-Gewässer und fordert nicht nur höhere Fangquoten gegenüber den anderen EG-Ländern, sondern auch eine Sonderstellung über die Befischung seiner Küstengewässer. Zwar haben die britischen Fischereikapitalisten ihre Forderung nach einer 50 Seemeilen breiten Fischereizone nach einem Gerichtsurteil des europäischen Gerichtshofes gegen Irland in der gleichen Sache fallen lassen, doch beste-
z.mow. Seit vielen Jahren kämpfen die peruanischen Bauerngemeinden gegen die „Abigeos" (Viehräuber), die in Banden organisiert ihre Tiere rauben. Von der Polizei werden die Banden unterstützt. Die Bauern in Cajamarca (Anden) haben sich zusammengeschlossen und entschieden, ihre eigene Selbstverteidigungsorganisation zu bilden. So sind die „Rondos Campesinas" (Bauernwachen) entstanden, deren Mitglieder von den Bauern gewählt sind. Seitdem kämpfen die Bauern für die Anerkennung der „Rondas Campesinas" als demokratische Selbstverteidigungsorganisationen. Letzte Woche sind 20 Vertreter der Bauerngemeinden von Cajamarca in Lima angekommen, um vom Präsidenten die Anerkennung der „Rondas Campesinas" zu fordern.
Aufforderung zum „Widerstand gegen die Wucherzinsen"
z.bag.Aarhus. Am 16.9. meldete die Tagesschau des Dänischen Fernsehens, daß die Einnahmen der Landwirtschaft im letzten Rechnungsjahr um 25% insgesamt, bei den kleinen Bauern um 44% zurückgegangen sind. Eine der Ursache dafür seien die ständig gestiegenden Betriebskosten, wobei allein die Zinsen um 19% gestiegen seien. – Die dänische Landwirtschaft ist mit 60 Mrd. Kr. verschuldet und damit ziemlich fest in der Hand des Bankkapitals und der Dünger- und Futtermittelkonzerne. Die Banken nehmen 20% Zinsen, die Händler 25 – 30%. Deutlich ist eine Verschärfung dieser Entwicklung seit dem Eintritt Dänemarks in die EG sichtbar: von 1973 bis heute wurde die Zinslast verdreifacht, Folge der verstärkten Mechanisierung zwecks Konkurrenzfähigkeit auf dem EG-Markt. Am 29.8. veröffentlichte das dänische Bauernblatt eine Aufforderung zum „Widerstand gegen die Wucherzinsen", in der die Zinsenlast für die fast völlig zum Stillstand gekommenen Investitionen und für die Ruinierung von kleineren und mittleren Betrieben verantwortlich gemacht werden. Eine Lösung enthielt die Aufforderung nicht, diese Zinsknechtschaft läßt sich auch nur mit der Beseitigung des Kapitalismus lösen. Die Regierung hält einen reaktionären Vorschlag parat: Die

„Nein zur EG der Monopole"

Kampf der griechischen Bauern für höhere Erzeugerpreise – Griechischer Staatshaushalt im Würgegriff der EG-Imperialisten

z.nik. In mehreren Teilen Griechenlands finden gegenwärtig Protestaktionen der Bauern statt, gegen die Agrarpolitik der Regierung der „Neuen Demokratie". Sie richten sich gegen die zu niedrig angesetzten Ankaufspreise für Rosinen, Kartoffeln, Pfirsiche, Zuckerrüben, Baumwolle, Tomaten, Trauben und Tabak, aber auch gegen die zu niedrigen Renten und die fast nicht existierende Gesundheitsversorgung auf dem Land.

Auf einer der größten Bauerndemonstrationen der letzten Jahre auf Kreta Ende August forderten die Bauern die Anhebung der Sicherheitspreise (Mindestabgabepreise) für Rosinen auf 80 Drachmen pro Kilo, während die Regierung mit dem Hinweis auf die „Grenzen des Staatshaushaltes" nur 68 Drm. anbot und zugleich die Einstellung staatlicher Hilfen, gemäß den EG-Bestimmungen, bei der Sammlung der Ernte ankündigte. Fast 40000 Tonnen Pfirsiche haben Bauern in Nordgriechenland seit Ende August vergraben, aus Protest gegen die von der EG angesetzten Ausgleichszahlungen, wodurch die Exporte in die EG erheblich erschwert würden. Die Regierung bot zur Vernichtung von Teilen der Ernte 9 Drm. pro Kilo (etwa 38 Pfennig), womit gerade die Erzeugerkosten von diesem Jahr gedeckt würden. Die Bauern lehnten aber ab.

Von den etwa 900000 in der Landwirtschaft beschäftigten Bauern betreiben 230000 Familien den Anbau von Weintrauben. Die gesamte Anbaufläche hat sich auf Grund der Regierungspolitik (niedrige Mindestabgabepreise, teure Kredite) in dem Zeitraum 1967 – 1977 um 14% auf 2 Mio. Hektar verringert. Der größte Teil der Rebstöcke ist alt und deshalb nicht sehr ergiebig. Die garantierten Mindestabgabepreise für 1979 betrugen für Tafeltrauben 11 Drm. (ca. 47 Pfg.) und für Trauben zur Weinherstellung 6 Drm. Die Erzeugerkosten beliefen sich für beide Arten auf 14 Drm. Zum Schutz der französischen und italienischen Trauben verhängte die EG gegen die griechischen Ausgleichsgebühren von 1,5 Drm. pro Kilo. Die Preispolitik der Regierung und der Druck durch die EG haben die Weintraubenbauern in eine hoffnungslose Lage gebracht. Die 5jährige Übergangszeit zur vollen Mitgliedschaft in puncto Trauben wird die Anbauflächen wegen der Ausgleichsgebühren, die die Trauben gegenüber der Konkurrenz zu teuer machen, weiter reduzieren und Tausende von Familien landlos machen.

Der Beitritt Griechenlands in die EG, am Beispiel der Agrarwirtschaft, sichert den EG-Imperialisten die Eingliederung des Landes in die arbeitsteilige und auf Monokulturen abgestellte Politik der Organisierung der Landwirtschaft der EG-Länder. Damit soll eine Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft erreicht werden, die ihrerseits über Mechanisierung und Konzentration das Bauernlegen beschleunigen soll, wodurch eine Vermehrung des industriellen Arbeitskräftepotentials erfolgen soll. Die Übergangszeit zur vollen Mitgliedschaft soll die Voraussetzungen schaffen dafür, ohne allerdings die entsprechenden Zahlungen aus den Kassen der EG. Die EG-Monopole fordern von der griechischen Regierung die Ausrichtung der Landwirtschaft auf jene Produkte, die die anderen EG-Staaten nicht so kostengünstig anbauen können, ohne Rücksicht auf den Bedarf des Landes nach einer ausgewogenen Entfaltung der landwirtschaftlichen Kapazitäten. Dadurch verschärft sich dann die Notwendigkeit umfangreicher Lebensmitteleinfuhren, die wiederum die Abhängigkeit des Landes vom Ausland und ausländischen Kreditgebern verstärken wird. So hieß es auf den Brüsseler-Gesprächen vom 5.10.78 angesichts der Beitrittsverhandlungen: „... die fünfjährigen Übergangszeiten können dazu genutzt werden, um jene griechischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in Konkurrenz stehen zu entsprechenden Produkten wie z.B. Tomaten, Olivenöl, Obstfrüchte und Gemüse von Mittelmeer-Anrainerstaaten der EG, schrittweise einzuschränken!"

Mit den Übergangsbestimmungen haben sich die EG-Imperialisten ein Instrument geschaffen, womit sie einerseits maßgeblichen Einfluß auf die Wirtschaften der der EG assoziierten Staaten noch vor ihrem Beitritt nehmen können, sich für diesen Zeitraum andererseits nur minimale Subventionierungen aufhalsen.

Während die EG-Imperialisten, nach dem Beitrittsabkommen vom April 1979, für landwirtschaftliche Ausgleichszahlungen und Mehrwertsteuern des ersten Beitrittsjahres 1981 von der griechischen Regierung den Betrag von 232 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheit) forderten, hat sich ihre Forderung aufgrund der um 20,5% abgewerteten griechischen Währung gegenüber der ERE auf mittlerweile 267 Mio. ERE erhöht. Das ist eine Gesamtforderung von umgerechnet 725 Mio. DM, eingeschlossen einen Extraprofit von 95 Mio. DM! Diesen Extraprofit muß die griechische Regierung bei der Aufstellung des Staatshaushaltes 1981 mit berücksichtigen.

Andererseits wird die EG 60 Mio. ERE weniger als versprochen an Griechenland zahlen. Entgegen den Vereinbarungen weigert sie sich, Subventionen für Tabakernte und Tabakexport und für die Olivenölerzeugung des Jahrgangs 1980 zu zahlen, obwohl diese Erzeugnisse wegen der Verarbeitungsphase in den EG-Kreislauf des Jahres 1981 eingehen werden. Für Griechenland bedeutet das, daß das Land bereits während des Beitrittsjahres, statt einen Vorteil zu haben, einen hohen, unerwarteten finanziellen Schaden in Höhe von 160 Mio. DM erleiden wird. Gleichzeitig ist das EG-Kommissariat bestrebt, Griechenland die Einschränkung der Zuckererzeugung, eines Produkts, bei dem das Land völlig autark ist, auf 240000 Tonnen jährlich anzuordnen. Das hätte zur Folge, daß Griechenland gezwungen wäre, nicht nur Zucker aus den anderen EG-Staaten einzuführen, sondern auch noch Strafgebühren dafür zu zahlen.



Die griechischen Bauern kämpfen gegen die Vernichtung ihrer Existenz. Auf 150000 will die EG die 900000 Bauernbevölkerung bis Ende des Jahrhunderts reduzieren. Die Forderung „Nein zur EG der Monopole" wird breit vertreten.

Japanische Fischer gegen Gefahr radioaktiver Verseuchung

z.wos. Das der Regierung unterstellte Amt für Wissenschaft und Technologie hat festgelegt, daß die Hafenstadt Ominato in Nordostjapan Heimathafen des atomgetriebenen Versuchsschiffes „Mutsu" wird. Die Fischer in der gleichnamigen Mutsu-Bucht befürchten eine radioaktive Verseuchung ihrer Fanggründe. Sie haben Anlaß dazu, denn die „Mutsu", 8300 t groß und 1968 in Ominato gebaut, war bereits 1974 leckgeschlagen: wegen eines mangelhaften Schutzmantels trat Radioaktivität aus. Aufgrund des Widerstandes zahlreicher Bürgerinitiativen hat es danach 6 Jahre gedauert, bis die Behörden überhaupt durchsetzen konnten, daß das mit Hilfsmotor umherirrende Schiff repariert wird. Die Reparatur wurde jetzt in Sasebo (Südjapan) durchgeführt. – Dennoch bleiben die Fischer mißtrauisch. Schon am 14.8. hat sich der „Verband zur Förderung der Fischerei in der Mutsu-Bucht" (16 Genossenschaften, rund 8000 Mitglieder) gegen den neuen Heimathafen ausgesprochen. Jetzt erweitern die Fischer ihre Front. Am 5.9. erklärte der Fischereiverband der Präfektur Aomori: „Wir sind gegen die Aufnahme des atomgetriebenen Schiffes, unabhängig von der behaupteten Sicherheit." (Asahi-Shimbun, 6. September 1980) Ende des Monats werden weitere Fischereigenossenschaften in der nordöstlichen Region in dieser Sache beschließen.

Zahlenkrieg über den Personalbedarf am Krankenhaus

z.hev. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit eine „Untersuchung über den gegenwärtigen Bedarf an Krankenpflegepersonen in der Bundesrepublik Deutschland – Krankenpflege-Enquete" durchgeführt, die auf die heftige Kritik des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen gestoßen ist. Das Gutachten kommt für 1976 zu dem Ergebnis, daß bereits damals ein Fehlbestand an Krankenhauspersonal von 28000 bestanden hat, während die AOKs „nur" einen solchen von 23000 feststellen. Vorwurf: die Krankenhausgesellschaft sei von einem tatsächlich zu hohen Bestand an Krankenhausbetten ausgegangen (6000 zu viele) und komme deshalb bei einer sog. Anhaltszahl von 1:2,76 (eine Pflegeperson auf 2,76 Betten) auf einen um 2400 zu hoch angesetzten Personalbedarf; außerdem habe sie vorhandene Säuglings- und Kinderkrankenpflegerinnen nicht berücksichtigt. Dann sei die Gesellschaft von Anhaltszahlen 1974 ausgegangen, die niemals anerkannt worden seien. Die Gesundheitsministerkonferenz habe lediglich festgestellt, daß „bei der Prüfung der Angemessenheit des Personalbestandes von den auf die 40-Stunden-Woche fortgeschriebenen Anhaltszahlen 1969 auszugehen ist." (Die Ortskrankenkasse 15/1980) Schließlich sei die Ausfallsquote durch Krankheit, Urlaub usw. willkürlich von 15 auf 19% erhöht und die Anrechnung der Schüler und Schülerinnen der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe in einem Verhältnis von 4:1 statt wie bisher von 3:1 bzw. 2:1 vorgenommen worden. (4 Schüler entsprechen 1 Vollkraft) Deshalb komme die Krankenhausgesellschaft zu völlig überzogenen Personalbedarfsrechnungen für 1985 und die späteren Jahre. Ab 1981 werden im Gutachten die Schüler überhaupt nicht mehr angerechnet, was einen Fehlbestand von 13000 Pflegekräften für 1985 ergibt, während bei Anrechnung ein Überschuß von 80800 herauskommt.

Der Personalbedarf ist der zentrale Streitpunkt deshalb, weil mehr als ⅔ der Krankenhauskosten Löhne sind. Sie sind der entscheidende Faktor bei den alljährlichen Verhandlungen der Krankenhausträger mit den Krankenkassen über die Höhe des Pflegesatzes, aus dem alle laufenden Krankenhauskosten bestritten werden. Daher das Interesse der Krankenhausträger, möglichst hohe Zahlen zu nennen, wobei es beinahe so aussieht, als würden sie sich die Forderungen der Belegschaften zu eigen machen, z.B. bei der Nichtanrechnung der Schüler auf den Personalbestand. Tatsächlich sind die jeweiligen Krankenhausträger in jedem Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen die unmittelbaren Gegner der Beschäftigten. Die Krankenkassen – eingebunden in die Reichsversicherungsordnung und die verschiedenen Kostendämpfungsgesetze der Regierung und keineswegs selbstverwaltet – führen die in der Tabelle genannten Zahlen über steigendes Personal bei fallenden Bettenzahlen an, um weitere Personalsteigerungen strikt abzulehnen. Das Statistische Bundesamt stellt dazu in einer Untersuchung „Krankenhäuser 1978" (Wirtschaft und Statistik 3/80) fest: „Ob aus dieser günstigen zahlenmäßigen Entwicklung auf eine echte Entspannung des Krankenhauspersonals geschlossen werden kann, läßt sich nicht beurteilen, weil in den Krankenhausstatistiken Faktoren wie Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Abbau von Schichtdiensten nicht erfaßt werden." Nicht erfaßt wird vor allem die Intensitätssteigerung durch neue Behandlungsmethoden, zahlreiche technisch aufwendige und zeitraubende Diagnoseverfahren und durch die Einbeziehung der Krankenhäuser in die ambulante Versorgung, was zusammen erst die aus der Kurve ersichtliche deutliche Senkung der Verweildauer ermöglicht hat.

Planmäßige Betten je Pflegeperson und Arzt

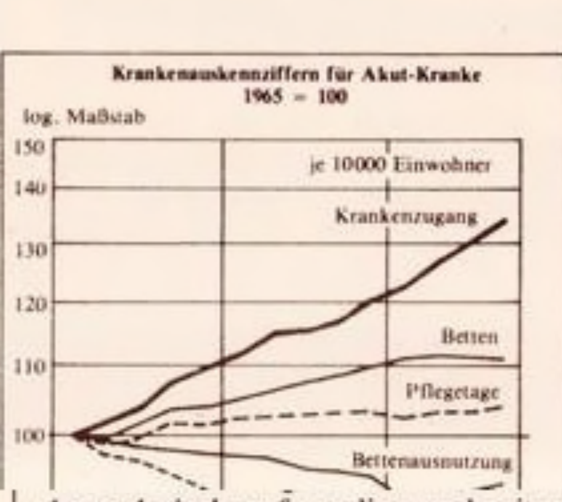
Jahr	Akut-	Sonder-	Universit.-	übr. öffentl
	krankenhäusern		Krankenhäusern	
		je Arzt		
1970	11,1	41,7	4,7	16,6
1972	10,2	37,0	4,1	14,8
1974	9,5	31,8	3,6	13,8
1976	9,0	29,6	3,7	12,7
1978	8,3	26,7	3,4	11,5
		je Pflegeperson*		
1970	3,2	6,9	2,2	3,7
1972	2,8	6,2	2,0	3,2
1974	2,5	5,8	1,7	2,8
1976	2,4	5,5	1,6	2,8
1978	2,2	5,1	1,5	2,6

* Ohne Pflegepersonen in Ausbildung – Quelle: Wirtschaft und Statistik 3/80

Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung

Jahr	Leistungsausgaben je Mitglied	beitragspfl. Lohn je Mitglied	durchschn. Beitragssatz in Prozent
	Steigerung in Prozent		
1972	14,3	10,9	8,4
1973	15,0	9,1	9,2
1974	18,9	10,2	9,5
1975	18,3	9,1	10,5
1976	9,0	7,9	11,3
1977	4,0	6,2	11,4
1978	5,8	6,9	11,4
1979	7,0	6,1	11,3

Quelle: Bundesarbeitsblatt 7–8/1980



quote durch Krankheit, Urlaub usw. willkürlich von 15 auf 19% erhöht und die Anrechnung der Schüler und Schülerinnen der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe in einem Verhältnis von 4:1 statt wie bisher von 3:1 bzw. 2:1 vorgenommen worden. (4 Schüler entsprechen 1 Vollkraft) Deshalb komme die Krankenhausgesellschaft zu völlig überzogenen Personalbedarfsrechnungen für 1985 und die späteren Jahre. Ab 1981 werden im Gutachten die Schüler überhaupt nicht mehr angerechnet, was einen Fehlbestand von 13000 Pflegekräften für 1985 ergibt, während bei Anrechnung ein Überschuß von 80800 herauskommt.

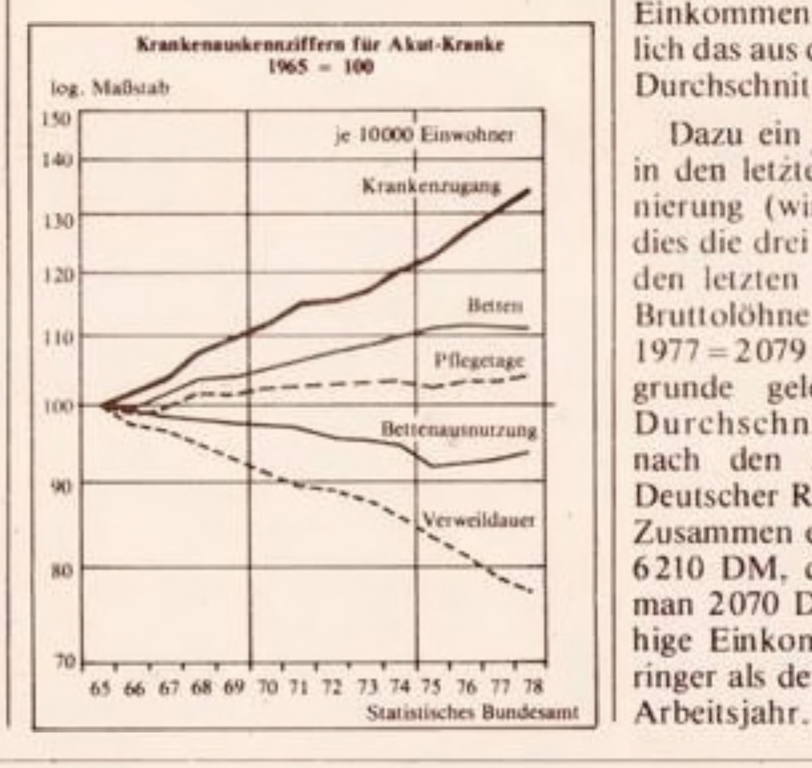
Der Personalbedarf ist der zentrale Streitpunkt deshalb, weil mehr als ⅔ der Krankenhauskosten Löhne sind. Sie sind der entscheidende Faktor bei den alljährlichen Verhandlungen der Krankenhausträger mit den Kranken-

Planmäßige Betten je Pflegeperson und Arzt

che technisch aufwendige und zeitraubende Diagnoseverfahren und durch die Einbeziehung der Krankenhäuser in die ambulante Versorgung, was zusammen erst die aus der Kurve ersichtliche deutliche Senkung der Verweildauer ermöglicht hat.

Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung

Quelle: Bundesarbeitsblatt 7–8/1980



AEG-Konzern will im Rahmen seiner „Sanierung" die Betriebsrenten kürzen

z.dok. Sofort nach seiner Einsetzung als Vorstandsvorsitzender ließ Dürr verkünden, daß eine der vordringlichen Maßnahmen zur Sanierung des Konzerns die Kürzung der Betriebsrenten für die AEG-Arbeiter sein wird.

Seit 1921 werden bei AEG Betriebsrenten gewährt. In den „Bestimmungen für die Ruhegeld-Einrichtung der Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken vom 16.11.1951 in der Fassung vom 10. Januar 1976", die jeder Mitarbeiter bei Eintritt in das Unternehmen erhält, sind die Bedingungen festgehalten, die man erfüllen muß, um Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung von AEG erhalten zu können. Den Umfang der dann möglichen Leistungen kann man daraus ebenfalls ersehen.

Danach hat man nach Erfüllung der sogenannten Wartezeit (10 Dienstjahre bei AEG) Anspruch auf Altersrente nach Vollendung des 65. Lebensjahres; vorgezogene Altersrente nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen; Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente sowie Witwen- und Waisenrenten. Bei Berufsunfällen tritt der Anspruch auf Invaliditäts-und Witwenrente bereits vor Ablauf der 10jährigen Wartezeit ein (§2).

§6 der Versorgungsordnung legt die Höhe der Betriebsrente fest. Demnach setzt sich die Alters- und Invalidenrente aus einem Grundbetrag und Steigerungsbeträgen zusammen. Nach der Erfüllung der Wartezeit beträgt der monatliche Grundbetrag 15/120 (= 12,5%) des „ruhegeldfähigen Einkommens". Dieser Grundbetrag erhöht sich dann „für jedes weitere Dienstjahr um 1/120 bis zum Höchstbetrage von 45/120 nach Ablauf von 40 Dienstjahren" (ebenda, S. 11/12).

Das „ruhegeldfähige Einkommen" ist festgelegt als das „Durchschnitts-Bruttoeinkommen der höchsten drei Einkommens-Kalenderjahre der letzten zehn Dienstjahre" (ebd.).

Da die Bruttoeinkommen mit jedem Jahr steigen, bedeutet diese Durchschnittsbildung eine allgemeine Senkung des „ruhegeldfähigen Einkommens", da das gewöhnlich höchste Einkommen aus diesen 10 Jahren nämlich das aus dem letzten Jahr, durch die Durchschnittsbildung entwertet wird.

Dazu ein Beispiel: Ein Arbeiter hat in den letzten Jahren vor der Pensionierung (wir unterstellen dabei, daß dies die drei höchsten Einkommen aus den letzten 10 Jahren sind) folgende Bruttolöhne gehabt: 1976 = 1944 DM; 1977 = 2079 DM; 1978 = 2187 DM (zugrunde gelegt sind die jeweiligen Durchschnittsbruttojahresentgelte

§6 der Versorgungsordnung legt die Höhe der Betriebsrente fest. Demnach setzt sich die Alters- und Invalidenrente aus einem Grundbetrag und Steigerungsbeträgen zusammen. Nach der Erfüllung der Wartezeit beträgt der monatliche Grundbetrag 15/120 (= 12,5%) des „ruhegeldfähigen Einkommens". Dieser Grundbetrag erhöht sich dann „für jedes weitere Dienstjahr um 1/120 bis zum Höchstbetrage von 45/120 nach Ablauf von 40 Dienstjahren" (ebenda, S. 11/12).

Das „ruhegeldfähige Einkommen" ist festgelegt als das „Durchschnitts-Bruttoeinkommen der höchsten drei Einkommens-Kalenderjahre der letzten zehn Dienstjahre" (ebd.).

Da die Bruttoeinkommen mit jedem Jahr steigen, bedeutet diese Durchschnittsbildung eine allgemeine Senkung des „ruhegeldfähigen Einkommens", da das gewöhnlich höchste Einkommen aus diesen 10 Jahren nämlich das aus dem letzten Jahr, durch die Durchschnittsbildung entwertet wird.

Dazu ein Beispiel: Ein Arbeiter hat in den letzten Jahren vor der Pensionierung (wir unterstellen dabei, daß dies die drei höchsten Einkommen aus den letzten 10 Jahren sind) folgende Bruttolöhne gehabt: 1976 = 1944 DM; 1977 = 2079 DM; 1978 = 2187 DM (zugrunde gelegt sind die jeweiligen Durchschnittsbruttojahresentgelte
nach den Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger). Zusammen ergibt sich die Summe von 6210 DM, dividiert durch drei erhält man 2070 DM, d.h. das „ruhegeldfähige Einkommen" ist sogar noch geringer als der Bruttolohn im vorletzten Arbeitsjahr.

Die Höhe der gewährten Renten ist sowohl nach oben als auch nach unten hin begrenzt. Als untere Grenze für die Alters- und Invalidenrenten sind mindestens 80 DM pro Monat festgelegt. Nach oben hin ist festgelegt, daß die Gesamtrente – nach einer Dienstzeit von 30 Jahren – (darunter wird die Sozialversicherungsrente, die Betriebsrente anderer Firmen bzw. von Beamtenversorgungsbezügen und die AEG-Rente verstanden) „75% des besten Einkommens-Kalenderjahres der letzten drei Jahre vor der Pensionierung bzw. vor dem Ausscheiden" nicht übersteigen darf. Werden die 75% überstiegen, wird die Betriebsrente um den entsprechenden Betrag gekürzt. (S. 13) Man kann davon ausgehen, daß der entscheidende Ansatzpunkt für die AEG-Kapitalisten bei der Senkung der Renten die Senkung dieser Obergrenze sein wird.

Gleichzeitig wird eine Mindestrente gewährt, die ab dem 1. Januar 1976 folgende Beträge ausmacht:

25–29 Dienstjahre	100 DM
30–34 Dienstjahre	125 DM
35–39 Dienstjahre	150 DM
40 und mehr Dienstjahre	200 DM

Gewährt wird die Rente allerdings nur auf schriftlichen Antrag, der verbunden sein muß mit einer Stellungnahme des örtlichen Betriebsrates. Ebenfalls eingereicht werden muß eine schriftliche Erklärung, ob eine Rente aus der Sozialversicherung bezogen wird oder beantragt ist. Erfolgt eine Änderung der SV-Rente, Witwenrente oder des Waisengeldes, muß das der AEG auch mitgeteilt werden. „Die Bearbeitung der Anträge bzw. die Weiterzahlung bereits bewilligter Beträge wird von der Einreichung dieser Unterlagen abhängig gemacht." (§7, S. 15/16).

Hier sind schon die ersten Fangschlingen gelegt, die mit Sicherheit dazu führen, daß etliche Arbeiter bzw. deren Witwen und Waisen erst gar nicht in den Genuß dieser Rente kommen können. Vor allen Dingen die ausländischen Arbeiter, die z.B. die Wartezeit erreicht haben und nach 15 oder 20 Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren, aber noch nicht auf Rente gehen.

Nach dem Bericht des AEG-Vorstandes erhielten Ende 1979: 24329 (gegenüber 1978: 23758) Renten-, Witwen- oder Waisenbezüge von AEG. Die dabei geleisteten Zahlungen beliefen sich auf 99,9 Mio. DM (gegenüber 1978: 94,6 Mio. DM), also eine Steigerung um 5,3 Mio. DM oder 6%. Wie hoch eine durchschnittliche AEG-Rente ist, kann man diesem Bericht nicht entnehmen, dividiert man jedoch die

nahme des örtlichen Betriebsrates. Ebenfalls eingereicht werden muß eine schriftliche Erklärung, ob eine Rente aus der Sozialversicherung bezogen wird oder beantragt ist. Erfolgt eine Änderung der SV-Rente, Witwenrente oder des Waisengeldes, muß das der AEG auch mitgeteilt werden. „Die Bearbeitung der Anträge bzw. die Weiterzahlung bereits bewilligter Beträge wird von der Einreichung dieser Unterlagen abhängig gemacht." (§7, S. 15/16).

Hier sind schon die ersten Fangschlingen gelegt, die mit Sicherheit dazu führen, daß etliche Arbeiter bzw. deren Witwen und Waisen erst gar nicht in den Genuß dieser Rente kommen können. Vor allen Dingen die ausländischen Arbeiter, die z.B. die Wartezeit erreicht haben und nach 15 oder 20 Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren, aber noch nicht auf Rente gehen.

Nach dem Bericht des AEG-Vorstandes erhielten Ende 1979: 24329 (gegenüber 1978: 23758) Renten-, Witwen- oder Waisenbezüge von AEG. Die dabei geleisteten Zahlungen beliefen sich auf 99,9 Mio. DM (gegenüber 1978: 94,6 Mio. DM), also eine Steigerung um 5,3 Mio. DM oder 6%. Wie hoch eine durchschnittliche AEG-Rente ist, kann man diesem Bericht nicht entnehmen, dividiert man jedoch die
Zahl der Rentenempfänger durch die Summe der geleisteten Zahlungen, erhält man eine monatliche Durchschnittsrente von 342 DM 1979 gegenüber 332 DM 1978.

Im selben Bericht wird dann auch gleich gesagt, wieso es gerechtfertigt ist, die Betriebsrenten zu kürzen. Dazu führt der AEG-Vorstand folgende Argumente auf: a) das Verhältnis aktive Belegschaft zu Ruhegeldempfänger sei „von 4,5:1 in 1973 auf 3,0:1 in 1979 abgesunken"; b) die sogenannte Überversorgung, „d.h. die Tatsache, daß heute ein großer Teil der in den Ruhestand tretenden Mitarbeiter als Pensionäre höhere Nettobezüge aus der Sozialversicherung und dem Firmengeld erhält als vor der Pensionierung aus dem Arbeitseinkommen." Gezielt versuchen die AEG-Kapitalisten über diese Begründung einen Spaltkeil zwischen die aktive Belegschaft und die ehemaligen Beschäftigten zu treiben.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind aber nicht die aktiven bzw. ehemaligen Beschäftigten, sondern die AEG-Kapitalisten selbst und der bürgerliche Staatsapparat.

So wurden in den letzten Jahren kontinuierlich Rationalisierungsmaßnahmen vorgenommen, die zu beträchtlichen Entlassungen bei AEG geführt haben. Nach dem Vorstandsbericht wurden 1979 allein 4,5% der Belegschaft entlassen. Bekanntermaßen sind weitere Entlassungen geplant, für dieses Jahr allein 7500 (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.9.80).

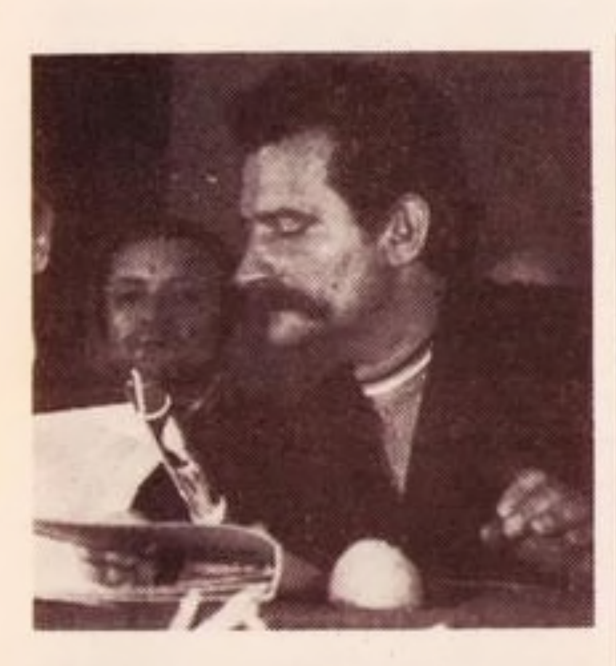
Was den Punkt der „Überversorgung" betrifft, gibt es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bereits eindeutige Stellungnahmen. So schreibt die ÖTV in einer Broschüre gegen die Absicht des öffentlichen Dienstherren, die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu kürzen, daß die sogenannte Überversorgung aus der ständig steigenden Abgabenbelastung der Löhne durch Sozialversicherungsbeiträge und direkte Steuern verursacht wird, d.h. nicht die Renten zu hoch sind, sondern die Nettolöhne zu niedrig. Notwendig, um die „Überversorgung" abzubauen, kann also nicht die Kürzung der Rentenzusagen sein, sondern vielmehr der Kampf um eine ausreichende Anhebung der Löhne und der Kampf gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat.

Der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende der AEG, Rubke, äußerte sich auf der Betriebsräte-Vollversammlung im Mai 1980 zu den Plänen der AEG-Kapitalisten: „Die Belegschaft kennt seit langem schon keine sozialen Leistungen mehr. Das einzige, was uns noch zusammengehalten hat, war letztlich das Ruhegeld von AEG-Telefunken. Sollten Sie die Absicht haben, an diesem

Allgemeine Zeitung vom 19.9.80).

Was den Punkt der „Überversorgung" betrifft, gibt es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bereits eindeutige Stellungnahmen. So schreibt die ÖTV in einer Broschüre gegen die Absicht des öffentlichen Dienstherren, die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes zu kürzen, daß die sogenannte Überversorgung aus der ständig steigenden Abgabenbelastung der Löhne durch Sozialversicherungsbeiträge und direkte Steuern verursacht wird, d.h. nicht die Renten zu hoch sind, sondern die Nettolöhne zu niedrig. Notwendig, um die „Überversorgung" abzubauen, kann also nicht die Kürzung der Rentenzusagen sein, sondern vielmehr der Kampf um eine ausreichende Anhebung der Löhne und der Kampf gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat.

Der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende der AEG, Rubke, äußerte sich auf der Betriebsräte-Vollversammlung im Mai 1980 zu den Plänen der AEG-Kapitalisten: „Die Belegschaft kennt seit langem schon keine sozialen Leistungen mehr. Das einzige, was uns noch zusammengehalten hat, war letztlich das Ruhegeld von AEG-Telefunken. Sollten Sie die Absicht haben, an diesem
Punkte Abstriche zu machen; so darf ich Ihnen schon jetzt versichern, wird es bei diesem Thema die erste Konfrontation mit uns allen, die wir hier im Saale sind, geben!" Weiter führte er aus, daß der Gesamtbetriebsrat zwar zu Gesprächen bereit sei, ein Abbau für ihn aber undenkbar sei.



z.hku. **„Jetzt sind wir eine große Macht, mit der jeder rechnen muß. Alle Hindernisse, die bisher errichtet wurden, sollen verschwinden. Auf Wiedersehen bis zum Kongreß der unabhängigen Gewerkschaft!"** Am Mittwoch vergangener Woche beschlossen 170 Delegierte – die 300 Streikkomitees und 3 Mio. Arbeiter vertraten – die Bildung eines Dachverbands der unabhängigen, sich selbstverwaltenden Gewerkschaften. Sitz des „Koordinationskomitees" soll Gdansk sein, dessen Vorsitzender Lech Walesa. Die Organisation wird sich in betriebliche und regionale Verbände gliedern. Über den Dachverband wollen die unabhängigen Gewerkschaften sich gemeinsam beim Wojwodschaftsgericht Warschau registrieren lassen; eine solche Registrierung bei Überprüfung der Verfassungstreue hat die Regierung bindend vorgeschrieben. Dieser Zwang und die vielen Behinderungen beim Aufbau der neuen Gewerkschaften hat auch auf der Danziger Gründungsversammlung den Ausschlag gegeben gegenüber Bedenken, ein zentraler Apparat käme zu früh. – Die PVAP versucht u.a. die Verfügung der Staatsgewerkschaften über den Sozialfonds der Betriebe – Ferienheime, Darlehenskassen usw. – als Trumpf der alten Gewerkschaften auszuspielen. In Kielce haben mehrere Betriebe die vergangene Woche über gegen diese Politik gestreikt. Eine ausdrückliche Garantie, an der Verwaltung der Sozialfonds beteiligt zu werden, konnte offensichtlich bisher nur das Streikkomitee der Hütte von Katowice durchsetzen. – Am Freitag sind die Straßenbahn- und Busfahrer Oberschlesiens in den Streik für mehr Lohn und die 5-Tage-Woche getreten.

z.coi. **Die 1600 öffentlich Beschäftigten der finnischen Insel Aland, am Eingang zum Bottnischen Meerbusen, haben eine 3%ige Lohnerhöhung durchgesetzt.** Sie wurde erzwungen durch einen einwöchigen Streik der Müllarbeiter, Schulhausmeister, Krankenhauswäschereiangestellten, Telefonisten und der Angestellten der Arbeitsvermittlung. Die Inselverwaltung mußte dem Schlichtungsvorschlag von 1% mehr ab 1.9. und weiteren 2% ab 1.3.81 zustimmen. Die Gewerkschaften begründeten die Forderung nach einer zusätzlichen Lohnerhöhung von 3% mit dem hohen Verbraucherpreisniveau, das dem in Helsinki entspricht. Während die Lohnabhängigen in Helsinki jedoch in der regionalen Teuerungsstufe I eingruppiert sind und einen entsprechenden Zuschlag erhalten, werden die Kollegen auf Aland nach der Teuerungsstufe II entlohnt. Die finnische Regierung hatte Druck auf die Inselverwaltung ausgeübt, die Forderung strikt abzulehnen, da sie eine Flut ähnlicher Forderungen befürchtet. Außer Helsinki und Tampere sind nämlich alle Regionen Finnlands in der Teuerungsstufe II.

i. **Lillehammer, 18.9.1980. Die Krankenpfleger in Oslo setzen Druck hinter ihre Forderung nach drastischer Lohnerhöhung.** Während am 11. September die Schlichtungsverhandlungen fortgeführt und ohne Ergebnis auf den 16.9. vertagt wurden, agitierten Krankenschwestern und -pfleger aus dem Ulleval- und Aker-Krankenhaus auf der Karl-Johann-Gasta. Was sie fordern ist: Lohnstufe 13–17, das heißt für den Anfänger 72000 Nkr, und als Endlohn 85800 Nkr. Ein Anfänger verdient z.Zt. ca. 55000 Nkr., das sind ca. 20000 DM brotto im Jahr. Laut „Klassekampen", Zentralorgan der AKP/M-L, wollen bei Nichteinlösung der Forderungen 180 Beschäftigte bei Ulleval und Aker in den Streik treten. Die Kampfentschlossenheit zeigt sich auch darin, daß ein sog. „wilder Streik" für den Fall staatlicher Zwangsschlichtung diskutiert wird.

n. **Sydney, 18.9.80. Vom 9.-13. September streikten in Port Kembla, dem größten Stahlwerk von New South Wales, 1000 Arbeiter gegen die Krebsgefahr, die von den Emissionen des Hochofens verursacht wird.** Ein Bericht über die Krebsgefahr aus US-amerikanischen Stahlwerken, die der Regierung und den Stahlkapitalisten vorlag, war vor den Arbeitern und Gewerkschaften geheimgehalten worden. Schon am ersten Tag des Streiks mußte sich der Gesundheitsminister bei den Arbeitern entschuldigen und ihnen den Bericht übergeben. Nach diesem ist die Krebsgefahr für Arbeiter am Hochofen 2,5 mal größer als für die übrigen Stahlarbeiter, in bezug auf Nierenkrebs sogar 7 mal größer. AIS, die australische Eisen- und Stahl Co., mußte inzwischen selber erhöhte Krebsgefahr am Hochofen von Port Kembla zugeben. Einige Minimalempfehlungen aus dem amerikanischen Bericht will sie sofort befolgen, wie getrennte Kleiderschränke für Arbeits- und Privatkleidung, und wöchentliche Reinigung der Arbeitskleidung. Eine Untersuchungskommission bestehend aus Vertretern von AIS, den Gewerkschaften und dem Gesundheitsministerium soll jetzt die Verhältnisse im Werk Port Kembla untersuchen und Empfehlungen zur Bekämpfung der Krebsgefahr ausarbeiten.

i. **Aarhus, 18.9.1980. Während des Jahreskongresses des dänischen Ärzteverbandes veranstalteten am 13.9. mehrere hundert junge Ärzte eine Demonstration und zogen durch Kopenhagen.** Sie wollten damit auf die krassen Verhältnisse in den Krankenhäu-

10. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

z.ulg. Bei Redaktionsschluß war der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der am 14. 9. in Wiesbaden eröffnet wurde, noch nicht beendet. Über 585 Anträge haben die Delegierten zu entscheiden, davon beinhalten allein 162 unter anderem Änderungsvorschläge für den Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms.

Gleich zu Beginn der Konferenz hat der nicht mehr zur Wiederwahl kandidierende HBV-Vorsitzende Heinz Vietheer erklärt, ,,daß dieser Gewerkschaftstag als ein Kongreß der Einheit und Geschlossenheit in die Geschichte der Organisation eingehen wird.“ Er zeigte an Hand von Zahlen den wachsenden Zusammenschluß der Beschäftigten auf. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ist inzwischen die siebtgrößte DGB-Gewerkschaft. Seit 1976 konnte ein Nettozuwachs von 76000 Mitgliederzugängen und weit über 10000 allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres verzeichnet werden.

Vor den Debatten um die Anträge führten die Delegierten die Wahl der einzelnen gewerkschaftlichen Gremien durch. Als neuer erster Vorsitzender wurde Günter Volkmar, als zweiter Vorsitzender Dieter Steinborn gewählt.

Verabschiedet wurden bisher Anträge wie: gegen die Aussperrung, verstärktes Eintreten für das Streikrecht, gegen ,,alle Versuche, die konzertierte Aktion, in welcher Form auch immer, wieder aufleben zu lassen“, für die ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses, für die Einstellung aller Personen, die aufgrund des Radikalenerlasses diszipliniert wurden. Verabschiedet wurde ein Antrag, der sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch wendet, durch Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die ohnehin schon nachteiligen und schwierigen Arbeitsbedingungen im Einzelhandel noch zu verschlechtern.

Aus Nordrhein-Westfalen liegt ein Antrag vor, in dem weitgehende Rechte der Betriebsräte bei Rationalisierungen gefordert werden. Unter anderem heißt es in dem Antrag: ,,Der Betriebsrat muß die Beseitigung von Mißständen verlangen können, und, falls Nachteile für den Arbeitnehmer nicht ausgeschlossen werden können, die weitere Verrichtung der Arbeit für unzumutbar erklären können. Die betroffenen Arbeitnehmer müssen nach der Erklärung des Betriebsrates ein Arbeitsverweigerungsrecht unter Fortzahlung der Bezüge bis zum rechtskräftigen Abschluß eines Einigungsstellenverfahrens und des sich gegebenenfalls daran anschließenden Verfahrens erhalten.“

Eine Resulution, die am Freitag zum Militärputsch in der Türkei verabschiedet wurde, fordert von der Bundesregierung, jegliche Form der militärischen Unterstützung für das Putsch-Regime sofort einzustellen.

Papiererzeugende Industrie: IG CPK fordert zwischen 9,5% und 11,5% mehr Lohn und Gehalt

r.biw. Für die rund 53000 Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie hat die IG Chemie – Papier – Keramik (IG CPK) die Tarife für 31. August 1980 gekündigt. In fast allen Tarifbezirken hat die Gewerkschaft als Forderungsstruktur eine Vorweganhebung bzw. stärkere Anhebung der unteren Lohn-und Gehaltsgruppen gefordert. Die so veränderten Löhne und Gehälter sollen um 9% in Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Westfalen und Nordrhein, um 10% in Rheinhessen-Pfalz und Mittelrhein und um 9,5% in Hessen und Bayern erhöht werden.

In Hessen z.B. fordert die IG CPK folgendes: Vorweganhebung der Tariflöhne in der Lohngruppe (LG) 3 (derzeit DM 8,85) um DM 0,15, LG IV (DM 8,56) um DM 0,14 und LG V (derzeit DM 8,32) um DM 0,13. Die Tarifgehälter sollen in den Endstufen der Gehaltsgruppen K1/T1 bis K3/T3

2323/2049) von 10,7% (DM 249/ 223)

Stärkere Anhebung der niedrigeren Einkommen ist ebenso das Prinzip der gewerkschaftlichen Forderungen in den anderen Tarifbezirken. In Westfalen werden außerdem Verbesserung beim 13. Monatseinkommen und in Bayern eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen um 13 DM auf 52 DM gefordert.

Am 22.9. wird in Hessen erstmals für die Beschäftigten der 15 papiererzeugenden Betriebe verhandelt. Zwischen 3 und 4 % werden die Papierkapitalisten anbieten – wenn überhaupt – unter Hinweis auf die stark gestiegenen Rohstoff- und Energiekosten sowie die ,,Abschwächungstendenzen“ auf dem Papiermarkt in den USA und Großbritannien, die auch demnächst für die BRD ,,störend“ wirken könnten, so der Vorstandsvorsitzende des größten westdeutschen Papierkonzerns PWA. 1979 war ein fettes Jahr für die Papier-

ge wie: gegen die Aussperrung, verstärktes Eintreten für das Streikrecht, gegen ,,alle Versuche, die konzertierte

gierung, jegliche Form der militärischen Unterstützung für das Putsch-Regime sofort einzustellen.

Papiererzeugende Industrie: IG CPK fordert zwischen 9,5% und 11,5% mehr Lohn und Gehalt

r.biw. Für die rund 53000 Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie hat die IG Chemie – Papier – Keramik (IG CPK) die Tarife für 31. August 1980 gekündigt. In fast allen Tarifbezirken hat die Gewerkschaft als Forderungsstruktur eine Vorweganhebung bzw. stärkere Anhebung der unteren Lohn-und Gehaltsgruppen gefordert. Die so veränderten Löhne und Gehälter sollen um 9% in Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Westfalen und Nordrhein, um 10% in Rheinhessen-Pfalz und Mittelrhein und um 9,5% in Hessen und Bayern erhöht werden.

In Hessen z.B. fordert die IG CPK folgendes: Vorweganhebung der Tariflöhne in der Lohngruppe (LG) 3 (derzeit DM 8,85) um DM 0,15, LG IV (DM 8,56) um DM 0,14 und LG V (derzeit DM 8,32) um DM 0,13. Die Tarifgehälter sollen in den Endstufen der Gehaltsgruppen K1/T1 bis K3/T3

um DM 26,- pro Monat vorweggehoben werden. Die so veränderten Tariflöhne und Gehälter werden für alle Lohngruppen und Gehaltsgruppen um 9,5% erhöht. Die Ausbildungsvergütungen sollen durchgängig um DM 60 DM im Monat erhöht werden. Rechnet man an den bisher gültigen Tarifen in Hessen die gesamte Forderungshöhe aus, so ergibt sich z.B. bei den niedrigsten Gehaltstarifen T1/K1 (derzeit DM 1458) eine Forderungshöhe von 11,5%, bei T2/K2 (DM 1878/1755) von 11,0% und bei T3/K3 (DM

2323/2049) von 10,7% (DM 249/ 223)

Stärkere Anhebung der niedrigeren Einkommen ist ebenso das Prinzip der gewerkschaftlichen Forderungen in den anderen Tarifbezirken. In Westfalen werden außerdem Verbesserung beim 13. Monatseinkommen und in Bayern eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen um 13 DM auf 52 DM gefordert.

Am 22.9. wird in Hessen erstmals für die Beschäftigten der 15 papiererzeugenden Betriebe verhandelt. Zwischen 3 und 4 % werden die Papierkapitalisten anbieten – wenn überhaupt – unter Hinweis auf die stark gestiegenen Rohstoff- und Energiekosten sowie die ,,Abschwächungstendenzen“ auf dem Papiermarkt in den USA und Großbritannien, die auch demnächst für die BRD ,,störend“ wirken könnten, so der Vorstandsvorsitzende des größten westdeutschen Papierkonzerns PWA. 1979 war ein fettes Jahr für die Papier-

konzerne. Die Wellpappeproduktion erreichte mit knapp 3,8 Mrd. DM (6%) einen neuen Höchststand. Durch Rationalisierungsinvestitionen und Maßnahmen zur Energieeinsparung (die PWA-Kapitalisten haben bei gestiegener Produktion eine Verringerung des Verbrauchs an schwerem Heizöl um ca. 18% erreicht), die mit Verschärfung der Ausbeutung einhergingen, können die PWA-Kapitalisten z.B. heute von sich behaupten, ,,etwaigen Rückschlägen besser widerstehen zu können, als es früher der Fall war.“

Westeuropäische Kohlebergarbeiter bekämpfen Massenentlassungen und Rationalisierung

Paris. Die größte französische Gewerkschaft, die CGT, hat für Ende Oktober einen Marsch der Kohlebergleute auf Paris angekündigt. Er soll erste Zusammenfassung und erneuter Ausgangspunkt der Kämpfe der Bergleute sein, die sich in den letzten Monaten in allen drei großen Kohlerevieren – im Norden nahe der belgischen Grenze, in Lothringen und in den Cevennen im Süden – entwickelt haben. Erst am 4.9. besetzten 150 Bergarbeiter der Grube Destival in den Cevennen, den Pariser Hauptsitz der staatlichen Kohlebergwerksgesellschaft, gleichzeitig demonstrierten 2000 in der größten Stadt des Reviers, Alès. Ihre Forderungen: Rücknahme des Stillegungsbeschlusses für die Grube Destival und Neueröffnung der Grube Ladrecht, wo 9 Mio. t bester Anthrazitkohle sofort ausbeutbar bereitlägen. Destival sollte schon Mitte Mai geschlossen werden, die Arbeiter kamen der Direktion jedoch am 6.5. zuvor und übernahmen Ausbeutung und Vertrieb unter eigener Regie. Trotz der Bewilligung eines 22 Mio. FF-Kredits durch das Regionalparlament lehnt die Regierung die Fortführung des Betriebes ab.

Sollte das Cevennenrevier (Jahresförderung etwa 1,5 Mio. t) noch dieses Jahr dichtgemacht werden, so ist die Stillegung der Gruben im Norden bis 1985 vorgesehen. In diesem Revier, wo Ende der 50er Jahre noch 220000 Arbeiter 30 Mio. t Steinkohle förderten, werden heute unter und über Tage noch knapp 30000 ausgebeutet, die Produktion ist auf 5 Mio. t, 25% der gegenwärtigen Gesamtproduktion, gefallen. Nicht, daß keine Vorräte mehr vorhanden wären, häufig liegen sie jedoch in 800 bis 1100 m Tiefe, die Adern sind nur noch 80 cm dick. Die Kohlekapitalisten haben in den letzten Jahren aus den Arbeitern herausgeholt, was eben möglich war. In den Cevennen förderten 1979 1850 Arbeiter 1,6 Mio. t gegenüber 1 Mio. t bei 6600 Arbeitern 1947. Insgesamt konnte die Förderleistung noch auf 3200 kg pro Mann und Schicht getrieben werden – zuwenig in der internationalen Konkurrenz. Die Preise für die Tonne Anthrazitnußkohle liegen mit 660 bis 710 FF um 100 FF über denen der Ruhrzechen.

Das französische Finanzkapital hat die Konsequenzen gezogen: Verlagerung des Kapitals in andere, profitträchtigere Bereiche und Verstärkung der Kohleeinfuhren, die 1979 mit 30 Mio. t schon 10 Mio. t über der Produktion lagen. Der Kohleanteil an der Energieerzeugung soll bis 1990 von

1985 vorgesehen. In diesem Revier, wo Ende der 50er Jahre noch 220000 Arbeiter 30 Mio. t Steinkohle förderten, werden heute unter und über Tage noch knapp 30000 ausgebeutet, die Produktion ist auf 5 Mio. t, 25% der gegenwärtigen Gesamtproduktion, gefallen. Nicht, daß keine Vorräte mehr vorhanden wären, häufig liegen sie jedoch in 800 bis 1100 m Tiefe, die Adern sind nur noch 80 cm dick. Die Kohlekapitalisten haben in den letzten Jahren aus den Arbeitern herausgeholt, was eben möglich war. In den Cevennen förderten 1979 1850 Arbeiter 1,6 Mio. t gegenüber 1 Mio. t bei 6600 Arbeitern 1947. Insgesamt konnte die Förderleistung noch auf 3200 kg pro Mann und Schicht getrieben werden – zuwenig in der internationalen Konkurrenz. Die Preise für die Tonne Anthrazitnußkohle liegen mit 660 bis 710 FF um 100 FF über denen der Ruhrzechen.

Das französische Finanzkapital hat die Konsequenzen gezogen: Verlagerung des Kapitals in andere, profitträchtigere Bereiche und Verstärkung der Kohleeinfuhren, die 1979 mit 30 Mio. t schon 10 Mio. t über der Produktion lagen. Der Kohleanteil an der Energieerzeugung soll bis 1990 von

jetzt 18% auf 11% fallen, der Kernenergieanteil von 4,5% auf 30% steigen (s. KVZ 16/80). Die jetzigen Kämpfe stören dieses Kalkül.

Brüssel. Die Bergarbeiter des Kempener Kohlereviers in Belgien haben kürzlich eine Delegation zu ihren französischen Kollegen in den Cevennen entsandt, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Sie selbst haben erst im Mai/Juni dieses Jahres durch einen zehntägigen Streik einen Angriff der Kapitalisten auf die geltende Urlaubsregelung zurückgeschlagen.

Seit 1969 haben die Untertagearbeiter in Flandern, die bei einer 8¼-Stunden-Schicht täglich eine Viertelstunde länger arbeiten müssen als die Bergarbeiter in Wallonien, zum Ausgleich zusätzlich zu ihren 34 weitere acht Urlaubstage erkämpft, die sie frei und ohne Voranmeldung nehmen können. Außerdem hatten sie durchgesetzt, daß die ausländischen Arbeiter, wenn sie nach Hause fahren, noch einmal 30 unbezahlte Urlaubstage nehmen können. Über 50% der Untertagearbeiter sind, nach den Massenentlassungen in den 60er Jahren und den zunehmenden Neueinstellungen nach 1974, ausländische Arbeiter, vor allem türkische und marokkanische. Für die seit 1978 eingestellten ausländischen Arbeiter hatten die Kapitalisten das Recht auf unbezahlten Urlaub bereits gestrichen, jetzt wollen sie es ganz zurücknehmen. Ihr zweiter und Hauptangriff galt den acht ,,freien Urlaubstagen“. Statt ihrer boten sie die ,,Verkürzung“ der Arbeitszeit um ¼-Stunde an; durch Senkung der profitschmälernden ,,Abwesenheit“ der Arbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Intensität der Arbeit wollten sie die Schichtleistung um rund 6% steigern.

London. Die staatliche britische Kohlebehörde, seit 1946 im Besitz des gesamten britischen Kohlebergbaus, beutet derzeit 232500 Arbeiter und Angestellte aus. Das ist die niedrigste Zahl seit den Anfängen des industriellen Bergbaus; 1947 waren es noch 703900 Beschäftigte, 1965 445700. Die Produktion ist keineswegs so rasch gesunken, sie betrug 1947 187,5 Mio. Tonnen, 1979 109,3 Mio. Tonnen. Immer rascher wird die Arbeitskraft verschlissen. Seit 1973 hat die Kohlebehörde 143000 Arbeiter neu eingestellt und 152300 entlassen. In der gleichen Zeit hat sie das Durchschnittsalter der Arbeiter und Angestellten von 43,6 Jahren auf 39,6 Jahren gedrückt und die Kohleförderung je Beschäftigtem und Jahr von 390 Tonnen auf 469 Tonnen hochgezwungen. Ein Viertel der letztes Jahr neu eingestellten Arbeiter war unter 18 Jahre alt.

Die Umwälzung des Arbeiterkörpers – Aussonderung der verbrauchten Arbeitskraft und Ankauf von frischer – geht einher mit der Schließung bisher benutzter und Eröffnung neuer Bergwerke. 1973 wurden 259 Bergwerke betrieben, jetzt sind es 219. Im letzten Jahr wurden fünf Werke geschlossen und eines neu eröffnet. Derzeit wird mit einem Aufwand von einer Milliarde DM die Wiedereröffnung des Thorne-Bergwerks bei Doncaster in Mittelengland vorbereitet, nachdem das Werk 1966 stillgelegt wurde. Solche Wiedereröffnungen sind selten, weil besonders aufwendig – die Kenntnisse über das Bergwerk sind mit der Entlassung der Arbeiter in alle Winde verstreut.

Die Schließungsabsichten der Kohlebehörde konzentrieren sich derzeit auf Südwales, vor allem in Anlehnung an den Rationalisierungsplan des staatlichen Stahlmonopols British Steel, das die Stahlproduktion in Südwales um die Hälfte kürzen will. Die Stahlwerke sind ein Hauptverbraucher der Kohle. Während in Südwales 7% der britischen Kohle gefördert werden, beträgt der Anteil von Südwales an den Neuinvestitionen der Kohlebehörde nur 3,5%.

Die Bergarbeitergewerkschaft, in der alle Bergarbeiter organisiert sind, fordert, daß keine Bergwerke geschlossen werden, in denen noch Kohle ist. Der Verband von Südwales will alle Zechenschließungen mit Kampfmaßnahmen beantworten, und bisher hat die Kohlebehörde keine weiteren Schließungen in Südwales verlangt. Mit einem neuen Gesetz über die Kohleindustrie verlangt die Regierung Profitabilität des Bergbaus bis 1982/83.



London. Die staatliche britische Kohlebehörde, seit 1946 im Besitz des gesamten britischen Kohlebergbaus, beutet derzeit 232500 Arbeiter und Angestellte aus. Das ist die niedrigste Zahl seit den Anfängen des industriellen Bergbaus; 1947 waren es noch 703900 Beschäftigte, 1965 445700. Die Produktion ist keineswegs so rasch gesunken, sie betrug 1947 187,5 Mio. Tonnen, 1979 109,3 Mio. Tonnen. Immer rascher wird die Arbeitskraft verschlissen. Seit 1973 hat die Kohlebehörde 143000 Arbeiter neu eingestellt und 152300 entlassen. In der gleichen Zeit hat sie das Durchschnittsalter der Arbeiter und Angestellten von 43,6 Jahren auf 39,6 Jahren gedrückt und die

Während in Südwales 7% der britischen Kohle gefördert werden, beträgt der Anteil von Südwales an den Neuinvestitionen der Kohlebehörde nur 3,5%.

Die Bergarbeitergewerkschaft, in der alle Bergarbeiter organisiert sind, fordert, daß keine Bergwerke geschlossen werden, in denen noch Kohle ist. Der Verband von Südwales will alle Zechenschließungen mit Kampfmaßnahmen beantworten, und bisher hat die Kohlebehörde keine weiteren Schließungen in Südwales verlangt. Mit einem neuen Gesetz über die Kohleindustrie verlangt die Regierung Profitabilität des Bergbaus bis 1982/83.



Fortführung der Kohleförderung in den Cevennen! Demonstration der Bergarbeiter in Paris.

sern aufmerksam machen. Immer mehr Patienten stehen auf den Wartelisten, und diejenigen, die ein Krankenbett finden können, werden immer schlechter behandelt. 1000 junge Ärzte bekommen keine Planstellen, sondern werden auf Ausbildungsstellen festgehalten, die dann für neue junge Ärzte blockiert sind. Unter Berufung darauf, daß sie was lernen müssen, und unter Ausnutzung dessen, daß sie was lernen wollen, werden gerade die Ärzte auf Ausbildungsstellen zu einer besonderen Verausgabung ihrer Arbeitskraft gezwungen. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 – 60 Stunden ist die Regel, mit Bereitschaftsdiensten werden es oft über 65 Stunden. Zahlreiche Wachen sind 24-Stunden-Dienste. Der durchschnittliche Stundenlohn eines neu ausgebildeten Arztes beträgt 55 Kronen, das sind nach Abzug der Steuern umgerechnet rund 12 DM.

i. **Westberlin, 18.9.1980. Der Transportsektor gehört zu den wichtigsten Bereichen, in denen in der UdSSR die ,,Brigadeform der Arbeit“ breit eingeführt worden ist.** Darunter ist in der Praxis ein ausgeklügeltes System des Gruppenakkords zu verstehen. Im Hafen Nikolajev am Schwarzen Meer, wo vor allem Massengüter wie Getreide, Sande, etc. umgeschlagen werden, arbeiten jetzt 60% der Hafenarbeiter in sog. ,,Komplexbrigaden“. Diese bestehen aus vier Arbeitsgruppen, die rund um die Uhr verladen. In einem Vertrag mit der Hafenleitung übernimmt die Brigade für ein ganzes Planjahr ein bestimmtes Arbeitspensum, wobei schon im Vertrag selbst die vorfristige Erfüllung zugesichert wird. Weiter übernimmt in dem Vertrag die Brigade ,,die materielle Verantwortung für Handelsverluste und Stillstandszeiten der Transportmittel, die sie selbst verschulden“. Kurzum, die Arbeiter haften mit ihrem Lohn. Der Lohn bestimmt sich nach der Erfüllung des Arbeitspensums, wobei die vier Arbeitsgruppen untereinander im ,,Wettbewerb“ stehen, um sich von der ausgeschütteten Lohnsumme jeweils den größten Anteil zu sichern. Die Höhe der gezahlten Lohnsumme wieder richtet sich nach der Erfüllung der Norm durch die ganze Brigade, d.h. der Akkordvorgabe. 10% des Lohns kommen überdies aus einem sog. ,,Stimulierungsfonds“ bei dauerhafter Unterschreitung der vorgegebenen Liege-bzw. Standzeiten, wodurch alle Brigaden sich gegenseitig Druck machen. Natürlich werden die verkürzten Abfertigungszeiten dann die Normen des folgenden Jahres sein. – Durch die Überbietung der Arbeitsnormen um 15% hätten die Arbeiter der Komplexbrigade 32 in Nikolajev im letzten Jahr ihre Löhne von 240 auf 280 Rubel im Monat steigern können, berichtet ,,Morskoi Flot“; das wären 30 – 40% mehr als der Durchschnittslohn in der UdSSR. (Nach: Presse der Sowjetunion 17/80)

i. **Brüssel, 13.9.80. Lohnkürzung um 7,5% für belgische Bankbeschäftigte.** Bei der belgischen Bank Bruxelles Lambart ist für die 12500 Beschäftigten eine stufenweise Lohnkürzung von insgesamt 7,5% für den Zeitraum vom 1. April dieses Jahres bis 31. März 1982 vereinbart worden. Dafür verpflichtete sich die Geschäftsleitung der Bank, innerhalb dieser zwei Jahre keine Entlassungen vorzunehmen. Die Bank Bruxelles Lambart ist die zweitgrößte Belgiens, die 1975 aus der Fusion zweier Bankhäuser hervorgegangen ist. Sie hatte im Devisengeschäft Milliardenverluste gemacht und im vergangenen Jahr gegenüber den anderen belgischen Banken nur wenig Gewinn gemacht.

i. **London, 18.9.80. Seit dem 12.9. streiken landesweit die britischen Kranfahrer, die in der Amalgamated Union of Engineering Workers organisiert sind.** Sie fordern eine Lohnerhöhung von 25%, außerdem die Wiedereinstellung von 500 Kranführern, die wegen Verweigerung von Überstundenarbeit entlassen worden sind. Die Kapitalisten der Contractors' Plant Association bieten bisher 15% an.

i. **Die Gewerkschaft der peruanischen Minenarbeiter bereiten einen auf 48 Stunden befristeten Streik vor,** um die Wiedereinstellung von 150 entlassenen Gewerkschaftsmitgliedern zu erzwingen. Bestreikt werden sollen die im US-Besitz befindlichen Kupferminen Cuajone und Toquepala in Südperu sowie die staatseigene Mine ILO. Die Gewerkschaft kündigte einen unbefristeten Streik an, falls sie jetzt nicht die Wiedereinstellung durchsetzen kann.

i. **Boulogne-sur-mer, 18.9.80. Französische Fischer von Boulogne beendeten ihren zweimonatigen Streik.** Mit 399 zu 217 stimmten sie Mitte vergangener Woche für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Fischer hatten bereits Anfang September nach heftigen Demonstrationen in Paris die Ausdehnung der Mindestpreisgarantie von drei auf zehn Fischsorten erzwingen können. Weitergeführt wurde der Streik, um eine Reduzierung der Mannschaften auf den größeren Fischfangschiffen zu verhindern sowie Entlassungen. Die Verhandlungen hierüber gehen trotz Beendigung des Streiks weiter.

i. **Ontario, 14.9.80. Mehrere tausend kanadische Bundesangestellte der untersten Besoldungsklasse streiken.** Ihr gegenwärtiges Durchschnittsgehalt beträgt wenig mehr als 1000 Dollar. Sie fordern eine schrittweise Erhöhung von 19% innerhalb von zwei Jahren bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 37,5 auf 36 Stunden pro Woche. Mehrere Bundesbehörden sind vollständig lahmgelegt, einschließlich des Postdienstes in fast ganz Ontario. Zwar sind die Postbediensteten nicht direkt am Streik beteiligt, aber sie weigern sich, die Post in den von Streikposten bewachten Gebäuden zu sortieren. Die Postbehörde droht ihnen deswegen mit Disziplinarverfahren und droht Entlassungen an. Die Postbediensteten berufen sich auf das Statut ihrer Gewerkschaft, das zur Respektierung von Streikposten anderer Gewerkschaften aufruft.

Lehrlingsausbildung in Handwerksbetrieben ansteigend

z.doj. 1979 wurden im gesamten Handwerk mehr Lehrverträge abgeschlossen als in irgendeinem Jahr zuvor seit 1945. Durch maschinelle und bauliche Umrüstung in der Industrieproduktion sowie staatlich subventionierte Modernisierungsmaßnahmen der Wohnungseigentümer sind die Aufträge für das Handwerk in den letzten Jahren stark angestiegen.

Mehr als 100000 Handwerks- und handwerksähnliche Betriebe mit gut 1,2 Mio. Beschäftigten arbeiten hauptsächlich als Zulieferer- und Dienstleistungsbetriebe für die Industrie. Einen großen Anteil machen auch Nebenbetriebe in Supermärkten, Kaufhäusern und Transportunternehmen aus; die Zahl der Fleischer-Nebenbetriebe in Supermärkten z.B. nahmen seit 1967 um mehr als das doppelte zu, während 26% der selbständigen aufgeben mußten.

Über öffentliche Darlehen staatlich gefördert, nimmt die Zahl der kleinen Selbständigen zu. 1977 wurden 2725 Betriebsgründungen mit 101,2 Mio. DM gefördert, 1979 vergab der Staat für 5154 Betriebsgründungen Darlehen im Wert von insgesamt 274 Mio. DM.

Vor allem das handwerksähnliche Gewerbe – zum größten Teil Gebäudereiniger, Bodenleger, Flickschneider –, das die Handwerkskammern nicht kontrollieren und in dem sich jeder ohne Meisterprüfung selbständig machen kann, ist stark expandiert. Viele Handwerker verlassen die Handwerksbetriebe und machen sich als Klein- oder Subunternehmer selbständig. Die auf 42000 angestiegenen handwerksähnlichen Unternehmen werben den Innungsbetrieben weitere Facharbeiter ab, jedoch dürfen sie keine Lehrlinge ausbilden.

Der Facharbeitermangel – entstanden durch den Sog der besser bezahlenden Industrie und durch solche Existenzgründungen – zwingt die Handwerksbetriebe, die der Innung unterstehen, zu vermehrter Einstellung von Lehrlingen. Sie bilden im Vergleich zu den Industrie-Betrieben einen wesentlich höheren Anteil von Lehrlingen an der Belegschaft aus. Für die Lehrlinge bedeutet das, weil über die Hälfte der Handwerksbetriebe keinen Betriebsrat hat, daß es im Vergleich zur Großindustrie wesentlich schwerer ist, ihre Rechte durchzusetzen.

Reform der Mittelschulbildung in der VR China

Bislang haben die 97 Berufskurse, die von der Stadt Beijing versuchsweise errichtet worden sind, ca. 4000 von 36000 Bewerbern aufgenommen, die nach einer dreijährigen Schulzeit Fachleute mit Grund- bzw. Mittelstufenbildung sein werden.

In Beijing gibt es zur Zeit 803 Mittelschulen höherer Stufe mit rund 300000 Schülern. Der Anteil der Absolventen der höheren Mittelschulen, die in die Universität aufgenommen werden können, beläuft sich gegenwärtig auf nur 6 bis 7 Prozent. Dieser schmale Weg für einen Hochschulzugang muß deshalb dringend reformiert, d.h. erweitert werden.

Statistisch gesehen, belief sich 1965 das Verhältnis zwischen Schülern an allgemeinbildenden Schulen im ganzen Land und Schülern an berufstechnischen und landwirtschaftlichen Mittelschulen auf 48 zu 52. Die Fachschulen, die berufstechnischen Schulen und die landwirtschaftlichen Mittelschulen bildeten für den sozialistischen Aufbau eine große Zahl von Fachleuten heran.

Zu Beginn der 60er Jahre umfaßte die chinesische Mittelschulbildung sowohl die Vermittlung von Allgemeinwissen als auch von technischen Fachkenntnissen. Damals wurde darauf geachtet, daß sie mit der Entwicklung der Volkswirtschaft einherging.

Während der Kulturrevolution wur-

bande konnte zwar die berufstechnische Ausbildung wiederhergestellt werden, aber sie bleibt dennoch hinter der Entwicklung der allgemeinbildenden höheren Mittelschule zurück.

1979 belief sich das Verhältnis von Schülern an höheren Mittelschulen zu Schülern an Fach-, berufstechnischen und landwirtschaftlichen Mittelschulen auf 86 zu 14.

Dieses Verhältnis entspricht nicht den Erfordernissen der vier Modernisierungen.

Konkrete Reformmaßnahmen sind:

Erstens. Probeweise Reform des Unterrichts in zunächst einigen Mittelschulen höherer Stufe durch schrittweise Aufnahme von berufskundlichem Unterricht.

Zweitens. Umwandlung eines Teils der Mittelschulen höherer Stufe in berufskundliche und landwirtschaftliche Schulen. Diese Schulen nehmen Absolventen der Mittelschule unterer Stufe auf, die Ausbildungszeit beträgt drei bis vier Jahre, das Verhältnis von allgemeinbildenem Unterricht zu berufskundlichem beträgt 3 zu 2.

Drittens. Weiterer Aufbau von Berufs- und Fachschulen. Der Unterricht an diesen Schulen ist hauptsächlich technischer Art und erst in zweiter Linie allgemeinbildend.

Viertens. Ausbau von Fachschulen,

in der VR China

Bislang haben die 97 Berufskurse, die von der Stadt Beijing versuchsweise errichtet worden sind, ca. 4000 von 36000 Bewerbern aufgenommen, die nach einer dreijährigen Schulzeit Fachleute mit Grund- bzw. Mittelstufenbildung sein werden.

In Beijing gibt es zur Zeit 803 Mittelschulen höherer Stufe mit rund 300000 Schülern. Der Anteil der Absolventen der höheren Mittelschulen, die in die Universität aufgenommen werden können, beläuft sich gegenwärtig auf nur 6 bis 7 Prozent. Dieser schmale Weg für einen Hochschulzugang muß deshalb dringend reformiert, d.h. erweitert werden.

Statistisch gesehen, belief sich 1965 das Verhältnis zwischen Schülern an allgemeinbildenden Schulen im ganzen Land und Schülern an berufstechnischen und landwirtschaftlichen Mittelschulen auf 48 zu 52. Die Fachschulen, die berufstechnischen Schulen und die landwirtschaftlichen Mittelschulen bildeten für den sozialistischen Aufbau eine große Zahl von Fachleuten heran.

Zu Beginn der 60er Jahre umfaßte die chinesische Mittelschulbildung sowohl die Vermittlung von Allgemeinwissen als auch von technischen Fachkenntnissen. Damals wurde darauf geachtet, daß sie mit der Entwicklung der Volkswirtschaft einherging.

Während der Kulturrevolution wur-
de dies als ,,revisionistische Linie'' kritisiert und eine große Zahl dieser Schulen geschlossen.

Nach der Zerschlagung der Vierer-

bande konnte zwar die berufstechnische Ausbildung wiederhergestellt werden, aber sie bleibt dennoch hinter der Entwicklung der allgemeinbildenden höheren Mittelschule zurück.

1979 belief sich das Verhältnis von Schülern an höheren Mittelschulen zu Schülern an Fach-, berufstechnischen und landwirtschaftlichen Mittelschulen auf 86 zu 14.

Dieses Verhältnis entspricht nicht den Erfordernissen der vier Modernisierungen.

Konkrete Reformmaßnahmen sind:

Erstens. Probeweise Reform des Unterrichts in zunächst einigen Mittelschulen höherer Stufe durch schrittweise Aufnahme von berufskundlichem Unterricht.

Zweitens. Umwandlung eines Teils der Mittelschulen höherer Stufe in berufskundliche und landwirtschaftliche Schulen. Diese Schulen nehmen Absolventen der Mittelschule unterer Stufe auf, die Ausbildungszeit beträgt drei bis vier Jahre, das Verhältnis von allgemeinbildenem Unterricht zu berufskundlichem beträgt 3 zu 2.

Drittens. Weiterer Aufbau von Berufs- und Fachschulen. Der Unterricht an diesen Schulen ist hauptsächlich technischer Art und erst in zweiter Linie allgemeinbildend.

Viertens. Ausbau von Fachschulen,
so daß das Verhältnis zwischen Studenten der Hochschulen und Schülern der Fachschulen von gegenwärtig 1 zu 1 auf 1 zu 2 oder 3 verbessert wird.
(Aus Beijing Rundschau 35/80)

Eltern beharren erfolgreich auf kostenloser Schülerbeförderung

z.his. Mit Schuljahresbeginn hatte das Land Hessen im Landkreis Waldeck-Frankenberg eine Richtlinie des Hessischen Kultusministeriums in Anwendung gebracht, wonach es ,,wirtschaftlich nicht vertretbar'' ist, Schulbusse einzusetzen, wenn diese nicht regelmäßig von mehr als vier Kindern benutzt werden, und dem Landkreis den Geldhahn für den Transport von etwa 30 Kindern aus 10 kleinen Ortschaften abgedreht. Das Land Hessen hatte sich damit vorgetastet, wie die im Haushaltsentwurf 1981 vorgesehene Streichung der Mittel für die Schülerbeförderung um ein Drittel von 120 Millionen auf 80 Millionen DM durchgesetzt werden kann. Der Landkreis hatte darauf so reagiert, daß er den Schulbusverkehr in den von der Richtlinie betroffenen Ortschaften ersatzlos eingestellt und in einem Schreiben den Eltern lapidar mitgeteilt hatte, daß sie von nun an selber für den Transport ihrer Kinder zur Schule verantwortlich seien, und Ordnungsstrafen angedroht für den Fall, daß sie ihrer Pflicht, für den Schulbesuch ihrer Kinder zu sorgen, nicht nachkommen würden.

Sofort hagelte es Protest. Nachdem sämtliche Anträge von Eltern auf Ausnahmeregelungen vom Regierungspräsidium abgelehnt worden waren, der Elternbeirat einer Schule eine Petition an den Landtag einreichte, Kultusminister Krollmann auf einer SPD-Wahlveranstaltung mit einem Flugblatt (,,Minister Krollmann läßt Schulanfänger sitzen'') der betroffenen Eltern empfangen und zur Rede gestellt wurde, ging der Zusammenschluß bis zur Ankündigung von Schulstreik. Wenn der Staat den Transport zur Schule nicht organisiert und finanziert, bedeutet das Ausschluß von der allgemeinen Schulpflicht oder Bestreitung des Rechts auf Schulbesuch. Drei sechs-, acht- und neunjährige Schüler aus Osterfeld z.B. hätten täglich sieben Kilometer bis zu ihrer Mittelpunktschule in Allendorf-Eder marschieren sollen. Die Eltern haben den hilfreichen Vorschlag, Fahrtgemeinschaften zu organisieren, mit dem ein SPD-Abgeordneter schnell zur Hand war, als unpraktikabel abgelehnt unter Verweis auf Wechselschicht und Geld sowieso.

Nachdem Krollmann anfangs dem Landkreis den schwarzen Peter zugeschoben hatte und an ein ,,Mindestmaß planerischer Phantasie'' appelliert hatte, hat er Mitte September nachgegeben und die Mittelkürzung zurückgenommen. Wo die Schulbusse gestrichen wurden, fahren jetzt Taxis.

Lage der ausländischen Jugendlichen in der BRD

Schmude will dieses Arbeitskräftepotential noch besser für die Kapitalisten erschließen

z.ulw. Die westdeutsche Bourgeoisie hat seit einiger Zeit ihr Herz für die ausländischen Jugendlichen in der BRD entdeckt. Die Ursache für diese Regung legt der Deutsche Industrie- und Handelstag in einer Broschüre: ,,Mehr Chancen für Ausländerkinder – Zur Eingliederung von ausländischen Jugendlichen in die Berufsausbildung'' dar: ,,Wegen der ab etwa 1985 stark sinkenden deutschen Schulabgängerzahlen und wegen des ab etwa 1990 abnehmenden deutschen Erwerbspersonenpotentials wird es um so notwendiger sein, die ausländischen Jugendlichen, die in das Erwerbstätigenalter kommen, zunehmend in eine Berufsausbildung zu integrieren, um für die ,,zweite Ausländergeneration'' die derzeit bestehenden erheblichen Probleme bei der Integration in Ausbildung und Beruf zu vermindern.''

Als ungelernte Arbeiter liegt ein Teil des Arbeitskräftepotentials, derzeit, für die Kapitalisten nicht profitabel vernutzbar, auf der Straße. Der Anteil ausländischer Jugendlicher, wie überhaupt der Jugendlichen, ist dabei überproportional hoch. Gleichzeitig bleibt in bestimmten Facharbeiterberufen die Zufuhr an entsprechend ausgebildeter Arbeitskraft hinter dem Bedarf der Kapitalisten zurück. Die Kapitalisten befürchten, daß diese Situation durch das allgemeine Sinken der Schulabgängerzahlen noch verstärkt wird.

Bildungsminister Schmude beeilt sich, ,,das Problem der Integration der ausländischen Jugendlichen in Ausbildung und Beruf'' anzugehen. Zu diesem Zweck gab das Ministerium beim Bundesinstitut für Berufsbildung eine Untersuchung über ,,die Bildungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland'' in Auftrag. Die ersten Ergebnisse der Studie liegen vor. Sie bestehen im wesentlichen in der Auswertung einer Repräsentativumfrage unter Jugendlichen griechischer, italienischer, jugoslawischer, portugiesischer, spanischer und türkischer Herkunft im Alter von 15 bis 25 Jahren. Diese Nationalitäten machen 74% aller Ausländer in diesem Alter aus, die zur Zeit in der BRD leben.

Von den Befragten besuchten 13% allgemeinbildende Schulen, 56% waren erwerbstätig, 8% befanden sich in einer beruflichen Ausbildung, 5% waren arbeitslos, 13% Hausfrauen oder im Haushalt mithelfende Familienangehörige und 5% Selbständige, Studenten etc. Insgesamt hatten 26% der Befragten eine Berufsausbildung in der BRD begonnen. 20% dieser Jugendlichen mußte die Ausbildung jedoch vorzeitig abbrechen. Bei den deutschen Jugendlichen beträgt die Abbrecherquote dagegen nur 5%. Entsprechend ist der weitaus größte Teil der lohnabhängigen Ausländer als un- oder angelernte Arbeitskraft beschäftigt. Bei den befragten erwerbstätigen Jugendlichen machte dieser Teil 83% aus. Zum Vergleich: Bei den deutschen Lohnabhängigen beträgt dieser Anteil 20%. Nur knapp 10% der Jugendlichen hatten in der BRD die volle Schulzeit durchlaufen. Diese Gruppe – so der Bericht – sei nicht zu den ,,Problemgruppen'' zu zählen. 90% der Jugendlichen reisten erst nach Beginn ihrer deutschen Schulpflicht in die BRD ein. 49% besuchten überhaupt keine deutschen Schulen. Bei diesen ,,Zusteigern'' bzw. ,,Späteinsteigern'' läge das eigentliche Problem.

Die Umfrage erfaßte im wesentlichen die Altersgruppe, die bereits berufstätig ist, oder kurz davor steht. Zwar sei damit zu rechnen, daß der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die in der BRD die volle Schulzeit durchlaufen, steigt, es sei aber auf Grund der Fluktuation immer noch mit einer großen Zahl ,,Zu- und Späteinsteiger'' zu rechnen. Die vom Bericht ermittelte ,,hohe Mobilitäts- und Lernbereitschaft'' soll für die Bourgeoisie nutzbar gemacht werden. Laut Umfrage würden 30% der Befragten auch einen Arbeitsplatz annehmen, der mehr als 30 km von ihrem Wohnort entfernt liegt, ein Drittel würde gern den Hauptschulabschluß nachholen und 42% – ,,ein außergewöhnlich hoher Anteil'' – zeigte an beruflichen Förderungsmaßnahmen Interesse.

Wie dieses Arbeitskräftereservoir für die Kapitalisten erschlossen werden kann, soll in einem Modellversuch, der im Herbst anlaufen soll, herausgefunden werden. ,,Bedarfsorientiert und flächendeckend'' sollen 20000 Plätze eingerichtet werden, ,,auf denen jungen Ausländern mit Sprach- und Bildungsdefiziten die Möglichkeit geboten werden soll, in einer einjährigen Vollzeitmaßnahme ihre Chancen zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses zu verbessern.'' Mit anschließendem Rechtsanspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis sollen die Jugendlichen geködert werden. Weiter soll die Einstellung ausländischer Jugendlicher in ein Ausbildungsverhältnis durch einzelne Kapitalisten oder Kapitalistenzusammenschlüsse gefördert werden.

Das alles kommt unter dem Deckmantel der ,,Hilfe für benachteiligte Gruppen unserer Gesellschaft'' daher. Aber solange nicht wirklich gleiche Rechte für die Ausländer in der BRD durchgesetzt sind, können die Kapitalisten derlei ,,Förderung'' immer zur Spaltung nutzen. An der Stellung zu dieser Frage kommen die wirklichen Absichten heraus, die die bürgerlichen Parteien mit ihrer Ausländerpolitik verfolgen.



Obligatorischer Unterricht in der deutschen Sprache, aber auch Recht auf Erlernung der Heimatsprache! *Bild:* GEW-Demontration 1978 in Essen

gerzahlen noch verstärkt wird.

Bildungsminister Schmude beeilt sich, ,,das Problem der Integration der ausländischen Jugendlichen in Ausbildung und Beruf'' anzugehen. Zu diesem Zweck gab das Ministerium beim Bundesinstitut für Berufsbildung eine Untersuchung über ,,die Bildungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland'' in Auftrag. Die ersten Ergebnisse der Studie liegen vor. Sie bestehen im wesentlichen in der Auswertung einer Repräsentativumfrage unter Jugendlichen griechischer, italienischer, jugoslawischer, portugiesischer, spanischer und türkischer Herkunft im Alter von 15 bis 25 Jahren. Diese Nationalitäten machen 74% aller Ausländer in diesem Alter aus, die zur Zeit in der BRD leben.

Von den Befragten besuchten 13% allgemeinbildende Schulen, 56% waren erwerbstätig, 8% befanden sich in einer beruflichen Ausbildung, 5% waren arbeitslos, 13% Hausfrauen oder im Haushalt mithelfende Familienan-

einsteiger'' zu rechnen. Die vom Bericht ermittelte ,,hohe Mobilitäts- und Lernbereitschaft'' soll für die Bourgeoisie nutzbar gemacht werden. Laut Umfrage würden 30% der Befragten

Spaltung nutzen. An der Stellung zu dieser Frage kommen die wirklichen Absichten heraus, die die bürgerlichen Parteien mit ihrer Ausländerpolitik verfolgen.



Obligatorischer Unterricht in der deutschen Sprache, aber auch Recht auf Erlernung der Heimatsprache! *Bild:* GEW-Demontration 1978 in Essen

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Köln, Neusser Str. 27 – 29, Tel. 720876 Kommunistischer Studentenbund, Bezirk Düsseldorf/Rhein
Düsseldorf 1. September 1980 36f1b0400p

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Köln, Neusser Str. 27 – 29, Tel. 720876 Kommunistischer Studentenbund, Bezirk Düsseldorf/Rhein
Düsseldorf 1. September 1980 36f1b0400p

Das Studentenwerk läßt den Hammer kreisen

Zum 1.10.80 sollen die Mieten in den Aachener ,,Wohntürmen'' auf 160 DM für die 11 qm ,,großen'' Zimmer erhöht werden. Grundlage für die Berechnung dieses Mietpreises ist die Aufsplittung der Miete in Grund- und Nebenkosten. Ohne hier jetzt darauf einzugehen, welche Konsequenzen das für die Berechnung der Preise selbst hat, sei eine Auswirkung u.a. genannt: In Zukunft können stets die Nebenkosten ohne Änderung des Mietvertrages erhöht werden. Seit letzter Woche liegt ein neuer Entwurf für einen Mietvertrag vor, der ebenfalls zum 1.10. in Kraft treten soll. Darin steht dazu: ,,Der Mieter erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, daß der Vermieter die Miete regelmäßig überprüft und gegebenenfalls den veränderten Kosten – auch rückwirkend – anpaßt, falls die gesetzlich vorgeschriebene Kostendeckung nicht gewährleistet ist.'' Dieser Entwurf ist angelehnt an den Mietvertrag eines Bonner Studentenwohnheims. In Zukunft sollen die Wohnbedingungen in den Studentenwohnheimen bundeseinheitlich geregelt werden. Der Aachener Entwurf gibt einen Vorgeschmack darauf, was da auf die Studenten zukommen soll.

Neben ständigen Mieterhöhungen, mit denen zu rechnen ist, soll das Mindern von Miete verboten werden. ,,Durch Betriebsstörungen jeder Art bedingte teilweise oder völlige Stillegung der Heizungs-, Warmwasser-oder Stromanlagen, des Aufzugs, eine vorübergehende Schließung der Aufenthaltsräume und Küchen ... berechtigen den Mieter nicht zur Geltendmachung von Mietminderungs- oder Schadensersatzansprüchen.'' Das Studentenwerk will sich sogar vorbehalten, Ermächtigungserklärungen für das Abbuchen der Miete von den Studenten abzuverlangen. Einerseits sollen die Studenten gezwungen werden, stets die volle Miete zu zahlen, andererseits sollen sie zudem Renovierungsmaßnahmen selbst zahlen. Und dies, obwohl die Landesregierung Tausende von Mark eingesackt hat von dem nicht verbrauchten Mietanteil für Renovierungen. Zu den sogenannten ,,Schönheitsreparaturen'' gehören u.a. ,,Tapezieren, Anstreichen der Wände und Decken, das Streichen der Heizkörper einschl. der Heizrohre, der Innentüren, sowie der Fenster ...'' Auch sollen die Studenten nur noch für eine begrenzte Zeitdauer in den Wohnheimen wohnen können, d.h. das Rotationsprinzip wird eingeführt. Noch steht nicht fest, für wie lange die Studenten dieses ,,Recht'' haben sollen. Bevor der Student jedoch einzieht, soll er in Zukunft erst einmal eine Kaution von 100 DM bezahlen.

Zunächst läßt der Wohnheimrat prüfen, ob einzelne Regelungen nicht schon juristisch anfechtbar sind. Zudem wird der Wohnheimrat zu Semesteranfang eine Dokumentation erstellen, um den Erstsemestern aufzuzeigen, was es mit dem staatlich ,,subventionierten'' Wohnraum auf sich hat. Gemeinsam mit den Fachschaften ist eine Veranstaltung geplant, auf der Stark, Geschäftsführer des Aachener Studentenwerkes, gezwungen werden soll, diesen Mietvertrag zurückzunehmen. Die Fachschaften, die sich einig sind, daß Stark das Wohnungsproblem mit der Einführung des Rotationsprinzips auch nicht nur annähernd lösen kann, vielmehr insgesamt die Wohnbedingungen verschlechtert, werden jetzt Verhandlungen mit der Stadt aufnehmen. Sie soll dafür sorgen, daß die Erstsemester in die leerstehenden Häuser einziehen können.


Auf dem Gelände der Universität Bochum errichteten die Studenten ein Zeltlager, um vorübergehend unterzukommen. Vom Lager aus versuchen sie, Zimmer zu vermitteln. Mehrere hundert Studenten stehen schon auf der Vermittlungsliste. Angeboten werden meist Zimmer weit außerhalb.

Mitleid mit den US-Soldaten statt Kampf gegen die Besatzerherrschaft?

z.gkr. Ende Juli, die Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie, wie denn nun die Bewegung gegen die NATO zu spalten und unterdrücken sei, war noch in vollem Gange nach den Auseinandersetzungen in Bremen, begann die ,,Frankfurter Allgemeine" (FAZ), das Sprachrohr der Finanzbourgeoisie, mit einer mehrteiligen Serie über ,,die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland". Sie soll die Kampffront schwächen und Verständnis für die Besatzertruppen wecken, denn der Kampf für Austritt aus der NATO richtet sich notwendigerweise gegen die Besatzertruppen, in erster Linie die Truppen der US-Supermacht, in der BRD. Die FAZ sorgt sich um ihren Bündnispartner. Stärkere Integration würde schließlich auch die Gefahr des Kampfes gegen diese Truppen verringern.

Folgende Punkte hatte Günter Gillessen, der Autor der Serie, bisher zusammengestellt: Bezahlung, Wohnen, Kontakte mit den Volksmassen, Dienstbetrieb in der Kaserne, Probleme einer Berufsarmee, Frauen, Bedeutung der Besatzertruppen innerhalb der NATO. ,,Der GI ist ein armer Mann geworden. Der Zwang zum Sparen verstärkt die Isolierung." In dieser ersten Folge wird die Grundlinie der Argumentation gelegt, Bis hin zu höheren Offizieren geht die Notwendigkeit, sparen zu müssen: ,,Als ich 1960 als Oberleutnant das erste Mal nach Deutschland versetzt worden war, konnten meine Frau und ich uns von meinem Gehalt eine tägliche Putzfrau leisten. Heute reicht das Obersten-Gehalt nicht mehr aus. Meine Frau arbeitet jetzt mit ... Und jetzt machen wir gemeinsam die Putzfrauenarbeit." Die amerikanischen Geschäfte seien halb so teuer wie die deutschen, Ferien in Siedlungen der US-Armee nicht minder, ja sogar das Essen von Frau und Kind wird in manchen Orten, weil billiger, schon in der Kaserne eingenommen.

Mitleid mit den US-Soldaten und ihrer Isolierung soll erweckt werden. Woraus aber resultiert diese Isolierung? In erster Linie aus ihrem Charakter als Besatzerarmee, durch ,,Contact"-Gruppen oder gemeinsames Basketballspielen amerikanischer Soldaten und deutscher Sportler, wie es der Autor propagiert, ändert sich daran nichts. Kasernierung ist ein wichtiges Mittel, um Soldaten, die an Besatzung wenig Interesse haben, zu isolieren und Befehl und Gehorsam zu unterwerfen, wie ja auch die Soldaten der westdeutschen Armee kaserniert werden müssen, um sie gegen ihre Interessen und gegen die Volksmassen einsetzen zu können.

Vier Jahre, so erfährt man, muß denn in der amerikanischen Armee ein Soldat mindestens sich bewährt haben, bevor er Anspruch auf eine Dienstwohnung (die allerdings immer noch in einer geschlossenen Siedlung liegt) oder auf Mietzuschuß bei Anmietung einer frei vermietbaren Wohnung hat.

Leger, sugeriert die FAZ, geht es bei den US-Truppen zu. Soldat zu sein ist ein Beruf wie jeder andere, militärische Disziplin auf das Notwendige beschränkt. Da gibt es den ,,baumlangen Kerl ohne Rangabzeichen, über zwei Meter groß, kaffeebraun, mit hellwacher Intelligenz im Gesicht". Warum ist er, nach 9 Jahren, nicht Unteroffizier oder Feldwebel? Die Antwort des Vorgesetzten: ,,Jeden Abend in Frankfurt zum Basketball, dort hat er auch ein privates Zimmer. Er verdient mit dem Sport einiges nebenbei, und morgens kommt er regelmäßig zu spät zum Dienst." Und der ,,baumlange Kerl" fühle sich dabei wohl. Gleichzeitig: mehr Drill sei eben notwendig, denn ein Teil der Soldaten könne ja noch nicht einmal schreiben. ,,Formaldienst, das Marschieren in Reih und Glied, spielt wieder eine Rolle. Täglich Früh- und Mittagsapelle für die ganze angetretene Kompanie sind wieder eine Regel des Dienstbetriebes geworden." Und auch ,,die Grußdisziplin fällt auf ... Das Grüßen ist ... letzten Endes eine Anerkennung der Gehorsamspflicht aller Soldaten und eine Probe auf den Geist ihrer Disziplin." Gillessen rühmt die amerikanische Armee als Vorbild. Da kann ruhig aller überflüssige äußere Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften wegfallen. ,,Egalitäre Kargheit", der Stil ,,erfahrener Armeen, der amerikanischen in Vietnam, der israelischen gegen die arabischen Staaten.

Eine wesentlich bedeutendere Auswirkung des Vietnamkrieges ist aber die zunehmende Klarheit unter den Völkern über den aggressiven Charakter des US-Imperialismus und damit auch der zunehmende Kampf gegen die Besatzerherrschaft in der BRD. Der FAZ-Autor verdreht die Ursachen und wirft dem westdeutschen Volk Vorurteile vor: 'Doch wird es in letzter Zeit schwieriger zwischen Deutschen und Amerikanern ... Es liegt auch an Veränderungen in der amerikanischen Armee selbst. Die neue, aus lauter Freiwilligen bestehende, Armee rekrutiert sich zu einem wesentlich größeren Teil als die alte Wehrpflicht-Armee Amerikas aus den unteren Schichten mit weniger Bildung und einer Kultur, die nicht vor allem westeuropäisch geprägt ist."

Demonstrationen gegen das NATO-Herbstmanöver in Hildesheim und Göttingen

r.bew. In Hildesheim, einer Kommandostelle des seit 1 Woche laufenden NATO-Herbstmanövers ,,spearpoint", demonstrierten am Samstag, 20.9.80, ca. 2000 Menschen gegen das größte NATO-Manöver seit Kriegsende in der norddeutschen Tiefebene. Aufgerufen hatte das Antifaschistische Aktionskomitee unter den Forderungen: Schluß mit den Herbstmanövern, Schluß mit den Kriegsvorbereitungen, keine Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Schon frühmorgens hatte die Polizei alle Einfahrtsstraßen der Stadt hermetisch abgeriegelt und führte schikanöse Kontrollen sämtlicher Fahrzeuge durch. Benzin in Kanistern mußte z.B. in den Tank geschüttet werden. Schon tags zuvor war einigen Schulen wegen der Fahrschüler schulfrei verordnet worden. Die bürgerkriegsähnlichen Maßnahmen konnten die Geschlossenheit der Demonstration gegen die imperialistische Kriegsgefahr nicht brechen. Die Demonstration endete geordnet mit einer Schlußkundgebung vor der britischen Kaserne.

In der Demonstration marschierte ein starker Block türkischer Antifaschisten, der Losungen gegen den Militärputsch in der Türkei rief. Ein verteiltes Flugblatt der ATÖF rief zum Kampf für Volksdemokratie und Unabhängigkeit der Türkei auf. Die Demonstration und ihre Redner verurteilten die Invasion der SU in Afghanistan und den Interventionsversuch der USA im Iran. Enthüllt wurden auch die immensen Flurschäden und, daß das Manöver bis jetzt 4 Todesopfer gefordert hat. Angegriffen wurde die Berichterstattung der ,,Hildesheimer Allgemeinen", die von einer großen Panzerschlacht am Freitag bei Hoheneggelsen unter Aufsicht des britischen Verteidigungsministers Pym berichtete, der das angebliche ,,Verständnis der Bevölkerung im Manövergebiet lobte". Durch die Reportage:,,Make-up im Manöver erwünscht" über die eingesetzten britischen und amerikanischen weiblichen Armeeangehörigen propagierte die Zeitung indirekt Wehrpflicht für Frauen, wogegen Frauenkomitees in der Demonstration Losungen riefen.

Schon am Mittwoch hatte in Göttingen eine Demonstration mit 700 Teilnehmern stattgefunden mit Kundgebungen am von der Polizei abgeriegelten Kriegerehrenmal, vor der Ziethenkaserne der Bundeswehr und mit einem Fackelzug zurück in die Innenstadt. Der Demonstrationsredner der Aktionseinheit hob hervor: Solange auf deutschem Boden Besatzungstruppen stehen und solange es Imperialismus gibt, kann nicht von Frieden gesprochen werden. Gefordert wurde Abzug aller fremden Truppen, Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts, BRD raus aus der NATO.



Der Widerstand gegen die NATO-Depots in Norwegen weitet sich aus

z.bag. Norwegen befindet sich aufgrund seiner strategischen Lage buchstäblich im Kreuzfeuer der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Die US-Imperialisten drängen auf Ausbau des Landes als eine NATO-Bastion an der Nordflanke, neuerdings mit Depots für schweres Material. Norwegen stationiert generell in Friedenszeiten keine fremden Truppen im Land; die Depots sollen das für Spannungszeiten vorbereiten. Die Sozialimperialisten verfolgen drohend jede Konzession der norwegischen Regierung an die Forderungen der USA. Der ,,neue kalte Krieg" der beiden Supermächte, besonders seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem militärischen Abenteuer der USA im Iran, hat in Norwegen, so die liberale Zeitung ,,Dagbladet" vom 12.9. ,,zu einer generellen verstärkten Skepsis gegenüber der Politik der Großmächte geführt und zu dem Gefühl, daß die kleinen Länder einen ausgleichenden Kurs einschlagen müssen."


NATO-Übung Teamwork 80: Landemanöver an der norwegischen Küste.

Bei der Frage der US-Depots besteht dieser neue Kurs darin, daß die Bourgeoisie nicht mehr geschlossen für die Verstärkung der NATO-Anlagen, auch in der Nähe der sowjetischen Grenze, eintritt, sondern daß Teile von ihr offensichtlich inzwischen bereit sind, sich mit den Sozialimperialisten zu arrangieren. Nur die äußerste Rechte kritisiert den Beschluß der Regierung, die Depots nicht in Nordnorwegen, sondern rund tausend Kilometer von der russischen Grenze entfernt, im mittleren Teil des Landes anzulegen. Dahinter steckt aber wohl auch die Berechnung, daß diese Depots zum Schutz der Produktionsanlagen eingesetzt werden können.

Auf der anderen Seite ist der Widerstand gegen die NATO innerhalb der Arbeiterbewegung erheblich gewachsen. Regierungschef Nordli und Verteidigungsminister Stoltenberg wurden auf dem Parteitag der Sozialdemokraten am 7.9. wegen ihrer Zustimmung zu den Depots angegriffen und der linke Flügel fand eine klare Mehrheit für den Antrag, daß diese Entscheidung von der Zustimmung der Mitglieder abhängig gemacht werden müsse. Rund 1500 Telegramme mit der Aufforderung ,,Stoppt die Depots!" erreichten den Parteitag. Am 16.9. wurde das Problem auf der Vertreterversammlung der Abteilung Oslo diskutiert, die rund ein Drittel der sozialdemokratischen Parteimitglieder Norwegens repräsentiert und deren Vorsitzender ein Gegner der NATO ist. Mit der Drohung, daß ein Nein zu den Depots ein Nein zur weiteren Mitgliedschaft Norwegens in der NATO bedeute, gelang es Nordli, die Front der Depotgegner zu schwächen. Die Abstimmung wurde auf eine neue Sitzung am 11. November verschoben.

Die Bourgeoisie verfolgt mit Unruhe diese Debatte und hetzt dagegen, daß ,,die Sicherheit des Landes vom Votum Osloer Arbeiter abhängig gemacht werden soll" (Morgenbladet, 16.9.). Die kommunistische AKP/ML – gegen die NATO und gegen den Warschauer Pakt – unterstützt die Ablehnung der US-Depots, fordert dafür allerdings eine Verstärkung der norwegischen Armee.

Vier Jahre, so erfährt man, muß denn in der amerikanischen Armee ein Soldat mindestens sich bewährt haben, bevor er Anspruch auf eine Dienstwohnung (die allerdings immer noch in einer geschlossenen Siedlung liegt) oder auf Mietzuschuß bei Anmietung einer frei vermietbaren Wohnung hat.

Leger, sugeriert die FAZ, geht es bei den US-Truppen zu. Soldat zu sein ist ein Beruf wie jeder andere, militärische Disziplin auf das Notwendige beschränkt. Da gibt es den ,,baumlangen Kerl ohne Rangabzeichen, über zwei Meter groß, kaffeebraun, mit hellwacher Intelligenz im Gesicht". Warum ist er, nach 9 Jahren, nicht Unteroffizier oder Feldwebel? Die Antwort des Vorgesetzten: ,,Jeden Abend in Frankfurt zum Basketball, dort hat er auch ein privates Zimmer. Er verdient mit dem Sport einiges nebenbei, und morgens kommt er regelmäßig zu spät zum Dienst." Und der ,,baumlange Kerl" fühle sich dabei wohl. Gleichzeitig: mehr Drill sei eben notwendig, denn ein Teil der Soldaten könne ja noch nicht einmal schreiben. ,,Formaldienst, das Marschieren in Reih und Glied, spielt wieder eine Rolle. Täglich Früh- und Mittagsapelle für die ganze angetretene Kompanie sind wieder eine Regel des Dienstbetriebes geworden." Und auch ,,die Grußdisziplin fällt auf ... Das Grüßen ist ... letzten Endes eine Anerkennung der Gehorsamspflicht aller Soldaten und eine Probe auf den Geist ihrer Disziplin." Gillessen rühmt die amerikanische Armee als Vorbild. Da kann ruhig aller überflüssige äußere Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaften wegfallen. ,,Egalitäre Kargheit", der Stil ,,erfahrener Armeen, der amerikanischen in Vietnam, der israelischen gegen die arabischen Staaten.

Eine wesentlich bedeutendere Auswirkung des Vietnamkrieges ist aber die zunehmende Klarheit unter den Völkern über den aggressiven Charakter des US-Imperialismus und damit auch der zunehmende Kampf gegen die Besatzerherrschaft in der BRD. Der FAZ-Autor verdreht die Ursachen und wirft dem westdeutschen Volk Vorurteile vor: 'Doch wird es in letzter Zeit schwieriger zwischen Deutschen und Amerikanern ... Es liegt auch an Veränderungen in der amerikanischen Armee selbst. Die neue, aus lauter Freiwilligen bestehende, Armee rekrutiert sich zu einem wesentlich größeren Teil als die alte Wehrpflicht-Armee Amerikas aus den unteren Schichten mit weniger Bildung und einer Kultur, die nicht vor allem westeuropäisch geprägt ist."

z.bag. Norwegen befindet sich aufgrund seiner strategischen Lage buchstäblich im Kreuzfeuer der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. Die US-Imperialisten drängen auf Ausbau des Landes als eine NATO-Bastion an der Nordflanke, neuerdings mit Depots für schweres Material. Norwegen stationiert generell in Friedenszeiten keine fremden Truppen im Land; die Depots sollen das für Spannungszeiten vorbereiten. Die Sozialimperialisten verfolgen drohend jede Konzession der norwegischen Regierung an die Forderungen der USA. Der ,,neue kalte Krieg" der beiden Supermächte, besonders seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem militärischen Abenteuer der USA im Iran, hat in Norwegen, so die liberale Zeitung ,,Dagbladet" vom 12.9. ,,zu einer generellen verstärkten Skepsis gegenüber der Politik der Großmächte geführt und zu dem Gefühl, daß die kleinen Länder einen ausgleichenden Kurs einschlagen müssen."


NATO-Übung Teamwork 80: Landemanöver an der norwegischen Küste.

Bei der Frage der US-Depots besteht dieser neue Kurs darin, daß die Bourgeoisie nicht mehr geschlossen für die Verstärkung der NATO-Anlagen, auch in der Nähe der sowjetischen Grenze, eintritt, sondern daß Teile von ihr offensichtlich inzwischen bereit sind, sich mit den Sozialimperialisten zu arrangieren. Nur die äußerste Rechte kritisiert den Beschluß der Regierung, die Depots nicht in Nordnorwegen, sondern rund tausend Kilometer von der russischen Grenze entfernt, im mittleren Teil des Landes anzulegen. Dahinter steckt aber wohl auch die Berechnung, daß diese Depots zum Schutz der Produktionsanlagen eingesetzt werden können.

Auf der anderen Seite ist der Widerstand gegen die NATO innerhalb der

ten am 7.9. wegen ihrer Zustimmung zu den Depots angegriffen und der linke Flügel fand eine klare Mehrheit für den Antrag, daß diese Entscheidung von der Zustimmung der Mitglieder abhängig gemacht werden müsse. Rund 1500 Telegramme mit der Aufforderung ,,Stoppt die Depots!" erreichten den Parteitag. Am 16.9. wurde das Problem auf der Vertreterversammlung der Abteilung Oslo diskutiert, die rund ein Drittel der sozialdemokratischen Parteimitglieder Norwegens repräsentiert und deren Vorsitzender ein Gegner der NATO ist. Mit der Drohung, daß ein Nein zu den Depots ein Nein zur weiteren Mitgliedschaft Norwegens in der NATO bedeute, gelang es Nordli, die Front der Depotgegner zu schwächen. Die Abstimmung wurde auf eine neue Sitzung am 11. November verschoben.

Die Bourgeoisie verfolgt mit Unruhe diese Debatte und hetzt dagegen, daß ,,die Sicherheit des Landes vom Votum Osloer Arbeiter abhängig gemacht werden soll" (Morgenbladet, 16.9.). Die kommunistische AKP/ML – gegen die NATO und gegen den Warschauer Pakt – unterstützt die Ablehnung der US-Depots, fordert dafür allerdings eine Verstärkung der norwegischen Armee.

Mobilmachung der DDR im Manöver ,,Waffenbrüderschaft 80"

Taktische Übungen schneller Schläge / Propaganda betont Einheit und Siegesgewißheit des sowjetischen Militärblocks

z.hku. ,,Der Schiffsverband nähert sich der Küste. Nach den Plänen dieser komplizierten Operation beginnt nun die schwierigste, die entscheidende Phase: der unmittelbare Kampf um die Anlandung: Jagdbomber und Hubschrauber halten die gegnerische Luftabwehr nieder, unterstützt von modernen Kampfhubschraubern, die gelenkte und ungelenkte Raketen einsetzen. Und nun, mit sowjetischen und Hubschraubern der NVA werden Sturmtruppen herangebracht. Sie landen unmittelbar am Küstenstreifen. Und dann dieses Bild: die ersten Soldaten haben den Küstenstreifen erobert und kämpfend nehmen sie die gegnerischen Stellungen aus der Bewegung heraus ... Nun ist bereits die erste Welle der Landungsschiffe heran und öffnet ihre Luken. Rote und rotweiße Kampfbanner flattern über den Panzern. Noch im Wasser, greifen die Schwimmpanzer bereits mit ihren Kanonen in den Kampf ein. Die Präzision, der zügige Ablauf dieser gemeinsamen Handlungen sind beeindruckend. Und tatsächlich haben sich die Kampfkollektive in der Manövervorbereitung ja das Ziel gestellt, mit der höchsten Note zu bestehen. ... Eine zweite und dritte Welle folgt. Landungsschiffe der polnischen Seestreitkräfte, der Volksmarine und der Baltischen Rotbannerflotte. Immer neue Einheiten landen an, das Ufer ist genommen, die Kampfformationen führen den Stoß bereits in die Tiefe." (Aktuelle Kamera, Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, 10. September).

Tag für Tag, Abend für Abend, während der gesamten Dauer des Manövers ,,Waffenbrüderschaft 80" lieferten Fernsehen und Presse solche Frontberichterstattung; immer an der Seite des SED-Politbüros und der vereinigten Verteidigungsminister, die die ganze Woche über im Feld dabei waren. Diese Berichterstattung versuchte ein gewisses Interesse an sportlicher Höchstleistung und Wettbewerb zu nutzen wie die Faszination technischer Präzision – wobei sie offensichtlich ein kenntnisreiches Publikum voraussetzte. Dazu Manöver-Lagerromantik, Tingeltangel und jede Menge Traditionsfahnen, Auszeichnungen, Ehrungen usw. In Ausmaß und ihrem offenen Militarismus unterscheidet sich die Propaganda der SED doch sehr von dem, was die westdeutsche Bourgeoisie derzeit z.B. über die NATO-Manöver verbreiten kann.

An dem Manöver nahmen zum ersten Mal seit 1970 wieder Truppen aller Warschauer-Vertrags-Staaten teil – Rumänien nur mit Stabseinheiten (vgl. KVZ 36). Es bestand aus einer Kette von einzelnen taktischen Manövern auf mindestens drei großen Truppenübungsplätzen der DDR. Sie waren alle Übungen schneller, wuchtiger und konzentrierter Schläge, vorgetragen im Zusammenwirken von Truppenteilen unterschiedlicher Nationalität, bis auf Kompanie-Ebene gemischt: Panzerdurchbruch aus der Bewegung heraus; Landungsunternehmen (s.o.); Luftlandeunternehmen; Forcieren eines Flusses u.a. Es kam darauf an, den Erfolg der standardisierten sowjetischen Gefechtsausbildung in allen Warschauer-Pakt-Truppen zu testen, und die Einsetzbarkeit aller Armeen unter sowjetischem Kommando zu demonstrieren. ,,Der mit hoher Präzision geführte wuchtige Stoß der Schulter an Schulter handelnden Kampfgefährten der NVA und der Sowjetarmee ..." usw. usf. Die Einheit der Soldaten und Armeen wurde emphatisch beschworen, die Erziehung zum ,,proletarischen Internationalismus" gelobt. Unter Führung der Sowjetarmee, versteht sich, deren übermächtiges und unüberwindliches Militärpotential in jeder neuen Waffe gerühmt wurde. Die hündische Ergebenheit ging so weit, daß Honecker bei einem Besäufnis im Felde einen Toast ausbrachte auf den ,,Vorkämpfer für den Frieden und das Glück der Völker, *unseren obersten Befehlshaber*, Genossen L.I. Breschnew!"

Wie die Propaganda über das Manöver die Leistungen der Truppen hoch lobte, so ging sie insgesamt auf Einhämmern von Siegesgewißheit. Zwar sei die Lage kompliziert und gefährlich und verlange außerordentliche Anstrengungen, denn die USA häuften ,,neuen Zündstoff für einen Weltkrieg" auf. Aber: ,,Es wurde erneut deutlich: der Feind hat keine Chance. Im Fall einer imperialistischen Aggression sind die vereinten Streitkräfte bereit und fähig, jeden Gegner auf dem Gefechtsfeld zu schlagen und zu *siegen*." (E. Honecker) Der kubanische Verteidigungsminister, als Gast geladen, stellte rundum fest: ,,Der Sieg ist unser."

In ganz anderem Ausmaß als beim Manöver ,,Waffenbrüderschaft" vor 10 Jahren ging diesmal die Mobilmachung über die bewaffneten Kräfte hinaus. Die Truppen, die schon zwei Wochen vorher im Manöverlager waren, besuchten Betriebe und Schulen, die FDJ ging in die Lager. Zu der Kundgebung, die das Manöver eröffnete, holte die SED fast 200000 nach Potsdam; noch mehr nach Magdeburg zur abschließenden Feldparade mit motorisierten Einheiten, Panzern und schweren Waffen. Auf dieser Feldparade rühmte Honcker eine Verpflichtung aus dem ,,Ernst-Thälmann-Werk", für das Manöver *noch* eine Tagesproduktion zusätzlich zu liefern: ,,Wir werden die großen Anstrengungen auf uns nehmen, weil es nicht anders geht." Kanonen statt Butter, dahin ist es nicht weit.


Lande-Übung während des Warschauer-Pakt-Manövers an der Ostseeküste der DDR.

Iranisches Parlament erörtert Bedingungen der Freilassung der Geiseln

z.lup. Khomeiny hat am vorletzten Freitag erneut die Bedingungen bekräftigt, die die USA erfüllen müssen, bevor der Iran die in der Teheraner US-Botschaft festgenommenen amerikanischen Geiseln freiläßt. Diese Bedingungen beinhalten die Auslieferung des gesamten von dem Pahlewi-Regime in den USA angelegten Vermögens, die Freigabe der iranischen Guthaben in den USA, die Aufgabe finanzieller Forderungen gegenüber dem Iran durch die USA und die Verpflichtung der USA, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen.

Die Stellungnahme Khomeinys entspricht dem von dem iranischen Staatspräsidenten Bani-Sadr und dem amtierenden Außenminister Ghotbzadeh verfolgten Kurs, gegenüber den USA wieder in die Initiative zu kommen, durch eine rasche Lösung des Geiselproblems die USA zur Aufgabe der Blockade gegenüber dem Iran zu zwingen. Dies würde dem Iran Luft verschaffen, den Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes voranzubringen, die durch das Wirtschaftsembargo und das Einfrieren der iranischen Auslandsguthaben erheblich geschwächt wurde, es würde ihm auch gegenüber der Bedrohung durch die Sowjetunion Luft verschaffen. Nachdem Carter zunächst so getan hatte, als wäre er bereit, auf die von Khomeiny genannten Forderungen einzugehen, wurden wenige Tage später Regierungskreise in New York zitiert, die erklärten, die Erfüllung der iranischen Forderungen sei praktisch undurchführbar, unter anderem deshalb, weil die iranischen Guthaben in den USA durch 200 Zivilklagen amerikanischer Firmen blockiert seien. Die US-Imperialisten wollen unbedingt den Iran in die Knie zwingen, kommen aber durch die Initiative Khomeinys in Schwierigkeiten. Familienangehörige der im Iran festgehaltenen Geiseln – in den vergangenen Monaten immer wieder zwecks Schürung von Chauvinismus öffentlich vorgeführt – haben erklärt, sie wären bereit, nach Teheran zu fahren, um zwischen dem iranischen Parlament und den USA zu vermitteln. – Im iranischen Parlament gibt es gegen den von Bani-Sadr verfolgten und von Khomeiny unterstützten Kurs Widerstand. Rafsandschani, Präsident des iranischen Parlaments und Vertreter der Islamischen Republikanischen Partei, hat erklärt, Khomeiny hätte die Bedingungen nicht vollständig genannt, eine formelle Entschuldigung der USA für ihre Verbrechen gegenüber dem Iran sei unverzichtbar. Bani Sadr äußerte später gegenüber einer arabischen Zeitung, eine Möglichkeit bestünde darin, einige Geiseln zwar vor Gericht zu stellen, sie dann aber ohne Vollstreckung der Strafe laufen zu lassen.

Afghanistan: Das Grab der Sozialimperialisten

Die Invasion durch ökonomische und politische Infiltration von langer Hand vorbereitet

z.chm. Mit der Invasion Afghanistans im vergangenen Dezember dachte die SU, sie hätte sich ein Stück des Weges zur erstrebten Militärachse Äthiopien/Südjemen/Persischer Golf freigeschossen. Heute, neun Monate nach der Invasion, betragen die sowjetischen Verluste 10000 Tote und Verletzte. Sie kontrollieren keinen einzigen Teil des Landes außerhalb der Städte und der Hauptstraße, die von Kabul nach Norden führt und die lebensnotwendig für ihren Nachschub ist. Sie bauen die Städte zu bewaffneten Festungen aus, um sich Schutzburgen zu schaffen sowohl gegen die Freiheitskämpfer als auch um zu verhindern, daß die eigenen Soldaten, die teilweise ihre Ausrüstung gegen Zigaretten und Lebensmittel verscheuern, ihnen entwischen. Um die Städte herum führt die SU gezielte Ausrottungsfeldzüge gegen die Bauern, das Vieh und die Ernte, um die Mudjahedin ihrer Massenbasis zu berauben. An allen Ausfahrtstraßen sind Panzerfahrzeuge aufgestellt. Die afghanischen Soldaten dürfen zwar oben auf den Panzern sitzen, gefahren werden sie aber nur von sowjetischen Soldaten. Die Mudjahedin tragen ihre Operationen bis in die Städte hinein. Ende August besetzten sie zwei Wochen lang das Elektrizitätswerk von Kabul. Tagsüber setzen die Mudjahedin Scharfschützen ein. Mit gezielten Attentaten haben sie es geschafft, in einigen Städten den gesamten Verwaltungs- und Erziehungsapparat lahmzulegen. Der Versuch der Besatzer, den Panishihr-Paß nördlich von Kabul noch vor den Schneefällen einzunehmen, ist gescheitert. Es war der 13. Versuch seit dem Putsch vom 28. April 1978. Die Politik des Völkermordes beginnt nicht erst in den Dörfern und im Gebirge. Sie setzt schon in den Vororten der Städte ein. Bei den Flächenbombardierungen setzen die Besatzer hauptsächlich den Kampfhubschrauber MI 24 ein, der sowohl mit Raketen als auch mit einer Kanone und Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die regulären Einheiten werden nach und nach durch Antiguerillaeinheiten ersetzt, die mit dem AKs-Gewehr ausgerüstet sind – dessen Besonderheit darin liegt, daß die Kugel, die aus Leichtmetall ist, beim Aufprall im Körper zersplittert und besonders große Wunden aufreißt. (Das AKs-Gewehr ist eine Weiterentwicklung des M 16-Gewehrs, das die US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk eingesetzt haben.)

Das Oberkommando der Besatzerarmee wird dezentralisiert – Einheiten von 1000 Antiguerillasöldnern, von einem General angetrieben, werden gebildet. Ganz Afghanistan ist in sieben Militärzonen eingeteilt worden, die ausschließlich dem sowjetischen Oberkommando unterstehen. Die andere Taktik, die die Sozialimperialisten anwenden, ist schon von den britischen Kolonialisten mit nur mäßigem Erfolg versucht worden: Die Widersprüche zwischen den einzelnen Stämmen zu schüren. Bisher haben sie es geschafft, ein Söldnerheer von 10000–15000 Stammesangehörigen der Provinz Paktia, die an Pakistan grenzt, aufzubauen. Sie erhalten den zehnfachen Sold eines einfachen Soldaten, etwa 175 $ monatlich. Ausgebildet werden sie von Kubanern, die ihrerseits in Schnellkursen an der Kabuler Universität deren Sprache, Paschtu, erlernen. 2 Mio. $ haben die Sozialimperialisten allein an Bestechungsgeldern in den letzten fünf Monaten bezahlt. Die Invasion kostet sie 5 Mio. $ täglich.

Von den verbliebenen 30000 Angehörigen der afghanischen Armee ist nur die Hälfte bedingt einsatzfähig. Auch diese wurden entwaffnet, um der Gefahr zu begegnen, daß sie mitsamt den sowjetischen Waffen sich dem Befreiungskampf anschließen. Um die Ränge der Armee neu aufzufüllen, werden die Mittel-, die Oberschüler und die Studenten eingezogen, ja sogar die Arbeiter aus der Produktion herausgeholt. Gegen diese Zwangsrekrutierung streiken die Arbeiter der Kupfermine Ainak in der Nähe von Kabul und auf den Erdgasfeldern im Norden, obwohl sie unter direkter Aufsicht sowjetischer Truppen schuften müssen.

Bereits in der Schlußphase des ersten Fünfjahresplans (1956–1961) ließ die SU festschreiben, daß „eine Gruppe unserer Fachleute ... auf Ersuchen der afghanischen Regierung ... den afghanischen Organisationen bei der Ausarbeitung des 2. Fünfjahresplans für die Jahre 1961–1966" geholfen habe. Der 3. 5-Jahresplan wird dann von einer „gemeinsamen Regierungskommission" ausgearbeitet und durchgeführt. Am 14.4.1977, ein Jahr vor dem Taraki-Amin-Putsch, drängten die Sozialimperialisten die Daud-Regierung, die sie 1973 durch einen Militärputsch gegen den König Mohammed Zahir Shah an die Macht gehievt hatten, in einen „Vertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" mit einer Laufzeit von 12 Jahren. Die Regierung Daud hatte angefangen, sich enger an seine Nachbarn, Pakistan, Indien und die VR China, zu wenden, zu versuchen, über Kredite von den US-Imperialisten, der BRD und Frankreich seinen Manövrierspielraum gegenüber den Sozialimperialisten zu vergrößern. Als der Vertrag mit 12jähriger Dauer nicht half, mußte sie gestürzt werden. In hechelnder Habachtstellung stand, wie 1979 Karmal, Mohammed Nur Taraki, um die Regierungsgeschäfte für die Sozialimperialisten zu führen.

Die Sozialimperialisten haben ein doppeltes Interesse an Afghanistan: Es ist ihr Zugang zum Indischen Ozean und zum Persischen Golf, wo ⅔ aller Welterdölreserven lagern. Nach eigenen Berechnugnen aus dem Jahre 1973 rechnen die Sozialimperialisten schon für 1980 mit einem Mangel an Erdöl in der SU und im RGW-Bereich von 100 Mio. t. Die „Kooperationsabkommen", wie sie seit 1956 mit Afghanistan abgeschlossen worden sind – bisher sind es an die 40 Stück – sind von dem Interesse geprägt, sich dort einen festen Stützpunkt zu schaffen. Geologische Erforschung, Erschließung und Förderung von Erdöl, Erdgas und Kohle, Ausbau der Infrastruktur, Schaffung einer Halb- und Fertigwarenproduktion, die den Interessen der SU dient und, über die Ausbildung, den Aufbau einer Schicht von Kadern in diesen Bereichen, die als Handlanger eingesetzt werden können, sind das Herzstück eines jeden dieser Abkommen. Bis 1977 betrug der Kapitalexport der SU nach Afghanistan 1,4 Mrd. $. Der erste Vertrag, von Chruschtschow und Bulganin bei ihrem Besuch 1956 in Kabul unterzeichnet, legt die Schwerpunkte der „Kooperation" nach den oben genannten Schwerpunkten fest. Die ergänzenden Verträge werden dann direkt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, Bergbau und Industrie abgeschlossen. In allen Verträgen ist die Verpflichtung Afghanistans enthalten, sowjetische Experten zuzulassen. Die Sozialimperialisten fanden zwar kein Öl, dafür aber umso mehr Erdgas im Norden des Landes. 1963 besiegelten sie den Fund zugleich mit einem „Freundschaftsabkommen zur Erdgasgewinnung im Shibargangebiet". Eine 97,5 km lange Erdgasleitung bis nach Termez hinter der sowjetischen Grenze wurde gebaut – jetzt kann sie nicht mehr betrieben werden, weil die Besatzer mit den Reparaturarbeiten, die die Angriffe der Mudjahedin nötig machen, nicht nachkommen. 1969 wurde der Erdgaspreis auf 5 $/1000 cbm festgesetzt. Die SU verkauft es weiter für 15–17 $.



Mudjahedin Scharfschützen ein. Mit gezielten Attentaten haben sie es geschafft, in einigen Städten den gesamten Verwaltungs- und Erziehungsapparat lahmzulegen. Der Versuch der Besatzer, den Panishihr-Paß nördlich von Kabul noch vor den Schneefällen einzunehmen, ist gescheitert. Es war der 13. Versuch seit dem Putsch vom 28. April 1978. Die Politik des Völkermordes beginnt nicht erst in den Dörfern und im Gebirge. Sie setzt schon in den Vororten der Städte ein. Bei den Flächenbombardierungen setzen die Besatzer hauptsächlich den Kampfhubschrauber MI 24 ein, der sowohl mit Raketen als auch mit einer Kanone und Maschinengewehren ausgerüstet ist. Die regulären Einheiten werden nach und nach durch Antiguerillaeinheiten ersetzt, die mit dem AKs-Gewehr ausgerüstet sind – dessen Besonderheit darin liegt, daß die Kugel, die aus Leichtmetall ist, beim Aufprall im Körper zersplittert und besonders große Wunden aufreißt. (Das AKs-Gewehr ist eine Weiterentwicklung des M 16-Gewehrs, das die US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk eingesetzt haben.)

Das Oberkommando der Besatzerarmee wird dezentralisiert – Einheiten von 1000 Antiguerillasöldnern, von einem General angetrieben, werden gebildet. Ganz Afghanistan ist in sieben Militärzonen eingeteilt worden, die ausschließlich dem sowjetischen Oberkommando unterstehen. Die andere

habe. Der 3. 5-Jahresplan wird dann von einer „gemeinsamen Regierungskommission" ausgearbeitet und durchgeführt. Am 14.4.1977, ein Jahr vor dem Taraki-Amin-Putsch, drängten die Sozialimperialisten die Daud-Regierung, die sie 1973 durch einen Militärputsch gegen den König Mohammed Zahir Shah an die Macht gehievt hatten, in einen „Vertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" mit einer Laufzeit von 12 Jahren. Die Regierung Daud hatte angefangen, sich enger an seine Nachbarn, Pakistan, Indien und die VR China, zu wenden, zu versuchen, über Kredite von den US-Imperialisten, der BRD und Frankreich seinen Manövrierspielraum gegenüber den Sozialimperialisten zu vergrößern. Als der Vertrag mit 12jähriger Dauer nicht half, mußte sie gestürzt werden. In hechelnder Habachtstellung stand, wie

oben genannten Schwerpunkten fest. Die ergänzenden Verträge werden dann direkt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, Bergbau und Industrie abgeschlossen. In allen Verträgen ist die Verpflichtung Afghanistans enthalten, sowjetische Experten zuzulassen. Die Sozialimperialisten fanden zwar kein Öl, dafür aber umso mehr Erdgas im Norden des Landes. 1963 besiegelten sie den Fund zugleich mit einem „Freundschaftsabkommen zur Erdgasgewinnung im Shibargangebiet". Eine 97,5 km lange Erdgasleitung bis nach Termez hinter der sowjetischen Grenze wurde gebaut – jetzt kann sie nicht mehr betrieben werden, weil die Besatzer mit den Reparaturarbeiten, die die Angriffe der Mudjahedin nötig machen, nicht nachkommen. 1969 wurde der Erdgaspreis auf 5 $/1000 cbm festgesetzt. Die SU verkauft es weiter für 15–17 $.



Das Waffenschmiedehandwerk hat eine lange Tradition in Afghanistan

Konferenz gegen wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika

z.aml. Am 11. September fand in Salisbury, Zimbabwe, eine Konferenz von 9 Staaten des südlichen Afrika statt, die Wege der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beraten und schon eingeschlagene Wege überprüft hat.

Sofort nach der Unabhängigkeit Zimbabwes hatten die ehemaligen Frontstaaten Angola, Zambia, Botswana, Tanzania und Mozambique zu einer Konferenz in Lusaka eingeladen, zu der sie auch Swaziland, Malawi, Lesotho, die SWAPO für Namibia und das gerade unabhängige Zimbabwe einluden. Die Konferenz hat beraten, wie „die Wirtschaft dieser Länder aus der Abhängigkeit von Südafrika befreit werden kann". Die Konferenz stellte fest, „das südliche Afrika hängt von der Republik Südafrika ab, die eine Drehscheibe des Transports und der Kommunikation darstellt, die Exporteur wichtiger Güter und Dienstleistungen ist und billige Güter und Arbeitskraft importiert". Es wurde beschlossen, die Abhängigkeit vom südafrikanischen Transportsystem zu beseitigen. Von den 50000 Kilometern Schienensträngen im südlichen Afrika befinden sich mehr als die Hälfte in der Republik Südafrika. Vor der Befreiung Zimbabwes war auch der Knotenpunkt des Eisenbahnnetzes in der Hand der Kolonialisten. Jetzt haben die Staaten im südlichen Afrika Zugang zu den Häfen von Mozambique – Nacala, Beira und Maputo. Bis 1981 sollen die Häfen von Maputo und Beira ausgebaut sein. Der Hafen von Beira ist dann zugänglich für Schiffe mit 25000 Tonnen. Bisher kann er nur von Schiffen mit 5000 Tonnen angelaufen werden. Beide Häfen sind dann mit einem Container-Umschlagsystem ausgerüstet. Die Eisenbahnlinie von Salisbury ist geöffnet, die Eisenbahnlinie von Salisbury nach Maputo wurde Ende Juli fertiggestellt.

Um sich im Transportwesen unabhängig zu machen, müssen die Länder im südlichen Afrika in den Waggon- und Lokomotivpark der Eisenbahnen investieren, müssen die Häfen weiter ausgebaut und effizienter gemacht werden. Das ist von einem Land allein nicht zu leisten, sondern kann nur in gegenseitiger Unterstützung geschafft werden. Dazu wurden verschiedene Kommissionen gebildet, und dem diente die Beratung auf der Konferenz vom 11. September.

Premierminister Mugabe von Zimbabwe rief in seiner Eröffnungsrede auf, die Monopole an die Kandare zu nehmen, denn „sie produzieren einen winzigen Anteil für uns und nehmen selbst den Löwenanteil, wenn sie nicht kontrolliert werden".

Konferenz gegen wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika

z.aml. Am 11. September fand in Salisbury, Zimbabwe, eine Konferenz von 9 Staaten des südlichen Afrika statt, die Wege der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beraten und schon eingeschlagene Wege überprüft hat.

Sofort nach der Unabhängigkeit Zimbabwes hatten die ehemaligen Frontstaaten Angola, Zambia, Botswana, Tanzania und Mozambique zu einer Konferenz in Lusaka eingeladen, zu der sie auch Swaziland, Malawi, Lesotho, die SWAPO für Namibia und das gerade unabhängige Zimbabwe einluden. Die Konferenz hat beraten, wie „die Wirtschaft dieser Länder aus der Abhängigkeit von Südafrika befreit werden kann". Die Konferenz stellte fest, „das südliche Afrika hängt von der Republik Südafrika ab, die eine Drehscheibe des Transports und der Kommunikation darstellt, die Exporteur wichtiger Güter und Dienstleistungen ist und billige Güter und Arbeitskraft importiert". Es wurde beschlossen, die Abhängigkeit vom südafrikanischen Transportsystem zu beseitigen. Von den 50000 Kilometern Schienensträngen im südlichen Afrika befinden sich mehr als die Hälfte in der Republik Südafrika. Vor der Befreiung Zimbabwes war auch der Knotenpunkt im südlichen Afrika Zugang zu den Häfen von Mozambique – Nacala, Beira und Maputo. Bis 1981 sollen die Häfen von Maputo und Beira ausgebaut sein. Der Hafen von Beira ist dann zugänglich für Schiffe mit 25000 Tonnen. Bisher kann er nur von Schiffen mit 5000 Tonnen angelaufen werden. Beide Häfen sind dann mit einem Container-Umschlagsystem ausgerüstet. Die Eisenbahnlinie von Salisbury ist geöffnet, die Eisenbahnlinie von Salisbury nach Maputo wurde Ende Juli fertiggestellt.

Um sich im Transportwesen unabhängig zu machen, müssen die Länder im südlichen Afrika in den Waggon- und Lokomotivpark der Eisenbahnen investieren, müssen die Häfen weiter ausgebaut und effizienter gemacht werden. Das ist von einem Land allein nicht zu leisten, sondern kann nur in gegenseitiger Unterstützung geschafft werden. Dazu wurden verschiedene Kommissionen gebildet, und dem diente die Beratung auf der Konferenz vom 11. September.

Premierminister Mugabe von Zimbabwe rief in seiner Eröffnungsrede auf, die Monopole an die Kandare zu nehmen, denn „sie produzieren einen winzigen Anteil für uns und nehmen

Einheit der südpazifischen Länder zwingt Australien zu Zugeständnissen

z.cht.Sydney. Die Reise der japanischen Delegation, die in den südpazifischen Inseln Zustimmung für den Plan suchen sollte, Atommüll im Pazifik zu versenken, ist beendet. Die Delegation erhielt fast überall klare Absagen. Das Südpazifische Forum hatte auf der Junikonferenz erklärt, daß der Pazifik nicht für nukleare Zwecke mißbraucht werden darf. Australien und Neuseeland gaben gewundene Stellungnahmen ab. „Australien ist dagegen, daß in der pazifischen Region wahllos und unkontrolliert Atommüll gelagert wird." Schließlich will Australien Uran an Japan verkaufen, ein Vertrag über 12250 Tonnen Erz (yellowcake) ist am 18.8. unterzeichnet worden. Auf der anderen Seite kann es sich nicht ganz gegen seine südpazifische Inselnachbarn stellen, will es weiter Einfluß in der Region ausüben.

Australien ist der wichtigste Handelspartner für die südpazifischen Inseln, und hat bei einer gänzlich unausgewogenen Handelsbilanz den Hauptanteil am Import Papua-Neuguineas, der Salomon-Inseln, Tongas, Kiribatis und Fidjis. Bei dem Bestreben der Inselstaaten, gemeinsam eine eigene Produktion aufzubauen, die vor allem die Abhängigkeit von Importen mindern soll, sieht Australien seine Marktanteile gefährdet. Es hat im letzten Jahr seine Entwicklungshilfe an die Region von 60 Mio. Dollar auf 120 Mio. Dollar gesteigert. Mitte '79 wurde in Sydney eine Handelskommission für die pazifischen Inseln gegründet, die die Aufgabe hat, den Handel mit Australien und australische Investitionen in den Inseln zu fördern. Auf der Commonwealth-Regionalkonferenz für Asien und den Pazifik, 4.–8.9. in Neu-Delhi, machte sich Australien für eine südpazifische Regionalkonferenz mit Sitz in Sydney stark, und bot den Ländern die Wahrnehmung diplomatischer Vertretung im Ausland an.

Hinter dem Bemühen Australiens um die südpazifischen Inseln steckt das Interesse der Imperialisten, Kontrolle über die Region zu erhalten. Doch für die Inselstaaten ist es günstiger, mit den Satelliten Australien und Neuseeland zu tun zu haben, gegen die sie ihre Ansprüche erfolgreich durchsetzen können, wenn sie sich zusammenschließen. Im Juni 1980 konnten die Inseln ein Handelsabkommen erreichen, das ihnen einseitig freien Zugang zu den Märkten Australiens und Neuseelands garantiert. Als Mitglied des Südpazifischen Forums muß Australien sich an Projekten, die die Unabhängigkeit der Region stärken, beteiligen, auch wenn es den imperialistischen Interessen widerspricht. So mußte es die Schiffahrtslinie des Forums unterstützen: wenn es jetzt während der finanziellen Schwierigkeiten der Linie dafür eintritt, sie durch kommerzielle Reeder zu ersetzen, wird trotzdem die Mehrheit der Mitgliederstaaten über die Zukunft der Linie entscheiden, und Australien wird sich beugen müssen.

OAU-Ausschuß legt 6-Punkte-Plan für Westsahara vor

z.hew. Der von der OAU gegründete Ausschuß zur Lösung des Westsaharaproblems hat einen Lösungsvorschlag vorgelegt. Der Plan sieht die folgenden sechs Schritte zur Lösung vor: – ein faires und allgemeines Referendum, – Waffenstillstand, spätestens zum Dezember wirksam, – Internierung der Streitkräfte beider Seiten in ihren Stützpunkten, – Einsatz von UNO-Truppen zur Überwachung des Waffenstillstandes, – Zusammenarbeit der UNO und der OAU bei der Organisation der Volksabstimmung, – Information der beteiligten Parteien über die Entscheidung des Sonderausschusses durch den OAU-Sekretär. Das OAU-Kommitee, an dem sich Guinea, Mali, Nigeria, Sudan und Tansania beteiligt hatten, tagte mit Vertretern von Algerien, Marokko, Mauretanien und der FPOLISARIO, sowie zehn weiteren Organisationen, die sich als „sahaurische" Organisationen ausgeben und von Marokko ausgehalten werden. Den Vorsitz des Komitees führte der Präsident von Sierra Leone, Siaka Stevens, der auch Vorsitzender der OAU ist. Die Sitzung fand in Freetown, der Hauptstadt Sierra Leones statt. Es war das vierte Treffen des Komitees, seit es auf der OAU-Konferenz in Khartoum im Juli 1978 gegründet worden war. Bisher hatte Marokko eine Teilnahme an den Sitzungen abgelehnt. Durch die Erfolge der FPOLISARIO im Kampf gegen die marokkanische Aggression konnte Marokko gezwungen werden, an den Verhandlungen teilzunehmen. In der Woche der Sitzung hatte die FPOLISARIO wieder in einem Angriff 232 marokkanische Soldaten töten können.

Präsident Kim Il-sung fordert Friedensvertrag mit den USA

z.wos. Während sich das Regime Chun in Südkorea nur wegen der direkten Präsenz der US-Supermacht halten kann, verfolgt die Demokratische Volksrepublik Korea konsequent eine blockfreie, nichtpaktgebundene Politik. Gegenüber einer Delegation japanischer Politiker der Regierungspartei erklärte Präsident Kim Il-sung am 15.9. den Willen, mit den USA an Stelle des seit Ende des Korea-Krieges 1953 geltenden Waffenstillstandsabkommens einen Friedensvertrag abzuschließen. Damit würde der Kriegszustand beendet, und die wegen der US-Invasion in Korea abgeschlossenen Verteidigungsabkommen mit der UdSSR wie mit der VR China wären hinfällig. Für die DVRK gibt es nur *ein* Korea. Die von den USA abhängige südkoreanische Regierung wird daher nicht als Verhandlungspartner anerkannt. – Kim bekräftigte von neuem die Politik seines Staates, keine militärischen Aktionen gegen Südkorea durchzuführen.

KP Rumäniens beschließt starke Senkung der Militärausgaben

z.gek. Das Politische Exekutivkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei hat auf einer Sitzung am 9. September beschlossen, der Regierung die Senkung der Militärausgaben für 1980 um 2 Mrd. Lei vorzuschlagen. Das ist ein Sechstel des letzten Militäretats von 12 Mrd. Vergeblich hatte Rumänien auf der letzten Sitzung des Warschauer Paktes sich für eine allgemeine Senkung der Rüstungsausgaben eingesetzt.

Mit dem Generalsputsch treten die Klassenkämpfe in der Türkei in eine neue Etappe ein

z.gek. Mitte der Woche hat die Generals-Junta, die in der Türkei im Zuge der laufenden NATO-Manöver die Macht übernommen hat, ihre Ziele präzisiert. Eine parlamentarische Regierung wird erst dann wieder zugelassen, wenn zuvor die fortschrittliche Verfassung von 1961 in wesentlichen Punkten revidiert worden ist, ergänzt um eine Reihe reaktionärer Ausführungsgesetze. Diese sollen betreffen: die politischen Parteien, die sich in Zukunft strikt in die neue Verfassungs-Zwangsjacke einfügen müssen, gestützt durch ein Wahlrecht, das „stabile Mehrheiten" sichern soll; die Gewerkschaften, die sich ebenfalls strikt auf dem Boden der Verfassung bewegen und „für die Harmonie der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" mit zu sorgen hätten; die Justiz, deren Befugnisse generell erweitert werden sollen; schließlich das Erziehungswesen, aus dem alle Lehrer und Professoren mit „extremistischen Ideen" herausgesäubert werden sollen. Es ist also einigermaßen deutlich, daß es sich um die Errichtung eines legalen Notstandsregimes handeln soll, mit oder ohne Schulterklappen.

Provisorisch mit den Regierungsgeschäften betraut wurde der vormalige Wirtschaftsminister Özal, der für die Verhandlungen mit Matthöfer und dem ganzen westlichen „Türkei-Konsortium" über die Abwendung des türkischen Staatsbankrotts verantwortlich war. Matthöfer, Schmidt, Muskie, die EG-Kommission, alle haben denn auch unisono erklärt, der Putsch stelle durchaus kein Hindernis für die Abwicklung des vereinbarten Hilfsprogramms dar. Bestimmt nicht. Mit 400 Mio. $ Militärhilfe der USA wird die türkische Armee neu ausgerüstet, bei gleichzeitiger Wiedereröffnung und Neuausbau der US-Militärstützpunkte. 2 Mrd. $ bringt das von der BRD geführte Konsortium auf, um dem türkischen Staat die laufenden Schuldendienstzahlungen zu ermöglichen, mit der Bedingung, daß die Türkei alle noch bestehenden Hindernisse für das freie Einströmen von Waren und Kapital beseitigt.

Helmut Schmidt hat mit dem ihm eigenen Augenaufschlag des Pharisäers erklärt, er hoffe, daß in Zukunft dem türkischen Volk „der schrecklich Blutzoll" erspart bleibe, den der Terrorismus gefordert habe. Wahr ist, daß der Terror, der in allererster Linie von den Faschisten ausging, die sich in der Regierung selbst, dem Justiz-, Polizei- und Militärapparat eingenistet haben, und der täglich 20, 30, 40 Tote gefordert hat, das Land an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hat. Wahr ist auf der anderen Seite, daß der faschistische Terror sein Ziel nicht erreicht hat, und gerade darum jetzt das legale Notstandsregime errichtet werden soll.

kischen Staatsbankrotts verantwortlich war. Matthöfer, Schmidt, Muskie, die EG-Kommission, alle haben denn auch unisono erklärt, der Putsch stelle durchaus kein Hindernis für die Abwicklung des vereinbarten Hilfsprogramms dar. Bestimmt nicht. Mit 400 Mio. $ Militärhilfe der USA wird die türkische Armee neu ausgerüstet, bei gleichzeitiger Wiedereröffnung und Neuausbau der US-Militärstützpunkte. 2 Mrd. $ bringt das von der BRD geführte Konsortium auf, um dem türkischen Staat die laufenden Schuldendienstzahlungen zu ermöglichen, mit der Bedingung, daß die Türkei alle noch bestehenden Hindernisse für das freie Einströmen von Waren und Kapital beseitigt.

Helmut Schmidt hat mit dem ihm eigenen Augenaufschlag des Pharisäers erklärt, er hoffe, daß in Zukunft dem türkischen Volk „der schrecklich Blutzoll" erspart bleibe, den der Terrorismus gefordert habe. Wahr ist, daß der Terror, der in allererster Linie von den Faschisten ausging, die sich in der Regierung selbst, dem Justiz-, Polizei- und Militärapparat eingenistet haben, und der täglich 20, 30, 40 Tote gefordert hat, das Land an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hat. Wahr ist auf der anderen Seite, daß der faschistische Terror sein Ziel nicht erreicht hat, und gerade darum jetzt das legale Notstandsregime errichtet werden soll.

In der Türkei sind in den letzten Jahrzehnten, vor allem seit 1960, soziale und politische Umwälzungen in Gang gekommen, wie es sie in hunderten Jahren asiatischer Stagnation des Landes nicht gegeben hat. Im Mai 1960 stürzten „kemalistische" Offiziere die damalige Regierung der „Demokratischen Partei" unter Menderes, dem sie ein bewußt schmachvolles Ende am Galgen machten. Binnen 10 Jahren hatte dieser – politisch gesichert durch den Eintritt der Türkei in die NATO – wesentliche Resultate des jahrzehntelangen Kampfes um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei, der von Kemal Atatürk und seiner „Republikanischen Volkspartei" (CHP) geführt worden war, zunichte gemacht und das Land für das US-Kapital geöffnet.

Allerdings hatte der Wahlsieg von 1950 der „Demokratischen Partei" – die erst wenige Jahre vorher als eine reine Partei des bürokratischen Kapitals, der reichen Handelsbourgeoisie, des feudalen Großgrundbesitzes und der klerikalen Reaktion gegründet worden war – gezeigt, daß die Masse der Bauern (70% von ihnen mit weniger als 5 ha Land) noch weitgehend außerhalb all dieser politischen Kämpfe und Umwälzungen gestanden hatte. Die republikanische Bewegung Atatürks war weitgehend eine Bewegung der anti-imperialistischen Nationalbourgeoisie gewesen. Sie verlor die passive Unterstützung der Bauernmassen, weil ihre Agrarreformen nur zur Züchtung einer Schicht kapitalistischer Großbauern geführt hatten, während die Steuerlast (aus der die staatliche industrielle Akkumulation bestritten wurde) die Bauern noch tiefer in die Abhängigkeit der Feudalen, Pachtherren und Wucherer gebracht und in Scharen vom Land vertrieben hatte.

Der „kemalistische" Offiziersputsch von 1960 war wiederum eine Reaktion der nationalistischen großen und kleinen Bourgeoisie auf die immer drückendere Unterordnung unter den US-Imperialismus. Vorausgegangen waren heftige Demonstrationen der Studenten gegen amerikanische Flottenbesuche. Aber der Putsch drückte insgesamt die unter der Decke angewachsenen Klassenwidersprüche aus. Die 1961 verabschiedete Verfassung gab zum erstenmal der selbständigen Organisierung der verschiedenen Gesellschaftsklassen Raum. Die rasch anwachsende Arbeiterklasse (1970 gab es bereits 5 Mio. Lohnabhängige) organisierte sich zu hunderttausenden in den Gewerkschaftsbünden, dem Türk-Is und dem 1967 gegründeten oppositio-



Scharen vom Land vertrieben hatte.

Der „kemalistische" Offiziersputsch von 1960 war wiederum eine Reaktion der nationalistischen großen und kleinen Bourgeoisie auf die immer drückendere Unterordnung unter den US-Imperialismus. Vorausgegangen waren heftige Demonstrationen der Studenten gegen amerikanische Flottenbesuche. Aber der Putsch drückte insgesamt die unter der Decke angewachsenen Klassenwidersprüche aus. Die 1961 verabschiedete Verfassung gab zum erstenmal der selbständigen Organisierung der verschiedenen Gesellschaftsklassen Raum. Die rasch anwachsende Arbeiterklasse (1970 gab es bereits 5 Mio. Lohnabhängige) organisierte sich zu hunderttausenden in den Gewerkschaftsbünden, dem Türk-Is und dem 1967 gegründeten oppositio-



Militärkontrolle in Istanbul

nellen „Dachverband revolutionärer Gewerkschaften" (Disk). Ab 1967 begannen die zahlreichen wirtschaftlichen Streiks zunehmend demokratischen und anti-imperialistischen Charakter anzunehmen. In tagelangen Massenaktionen in Istanbul, an denen bis zu 100000 Arbeiter teilnahmen, wurden im September 1969 die reaktionären Gewerkschaftsgesetz-Entwürfe der Regierung Demirel zurückgeschlagen. – Eine ganz neue Erscheinung in der Geschichte der Türkei waren die politischen Demonstrationen und Landbesetzungen armer Bauern in verschiedenen Gebieten der Türkei, auch in Ost-Anatolien, dem rückständigsten Gebiet, in dem die noch weitgehend unangefochtene Macht der halbfeudalen Grundbesitzer und ihnen verbundenen Dorfbourgeoisie ins Wanken geriet. Auch hier tauchten allgemeine politische Losungen auf, wie: „Gegen Imperialismus, Hunger und Preistreiberei!" oder: „Für Landreform und Unabhängigkeit". – Wiederum eine neue Erscheinung war die breite Organisation der Mittelschichten und der Intelligenz, wobei die progressive Lehrergewerkschaft TÖS und der von ihr 1969 organisierte Lehrerstreik eine bahnbrechende Rolle spielte.

Politisch schlug sich die fortschrittliche Entwicklung zunächst nieder im Stimmenzuwachs für die CHP, die sich auf ihren Kongressen von 1967, 1972 und 1974 Schritt für Schritt auf ein sozialdemokratisches Programm hinbewegt hatte und sich als Partei des arbeitenden Volkes proklamierte, insoweit in Abkehr vom Kemalismus, der Klassenunterschiede ausdrücklich geleugnet hatte. Die CHP, die sich seit der Wahl Bülent Ecevits 1972 zum Vorsitzenden „*Neue* Republikanische Volkspartei" nannte, steigerte ihren Stimmenanteil von 28,7% (1965) auf 33,3% (1973) und 41,4% (1977). Auf einen Teil der CHP wie insbesondere die Disk-Gewerkschaften haben die türkischen Revisionisten Einfluß, die zu den treuesten Lakaien des Sozialimperialismus zählen; Einfluß haben sie auch auf Teile der kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung. Insgesamt leidet die türkische revolutionäre Bewegung unter erheblicher Zersplitterung. Es ist

und 1974 Schritt für Schritt auf ein sozialdemokratisches Programm hinbewegt hatte und sich als Partei des arbeitenden Volkes proklamierte, insoweit in Abkehr vom Kemalismus, der Klassenunterschiede ausdrücklich geleugnet hatte. Die CHP, die sich seit der Wahl Bülent Ecevits 1972 zum Vorsitzenden „*Neue* Republikanische Volkspartei" nannte, steigerte ihren Stimmenanteil von 28,7% (1965) auf 33,3% (1973) und 41,4% (1977). Auf einen Teil der CHP wie insbesondere die Disk-Gewerkschaften haben die türkischen Revisionisten Einfluß, die zu den treuesten Lakaien des Sozialimperialismus zählen; Einfluß haben sie auch auf Teile der kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung. Insgesamt leidet die türkische revolutionäre Bewegung unter erheblicher Zersplitterung. Es ist

den Marxisten-Leninisten noch keineswegs gelungen, einen vorherrschenden Einfluß zu erlangen.

Zersplittert hat sich auf der anderen Seite auch das Lager der Parteien der besitzenden Klassen, im Maße wie diese sich selbst ökonomisch differenzieren und sich mit den verschiedenen, um Vorherrschaft streitenden ausländischen Mächten liieren. Dazu gehören auch die Sozialimperialisten, die über Milliardenkredite und feste Lieferverpflichtungen verschiedene Schlüsselsektoren der türkischen Wirtschaft kontrollieren und von dort aus ihr Verbindungsnetz spinnen. Auf der anderen Seite haben die EG-Imperialisten, voran die BRD, das US-Monopol im türkischen Außenhandel gebrochen und sich selbst an die Spitze gesetzt.

Durch ihren Einfluß auf das höhere Offizierskorps haben aber die US-Imperialisten, wie der Putsch gerade gezeigt hat, nach wie vor das wichtigste politische Instrument unter ihrer Kontrolle. Sie haben es schon in den 60er Jahren erreicht, daß die unter Atatürk geschaffenen Militärschulen, über die sich bis dahin das Unteroffiziers- und Offizierskorps aus den ärmeren Volksklassen gespeist hatte, geschlossen worden sind. Zugleich haben sie in den 60er Jahren das Kapital für die sog. „Armeehilfsorganisation" (OYAK) vorgeschossen, ursprünglich als Sozialversicherung der Berufsmilitärs, die inzwischen zu den größten Investoren des Landes zählt. Über die OYAK bildet die Armeeführung der Türkei praktisch eine Art Aktiengesellschaft, die sie in enge Verbindung mit dem Kompradorenkapital und imperialistischen Kapital bringt.

Wenn der Generalsputsch zunächst nicht auf großen Widerstand gestoßen ist, dann nicht wegen seiner Berufung auf den „Kemalismus", der gängige Münze bei allen Parteien ist. Sondern wohl, weil Terror und Gegenterror zu einer Situation der Erschöpfung im Klassenkampf geführt haben. Für den revolutionären Flügel der türkischen Arbeiterbewegung wird ohnehin alles vom Kampf um die Einheit der Klasse und die weitere Einbeziehung der bäuerlichen Massen in die demokratische und antiimperialistische Bewegung ankommen. Das konstitutionelle Notstandsregime unter NATO-Schirm wird die Hauptfeinde, die die Arbeiter und Bauern der Türkei schlagen müssen, deutlicher herausarbeiten. Die Hauptgefahr könnte dann in der kommenden Etappe des Klassenkampfs durch die verstärkte Infiltration des Sozialimperialismus entstehen.

Irak annulliert den Grenzvertrag von 1975 mit Iran

z.chm. Am 17. September erklärte der Irak den mit Iran geschlossenen „Versöhnungsvertrag" für null und nichtig. Der Vertrag war am 6. März 1975 in Algier bei der ersten OPEC-Konferenz geschlossen worden. Das Abkommen regelt die Durchfahrt durch die 160 km lange Bucht von Shatt al-Arab, wo die beiden Flüsse, Euphrat und Tigris in den Persischen Golf münden. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg, das die Kontrolle über beide Ufer ausübte, nutzte Großbritannien sein Mandat über den Irak aus, um die Kontrolle über Shatt al-Arab auszuüben. Da es sowohl Bohrkonzessionen im Irak als auch im Iran hatte, kam ihm die Kontrolle der beiden Erdölhäfen Basra, auf der irakischen, und Abadan auf der iranischen Seite sehr zustatten. Die beiden souveränen Staaten Irak und Iran hatten verschiedene Auseinandersetzungen um diese Kontrolle, wobei der Vertrag von 1975 ein wichtiger Schritt war für die friedliche Regelung dieser Frage. Er legt u.a. fest:

1. Die Bucht von Shatt al-Arab wird in zwei gleiche Teile unter beide Staaten aufgeteilt, wobei die Freiheit der Schiffahrt in der gesamten Bucht für beide Staaten garantiert ist.

2. Es müssen Regelungen getroffen werden, um die 600 km lange Landgrenze zwischen beiden Staaten endgültig festzulegen.

3. Der Iran stellt seine Unterstützung für die irakischen Kurden ein.

4. Der Irak verzichtet auf die Forderung nach Evakuierung der 3 vom

Algier bei der ersten OPEC-Konferenz geschlossen worden. Das Abkommen regelt die Durchfahrt durch die 160 km lange Bucht von Shatt al-Arab, wo die beiden Flüsse, Euphrat und Tigris in den Persischen Golf münden. Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg, das die Kontrolle über beide Ufer ausübte, nutzte Großbritannien sein Mandat über den Irak aus, um die Kontrolle über Shatt al-Arab auszuüben. Da es sowohl Bohrkonzessionen im Irak als auch im Iran hatte, kam ihm die Kontrolle der beiden Erdölhäfen Basra, auf der irakischen, und Abadan auf der iranischen Seite sehr zustatten. Die beiden souveränen Staaten Irak und Iran hatten verschiedene Auseinandersetzungen um diese Kontrolle, wobei der Vertrag von 1975 ein wichtiger Schritt war für die friedliche Regelung dieser Frage. Er legt u.a. fest:

1. Die Bucht von Shatt al-Arab wird in zwei gleiche Teile unter beide Staaten aufgeteilt, wobei die Freiheit der Schiffahrt in der gesamten Bucht für beide Staaten garantiert ist.

2. Es müssen Regelungen getroffen werden, um die 600 km lange Landgrenze zwischen beiden Staaten endgültig festzulegen.

3. Der Iran stellt seine Unterstützung für die irakischen Kurden ein.

4. Der Irak verzichtet auf die Forderung nach Evakuierung der 3 vom
Schah 1969 annektierten Inseln Kleiner Tumb, Großer Tumb und Abu Moussa an der Meerenge von Hormuz.

5. Irak erhält das vom Schah annektierte Gebiet um Zein al-Kauss, in der Nähe von Qasr-e-Shirin.

Auf der iranischen Seite des Shatt al-Arab liegt die Provinz Khuzistan, wo 90% der iranischen Erdölvorräte lagern und der größte Handelshafen Irans, Khorramshahr, sich befindet. Die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Provinz sind Iraner arabischer Abstammung, deren Status als nationale Minderheit von der iranischen Regierung bisher noch nicht geregelt worden ist. Diesen Widerspruch in den Reihen der iranischen Völker versucht der Irak auszunutzen, indem er den arabischen Charakter von Khuzistan hervorhebt und dafür auch konsequent die Bezeichnung „Arabistan", Land der Araber, verwendet, die aus der Zeit der islamisch-arbischen Eroberung im 7. Jahrhundert stammt.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen an der iranisch-irakischen Grenze hatten in den letzten Wochen zugenommen. Profitieren von diesem Zustand können nur die beiden Supermächte, die beide mit ihren Flotten im arabischen Meer auf der Lauer liegen. Iran und Irak sind Länder der Dritten Welt, Mitglieder der Blockfreienbewegung. Sie stehen in einer gemeinsamen Front im Kampf gegen den Imperialismus. Eine Schwächung des einen Landes kann nur eine Schwächung des anderen Landes nach sich ziehen.



stammung, deren Status als nationale Minderheit von der iranischen Regierung bisher noch nicht geregelt worden ist. Diesen Widerspruch in den Reihen der iranischen Völker versucht der Irak auszunutzen, indem er den arabischen Charakter von Khuzistan hervorhebt und dafür auch konsequent die Bezeichnung „Arabistan", Land der Araber, verwendet, die aus der Zeit der islamisch-arbischen Eroberung im 7. Jahrhundert stammt.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen an der iranisch-irakischen Grenze hatten in den letzten Wochen zugenommen. Profitieren von diesem Zustand können nur die beiden Supermächte, die beide mit ihren Flotten im arabischen Meer auf der Lauer liegen. Iran und Irak sind Länder der Dritten Welt, Mitglieder der Blockfreienbewegung. Sie stehen in einer gemeinsamen Front im Kampf gegen den Imperialismus. Eine Schwächung des einen Landes kann nur eine Schwächung des anderen Landes nach sich ziehen.



Im Beschluß der RKP heißt es, die Partei lasse sich von der Einsicht leiten, daß „der ständige Anstieg des Lebensstandards der Massen wesentlich ... für die Entschlossenheit unseres Volkes (ist), seine revolutionären Errungenschaften zu wahren". Die 2 Mrd. sollen produktiv eingesetzt werden. – Schon bisher waren die rumänischen Militärausgaben von zuletzt 1,6% des Bruttoinlandsprodukts die weitaus niedrigsten im Warschauer Pakt und mit die niedrigsten in der Welt. Ein wesentlicher Faktor ist die zunehmende Eigenproduktion von Waffen. Das stehende Heer beträgt nur 180000 Mann. Dafür kann Rumänien 760000 „Patriotische Garden" zur Verteidigung des Landes aufbieten, die größten Miliztruppen im Warschauer Pakt. Die letzte Mobilmachung der Milizen fand im August 1968 (beim Überfall auf die CSSR) statt.

Britische Dockarbeiter bereiten Streik vor

z.ark. Ein Streikaufruf der britischen Dockarbeitergewerkschaft (TGWU) hat die Liverpooler Hafenkapitalisten gezwungen, einer Vereinbarung zuzustimmen, wonach sie die geplanten Entlassungen von 180 Liverpooler Dockarbeitern zurücknehmen müssen. Der Streikaufruf wurde am 15.9. auf einer Versammlung von 80 Delegierten aus allen britischen Häfen, die 23000 Arbeiter repräsentieren, einstimmig beschlossen. Der Streik kann nach Auffassung der TGWU dazu führen, daß innerhalb von 24 Stunden der gesamte Export und Import Großbritanniens auf dem Seeweg zum Erliegen kommt. Besondere Besorgnis äußerten die Ford-Kapitalisten und die Ölindustrie. Ford transportiert auf dem Seeweg die Motoren für die neuen Escorts, die in Westdeutschland zusammengebaut werden und am 26. September auf dem europäischen Markt herauskommen sollen. – Die Ölkapitalisten fürchten um ihre Off-Shore Öl- und Gasplattformen, deren Belieferung und Neuinstallierung nur auf dem Wasserwege vorgenommen wird. – Obwohl die Hauptforderung der Gewerkschaft von den Hafenkapitalisten hat erfüllt werden müssen, ist über eine mögliche Aussetzung noch nichts entschieden, da die Delegierten erst am 21.9. wieder zusammentreffen. Die Verhandlungsdelegation der TGWU hat dem Abkommen zwar zugestimmt, die britische Bourgeoisie ist aber nicht sicher, ob die Arbeiter dem auch zustimmen werden. Die Frist läuft am 21.9. um Mitternacht ab.

SU macht aus den Hilfsaktionen für Kampuchea noch ein Geschäft

z.ebk. Die Sozialimperialisten und die Le Duan Clique reißen sich nicht nur die Hilfsgüter der internationalen Hilfsaktion des Roten Kreuzes und der Unicef unter den Nagel, um damit ihre Aggressionstruppen zu ernähren, sondern sie machen auch noch ein Geschäft damit. Seit Beginn der Hilfsaktionen im Herbst 1979 verlangen das Rote Kreuz und Unicef von den vietnamesischen Statthaltern, daß ihre Delegierten sich frei im Land bewegen und die Verteilung von Saatgut, Nahrungsmitteln und Medikamenten an das kampucheanische Volk selbst überwachen können. Dieser Forderung wurde nie entsprochen. Damit sind die Hilfsaktionen selbst gefährdet. Obendrein verlangen die vietnamesischen Marionetten von den Hilfsorganisationen Hafengebühren, Gebühren für den Lotsen und für das Ausladen der Hilfsgüter von den Schiffen. Die Gebühren sollen an die Vietnamesische Handelsbank in Saigon bezahlt werden. Auf die Forderung des UN-Koordinators für die Hilfsaktionen, daß im Hafen von Kopong Som ohnehin anwesende sowjetische Dockarbeiter beim Ausladen der Schiffe helfen, verlangten die Sozialimperialisten, dafür bezahlt zu werden und daß ihnen Unterkünfte mit Möbeln, Kühlschränken und Klimaanlagen zur Verfügung gestellt werden. Das Internationale Rote Kreuz gibt nicht bekannt, ob es auf diese unverschämte Forderung eingegangen ist.

Nach Preiserhöhung Saudi-Arabiens wieder einheitlicher Ölpreis

z.frb. Nachdem die westlichen imperialistischen Nachrichtenagenturen bereits das Scheitern der Wiender OPEC-Konferenz verkündet hatten, fanden die ölexportierenden Länder doch noch eine einstweilige Einigung über einen einheitlichen Ölpreis. Saudi-Arabien erhöht mit sofortiger Wirkung seinen Listenpreis von 28 auf 30 Dollar je Faß. Am Spot-Markt war das Öl schon zuvor mit etwa 31 Dollar gehandelt worden. Die anderen Länder frieren ihre Preise bis zur nächsten turnusmäßigen Sitzung Mitte Dezember in Indonesien ein. Obwohl das „Handelsblatt" die Preisanhebung als „reine Kosmetik" bezeichnete, jammerte die EG-Kommission gleichzeitig, die neun EG-Länder würde die Preisanhebung zwei Mrd. Dollar kosten, da Saudi-Arabien rund 30% der Versorgung deckt. 17 der westdeutschen Raffinerien hatten geplant, 1980 ihren Einsatz von saudiarabischem Rohöl auszuweiten. So wollten sie Druck auf die anderen Lieferanten ausüben. Jetzt werden sie die Umstellung nicht weiter betreiben. Allerdings hat Saudi-Arabien nach den Pressemeldungen eine Reduzierung seiner Produktion von 9,5 Mio. Faß täglich abgelehnt. Rund 7 Mio. Faß gehen an die ehemaligen Mitglieder der ARAMCO (Exxon, Shevron, Mobil Oil und Texaco), 2,5 Mio. vermarktet die saudiarabische Petromin. Die Nachrichtenagentur der Vereinigten Arabischen Emirate (WAM) berichtet, die OPEC-Länder wollten ihre Produktion allgemein um 10% kürzen. Der Beschluß werde nicht veröffentlicht, aber „an den internationalen Märkten fühlbar werden".

Nichteinmischung und Nichtintervention

Dokument / von Cvijeto Job, Leiter der Gruppe für multilaterale Aktivitäten nichtpaktgebundener Länder im Bundessekretariat für auswärtige Angelegenheiten, Jugoslawien

Die zweite Analyse können wir ruhig mit der Feststellung beginnen, daß die nichtpaktgebundenen Länder und ihre Versammlungen mit ihren Standpunkten und Formulierungen, Ergänzungen und Ausarbeitungen einen beharrlichen Kampf gegen alle Versuche geführt haben, die klare und unwiderrufliche Bedeutung dieses zentralen Prinzips sowie die zentrale Bedeutung seiner strengsten und skrupelösesten Achtung und Anwendung in Frage zu stellen mit verschiedenartigen, angeblich „neuen", in Wirklichkeit aber längst bekannten „Argumenten", „Doktrinen" – stets in der pragmatischen Funktion der Machtpolitik, der Blockpolitik, aller Art von Vorherrschaft und Hegemonie. Diese Aktivität der nichtpaktgebundenen Länder könnte man malerisch als unermüdliche Anstrengung eines aufmerksamen Wächters darstellen, der immer wieder von neuem eine Schranke reiner und unzweideutiger Formulierungen und Standpunkte gegenüber jedem Versuch aufstellt, das Prinzip zu umgehen, es zu untergraben, zu überspringen.

Intervention und Einmischung in innere Angelegenheiten und in die Außenpolitik unabhängiger Länder sind natürlich nicht irgendein neues Phänomen. Stets hat es von seiten jener, die dazu Zuflucht nahmen, im Überfluß



Regierungs- und Staatsoberhäupter, die an der Konferenz der Blockfreien in Colombo 1976 teilgenommen haben

„Theorien", „Erklärungen" gegeben, die sie rechtfertigen und legalisieren sollen. Schließlich hat noch niemals jemand eine Aggression durchgeführt und dabei zugegeben, daß er eine Aggression durchgeführt hat, und noch niemand hat eine militärische Intervention oder eine andere Art der Einmischung durchgeführt und dabei zugegeben, daß er es aus eigennützigen, großmächtigen, ausbeuterischen, hegemonistischen, imperialistischen Motiven und Interessen getan hat. Würde man alle „Erklärungen" der Aggressionen und Interventionen akzeptieren – weil jeder sich immer nur „verteidigt" – dann würde es auf einmal keine Aggression geben, und die Einmischung würde eine gute, unerläßliche oder unvermeidbare, stets nützliche Sache sein. Aggressionen, militärische Interventionen, alte und neue Arten der Entstabilisierung versuchte man stets im Namen mannigfaltiger „höherer Ziele" zu rechtfertigen, im Namen dieses oder jenes Gesellschaftssystems, dieser oder jenen Ideologie, im Namen der Zivilisation, Demokratie, des Fortschritts, „breiterer" Interessen dieses oder jenes Mächteblocks usw.

In der letzten Zeit, da es zur ausgedehnten Gewaltanwendung, zu Interventionen kommt, die in erster Linie gegen die nichtpaktgebundenen Länder gerichtet sind, werden auch bei den Überbietungen der Großmächte und Blöcke in Verbindung mit den Interessensphären, bekannte Theorien und Doktrinen ausgearbeitet und „aufgefrischt". Hierzu gehört beispielsweise die Doktrin von den „legitimen" „Zonen der Sicherheit der Großmächte", derzufolge verschiedene Gebiete der engeren und breiteren Nachbarschaft der Großmächte sogar auf der anderen Seite der Welt zu solchen Zonen erklärt werden. Oder die Doktrin von den sogenannten Zonen der „Lebensinteressen", ebenfalls nahe oder weit, ja sogar „über sieben Meere" hinaus. Unter allen solchen Doktrinen versteht man das Recht auf Intervention gegen unabhängige Länder. Und ihnen allen ist gemein, unabhängigen Ländern das Recht auf ihre Souveränität, ihr souveränes Recht darauf, über ihre natürlichen Quellen zu verfügen, und auch das Recht ihrer gleichberechtigten Beteiligung in den internationalen Beziehungen auf den Grundlagen der

Gleichheit abzusprechen. „Neuaufgemacht" werden die alten Geschichten von den „cordon sanitaire", den „Puffer"-Zonen, davon, daß diese oder jene innere Entwicklung in deinem Land (was natürlich ich beurteile und worüber ich entscheide) angeblich mein Land gefährdet, weshalb ich das Recht habe, bzw. weshalb ich eine vorbeugende Aktion unternehmen muß, um mich zu schützen u.a. Dabei kommt es in der ganzen Geschichte der sogenannten „Real-Politik", des Überbietens der Mächtegruppierungen zu absurden Behauptungen, denenzufolge mal die eine, mal die zweite, mal die dritte, mal die vierte Seite (meistens aber behaupten alle das gleichzeitig) gefährdet ist, ihr eine „Einkreisung" droht, obwohl im gleichen Atemzug behauptet wird, daß diese selbe Seite auch überlegen, stärker u.ä. ist. In Wirklichkeit handelt es sich um eine dem Überbieten der Blöcke und Großmächte immanente Erscheinung, da jede „Teilung" in Interessensphären, jedes „Kräftegleichgewicht" nur eine Phase in den Versuchen der Realisierung eines Vorteils gegenüber der Gegenseite ist, und so – aus einer gefährlichen Krise in eine andere gefährliche Krise. Würden solche Doktrinen und solche Praxis akzeptiert und legalisiert, dann wäre niemand sicher, und über allen würde ständig die Gefahr dieses

oder jenes Protektorats oder Patronats schweben.

IV

In diesem ganzen Zusammenhang bedeutet der Standpunkt der nichtpaktgebundenen Länder – der ganz kategorisch in den Deklarationen des V. und des VI. Gipfeltreffens formuliert wurde: gegen jede Intervention und Einmischung, gleich von wo und gleich unter welcher Ausrede sie kommen; der schon in der Deklaration des I. Gipfeltreffens vorgebracht wurde: daß jeder Versuch, den Völkern dieses oder jenes gesellschaftliche oder politische System mit Gewalt und von außen aufzuzwingen, unmittelbar den Weltfrieden gefährdet – eine entschiedene Zurückweisung gleichwelcher doppelter Standards. Das ist der Standpunkt, demnach es keine „progressiven" und „reaktionären" Aggressionen, militärische Interventionen in innere Angelegenheiten von Staaten gibt, und keine besseren oder schlechteren Entstabilisierungen souveräner, unabhängiger Länder. Alle wurden außer Gesetz gesetzt. Es wäre sehr gefährlich, wenn die These von „guten" oder „schlechten", gerechtfertigten" oder „ungerechtfertigten" ausländischen militärischen Interventionen gebilligt würde. Das würde nicht nur die Gerechtigkeit in Frage stellen, sondern selbst die Grundlage, auf welcher die Stabilität der internationalen Beziehungen beruht.

Indem sie gleichwelche doppelten Standards zurückweisen – dabei gleichzeitig die Konzeption der sogenannten „Äquidistanz" gegenüber den Blöcken nicht akzeptieren, und sie nach der Genesis oder dem gesellschaftlichen Inhalt nicht gleichschalten,weisen die nichtpaktgebundenen Länder auch doppelte Kriterien bei der Bewertung der Gewaltanwendung in Abhängigkeit davon, von welcher Seite sie kommt, ob von dieser oder jener Großmacht, zurück. Indem sie als unabhängiger, nichtpaktgebundener Weltfaktor ein „natürliches Bündnis" mit gleichwelcher Seite im Blocküberbieten zurückweisen, weisen die nichtpaktgebundenen Länder gleichzeitig jeden Versuch zurück, sie zu verleiten, jeden Akt eines internationalen Faktors im voraus a priori zu verurteilen, einen zweiten oder einen dritten aber

zu billigen. Die Politik der Nichtpaktgebundenheit und die nichtpaktgebundenen Länder sind gegen jede Manifes tation des Imperialismus, Kolonialismus und der Hegemonie, und sie unterstützen alles, was konsequent gegen diese Manifestation und für die konsequente Achtung aller fortschrittlichen Prinzipien und Ziele der UNO-Charta, der Politik der Nichtpaktgebundenheit und der friedlichen und aktiven Koexistenz kämpft.

Deshalb haben die nichtpaktgebundenen Länder nie der Methode einer solchen Orientierung gegenüber den oft willkürlichen „ideologischen" Etiketten zugestimmt, derzufolge alles, was im Namen dieser oder jener „Ideologie" getan wurde, automatisch positiv ist und gebilligt werden muß, bzw. negativ ist und verurteilt werden muß. Die Geschichte und die neuere Entwicklung der internationalen Ereignisse zeigten, daß Gewaltanwendung, Aggression, miliärische Intervention u.ä. kein Monopol der Länder nur eines Gesellschaftssystems sind, sondern daß es sich um eine Praxis handelt, zu welcher Mächte und Länder verschiedener Gesellschaftsysteme Zuflucht nehmen. Dieses Problem kann nicht einfach so gelöst werden, daß man einen Akt der Gewaltanwendung einfach mit der Etikette der Förderung oder der Verteidi-

gung, der „Demokratie" oder des „Fortschritts" versieht, so daß sich damit, auf einmal, wie mit einem Zauberstab, das Negative in Positives verwandelt, und daß auf dieser Grundlage das Akzeptieren der Verletzung der Prinzipien im Namen „höherer Ziele" verlangt wird. Die internationalen Beziehungen, die Prinzipien, auf denen sie beruhen, sind moralisch nicht neutral wie die Algebra, in der es genügt, vor den Klammern in der Gleichung nur das Vorzeichen zu verändern, so daß damit automatisch alle Werte innerhalb der Klammern verändert werden. Genauso wird dieses Problem nicht dadurch gelöst, daß man – wegen der These, daß nur die Länder des anderen Gesellschaftssystems üble Akte durchführen – Etiketten und Merkmale der Gesellschaftsysteme und des Charakters der Länder ändert, wenn auch jene des gleichen oder ähnlichen Gesellschaftsystems ebenfalls dieselben oder ähnliche üble Akte durchführen.

V

In Wirklichkeit besteht einer der größten Beiträge der Politik der Nichtpaktgebundenheit wahscheinlich in einer solchen Formulierung und Anwendung des Prinzips der friedlichen und aktiven Koexistenz, mit dem sich die Gesellschaftssysteme in den einzelnen Ländern, die Entwicklung und die Veränderung der Gesellschaftssysteme in ihnen mit den Blöcken der Mächte, mit ihren Grenzen und ihrer Ausdehnung nicht identifizieren. Die Ausdehnung der Gesellschaftssysteme in der Welt, die verschiedenen Wege, die Modelle, in denen diese oder jene Formen der Gesellschafssysteme auf dieser oder jener Entwicklungsstufe realisiert werden, haben sich nie mit den Grenzen der Blöcke gedeckt, wie auch nicht mit den Definitionen oder Interpretationen, die die Blöcke den gesellschaftlichen Prozessen aufzuzwingen wünschen. Allein dadurch, daß sie es negiert , daß das Entstehen, die Entwicklung eines Gesellschaftssystems in einem Lande eine Ausdehnung des Blocks „des gleichen Gesellschaftssystems" bedeuten muß oder bedeuten soll, bzw. daß ein solches Land einem solchen Block oder einer solchen „Gemeinschaft" beitreten soll oder automatisch einer ihrer Teile wird – trennte die Politik der Nichtpaktgebunden-

heit die Prozesse der gesellschaftlichen Veränderungen in der Welt vom Überbieten der Blöcke. Damit wies sie gleichzeitig jedes Recht auf gleichwelche Intervention und Einmischung deshalb zurück, daß irgendeine Großmacht oder ein Block oder das „Gleichgewicht" zwischen den Blöcken und Großmächten angeblich „durch die gesellschaftlichen Veränderungen" in gleichwelchem Lande gefährdet wären. Die Politik der Nichtpaktgebundenheit war und bleibt sowohl gegen die Ausfuhr von Revolutionen als auch gegen die Ausfuhr von Konterrevolutionen.

An dieser Stelle scheint es bei unserer Erörterung einiger Formen der Interpretation und Anwendung des Prinzips der Nichtintervention und Nichteinmischung am Platze zu sein, daß wir uns auch mit der häufigen Berufung auf den Artikel 51 des Kapitels VII der UNO-Charta befassen („Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung"), wenn es sich um ein Umgehen, bzw. um eine Verletzung des erwähnten Prinzips handelt. Es ist durchaus kein Zufall, daß bei solchen Gelegenheiten der Text dieses Artikels der Charta nur selten oder nie zur Gänze zitiert wird. Was sagt er? Zitieren wir ihn:

„Keine Bestimmung der Charta beeinträchtigt das Naturrecht inividueller oder kollektiver Selbstverteidigung, wenn ein Angriff mit Waffengewalt gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Über Maßnahmen, die die Mitglieder bei der Ausübung dieses Rechtes auf Selbstverteidigung ergreifen, wird sofort der Sicherheitsrat unterrichtet, und sie werden auf keinen Fall die Vollmachten und Befugnisse des Sicherheitsrats in Frage stellen, gemäß dieser Charta zu jeder Zeit eine solche Aktion zu unternehmen, wenn er sie als notwendig betrachtet zwecks Aufrechterhaltung oder Herstellung des Weltfriedens und der Sicherheit".

Der Text sagt klar, daß das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nur im Falle eines bewaffneten Angriffs genutzt werden kann. Ferner besteht die Verpflichtung, über die vorgenommenen Maßnahmen sofort den Sicherheitsrat zu informieren. Es wäre auch zu erwägen, wieviel militärische Interventionen es seit der Gründung der Vereinten Nationen bis heute in verschiedenen Teilen der Welt gegeben hat, in Fällen, da es sich nicht um einen bewaffneten Angriff auf ein Mitglied der Vereinten Nationen gehandelt hat, und da auch der Sicherheitsrat nicht unterrichtet wurde, und da es ihm erst recht nicht überlassen und ermöglicht wurde, seine Vollmachten und Befugnisse gemäß der Charta zu realisieren.

Es ist natürlich bekannt, daß es die bekannten Schwierigkeiten auf dem Wege eines entsprechenden Einsatzes des Sicherheitsrats geben kann. Aber die Charta ist hier, die Vereinten Na-

dens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Über Maßnahmen, die die Mitglieder bei der Ausübung dieses Rechtes auf Selbstverteidigung ergreifen, wird sofort der Sicherheitsrat unterrichtet, und sie werden auf keinen Fall die Vollmachten und Befugnisse des Sicherheitsrats in Frage stellen, gemäß dieser Charta zu jeder Zeit eine solche Aktion zu unternehmen, wenn er sie als notwendig betrachtet zwecks Aufrechterhaltung oder Herstellung des Weltfriedens und der Sicherheit".

Der Text sagt klar, daß das Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nur im Falle eines bewaffneten Angriffs genutzt werden kann. Ferner besteht die Verpflichtung, über die vorgenommenen Maßnahmen sofort den Sicherheitsrat zu informieren. Es wäre auch zu erwägen, wieviel militärische Interventionen es seit der Gründung der Vereinten Nationen bis heute in verschiedenen Teilen der Welt gegeben hat, in Fällen, da es sich nicht um einen bewaffneten Angriff auf ein Mitglied der Vereinten Nationen gehandelt hat, und da auch der Sicherheitsrat nicht unterrichtet wurde, und da es ihm erst recht nicht überlassen und ermöglicht wurde, seine Vollmachten und Befugnisse gemäß der Charta zu realisieren.

Es ist natürlich bekannt, daß es die bekannten Schwierigkeiten auf dem Wege eines entsprechenden Einsatzes des Sicherheitsrats geben kann. Aber die Charta ist hier, die Vereinten Na-

tionen sind hier, der Sicherheitsrat ist hier, genutzt zu werden, nicht aber umgangen zu werden, bzw. verletzt zu werden. Wenn wir das sagen, nehmen wir durchaus nicht leichtfertig eine angeblich idealistische Haltung ein, und stellen uns auch keine idealisierte internationale Gemeinschaft vor, sondern wir stellen aufgrund der gesamten Praxis und jeder zugänglichen Erfahrung die ganz offenkundige Realität fest, daß die internationalen Beziehungen unserer heutigen Welt der Unabhängigkeit und der gegenseitigen Abhängigkeit nicht auf dem Gesetz des Dschungels beruhen können, und daß die Achtung und Anwendung des Prinzips der Charta, der friedlichen und aktiven Koexistenz, durch die Vereinten Nationen, mit Anlehnung an die Vereinten Nationen, die einzige Alternative ist.

VI

Es scheint uns, daß es jetzt, nach der prinzipiellen Erörterung der Bedeutung, die die nichtpaktgebundenen Länder von Anfang an dem Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung als einem der Pfeiler der Politik der Nichtpaktgebundenheit beimessen, von Interesse wäre, in den kürzesten Zügen zu sehen, wie sie dieses Prinzip in konkreten Situationen, auf ihren Versammlungen, in den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Resolutionen u.ä. in dieser Phase der internationalen Beziehungen a[illegible] wandt haben, die so sehr von Gew[illegible] nwendung, militärischen Interv[illegible] nen, Versuchen der Entstabilisierung usw. belastet ist.

Der Raum läßt es nicht zu, daß wir hier alle entsprechenden Stellen aus der Politischen und Wirtschaftlichen Deklaration und den Resolutionen der VI. Gipfelkonferenz reproduzieren. Wir wollen uns mit folgender zusammengefaßter Feststellung begnügen:

Bei der Behandlung der Situation im Nahen Osten, in Palästina, der Okkupation, der annexionistischen Politik Israels, seiner Aggression auf Libanon, der Unterstützung der Rechte der arabischen Länder und des Volkes von Palästina; der Zypernkrise und der Unterstützung für die Republik Zypern; der Situation im Süden Afrikas, gegen die Aggression des damaligen Smith-Regimes und Südafrikas, sowie der Unterstützung des Kampfes der Völker von Zimbabwe, Namibia, der Länder der ersten Linie; bei der Behandlung anderer kolonialer Situationen in Afrika,

– der Unterstützung für die Komoren, für Madagaskar, für die Rechte der Völker in der Westlichen Sahara;

– der Behandlung der Situation in Iran und seiner Revolution; bei der Behandlung der Situation in Südostasien; im Indischen Ozean; der Unterstützung der Bemühungen des Volkes von Korea um die Unabhängigkeit und Vereinigung des Landes; bei der Behandlung der Situation in Lateinamerika, der karibischen Inseln, der Unterstützung Kubas, Panamas, Nikaraguas, der Rechte des Volkes von Puertoriko und anderen kolonialer Situationen in dieser Region

– in allen diesen Fragen erklärte sich das Sechste Gipfeltreffen unter anderem auf kategorischste Weise für die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität unabhängiger, nichtpaktgebundener Länder, für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf den Kampf der Völker für ihre Befreiung und der Länder für die Befreiung ihrer Territorien von der Okkupation, gegen Aggression, Okkupation, militärische und jede andere Intervention, Einmischung, gegen jede Art der Entstabilisierung, gegen politische, militärische, wirtschaftliche Pressionen, Blockaden, Embargos, gegen das Halten von Militärstützpunkten entgegen dem Willen souveräner Länder usw. Das Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung ist hierbei überall ständig und klar vertreten. Scharf verurteilt wurden Israel, Südafrika und alle, die ihnen auf gleichwelche Weise bei der Fortsetzung der Aggression, Okkupation, des Terrors helfen. Verurteilt wurde jede imperialistische Politik, und in diesem Zusammenhang wurden einzelne westliche mehrfach verurteilt bzw. kritisert, wie die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland usw.

In den Vereinten Nationen setzten die nichtpaktgebundenen Länder sich ferner dafür ein, daß das Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung überall vertreten ist, wo sich das als notwendig zeigt. Unter anderem können folgende Fälle genannt werden:

das Sechste Gipfeltreffen unter anderem auf kategorischste Weise für die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität unabhängiger, nichtpaktgebundener Länder, für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, auf den Kampf der Völker für ihre Befreiung und der Länder für die Befreiung ihrer Territorien von der Okkupation, gegen Aggression, Okkupation, militärische und jede andere Intervention, Einmischung, gegen jede Art der Entstabilisierung, gegen politische, militärische, wirtschaftliche Pressionen, Blockaden, Embargos, gegen das Halten von Militärstützpunkten entgegen dem Willen souveräner Länder usw. Das Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung ist hierbei überall ständig und klar vertreten. Scharf verurteilt wurden Israel, Südafrika und alle, die ihnen auf gleichwelche Weise bei der Fortsetzung der Aggression, Okkupation, des Terrors helfen. Verurteilt wurde jede imperialistische Politik, und in diesem Zusammenhang wurden einzelne westliche mehrfach verurteilt bzw. kritisert, wie die USA, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland usw.

In den Vereinten Nationen setzten die nichtpaktgebundenen Länder sich ferner dafür ein, daß das Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung überall vertreten ist, wo sich das als notwendig zeigt. Unter anderem können folgende Fälle genannt werden:

1. In der Resolution über die „Situation in Kamputschea" äußerte die Vollversammlung „tiefes Bedauern wegen der bewaffneten Intervention von außen in die inneren Angelegenheiten Kamputscheas", und „forderte die unverzügliche Zurückziehung aller ausländischen Streitkräfte aus Kamputschea, rief alle Länder auf, sich aller Akte oder Androhung von Aggression und aller Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Südostasiens" zu enthalten. (Resolution 34/22 vom 14. November 1979).

2. In der Resolution über Zypern hebt die Vollversammlung „erneut ihre volle Unterstützung der Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Integrität, Einheit und Nichtpaktgebundenheit der Republik Zypern hervor, und fordert erneut die Einstellung jeder fremden Einmischung in ihre Angelegenheiten". (Resolution 34/30 vom 20. November 1979).

3. In der Resolution über die Spannung zwischen Iran und und den USA unterstreicht der Sicherheitsrat unter anderem die „Verpflichtung der Staaten, sich in ihren äußeren Angelegenheiten der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit gleichwelchen Landes oder gleichwelcher anderen Methode zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht im Einklang steht". (Resolution 45[illegible] vom 4. Dezember 1979).

4. In der Res[illegible]on über die „Situation in Afghan[illegible] und ihre Implikationen für den in[illegible]rnationalen Frieden und die Sicherhe[illegible]" bewirkt die Voll-



Regierungs- und Staatsoberhäupter, die an der Konferenz der Blockfreien in Colombo 1976 teilgenommen haben

„Theorien", „Erklärungen" gegeben, die sie rechtfertigen und legalisieren sollen. Schließlich hat noch niemals jemand eine Aggression durchgeführt und dabei zugegeben, daß er eine Aggression durchgeführt hat, und noch niemand hat eine militärische Intervention oder eine andere Art der Einmischung durchgeführt und dabei zugegeben, daß er es aus eigennützigen, großmächtigen, ausbeuterischen, hegemonistischen, imperialistischen Motiven und Interessen getan hat. Würde man alle „Erklärungen" der Aggressionen und Interventionen akzeptieren – weil jeder sich immer nur „verteidigt" – dann würde es auf einmal kei-

oder jenes Protektorats oder Patronats schweben.

IV

In diesem ganzen Zusammenhang bedeutet der Standpunkt der nichtpaktgebundenen Länder – der ganz kategorisch in den Deklarationen des V. und des VI. Gipfeltreffens formuliert wurde: gegen jede Intervention und Einmischung, gleich von wo und gleich unter welcher Ausrede sie kommen; der schon in der Deklaration des I. Gipfeltreffens vorgebracht wurde: daß jeder Versuch, den Völkern dieses oder jenes gesellschaftliche oder politische System mit Gewalt und von außen auf-

gung, der „Demokratie" oder des „Fortschritts" versieht, so daß sich damit, auf einmal, wie mit einem Zauberstab, das Negative in Positives verwandelt, und daß auf dieser Grundlage das Akzeptieren der Verletzung der Prinzipien im Namen „höherer Ziele" verlangt wird. Die internationalen Beziehungen, die Prinzipien, auf denen sie beruhen, sind moralisch nicht neutral wie die Algebra, in der es genügt, vor den Klammern in der Gleichung nur das Vorzeichen zu verändern, so daß damit automatisch alle Werte innerhalb der Klammern verändert werden. Genauso wird dieses Problem nicht dadurch gelöst, daß man – wegen der

versammlung unter anderem folgendes:

– „Sie bestätigt das unveräußerliche Recht aller Völker, ihre eigene Zukunft zu bestimmen und ihre eigene Form der Macht zu wählen, ohne Einmischung von außen.“

– „Sie erinnert an ihre Resolutionen über die Stärkung der internationalen Sicherheit, über die Unzulässigkeit der Intervention in innere Angelegenheiten der Staaten.“

– „Sie verurteilt scharf die unlängst erfolgte militärische Intervention in Afghanistan, die mit diesem Prinzip nicht im Einklang gestanden hat.“ (Bemerkung: im vorgegangenen Paragraphen heißt es, daß die „Achtung der Souveränität, territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates ein fundamentales Prinzip der UNO-Charta ist und daß gleichwelche Verletzung dieses Prinzips unter gleichwelchem Prätext zu den Zielen und Prinzipien (der Charta) im Gegensatz steht.)

– „Sie appelliert an alle Länder, die Souveränität, territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit und den nichtpaktgebundenen Charakter Afghanistans zu achten und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes zu enthalten.“

– „Sie verlangt die unverzügliche, bedingungslose und totale Zurückziehung der ausländischen Truppen aus Afghanistan, damit sein Volk seine eigene Form der Macht bestimmen und sein wirtschaftliches, politisches und Gesellschaftssystem wählen kann, frei von der Intervention von außen, von Subversion, Druck oder Beschränkung gleichwelcher Art.“ (Resolution ES-6/2 vom 14. Januar 1980).

VII

Die Politik der Nichtpaktgebundenheit, die Prinzipien, für die sie sich einsetzt, realisieren ihr Wirken nicht nur im Rahmen der Versammlungen blockfreier Länder, der Arbeit ihrer Organe oder durch die Vereinten Nationen. Sie wirken auch durch das Auftreten und die Aktivität einzelner nichtpaktgebundener Länder auf der internationalen Bühne überhaupt sowie im Rahmen verschiedener regionaler Organisationen, anderer Versammlungen u.ä. Natürlich nicht immer und überall mit den gleichen Resultaten, der gleichen Reinheit und Komplettheit des Ausdrucks – aber jeder aufmerksame Beobachter des zeitgenössischen internationalen Lebens kann nicht umhin, zu bemerken, wie sehr sich die Berufung auf die wesentlichen Prinzipien und Positionen der Politik der Nichtpaktgebundenheit ausgedehnt hat. Hier können nur einige Beispiele, bei weitem nicht alle, illustrationshalber genannt werden.

Natürlich verdient die Gipfelkonferenz afrikanischer Länder (Algier, Mali, Mauretanien, Libyen, Niger und Tschad) der Sahara-Region, die selbstverständlich alle nichtpaktgebunden sind, besondere Aufmerksamkeit. Auf diesem Gipfeltreffen, das unlängst in

Subversion, Druck oder Beschränkung gleichwelcher Art.“ (Resolution ES-6/2 vom 14. Januar 1980).

VII

Die Politik der Nichtpaktgebundenheit, die Prinzipien, für die sie sich einsetzt, realisieren ihr Wirken nicht nur im Rahmen der Versammlungen blockfreier Länder, der Arbeit ihrer Organe oder durch die Vereinten Nationen. Sie wirken auch durch das Auftreten und die Aktivität einzelner nichtpaktgebundener Länder auf der internationalen Bühne überhaupt sowie im Rahmen verschiedener regionaler Organisationen, anderer Versammlungen u.ä. Natürlich nicht immer und überall mit den gleichen Resultaten, der gleichen Reinheit und Komplettheit des Ausdrucks – aber jeder aufmerksame Beobachter des zeitgenössischen internationalen Lebens kann nicht umhin, zu bemerken, wie sehr sich die Berufung auf die wesentlichen Prinzipien und Positionen der Politik der Nichtpaktgebundenheit ausgedehnt hat. Hier können nur einige Beispiele, bei weitem nicht alle, illustrationshalber genannt werden.

Natürlich verdient die Gipfelkonferenz afrikanischer Länder (Algier, Mali, Mauretanien, Libyen, Niger und Tschad) der Sahara-Region, die selbstverständlich alle nichtpaktgebunden sind, besondere Aufmerksamkeit. Auf diesem Gipfeltreffen, das unlängst in
Bamako stattfand, wurde eine politische Deklaration angenommen, die ein sehr impressives Dokument der Nichtpaktgebundenheit ist. Ich will nur einige Stellen aus ihr ausführen, die mit dem Thema dieses Artikels in engerer Verbindung stehen:

– „Die Staats- und Regierungschefs erinnerten an ihre tiefe Ergebenheit gegenüber den Prinzipien und der Politik der Nichtpaktgebundenheit, und äußerten große Besorgnis wegen der gefährlichen Verschlechterung der internationalen Situation“;

– „Sie verurteilen die Politik der Teilung der Welt in Einflußsphären, indem sie erachten, daß sie dem Streben der Völker nach wahrer Unabhängigkeit sowie der Souveränität der Staaten und der Demokratisierung der internationalen Beziehungen nicht entspricht“;

– „Sie erachten, daß die nichtpaktgebundenen Länder ihre Anstrengungen verdoppeln müssen, zwecks internationaler Entspannung und Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt“;

– „Sie erachten ferner, daß die Zurückziehung ausländischer Truppen und die Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte von den Territorien afrikanischer und nichtpaktgebundener Länder einen entscheidenden Beitrag zur Festigung der Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen darstellen, und gleichzeitig zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder“.

In der Schlußakte der Sondertagung der Außenminister der Islamischen Konferenz, die im Januar 1980 in Islamabad stattgefunden hat, wird unter anderem „die sowjetische bewaffnete Intervention gegen den moslemischen und nichtpaktgebundenen Afghanistan verurteilt“ und ferner gesagt:

„Inspiriert von den Prinzipien der Charta der Organisation der Islamischen Konferenz und im Einklang mit den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit und der Charta der Vereinten Nationen verurteilt die Konferenz Pressionen aller Art. Sie weist jene westlichen Länder, die versuchen, die neue, duch die sowjetische bewaffnete Intervention in Afghanistan entstandene Situation auszunützen, auf die unheilvollen Folgen ihrer Politik hin, was eine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit darstellen würde“.

Es könnten noch viele andere Beispiele angeführt werden.

VIII

Während der Zeit, da dieser Artikel geschrieben wurde, Ende Februar und im Verlauf des März, fand und findet weiterhin in New York die verlängerte Serie von Plenarsitzungen der Gruppe aller nichtpaktgebundenen Länder auf Botschafterniveau, bzw. auf dem Niveau der ständigen Vertreter in der UNO statt. Das Thema dieser Treffen und die außerordentlich lebhafte Debatte, an der sich bisher die Vertreter von über fünfzig nichtpaktgebundenen Ländern beteiligt haben, ist unter anderem die ernste und sehr besorgniserregende Verschlechterung der internationalen Situation, die Verschärfung der internationalen Spannungen im ganzen, die hervorgerufen wurde durch die wachsende Gewaltanwendung, durch militärische Interventionen, Einmischung in innere Angelegenheiten der Länder, nicht durch die Lösung sondern durch Verschärfung einer Reihe der bestehenden und den Ausbruch neuer Krisen und Krisenherde, durch die Verschärfung der Stellung der Entwicklungsländer und die Nichtlösung akuter wirtschaftlicher Probleme, durch den neuen Zyklus des Wettrüstens usw. Behandelt werden die Situation im Nahen Osten, im Süden Afrikas, im Golf, im Mittleren Osten, in Zentralasien, in Afghanistan, im Indischen Ozean, in Südostasien, in Kamputschea usw.

In der bisherigen Debatte haben die Vertreter nichtpaktgebundener Länder ihre Anschauungen über die verschiedenen Aspekte der heutigen internationalen Situation und einzelne Ereignisse vorgebracht, die sie kennzeichnen. Wie immer auf den Versammlungen nichtpaktgebundener Länder ist die Debatte demokratisch, offen, und immer zeichnen sich Standpunkte, Linie, Orientierung ab, die vom größten Teil der nichtpaktgebundenen Länder von Anfang an befolgt werden. Den Presseberichten zufolge würden beachtete Standpunkte einer großen Zahl nichtpaktgebundener Länder aus allen Regionen anführen, die mit dem Thema dieses Artikels unmittelbarer zu tun haben:

– Die nichtpaktgebundenen Länder sollen die Doktrin der Nichtpaktge-

dung, durch militärische Interventionen, Einmischung in innere Angelegenheiten der Länder, nicht durch die Lösung sondern durch Verschärfung einer Reihe der bestehenden und den Ausbruch neuer Krisen und Krisenherde, durch die Verschärfung der Stellung der Entwicklungsländer und die Nichtlösung akuter wirtschaftlicher Probleme, durch den neuen Zyklus des Wettrüstens usw. Behandelt werden die Situation im Nahen Osten, im Süden Afrikas, im Golf, im Mittleren Osten, in Zentralasien, in Afghanistan, im Indischen Ozean, in Südostasien, in Kamputschea usw.

In der bisherigen Debatte haben die Vertreter nichtpaktgebundener Länder ihre Anschauungen über die verschiedenen Aspekte der heutigen internationalen Situation und einzelne Ereignisse vorgebracht, die sie kennzeichnen. Wie immer auf den Versammlungen nichtpaktgebundener Länder ist die Debatte demokratisch, offen, und immer zeichnen sich Standpunkte, Linie, Orientierung ab, die vom größten Teil der nichtpaktgebundenen Länder von Anfang an befolgt werden. Den Presseberichten zufolge würden beachtete Standpunkte einer großen Zahl nichtpaktgebundener Länder aus allen Regionen anführen, die mit dem Thema dieses Artikels unmittelbarer zu tun haben:

– Die nichtpaktgebundenen Länder
sollen die Doktrin der Nichtpaktgebundenheit durchsetzen und sich an sie halten, nicht aber an manche anderen „Doktrinen“. Diese Doktrin befreit die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit von allen Blöcken und Großmächten und von allen Pressionen. Sie weist entschieden die Versuche der Umwandlung der nichtpaktgebundenen Länder in Zonen gleich wessen Einflusses zurück. Die nichtpaktgebundenen Länder in den Vereinten Nationen sind verpflichtet, gegen jede Intervention zu stimmen, ungeachtet dessen, aus welcher Richtung sie kommt.

– Die militärische Intervention in innere Angelegenheiten eines Landes kann nicht als „innere Angelegenheit dieses Landes“ betrachtet werden, sondern ist eine Angelegenheit, mit der sich die ganze internationale Gemeinschaft befassen muß.

– Die Politik der Nichtpaktgebundenheit ist eine Kraft, die sich dem Aufzwingen des Willens der Großmächte anderen gegenüber entgegenstellt. Die Großmächte entwickeln stets ihre Theorie darüber, was Intervention ist, je nach Bedarf. Wenn die gegnerische Macht eine Intervention durchführt, dann ist das Einmischung, wenn sie sie selbst durchführt, dann ist das Hilfe.

– Die nichtpaktgebundenen Länder dürfen keine doppelten Kriterien bei der Bewertung der Gewaltanwendung zu lassen, sondern müssen sich für eine internationale Ordnung einsetzen, die auf dem internationalen Rechte, auf der UNO-Charta und den Prinzipien der Politik der Nichtpaktgebundenheit beruht. Sie dürfen es nicht zulassen, daß die Großmächte mit ihnen manipulieren und ihnen ihre Interessen aufzwingen.

– In der Diskussion über die Verschlechterung der internationalen Beziehungen und über die Rolle der Nichtpaktgebundenen in einer solchen Situation, sowie in Aktionen, die man in Verbindung damit zu unternehmen beabsichtigt, sollen die nichtpaktgebundenen Länder ständig vor Augen haben, daß sie zur Wahrung und Förderung des Friedens und der universellen Detente beitragen, die auf der Unabhängigkeit der Völker und Länder beruht, sowie zur Verhinderung der immer umfangreicheren Gewaltanwendung, besonders in Form ausländischer militärischer Intervention und Einmischung.

– In der heute aufgekommenen internationalen Situation gibt es keine dringendere Notwendigkeit, als es das Unternehmen von Aktionen und die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft gegen die Politik der Intervention, der Gewaltanwendung und die Politik der Interessensphären sind. Die nichtpaktgebundenen Länder müssen, wie auch immer bisher, der Katalysator solcher Mobilisierung sein.

IX

Auf den erwähnten Treffen der Gruppe aller nichtpaktgebundenen Länder in New York wurde der Aktion der nichtpaktgebundenen Länder für die Annahme der Deklaration über die Unzulässigkeit der Intervention und Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten ein zentraler ein zentraler Platz eingeräumt. Im Einklang mit dem Beschluß der VI. Gipfelkonferenz hat die Gruppe der nichtpaktgebundenen Länder den Entwurf einer solchen Deklaration auf der vorjährigen XXXIV. ordentlichen Tagung der UNO-Vollversammlung vorgebracht. Das ist ein sehr inhaltsreiches Dokument, das die notwendigen Prinzipien, Definitionen und Standpunkte erfaßt, und das die bisher kompletteste Zusammenfassung aller Erfahrungen, Erkenntnisse und der progressiven Entwicklung des Bewußtseins und Gewissens der Menschheit darstellt, die im Kampf gegen alle Arten von Intervention und Einmischung, für die Achtung und Festigung aller Aspekte einer wahren und nicht nur formalen Unabhängigkeit, territorialen Integrität, Souveränität und Gleichberechtigung der Länder realisiert worden sind.

Mit einer besonderen Resolution der Generalversammlung ist die Bildung einer offenen ad hoc Arbeitsgruppe des Ersten Komitees der Generalversammlung zum Beginn der bevorstehenden diesjährigen XXXV. Tagung der Vollversammlung vorgesehen, zwecks Bearbeitung und Vervollkommnung des Deklarationstextes.

Es ist das Ziel der nichtpaktgebundenen Länder, daß eine solche Deklaration auf der XXXV. Tagung der Vollversammlung auch angenommen wird.

Die ganze Bedeutung dieser Aktion der nichtpaktgebundenen Länder kommt noch mehr zum Ausdruck in der gegenwärtigen Situation, da eine

Deklaration auf der vorjährigen XXXIV. ordentlichen Tagung der UNO-Vollversammlung vorgebracht. Das ist ein sehr inhaltsreiches Dokument, das die notwendigen Prinzipien, Definitionen und Standpunkte erfaßt, und das die bisher kompletteste Zusammenfassung aller Erfahrungen, Erkenntnisse und der progressiven Entwicklung des Bewußtseins und Gewissens der Menschheit darstellt, die im Kampf gegen alle Arten von Intervention und Einmischung, für die Achtung und Festigung aller Aspekte einer wahren und nicht nur formalen Unabhängigkeit, territorialen Integrität, Souveränität und Gleichberechtigung der Länder realisiert worden sind.

Mit einer besonderen Resolution der Generalversammlung ist die Bildung einer offenen ad hoc Arbeitsgruppe des Ersten Komitees der Generalversammlung zum Beginn der bevorstehenden diesjährigen XXXV. Tagung der Vollversammlung vorgesehen, zwecks Bearbeitung und Vervollkommnung des Deklarationstextes.

Es ist das Ziel der nichtpaktgebundenen Länder, daß eine solche Deklaration auf der XXXV. Tagung der Vollversammlung auch angenommen wird.

Die ganze Bedeutung dieser Aktion der nichtpaktgebundenen Länder kommt noch mehr zum Ausdruck in der gegenwärtigen Situation, da eine
ganze Reihe internationaler Faktoren, die wegen der Eskalation der Spannung besorgt sind, betonen, daß in erster Linie die nichtpaktgebundenen Länder der internationalen Gemeinschaft helfen können, die entstandene Krise zu überwinden, indem ihre Ursachen abgeschafft werden. Sie weisen dabei auf die Unerläßlichkeit eines internationalen Instruments hin, mit dem die Großmächte, wie auch alle anderen, sich zur Enthaltung von jeder Intervention verpflichten würden.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit insistierte im Verlaufe ihrer Entwicklung konsequent auf der Anwendung der Prinzipien, die die grundlegenden Rechte und Pflichten der Staaten zum Ausdruck bringen, die eine politische und Rechtsgrundlage der Politik der aktiven und friedlichen Koexistenz sind. Für die nichtpaktgebundenen Länder wie auch für die ganze internationale Gemeinschaft ist die Verteidigung der internationalen Ordnung von entscheidender Bedeutung, entgegen der Politik der Gewalt und groben Verletzung der grundlegenden Prinzipien der internationalen Beziehungen. Alle Formen der Verletzung der Nichtpaktgebundenheit stellen auch eine Bedrohung der Grundlagen dar, auf denen die internationale Ordnung beruht. Deshalb verdienen jene Aktionen in der UNO ausdrückliche Unterstützung, die die weitere Ausarbeitung und Konkretisierung der akzeptierten internationalrechtlichen Leitsätze und Verhaltensregeln zwischen Staaten zum Ziele haben, wie es das die Verabschiedung der Deklaration über die Unzulässigkeit der Intervention und Einmischung in innere Angelegenheiten der Staaten ist.


„Mit Unterstützung der OAU werden die Völker vom Zimbabwe, Namibia und Azania siegen“ steht auf dem Transparent anläßlich der OAU-Tagung in Lomé der Hauptstadt Togos


Vergebens waren die Versuche der Sozialimperialisten, die Blockfreienbewegung für ihre Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu gewinnen. Die große Mehrheit der Mitglieder stimmte für die UN-Resolution 34/22


Sowohl die OAU als auch die Blockfreienbewegung erkennen das Selbstbestimmungsrecht des eritreanischen Volkes an. Durch seine wachsende Abhängigkeit von der SU und seine Aggression gegen Eritrea hat sich das Mengistu-Regime in der 3. Welt isoliert


Vergebens waren die Versuche der Sozialimperialisten, die Blockfreienbewegung für ihre Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu gewinnen. Die große Mehrheit der Mitglieder stimmte für die UN-Resolution 34/22


Sowohl die OAU als auch die Blockfreienbewegung erkennen das Selbstbestimmungsrecht des eritreanischen Volkes an. Durch seine wachsende Abhängigkeit von der SU und seine Aggression gegen Eritrea hat sich das Mengistu-Regime in der 3. Welt isoliert


Der Stiefellecker der SU, Babrak Karmal, findet mit seinen „Neutralisierungsvorschlägen“ für Afghanistan kein Gehör bei der Mehrheit der Blockfreienbewegung. Dem kämpfenden afghanischen Volk gilt ihre Solidarität


Der heroische Kampf des iranischen Volkes hat dem US-Imperialismus seine größte Niederlage seit Vietnam bereitet. Jetzt gilt es die Interventionsabsichten beider Supermächte zu vereiteln und den Erfolg der Revolution zu sichern



Buren auf dem Treck, als mobiles Einsatzkommando der englischen Kolonialherren bereiteten sie mit Landraub und Vertreibung der afrikanischen Bevölkerung die Kolonisierung des südlichen Afrikas vor.





Die afrikanischen Völker und Stämme führten von Anbeginn einen erbitterten Widerstandskrieg gegen die Kolonialisten, Aufstand im Sudan 1883 / Soldaten der algerischen Befreiungsarmee in den 50er Jah-

„Ein Tiger proklamiert nicht seine Tigritude, er springt!“

z.bew. Vor 12 Jahren war auf der Frankfurter Buchmesse der Friedenspreis des deutschen Buchhandels an Leopold Sedar Senghor, Staatspräsident von Senegal, Lyriker und einer der wichtigsten Theoretiker der Négritude, der erste breite Teile Afrikas umfassenden Kulturbewegung, verliehen worden. Die Buchmesse 1980 hat den Themenschwerpunkt Schwarzafrika, den Friedenspreis bekommt Ernesto Cardenal, Priester, Dichter, Mitglied der Sandinistischen Befreiungsfront und der Regierung Nicaraguas.

In Afrika kam in dieser Zwischenzeit ein grundlegender Wandel zum Abschluß. Das Joch des Kolonialismus ist nahezu vollständig abgeworfen. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes war die letzte Bastion des britischen Kolonialbesitzes in Afrika zerstört. In einem langandauernden Befreiungskampf hatten sich die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien, Guinea-Bissau, Mocambique und Angola die politische Unabhängigkeit erkämpft, wie zuvor in den 50er und 60er Jahren die Völker der ehemaligen französischen, britischen und belgischen Kolonien. Namibia und Azania sind die letzten Kolonialbastionen in Afrika. Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit Afrikas versuchen die Imperialisten durch neokoloniale Abhängigkeit die jungen afrikanischen Staaten ihren ökonomischen, politischen und strategischen Interessen zu unterwerfen. Dabei ist den Völkern Afrikas mit dem Sozialimperialismus ein gefährlicherer Feind entstanden, als es die alten Kolonialmächte waren. In seinem Ringen mit den anderen Supermacht stachelt er in Afrika beständig Kriege an, schürt Unruhe und schickt seine Söldner, über die Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten und die Beherrschung ehemaliger Befreiungsbewegungen plündert er einzelne Staaten bis aufs Blut.

Leopold S. Senghor war der Friedenspreis des deutschen Buchhandels als Repräsentant der Négritude (wörtlich: Neger-sein) überreicht worden, jener ersten breiten Kulturbewegung des kolonisierten Afrikas, die die Grenzen der einzelnen Kolonien und Stämme überwunden hatte und die die Rückbesinnung auf die afrikanische Kulturtradition propagierte als Teil des Kampfes gegen den Kolonialismus. Entstanden nach dem 2. Weltkrieg prägte die Négritude die afrikanische Literatur bis in die 60er Jahre. Ihre Anklage war aber beschränkt auf die kulturelle Unterdrückung durch den Kolonialismus und den damit verknüpften Rassismus, ohne die ökonomischen und politischen Grundlagen des Kolonialsystems anzugreifen und ebnete in dieser Beschränkung einen Teil des Weges für die Durchsetzung neokolonialer Herrschaftspläne der Imperrialisten. „Die Négritude, besonders in der Art Senghors, wuchs aus einer eher neidischen Bewunderung der technologischen und kulturellen Errungenschaften Europas. Was sie anklagten, war der dem westlichen System innewohnende Rassismus, der die aus der afrikanischen Welt entwurzelten Senghorianer hinderte, voll an der Herrlichkeit teilzuhaben. So warfen sie einen kritischen Blick auf die verschlossene Türe und den echt europäischen Gentleman, der sie bewachte. Sie waren entsetzt. Der Gentleman

In Afrika kam in dieser Zwischenzeit ein grundlegender Wandel zum Abschluß. Das Joch des Kolonialismus ist nahezu vollständig abgeworfen. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes war die letzte Bastion des britischen Kolonialbesitzes in Afrika zerstört. In einem langandauernden Befreiungskampf hatten sich die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien, Guinea-Bissau, Mocambique und Angola die politische Unabhängigkeit erkämpft, wie zuvor in den 50er und 60er Jahren die Völker der ehemaligen französischen, britischen und belgischen Kolonien. Namibia und Azania sind die letzten Kolonialbastionen in Afrika. Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit Afrikas versuchen die Imperialisten durch neokoloniale Abhängigkeit die jungen afrikanischen Staaten ihren ökonomischen, politischen und strategischen Interessen zu unterwerfen. Dabei ist den Völkern Afrikas mit dem Sozialimperialismus ein gefährlicherer Feind entstanden, als es die alten Kolonialmächte waren. In seinem Ringen mit den anderen Supermacht stachelt er in Afrika beständig Kriege an, schürt Unruhe und schickt seine Söldner, über die Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten und die Beherrschung ehemaliger Befreiungsbewegungen plündert er einzelne Staaten bis aufs Blut.

Leopold S. Senghor war der Friedenspreis des deutschen Buchhandels als Repräsentant der Négritude (wörtlich: Neger-sein) überreicht worden, jener ersten breiten Kulturbewegung des kolonisierten Afrikas, die die Grenzen der einzelnen Kolonien und Stämme überwunden hatte und die die Rückbesinnung auf die afrikanische Kulturtradition propagierte als Teil des Kampfes gegen den Kolonialismus. Entstanden nach dem 2. Weltkrieg prägte die Négritude die afrikanische Literatur bis in die 60er Jahre. Ihre Anklage war aber beschränkt auf die kulturelle Unterdrückung durch den Kolonialismus und den damit verknüpften Rassismus, ohne die ökonomischen und politischen Grundlagen des Kolonialsystems anzugreifen und ebnete in dieser Beschränkung einen Teil des Weges für die Durchsetzung neokolonialer Herrschaftspläne der Imperrialisten. „Die Négritude, besonders in der Art Senghors, wuchs aus einer eher neidischen Bewunderung der technologischen und kulturellen Errungenschaften Europas. Was sie anklagten, war der dem westlichen System innewohnende Rassismus, der die aus der afrikanischen Welt entwurzelten Senghorianer hinderte, voll an der Herrlichkeit teilzuhaben. So warfen sie einen kritischen Blick auf die verschlossene Türe und den echt europäischen Gentleman, der sie bewachte. Sie waren entsetzt. Der Gentleman
hatte Muskeln aus Stahl, eine Brust aus Eisen und Beine aus Nylon ... Aber was sie am meisten erstaunte, war nicht die wirtschaftliche, politische oder selbst menschliche Ausbeutung ihres Kontinents durch den europäischen Monopolkapitalismus und Imperialismus, sondern etwas, was sie als Mangel an Menschlichkeit, Gefühl, Rhythmus und Blut seitens des weißen Mannes betrachteten. Die Négritude wurde in Europa geboren. Sie war ein Bündel von Werten, die als Ergänzung zu den eisernen Gentlemans gesehen wurden. Für Leopold Sedar Senghor war es die ‚Hefe, die das weiße Mehl braucht' ...“, so der bekannteste Schriftsteller Ostafrikas, der Kenianer Ngugi wa Thiongó.

Der Kampf um die Befreiung Afrikas und die Herausbildung der jungen Nationalstaaten hat die Literatur Afrikas verändert. „Ein Tiger proklamiert nicht seine Tigritude, er springt“ (Wole Soyinka), war die Antwort der ostafrikanischen Schriftsteller auf die Forderung zur Besinnung auf die traditionellen Werte. Die Négritude als einflußreiche Kulturrichtung ist tot. An ihre Stelle ist eine neue Literatur getreten, die nicht in der Symbiose von afrikanischer Kulturtradition und europäischer Zivilisation ihr Ziel sieht, sondern in der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes und des nationalen Aufbaus. Der im Londoner Exil lebende azanische Schriftsteller Lewis Nkosi formuliert die „Rolle, die von den Schriftstellern im Rahmen des sich entwickelnden Kampfes für die Befreiung des Südlichen Afrika übernommen werden kann. Zwei verschiedene Phasen sind dabei zu unterscheiden: 1. Die Phase des unmittelbaren Befreiungskampfes, zu der der Versuch der Schriftsteller gehört, den revolutionären Impulsen, die auch von ihnen empfunden werden, in Flugblättern, Gedichten, Romanen und Theaterstücken Ausdruck zu verleihen. 2. Die Phase des Wiederaufbaus, die sich an die erfolgreiche Beendigung des Befreiungskrieges anschließt und in der den Schriftstellern nicht nur die Aufgabe zukommt, den Leiden und den Freuden der nationalen Wiedergeburt Ausdruck zu verleihen, sondern ebenso der Auftrag, sich als kritisches Gewissen für die Nation zu konstituieren.“ (Africa, 7.7.1980, zit. n. Börsenblatt 70/1980)

Schwarzafrika als Schwerpunktthema der diesjährigen Buchmesse ist Ausdruck des gesteigerten Interesses an der Literatur des vom Kolonialismus befreiten Afrikas. Erfreulich auch, daß die bürgerlichen Verlage daran nicht vorbeigehen können und zu der Masse von Büchern *über* Afrika afrikanische Autoren zunehmend übersetzt und so den Volksmassen zugänglich werden.

„Tatsächlich haben die meisten Befreiungsbewegungen damit ihren Anfang genommen, daß sie die Kultur der Kolonialmacht zurückgewiesen haben. Dabei haben sie die Religion der Unterdrückernation und -klasse verworfen und das ganze Bildungssystem abgelehnt. Die Völker schaffen ihre eigenen Lieder, Gedichte, Tänze, Literaturen. Diese verkörpern ein Wertsystem, das sich demjenigen der Kolonialmacht dialektisch entgegensetzt. Oft werden die Lieder der Kolonisatoren aufgenommen, aber sie erhalten einen völlig anderen Inhalt, eine andere Vortragsweise und neue Betonung.“ (Ngugi wa Thiongó)

„In unser altes Afrika bricht ein neuer Morgen“

Afrikanische Literatur in deutschen Übersetzungen

z.bew. Als sich die Wochenzeitung „Die Zeit“ vor knapp zwei Jahren von sechs prominenten Germanisten und Literaturwissenschaftlern „Die hundert Bücher der Weltliteratur“ zusammenstellen ließ, die seit dieser Zeit fortlaufend besprochen werden, befand sich darunter kein Werk aus Afrika, Lateinamerika oder Asien. Trotz dieses gebündelten Hochmutes, der Kultur nur im europäischen und nordamerikanischen Sprachenraum gelten lassen will, zumindest nur wenn sie von dort kommt, „Weltliteratur“ sein kann, gibt es ein steigendes Interesse an der Literatur aus der Dritten Welt, das sich jetzt nach südamerikanischer und chinesischer Literatur zunehmend auch auf Literatur aus Afrika erstreckt und dem die Verlage Rechnung tragen.

Der Neger vom Dienst. Afrikanische Erzählungen, hrsg. v. Rüdiger Jestel, Frankfurt (edition Suhrkamp 1028) 1980 (14,00 DM)

Der Sammelband enthält 21 Erzählungen afrikanischer Schriftsteller aus 12 verschiedenen Ländern aus der Zeit zwischen dem Ende der 60er und dem Ende der 70er Jahre.

Die Titelgeschichte von Abdou Anta Ka aus Senegal, dessen Staatsoberhaupt Senghor ist, schildert die Herausbildung einer neuen, schwarzen Bourgeoisie in dem unabhängig gewordenen Staat. Einer Bourgeoisie, die sich immer weiter von den Bauern und Arbeitern entfernt hat und zur Marionette des Imperialismus geworden ist. Der senegalesische Leiter einer Handelskette erkennt seine Rolle und will am Ende der Erzählung ausbrechen. „Nachdem er sich von neuem eingegossen und das Glas in einem Zug ge-

ses gebündelten Hochmutes, der Kultur nur im europäischen und nordamerikanischen Sprachenraum gelten lassen will, zumindest nur wenn sie von dort kommt, „Weltliteratur“ sein kann, gibt es ein steigendes Interesse an der Literatur aus der Dritten Welt, das sich jetzt nach südamerikanischer und chinesischer Literatur zunehmend auch auf Literatur aus Afrika erstreckt und dem die Verlage Rechnung tragen.

Der Neger vom Dienst. Afrikanische Erzählungen, hrsg. v. Rüdiger Jestel, Frankfurt (edition Suhrkamp 1028) 1980 (14,00 DM)

Der Sammelband enthält 21 Erzählungen afrikanischer Schriftsteller aus 12 verschiedenen Ländern aus der Zeit zwischen dem Ende der 60er und dem Ende der 70er Jahre.

Die Titelgeschichte von Abdou Anta Ka aus Senegal, dessen Staatsoberhaupt Senghor ist, schildert die Herausbildung einer neuen, schwarzen Bourgeoisie in dem unabhängig gewordenen Staat. Einer Bourgeoisie, die sich immer weiter von den Bauern und Arbeitern entfernt hat und zur Marionette des Imperialismus geworden ist. Der senegalesische Leiter einer Handelskette erkennt seine Rolle und will am Ende der Erzählung ausbrechen. „Nachdem er sich von neuem eingegossen und das Glas in einem Zug ge-
leert hatte, fuhr er fort: ‚Ich bin reich, sehr reich. Ich verdiene im Monat fünfzigmal mehr als ein senegalesischer Bauer in einem ganzen Jahr. Es wird immer mehr Leute dieser Sorte geben, diese Neger vom Dienst.' Nach einer Pause: ‚Ich muß eine Entscheidung treffen. Die einzige seit zehn Jahren, weil, glaub mir, ein Neger vom Dienst nie eine Entscheidung trifft. Der Neger vom Dienst verlängert die Kolonialherrschaft. Das ist alles. Und er wird dafür entsprechend bezahlt.“ Die Erzählung steht nicht nur am Anfang und gibt dem Buch seinen Titel, weil sie das Themenspektrum der Sammlung umreißt, sie ist auch charakteristisch für die Darstellung der Lösungswege der geschilderten Probleme, des individuellen Auswegs und letztlich des Scheiterns. „‚Was für eine Entscheidung hast du getroffen?' ‚Frei zu sein. Schon morgen. Ich werde eine Firma für Leder und Häute gründen. Ich weiß, sie wird nicht lange machen. Die anderen sind zu stark. Sie verfügen über die Banken, die Transportmittel, über alles. Doch ich werde mir sagen können: Ich habe versucht, frei zu sein.' “

In den meisten der ausgewählten Erzählungen wird nur ein individueller Weg zur Überwindung der auftretenden Widersprüche gezeigt. Die Massen sind ohnmächtig und ihr Scheitern scheint notwendig, etwa wenn bei einem Autounfall sich der Haß auf die weißen Unterdrücker in Zimbabwe darin äußert, daß der Autofahrer zum Mörder abgestempelt wird, obwohl er nicht schuld war und die Ankläger wissen, daß er freigesprochen wird (Der Unfall), oder daß die Frau sich gegen die Unterdrückung durch den Mann nur dadurch wehren kann, daß sie ihn ermordet und dafür lebenslänglich ins Gefängnis muß (Die Schatzsammlerin). Nur selten, wie in „Die junge Saat“, wird der gemeinschaftliche Kampf, hier die kooperative Landarbeit, als einzig möglicher Weg aufgezeigt. Von daher ist es auch bezeichnend, daß ein Großteil der Geschichten von Slums, Prostitution, Alkoholismus und verlumpten Existenzen handelt. Nicht, daß diese Probleme beschönigt werden sollen, indem man sie in der Literatur verschweigt, aber die Auswahl und Gewichtung führt dazu,

weiß, sie wird nicht lange machen. Die anderen sind zu stark. Sie verfügen über die Banken, die Transportmittel, über alles. Doch ich werde mir sagen können: Ich habe versucht, frei zu sein.' “

In den meisten der ausgewählten Erzählungen wird nur ein individueller Weg zur Überwindung der auftretenden Widersprüche gezeigt. Die Massen sind ohnmächtig und ihr Scheitern scheint notwendig, etwa wenn bei einem Autounfall sich der Haß auf die weißen Unterdrücker in Zimbabwe darin äußert, daß der Autofahrer zum Mörder abgestempelt wird, obwohl er nicht schuld war und die Ankläger wissen, daß er freigesprochen wird (Der Unfall), oder daß die Frau sich gegen die Unterdrückung durch den Mann nur dadurch wehren kann, daß sie ihn ermordet und dafür lebenslänglich ins Gefängnis muß (Die Schatzsammlerin). Nur selten, wie in „Die junge Saat“, wird der gemeinschaftliche Kampf, hier die kooperative Landarbeit, als einzig möglicher Weg aufgezeigt. Von daher ist es auch bezeichnend, daß ein Großteil der Geschichten von Slums, Prostitution, Alkoholismus und verlumpten Existenzen handelt. Nicht, daß diese Probleme beschönigt werden sollen, indem man sie in der Literatur verschweigt, aber die Auswahl und Gewichtung führt dazu,
daß sie zu dem übergewichtigen Problem werden, vor dem die afrikanischen Völker stehen, wodurch zudem der Weg zur Lösung dieser Aufgaben verstellt wird. Natürlich ist es so, daß sich in manchen afrikanischen Staaten eine nationale Bourgeoisie herausgebildet hat, die oft das Geschäft der Imperialisten betreibt und die Volksmassen unterdrückt, betrügt und ausplündert. Nur herrscht eine solche Bourgeoisie nur in wenigen Staaten Afrikas, die Mehrzahl der Staaten führt einen entschiedenen Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und das Hegemoniestreben der Supermächte, was aber nur in dem Maße möglich ist, wenn die Arbeiter und Bauern gemeinsam mit der nationalen Bourgeoisie das Land aufbauen. In den ausgewählten Erzählungen gibt es diesen einheitlichen Kampf nicht, dafür werden nur die negativen Beispiele dargestellt (Ein Mercedesbegräbnis, Fixionen).

Trotz dieser Kritik ist es ein lesenswertes Buch, da durch die Erzählungen ein Teil der Wirklichkeit und der Vielfalt der Probleme auf dem Weg der afrikanischen Staaten deutlich wird: der Widerspruch zwischen Stadt und Land, der Zusammenprall von überkommenen, traditionellen Werten und den Anforderungen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, wie der Reichtum der afrikanischen Kultur, die Produktionsverhältnisse und die Lebensweise.

Lesebuch Afrika, in: Lesebuch Dritte Welt, hrsg. von Lothar Lutze u.a. Wuppertal (Hammer Verlag) 1980, 2. Auflage (10,00 DM)

Der Abschnitt Afrika enthält 22 Kurzgeschichten und Gedichte afrikanischer Schriftsteller. Zeitliche Angaben über die Entstehung der jeweiligen Stücke gibt es nicht. Thematisch behandeln sie die Situation in den afrikanischen Staaten vor und nach der politischen Unabhängigkeit.

Während die ersten abgedruckten Stücke das erwachende Selbstbewußtsein der afrikanischen Völker und den beginnenden antikolonialen Befreiungskampf lehrreich schildern (so die Parabel „Der Adler“ von James Aggrey oder die Gedichte von Patrice Lumumba und Michel Kayoya), verflacht die Auswahl der Stücke zusehends. Die Kritik am Kolonialismus und Imperia-

Trotz dieser Kritik ist es ein lesenswertes Buch, da durch die Erzählungen ein Teil der Wirklichkeit und der Vielfalt der Probleme auf dem Weg der afrikanischen Staaten deutlich wird: der Widerspruch zwischen Stadt und Land, der Zusammenprall von überkommenen, traditionellen Werten und den Anforderungen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft, wie der Reichtum der afrikanischen Kultur, die Produktionsverhältnisse und die Lebensweise.

Lesebuch Afrika, in: Lesebuch Dritte Welt, hrsg. von Lothar Lutze u.a. Wuppertal (Hammer Verlag) 1980, 2. Auflage (10,00 DM)

Der Abschnitt Afrika enthält 22 Kurzgeschichten und Gedichte afrikanischer Schriftsteller. Zeitliche Angaben über die Entstehung der jeweiligen Stücke gibt es nicht. Thematisch behandeln sie die Situation in den afrikanischen Staaten vor und nach der politischen Unabhängigkeit.

Während die ersten abgedruckten Stücke das erwachende Selbstbewußtsein der afrikanischen Völker und den beginnenden antikolonialen Befreiungskampf lehrreich schildern (so die Parabel „Der Adler“ von James Aggrey oder die Gedichte von Patrice Lumumba und Michel Kayoya), verflacht die Auswahl der Stücke zusehends. Die Kritik am Kolonialismus und Imperia-
lismus in den Ländern vor der Unabhängigkeit und im jetzigen Azania wird weitgehend reduziert auf die brutale Unterdrückung durch die Weißen, auf Apartheidpolitik, rassistische Willkür und Polizeiterror. Folglich sind es in den wenigsten Stücken die sozialen Interessen der Bauern und Arbeiter, für die der Kampf aufgenommen wird, sondern ist es das Streben nach Gleichberechtigung und Aufhebung der Rassenschranken, wobei die Grundlagen des Kolonialismus, imperialistischer Landraub und Ausbeutung, verborgen bleiben und es soweit geht, als den Hö-

„Der Student aus einem Kolonialland war drei Arten von europäischer Literatur ausgesetzt, und dies auf drei verschiedene Weisen.

Da war erstens die große europäische Literatur, das Produkt der besten und sensibelsten Denker der europäischen Kultur ... Aber wie konnte es anders sein: Ihre Definition der gesellschaftlichen Realität war in ihrer europäischen Geschichte, Rasse, Kultur und Klasse verankert ... Die andere Art von Literatur versuchte, die kolonisierte Welt für den weißen Kolonialisten zu erklären. Dies war die ausgesprochen rassistische Literatur ... Die letzte Gruppe von Schriftstellern, die ich erwähnen möchte, sind jene, die sich bemühen, die afrikanische Welt wohlwollend zu behandeln, entweder weil sie das liberale weiße Gewissen ansprechen wollen, oder ganz einfach, um Afrika für die Afrikaner zu interpretieren. Aber selbst unter jenen erscheint das Bild Afrikas immer noch in negativen Begriffen ... Liberalismus war immer die verzuckerte Ideologie des Imperialismus, es vermittelt den Ausgebeuteten die Illusion, es gebe friedliche Lösungen und einen schmerzlosen Ausweg aus der imperialistischen Gewalt, die nicht Gewalt genannt wird, sondern Recht und Ordnung. Der Liberalismus verwischt alle antagonistischen Klassenwidersprüche, alle Widersprüche zwischen imperialistischer Herrschaft und dem nationalen Befreiungskampf. Er sieht nur in der revolutionären Gewalt des letzteren und nicht in der reaktionären Gewalt der ersteren eine Degradierung der Menschlichkeit. Und nirgends tritt der Liberalismus so klar in Erscheinung wie in der Roman-Literatur.“

(Ngugi wa Thiongó: Literatur als Beleidigung, Nairobi 1978, zit.n. Imfeld, a.a.O. S. 42ff)

„Die Beherrschung einer Nation mit Waffengewalt heißt in erster Linie, die Waffen zur Zerstörung, oder mindestens zu Neutralisierung oder Lähmung, ihrer Kultur zu erheben. Solange ein Teil des Volkes zu einem kulturellen Leben fähig ist, ist der Fortbestand der Fremdherrschaft nicht gesichert. Bei jeder Gelegenheit, je nach den inneren und äußeren Gegebenheiten, die die Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft bestimmen, wird die kulturelle Opposition unausrottbar neue Formen (politische, ökonomische, militärische) annehmen und wird tendenziell zu einer ernsthaften Herausforderung für Fremdherrschaft. Ideale Voraussetzungen für Fremdherrschaft ob imperialistisch oder nicht, gibt es nur unter zwei Bedingungen: Entweder Liquidation der gesamten Bevölkerung des beherrschten Landes, um damit alle Möglichkeiten des kulturellen Widerstandes auszuschließen – oder sich im Lande zu etablieren, ohne dabei die Kultur des beherrschten Volkes zu stören; d.h. dieses Volk wirtschaftlich und politisch zu beherrschen, ohne dessen kulturelle Persönlichkeit zu berühren.

Die erste Hypothese bedeutet Völkermord und schafft eine Lücke, die der Fremdherrschaft ihren Gegenstand wegnimmt: das beherrschte Volk. Die zweite Hypothese ist in der Geschichte noch nie eingetreten. Aufgrund aller





ren / „Hände weg von Afrika! Afrika muß frei sein!" Konferenz der Völker Afrikas in Accra, Ghana 1958 / Azania und Namibia sind die letzten Kolonialbastionen auf dem afrikanischen Kontinent. Nach der Befreiung Zimbabwes konzentriert sich die Unterstützung der Völker Afrikas auf den Befreiungskampf in Namibia und Azania. Kämpfer der SWAPO in Namibia.

hepunkt der „Emanzipation" die sexuelle Beziehung zu einem weißen Mädchen zu preisen. So etwa in „Zwielicht" von Can Themba: „Die ganze Atmosphäre ist vergiftet von der generellen Mißbilligung durch den weißen Mann. Für Dinge, gegen die er kein Gesetz hat, zieht er ein Gesicht der Verachtung, das uns fertig macht. Hier liegt das Hauptverbrechen des weißen Mannes gegen meine Rasse. Durch diese Haltung wird die Brillanz des Geistes, werden die echten Gaben des guten Willens, über die so viele einzelne verfügen, zunichte gemacht. Das verteufelte Ethos schnürt mir immer noch die Kehle zu ... Ich räche mich. Ich nehme mir selbst weiße Mädchen. – Das ist nicht leicht, und außerdem ist es gefährlich. Aber ihr Kerle sitzt hier rum und flennt. Holt euch doch auch weiße Mädchen. Schlagt zurück."

Auf die meisten Stücke, die nach der Unabhängigkeit spielen, trifft die gleiche Kritik zu, wie auf die Auswahl in dem Suhrkampverlag. Die zynische und einseitige Darstellung geht in manchen Stücken noch weiter. Es scheint, daß alle Großstädte ein einziger Sündenpfuhl sind, die Regierungen allesamt Marionetten der Imperialisten, die von Geheimdiensten mit Geld und goldenen Betten für ihre Mätressen bestochen werden und die das Volk betrügen und ausnehmen. Die Massen sind auch noch so dumm, ihnen zuzujubeln. Nur in Ansätzen kommt in einigen Stücken die Notwendigkeit und die Möglichkeit zum Widerstand zum Ausdruck. Aber dadurch, daß die Auswahl weitgehend nur auf die negativen Seiten abhebt, wird das Bild der Schüler über Afrika (das Lesebuch Dritte Welt ist gedacht für den Unterricht) geprägt durch die Einschätzung, daß die Unabhängigkeit nichts gebracht hat außer einer Fortsetzung des Elends und der Unterdrückung. Das ist umso bedauerlicher, als der gleiche Verlag in

Ich nehme mir selbst weiße Mädchen. – Das ist nicht leicht, und außerdem ist es gefährlich. Aber ihr Kerle sitzt hier rum und flennt. Holt euch doch auch weiße Mädchen. Schlagt zurück."

Auf die meisten Stücke, die nach der Unabhängigkeit spielen, trifft die gleiche Kritik zu, wie auf die Auswahl in dem Suhrkampverlag. Die zynische und einseitige Darstellung geht in manchen Stücken noch weiter. Es scheint, daß alle Großstädte ein einziger Sündenpfuhl sind, die Regierungen allesamt Marionetten der Imperialisten, die von Geheimdiensten mit Geld und goldenen Betten für ihre Mätressen bestochen werden und die das Volk betrügen und ausnehmen. Die Massen sind auch noch so dumm, ihnen zuzujubeln. Nur in Ansätzen kommt in einigen Stücken die Notwendigkeit und die Möglichkeit zum Widerstand zum Ausdruck. Aber dadurch, daß die Auswahl weitgehend nur auf die negativen Seiten abhebt, wird das Bild der Schüler über Afrika (das Lesebuch Dritte Welt ist gedacht für den Unterricht) geprägt durch die Einschätzung, daß die Unabhängigkeit nichts gebracht hat außer einer Fortsetzung des Elends und der Unterdrückung. Das ist umso bedauerlicher, als der gleiche Verlag in
seiner Reihe Dialog Afrika eine Reihe afrikanischer Romane veröffentlicht hat, die das Gegenteil zeigen.

Schwarzer Orpheus. Moderne Dichtung afrikanischer Völker beider Hemisphären. Ausgewählt und übertragen von Janheinz Jahn, München (dtv 1586) 1980 2. Auflage. (7,80DM)

Bei dieser Sammlung von Gedichten handelt es sich um eine Neuherausgabe, die erstmals 1954 in deutsch erschienen ist. Entstanden sind die Gedichte in der Mehrzahl Anfang der 50er Jahre und im wesentlichen geprägt von der Négritude. Wo sie über der Darstellung mythischer Riten und Sitten hinausgehen, vermitteln sie eine Rückbesinnung auf die eigene Kultur und Tradition der afrikanischen Völker, als Mittel zur Herausbildung von Selbstbewußtsein in dem Kampf um Anerkennung als gleichberechtigte Menschen:

„O ja, du willst mich meiner Freiheit berauben
Doch wird das nicht sein
Und du zweifelst nicht dran
Denn ich bin ein Mensch
Ein Wurzelesser und Blätteresser
Im-Sitzen-Pisser
Lendentuchträger
Und alles was du noch willst
Denn das ist es ja nicht, was den Menschen ausmacht
Der Mensch ist das Herz
Und ich weiß mein Herz zu verschenken
der Mensch ist Würde
Und ich habe welche
Der Mensch ist Verstand
Und ich habe welchen
Der Mensch ist Ehre
Und ich habe welche
Und deshalb
Verlange ich
Meinen Anteil
Meinen Anteil
An Freiheit
Einen Anteil so groß wie der deine
Denn wie du bin ich ein *Mensch*"
(Mamadou Traoré: Ich bin ein Mensch)

Nur in Ansätzen und in wenigen Gedichten findet sich in dieser Sammlung afrikanischer Lyrik eine Kritik am Kolonialismus, die über die rassische Benachteiligung und Unterdrückung hinausgeht und damit Bewußtsein vermittelt über die ökonomischen und politischen Grundlagen des Rassismus, ohne daß der Kampf um Emanzipation auf der Stufe einer Bürgerrechtsbewegung stehen bleibt.

„Die Zeit der Qualen

Und alles was du noch willst
Denn das ist es ja nicht, was den Menschen ausmacht
Der Mensch ist das Herz
Und ich weiß mein Herz zu verschenken
der Mensch ist Würde
Und ich habe welche
Der Mensch ist Verstand
Und ich habe welchen
Der Mensch ist Ehre
Und ich habe welche
Und deshalb
Verlange ich
Meinen Anteil
Meinen Anteil
An Freiheit
Einen Anteil so groß wie der deine
Denn wie du bin ich ein *Mensch*"
(Mamadou Traoré: Ich bin ein Mensch)

Nur in Ansätzen und in wenigen Gedichten findet sich in dieser Sammlung afrikanischer Lyrik eine Kritik am Kolonialismus, die über die rassische Benachteiligung und Unterdrückung hinausgeht und damit Bewußtsein vermittelt über die ökonomischen und politischen Grundlagen des Rassismus, ohne daß der Kampf um Emanzipation auf der Stufe einer Bürgerrechtsbewegung stehen bleibt.

„Die Zeit der Qualen

Der Weiße hat meinen Vater getötet,
mein Vater war stolz.
Der Weiße hat meine Mutter geschändet,
meine Mutter war schön.
Der Weiße hat meinen Bruder unter
die Sonne der Straßen gekrümmt,
mein Bruder war stark.
Der Weiße hat seine geröteten Hände,
gerötet von schwarzem Blut,
mir zugewandt
mit Herrenstimme:
‚He Boy! Einen Knaben, ein Handtuch und Wasser!' "
(David Diop)

Selbst solche Gedichte, die die elementaren Erfahrungen des Kolonialismus widerspiegeln, finden sich in diesem Gedichtband selten. Von Interesse ist diese Anthologie lediglich, um eine überwundene Stufe afrikanischer Literatur kennzulernen.

Al Imfeld: Verlernen, was mich stumm macht. Lesebuch zur afrikanischen Kultur, Zürich (Unionsverlag) 1980 (26,00 DM).

Das Buch besteht aus einer Sammlung von Reden und aufsätzen, über die Entwicklung und die Aufgaben afrikanischer Kultur.

Dazwischen sind Gedichte, Lieder und Ausschnitte aus Erzählungen abgedruckt. Anders als in den oben genannten Sammlungen wird hier ein repräsentativer Überblick über die verschiedensten Richtungen und Zeiträume afrikanischer Kultur gegeben. Das politische Spektrum reicht von Leopold Senghors Darlegung „Was ist Négritude" bis zu einem Interview mit Dzingai Mutumbuka, Mitglied des Zentralkomitee der ZANU und Erziehungsminister von Zimbabwe, über die Aufgaben der Erziehungsarbeit im Befreiungskampf.

In vielen der abgedruckten Dokumente bleibt die Kritik am Imperialismus nicht auf der Stufe der Klage über Ungerechtigkeit stehen, sondern weist auf die Grundlagen hin und zeigt die Mittel, wie der Kampf dagegen zu führen ist und welche Bedeutung dabei die Literatur und die gesamte Kultur hat. (siehe unten abgedruckte Dokumente) Ohne die Vielzahl von Problemen und Widersprüchen zu verschweigen, bekommt man durch die Sammlung ein Bild, nicht nur über die Schwierigkeiten, sondern auch über die Ansätze und Wege zu ihrer Behebung und die Erfolge dabei. Dadurch, daß die Beispiele von Senegal bis Zimbabwe reichen, Vertreter der unterschiedlichsten

Dazwischen sind Gedichte, Lieder und Ausschnitte aus Erzählungen abgedruckt. Anders als in den oben genannten Sammlungen wird hier ein repräsentativer Überblick über die verschiedensten Richtungen und Zeiträume afrikanischer Kultur gegeben. Das politische Spektrum reicht von Leopold Senghors Darlegung „Was ist Négritude" bis zu einem Interview mit Dzingai Mutumbuka, Mitglied des Zentralkomitee der ZANU und Erziehungsminister von Zimbabwe, über die Aufgaben der Erziehungsarbeit im Befreiungskampf.

In vielen der abgedruckten Dokumente bleibt die Kritik am Imperialismus nicht auf der Stufe der Klage über Ungerechtigkeit stehen, sondern weist auf die Grundlagen hin und zeigt die Mittel, wie der Kampf dagegen zu führen ist und welche Bedeutung dabei die Literatur und die gesamte Kultur hat. (siehe unten abgedruckte Dokumente) Ohne die Vielzahl von Problemen und Widersprüchen zu verschweigen, bekommt man durch die Sammlung ein Bild, nicht nur über die Schwierigkeiten, sondern auch über die Ansätze und Wege zu ihrer Behebung und die Erfolge dabei. Dadurch, daß die Beispiele von Senegal bis Zimbabwe reichen, Vertreter der unterschiedlichsten
politischen Richtung afrikanischer Staaten zu Wort kommen, und teilweise gegenübergestellt werden, wird die Sammlung annähernd der Wirklichkeit Afrikas gerecht und vermittelt einen recht guten Überblick. Dabei werden eine Reihe von Kenntnissen über die geschichtliche Entwicklung Afrikas, die Bedeutung der Religion und der Sitten, und über die Aufgaben der kulturellen Arbeit vermittelt, die reicht vom Kampf gegen den Analphabetismus bis zur Entwicklung eines eigenen Filmwesens. Trotz des hohen Preises ist es ein lesenswertes Buch.

James Aggrey: Der Adler

Ein Mann ging in einen Wald, um nach einem Vogel zu suchen, den er mit nach Hause nehmen konnte. Er fing einen jungen Adler, brachte ihn heim und steckte ihn in den Hühnerhof zu den Hennen, Enten und Truthühnern. Und er gab ihm Hühnerfutter zu fressen, obwohl er ein Adler war, der König der Vögel.

Nach fünf Jahren erhielt der Mann den Besuch eines naturkundigen Mannes. Und als sie miteinander durch den Garten gingen, sagte der: „Dieser Vogel dort ist kein Huhn, er ist ein Adler!"

„Ja", sagte der Mann, „das stimmt. Aber ich habe ihn zu einem Huhn erzogen. Er ist jetzt kein Adler mehr, sondern ein Huhn, auch wenn seine Flügel drei Meter breit sind."

„Nein", sagte der andere. „Er ist noch immer ein Adler, denn er hat das Herz eines Adlers. Und das wird ihn hoch hinauffliegen lassen in die Lüfte."

„Nein, nein", sagte der Mann, „er ist jetzt ein richtiges Huhn und wird niemals fliegen".

Darauf beschlossen sie, eine Probe zu machen. Der naturkundige Mann nahm den Adler, hob ihn in die Höhe, und sagte beschwörend: „Der du ein Adler bist, der du dem Himmel gehörst und nicht dieser Erde: breite deine Schwingen aus und fliege!"

Der Adler saß auf der hochgereckten Faust und blickte um sich. Hinter sich sah er die Hühner nach ihren Körnern picken, und er sprang zu ihnen hinunter.

Der Mann sagte: „Ich habe dir gesagt, er ist ein Huhn."

„Nein", sagte der andere, „er ist ein Adler. Versuche es morgen noch einmal."

ten gingen, sagte der: „Dieser Vogel dort ist kein Huhn, er ist ein Adler!"

„Ja", sagte der Mann, „das stimmt. Aber ich habe ihn zu einem Huhn erzogen. Er ist jetzt kein Adler mehr, sondern ein Huhn, auch wenn seine Flügel drei Meter breit sind."

„Nein", sagte der andere. „Er ist noch immer ein Adler, denn er hat das Herz eines Adlers. Und das wird ihn hoch hinauffliegen lassen in die Lüfte."

„Nein, nein", sagte der Mann, „er ist jetzt ein richtiges Huhn und wird niemals fliegen".

Darauf beschlossen sie, eine Probe zu machen. Der naturkundige Mann nahm den Adler, hob ihn in die Höhe, und sagte beschwörend: „Der du ein Adler bist, der du dem Himmel gehörst und nicht dieser Erde: breite deine Schwingen aus und fliege!"

Der Adler saß auf der hochgereckten Faust und blickte um sich. Hinter sich sah er die Hühner nach ihren Körnern picken, und er sprang zu ihnen hinunter.

Der Mann sagte: „Ich habe dir gesagt, er ist ein Huhn."

„Nein", sagte der andere, „er ist ein Adler. Versuche es morgen noch einmal."

Am anderen Tag stieg er mit dem Adler auf das Dach des Hauses, hob ihn empor und sagte: „Adler, der du ein Adler bist, breite deine Schwingen aus und fliege!"

Aber als der Adler wieder die scharrenden Hühner im Hofe erblickte, sprang er abermals zu ihnen hinunter und scharrte mit ihnen.

Da sagte der Mann wieder: „Ich habe dir gesagt, er ist ein Huhn."

„Nein", sagte der andere, „er ist ein Adler, und er hat noch immer das Herz eines Adlers. Laß es uns noch ein einziges Mal versuchen; morgen werde ich ihn fliegen lassen."

Am nächsten Morgen erhob er sich früh, nahm den Adler und brachte ihn hinaus aus der Stadt, weit weg von den Häusern an den Fuß eines hohen Berges. Die Sonne stieg gerade auf, sie vergoldete den Gipfel des Berges, jede Zinne erstrahlte in der Freude eines wundervollen Morgens.

Er hob den Adler hoch und sagte zu ihm: „Adler, du bist ein Adler. Du gehörst dem Himmel und nicht dieser Erde. Breite deine Schwingen aus und fliege!"

Der Adler blickte umher, zitterte, als erfülle ihn neues Leben – aber er flog nicht. Da ließ ihn der naturkundige Mann direkt in die Sonne schauen. Und plötzlich breitete er seine gewaltigen Flügel aus, erhob sich mit dem Schrei eines Adlers, flog höher und höher und kehrte nie wieder zurück. Er war ein Adler, obwohl er wie ein Huhn aufgezogen und gezähmt worden war!

Völker Afrikas! Wir sind geschaffen nach dem Ebenbilde Gottes, aber Menschen haben uns gelehrt, wie Hühner zu denken, und noch denken wir, wir seien wirklich Hühner, obwohl wir Adler sind. Breitet eure Schwingen aus und fliegt! Und seid niemals zufrieden mit den hingeworfenen Körnern.

(aus: Lesebuch Dritte Welt, Wuppertal 1980, S. 12/13)

René Philobbé: Stolz

Hätte Afrika niemals gelitten,
ich hätte mir
die Haut geschminkt,
um weißer noch zu werden
als der Albatros.

Hätte Afrika niemals geweint,
ich hätte mir das Herz gereinigt,
um nicht den geringsten Abdruck

Der Adler blickte umher, zitterte, als erfülle ihn neues Leben – aber er flog nicht. Da ließ ihn der naturkundige Mann direkt in die Sonne schauen. Und plötzlich breitete er seine gewaltigen Flügel aus, erhob sich mit dem Schrei eines Adlers, flog höher und höher und kehrte nie wieder zurück. Er war ein Adler, obwohl er wie ein Huhn aufgezogen und gezähmt worden war!

Völker Afrikas! Wir sind geschaffen nach dem Ebenbilde Gottes, aber Menschen haben uns gelehrt, wie Hühner zu denken, und noch denken wir, wir seien wirklich Hühner, obwohl wir Adler sind. Breitet eure Schwingen aus und fliegt! Und seid niemals zufrieden mit den hingeworfenen Körnern.

(aus: Lesebuch Dritte Welt, Wuppertal 1980, S. 12/13)

René Philobbé: Stolz

Hätte Afrika niemals gelitten,
ich hätte mir
die Haut geschminkt,
um weißer noch zu werden
als der Albatros.

Hätte Afrika niemals geweint,
ich hätte mir das Herz gereinigt,
um nicht den geringsten Abdruck
seines Namens zu tragen.

Hätte Afrika niemals gekämpft
und gelitten
und geweint
und gekämpft
und gesiegt
ich würde große Scham empfinden,
wirklich große Scham, von ihm zu sprechen
vor der ganzen Welt.

(aus: Al Imfeld: Verlernen, was mich stumm macht, Lesebuch zur afrikanischen Kultur, Zürich 1980, S. 189)

bisherigen Erfahrungen der Menschheitsgeschichte kann man behaupten, daß der zweite Weg nicht gangbar ist."

(Amilcar Cabral: Nationale Befreiung und Kultur, zit. ebenda)

„Ich glaube, wenn Menschen in ihren jeweiligen Regionen und Ländern gegen kulturelle Unterdrückung und Beherrschung kämpfen, haben sie eine grundlegende Gemeinsamkeit mit anderen, die sich woanders im entsprechenden Kampf engagieren. Der Kampf deutscher Arbeiter gegen die innere Beherrschung und Ausbeutung in Deutschland hilft – oder ist zumindest verbunden mit dem Kampf kenianischer Arbeiter gegen die gleiche Unterdrückung durch deutsche multinationale Unternehmen. Der Austausch ‚fortschrittlicher Literatur' – Literatur gegen Unterdrückung, Literatur des Kampfes – kann dazu beitragen, daß immer mehr Menschen begreifen: wir sind nicht allein."

(Interview mit Ngugi wa Thiongó, in „Die Zeit", 11.5.1979)

Der Sieg des Volkes von Zimbabwe hat die imperialistische Kolonialherrschaft in Südafrika geschwächt



Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Azania!

Veranstaltungen:

Frankfurt	1. November
Hamburg	2. November
Hannover	2. November
Köln	3. November
Heidelberg	4. November
Stuttgart	5. November

Es spricht der Vorsitzende des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), Genosse V. L. Make. Der PAC ist eine der beiden Befreiungsbewegungen Azanias, die von der OAU und der UNO anerkannt werden. Im Unterschied zum ANC, der von den Sozialimperialisten abhängig ist und deren Politik unterstützt, ist der PAC eine revolutionäre, unabhängige Befreiungsorganisation, die sich gegen die Machenschaften beider Supermächte im südlichen Afrika richtet.

David Diop: Die Geier

In jenen Tagen,
als Zivilisation uns ins Angesicht schlug,
und Weihwasser spritzte auf unsre gezähmten Stirnen,
erbauten die Geier im Schatten ihrer Fänge
den Zeiten der Unmündigkeit ein blutiges Monument.
In jenen Tagen,
ersterbendes Gelächter in der metallischen Hölle der Straßen,
und der monotone Rhythmus der Paternoster
ertränkte das Heulen auf den Pflanzungen des Profits.
O bittres Erinnern an entrissene Küsse,
Versprechen, verstümmelt im Schock der Maschinengewehre,
an furchtbare Menschen, die ihr nicht Menschen wart,
ihr kanntet alle Bücher und keine Liebe.
Doch wir, deren Hände den Leib der Erde befruchten,
die Wurzeln unsrer Hände, wie die Revolte tief
trotz eurer Hochmutslieder inmitten von Leichenhäusern,
verheerten Dörfern des zerrißnen Afrika
lebte Hoffnung in uns wie in einer Zitadelle,
und von den Minen Swasilands
bis zum sauren Schweiß der Hüttenwerke Europas
wird der Frühling fleischen erstehn unter den Schritten der Helle.

(aus: Al Imfeld: Verlernen, was mich stumm macht, Lesebuch zur afrikanischen Kultur, Zürich 1980, S. 69)

Tutanchamun-Ausstellung in Köln

r.bep. Obwohl die Ausstellung nun seit fast drei Monaten täglich 14 Stunden geöffnet ist, bilden sich fast jeden Tag mehrere Hundert Meter lange Schlangen vor den Eingängen, warten Besucher manchmal stundenlang auf Einlaß, zahlen die hohen Preise für Eintritt und Katalog. In der Ausstellung, die auch noch in München, Hannover und Hamburg gezeigt werden wird, sind 55 Stücke aus den insgesamt über 5000 Einzelstücke zählenden Grabbeigaben des Pharao Tutanchamun zu sehen, die vom Ägyptischen Museum in Kairo zur Verfügung gestellt wurden.

Bereits die Entdeckung des Grabs im 1922 (dem Jahr der formellen Unabhängigkeit Ägyptens) war zur Sensation gemacht worden. Sicher stimmt, was im Vorwort des Katalogs steht: „Der hohe Zivilisationsstand des alten Ägypten, wie er durch die Grabausstattung sichtbar wurde, stärkte das Selbstbewußtsein des modernen Ägypten und stärkte das Ringen um die nationale Unabhängigkeit". Aber bei der Sensationsmache um den Fund ging es nicht um historische Erklärung des „hohen Zivilisationsstands", sondern darum, seine Zeugnisse mit der Aura des Einmaligen, Geheimnisvollen und Unerklärlichen zu umgeben. Leider vermeidet das auch die Ausstellung nicht. Die Einzelstücke stehen weitgehend beziehungslos nebeneinander; lediglich ihre jeweilige Verwendung oder symbolische Bedeutung ist erklärt. Die Ausstellungsstücke sind Ausdruck des damals fortgeschrittensten Stand der handwerklichen Produktion; bildende Kunst und spezialisiertes (Luxus-)Handwerk waren noch weitgehend identisch, aber über die Entwicklung der handwerklichen Techniken usw. erfährt man nichts; geschweige über die gesellschaftlichen Verhältnisse jener Zeit, die Entwicklung der materiellen Produktion, die diese Entfaltung der Kultur erst ermöglichte, und über das Leben der Volksmassen.

Der Pharao Tutanchamun

Tutanchamuns Regierung fällt in die letzte Blütezeit des Alten Ägypten (s. Zeittafel), das durch durch Eroberungen im Norden und in Vorderasien unter Führung seiner Vorgänger zum größten Reich der damaligen Welt geworden ist. Zu seiner Zeit sind Klassengesellschaft und Staat in Ägypten bereits über anderthalb Jahrtausende alt und hat Ägypten bereits zwei Verfallszeiten durchgemacht. Schon unter Tutanchamuns Vorgängern beginnen sich die inneren Widersprüche erneut geltend zu machen; sie äußern sich diesmal vor allem in der Form von Machtkämpfen zwischen den Königen und der Priesterschaft. Tutanchamuns (wahrscheinlicher) Vater Echnaton drängte den vorherrschenden Kult des Stadtgottes von Theben, Amun, zu-

diglich ihre jeweilige Verwendung oder symbolische Bedeutung ist erklärt. Die Ausstellungsstücke sind Ausdruck des damals fortgeschrittensten Stand der handwerklichen Produktion; bildende Kunst und spezialisiertes (Luxus-)Handwerk waren noch weitgehend identisch, aber über die Entwicklung der handwerklichen Techniken usw. erfährt man nichts; geschweige über die gesellschaftlichen Verhältnisse jener Zeit, die Entwicklung der materiellen Produktion, die diese Entfaltung der Kultur erst ermöglichte, und über das Leben der Volksmassen.

Der Pharao Tutanchamun

Tutanchamuns Regierung fällt in die letzte Blütezeit des Alten Ägypten (s. Zeittafel), das durch durch Eroberungen im Norden und in Vorderasien unter Führung seiner Vorgänger zum größten Reich der damaligen Welt geworden ist. Zu seiner Zeit sind Klassengesellschaft und Staat in Ägypten bereits über anderthalb Jahrtausende alt und hat Ägypten bereits zwei Verfallszeiten durchgemacht. Schon unter Tutanchamuns Vorgängern beginnen sich die inneren Widersprüche erneut geltend zu machen; sie äußern sich diesmal vor allem in der Form von Machtkämpfen zwischen den Königen und der Priesterschaft. Tutanchamuns (wahrscheinlicher) Vater Echnaton drängte den vorherrschenden Kult des Stadtgottes von Theben, Amun, zu-
rück, entmachtete die Amun-Priesterschaft und führte eine Art Monotheismus des Sonnengottes Aton ein. Aus der Regierungszeit Tutanchamuns sind keine bedeutenden Ereignisse bekannt – bis auf die Restauration des Kultus des Amun und der Macht der Amun-Priester, die zwei Jahrhunderte später die Herrschaft in Oberägypten an sich reißen. Tutanchamun wird mit etwa 8 Jahren zum König ausgerufen. Als er ca. 9 Jahre später stirbt, wird er offenbar hastig beigesetzt. Sein Grab ist das kleinste der Königsgräber im Tal bei Theben. Seine Bedeutung hat es nur dadurch bekommen, daß es als einziges Königsgrab nicht ausgeplündert worden ist.

Gesellschaftliche Verhältnisse im Alten Ägypten

In Mesopotamien und Ägypten sind die ersten uns bekannten Klassengesellschaften und Staaten der Geschichte entstanden. Kennzeichen ihrer Produktionsweise ist die Ausbeutung von Bauern durch einen zentralisierten, despotischen Staatsapparat. Als es nach einer schon jahrtausendelangen Entwicklung des Ackerbaus gelingt, das Überschwemmungsland in den Flußebenen nutzbar zu machen, wird zum ersten Mal ein Mehrprodukt erzeugt, das es ermöglicht, eine größere Zahl von Menschen zu ernähren, die selbst nicht in der unmittelbaren materiellen Produktion tätig sind. Die ersten Formen von Klassenherrschaft entwickeln sich noch auf Grundlage des Gemeineigentums am Boden. Stammesführer, Kriegshäuptlinge, Priester und andere Personen, die mit der Wahrnehmung bestimmter gesellschaftlicher Funktionen betraut sind, setzen sich an die Stelle des Gemeinwesens oder über das Gemeinwesen, für das sie ursprünglich handelten. Der Despot oder die Priesterschaft beanspruchen das Obereigentum an Grund und Boden und zwingen die Produzenten, vor allem die Bauern, zur Ablieferung des Mehrprodukts. Die Entstehung solcher Herrschaftsformen wird umso mehr gefördert, und der Herrschaftsanspruch wird umso zwingender, je mehr die Produktionsweise und die Naturverhältnisse gemeinschaftliche Arbeiten auf großem Maßstab unter einheitlichem Kommando erfordern – wie in Ägypten die Regulierung der Bewässerung. Sklavenarbeit kommt nur nebenher vor; entscheidende Ausbeutungsform ist die allgemeine Arbeitspflicht und Tributpflicht der Bauern (die vor allem in den Jahreszeiten, wo keine Feldarbeiten zu verrichten sind, zu öffentlichen Arbeiten, eingeschlossen den Bau von Tempeln und Palästen usw. herangezogen werden). Diese Ausbeutung der Bauern, die dem Despotismus weitgehend schutzlos ausgeliefert sind, liefert die materielle Basis für die glänzende Zivilisation der herrschenden Klassen. Aber die isolierte Produktionsweise und ständige Verelendung der Bauern führen zugleich zu einem ständigen Kreislauf von Stagnation, Krise, Aufständen, Zerfall und Wiederherstellung der gleichen Verhältnisse. Alle Stürme der politischen Wolkenregionen, einschließlich der späteren, bis ins 20. Jahrhundert währenden wechselnden Fremdherrschaften lassen die ökonomischen Grundelemente dieser Gesellschaft im Wesentlichen unberührt.

Zeittafel

ca. 3100 v. Chr. Unter- und Oberägypten zu einem Reich vereinigt. Bewässerung der Flußränder durch Stichkanäle. Erfindung des Pflugs. Verbreitung der Bronzebearbeitung. Hieroglyphenschrift, 12er Zahlensystem. Ent-

ten auf großem Maßstab unter einheitlichem Kommando erfordern – wie in Ägypten die Regulierung der Bewässerung. Sklavenarbeit kommt nur nebenher vor; entscheidende Ausbeutungsform ist die allgemeine Arbeitspflicht und Tributpflicht der Bauern (die vor allem in den Jahreszeiten, wo keine Feldarbeiten zu verrichten sind, zu öffentlichen Arbeiten, eingeschlossen den Bau von Tempeln und Palästen usw. herangezogen werden). Diese Ausbeutung der Bauern, die dem Despotismus weitgehend schutzlos ausgeliefert sind, liefert die materielle Basis für die glänzende Zivilisation der herrschenden Klassen. Aber die isolierte Produktionsweise und ständige Verelendung der Bauern führen zugleich zu einem ständigen Kreislauf von Stagnation, Krise, Aufständen, Zerfall und Wiederherstellung der gleichen Verhältnisse. Alle Stürme der politischen Wolkenregionen, einschließlich der späteren, bis ins 20. Jahrhundert währenden wechselnden Fremdherrschaften lassen die ökonomischen Grundelemente dieser Gesellschaft im Wesentlichen unberührt.

Zeittafel

ca. 3100 v. Chr. Unter- und Oberägypten zu einem Reich vereinigt. Bewässerung der Flußränder durch Stichkanäle. Erfindung des Pflugs. Verbreitung der Bronzebearbeitung. Hieroglyphenschrift, 12er Zahlensystem. Ent-
wicklung von Klassengesellschaft und Staat

2650 – 2134 Altes Reich. Bau der Pyramiden

2040 – 1785 Mittleres Reich

1785 – 1550 Zweite Zwischenzeit. Herrschaft der „Hyksos" (asiatische Nomaden) in Ägypten

1550 – 1175 Neues Reich. Verbreitung der Eisenbearbeitung, zuerst in Vorderasien

ca. 1332 – 1323 Regierungszeit Tutanchamuns

ab 525 unter persischer Herrschaft

332 Alexander der Große von Makedonien erobert Ägypten

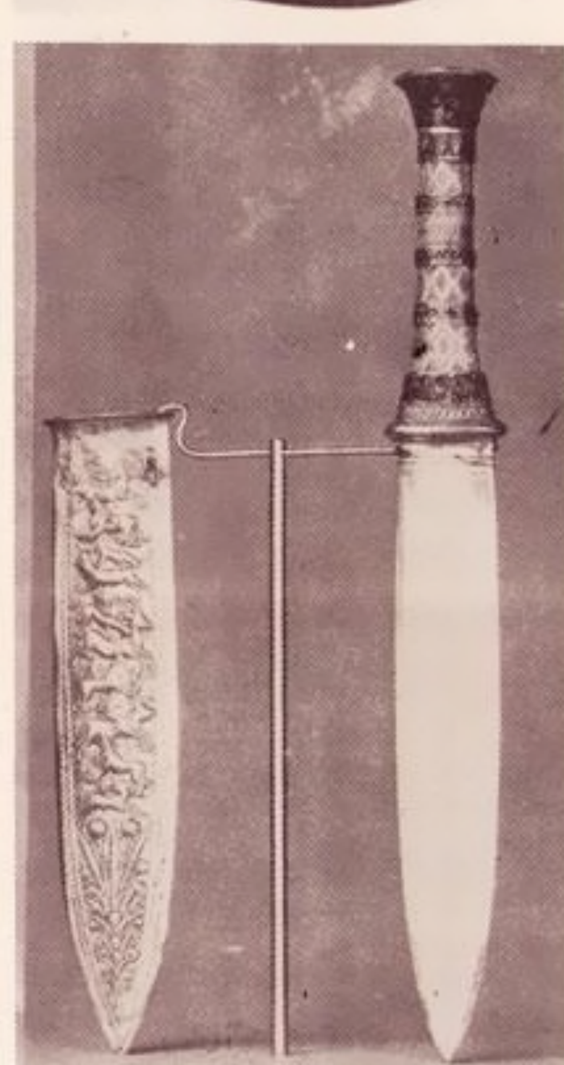
ab 30 v.Chr. römische Provinz

ab 640 n. Chr. Teil des Kalifenreiches

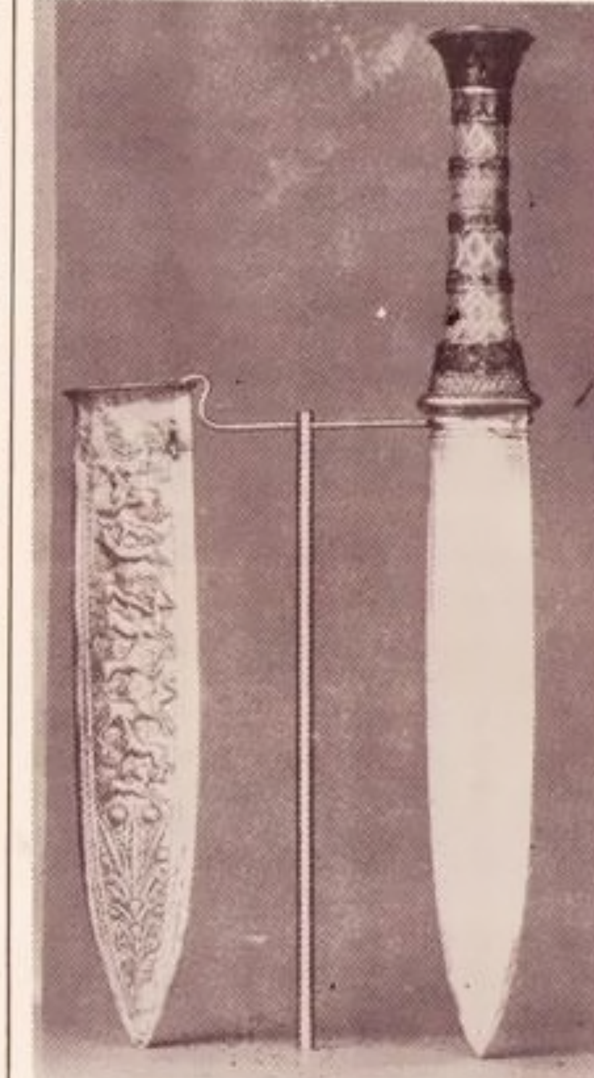
ab 1517 Teil des Osmanischen Reiches

1914 – 1922 Britisches Protektorat, danach staatliche Souveränität













Elend der Bauern

„Man sagt mir, du kümmerst dich nicht um das Schreiben und ergibst dich Vergnügungen, du wendest dein Gesicht den Arbeiten auf dem Felde zu und sinnst nicht über die Schriften nach. Denkst du nicht daran, wie es dem Bauern ergeht, wenn man von seiner Ernte die Steuer berechnet, wenn die Raupen die Hälfte des Korns auf den Feldern vernichtet haben, die Vögel lassen nicht ab zu plündern; das Vieh verschlingt es. Die Sperlinge bringen dem Bauern Mißgeschick. Der Rest schließlich, der auf der Tenne liegt, wird ihm geraubt. Das abgearbeitete Vieh verliert an Wert. Das (Ochsen-)Gespann ist fast gestorben beim Dreschen und Pflügen.

Der Schreiber landet am Ufer, um die Steuer von der Ernte zu berechnen; die Wächter haben Gerten und die Nubier haben Stöcke, und sie sagen: ‚Gib Korn her!', und hat er keins, schlagen sie ihn mit Stöcken, er wird gebunden und in den Kanal geworfen, er taucht bis zum Kopf unter, seine Frau wird vor ihm gebunden, seine Kinder werden gefesselt, seine Nachbarn verlassen sie, sie fliehen, vernichtet wurde ihr Korn! Der Schreiber allein ist es, der alles leitet: Aber wenn er sich nicht mit den Büchern beschäftigt, gibt es kein Glück bei ihm. Wisse das!"

(Text aus einer ägyptischen Schülerhandschrift aus der Zeit des Neuen Reiches. Man gab den künftigen Schreibern, die zu den Staatsbeamten zählten, Belehrungen abzuschreiben, die ihnen auch richtiges Benehmen und eine richtige Einstellung zu ihrem künftigen Beruf beibringen sollten. – Die „Nubier" stellten meist die Angehörigen der Polizei. – Zit. n.: Geschichte der Alten Welt. Chresthomatie, hrsg. v. W.W. Struve: Berlin 1959)

Aufruhr

„Es ist doch so: Bettler sind zu Herren von Schätzen geworden. Wer sich keine Sandalen machen konnte, ist jetzt begütert ... Es ist doch so: Die (Herzen) sind gewaltttätig. Unheil ist im Lande verbreitet. Blut ist überall ... Es ist doch so: Die Reichen sind in Trauer und die Armen in Freude. Jede Stadt sagt: ‚Laßt uns die Starken aus unserer Mitte vertreiben!' Elend herrscht im Lande. Es gibt heutzutage niemand mehr mit weißen Kleidern. Es ist doch so: Das Land kehrt sich wie eine Töpferscheibe. Der Räuber ist ein Herr von Besitztümern. ... Es ist doch so: Die Beamten sind ermordet und ihre Schriftstücke fortgenommen. Wie weh ist mir wegen des Elends der heutigen Zeit! Es ist doch so: Die Gesetzbücher des Gerichtshofes werden auf die Straße geworfen. Man tritt ja darauf herum in den Stadtvierteln. Der aufständische Pöbel zerreißt sie in den Straßen ... Der Wissende sagt: ‚Ja, so ist es!' Der Törichte sagt: ‚Keineswegs!' Der, der die Lage nicht durchschaut, dem scheint sie schön! ...

Seht doch: Dinge haben sich zugetragen, die seit den fernsten Zeiten nicht geschehen sind: Der König ist von dem Pöbel gestürzt worden! Seht doch: Der als Falke bestattet war, ist aus dem Sarge gerissen. Das Geheimnis der Pyramide ist ausgeleert. Seht doch: Es ist soweit gekommen, daß das Land des Königtums beraubt worden ist von ein paar Menschen, die nichts von der Regierung verstehen. Seht doch: Es ist soweit gekommen, daß man sich aufgelehnt hat gegen das machtvolle Schlangendiadem des Re, das die beiden Länder (Ober- und Unterägypten) in Ruhe gehalten hatte ... Seht doch: Die heilige Schlange (das Uräus-Diadem des Königs) ist aus ihrem Versteck gerissen worden! ...

Es ist aber doch schön, wenn die Schiffe stromauf fahren ... Es ist aber doch schön, wenn das Netz gezogen wird und die fetten Vögel zusammengebunden werden ... Es ist aber doch schön, wenn die Arme der Menschen Pyramiden erbauen, wenn Teiche gegraben werden und Baumpflanzungen angelegt für die Götter ... Es ist aber doch schön, wenn Jubel herrscht und die Magnaten der Provinzen dastehen und dem fröhlichen Treiben auf ihren Gütern zusehen, fein gekleidet, mit gepflegtem Äußeren und festem Herzen. Es ist aber doch schön, wenn die Betten bereitet sind und die Kopfstützen der Edlen dazugefügt, wie es sich gehört, wenn das Bedürfnis jeden Mannes befriedigt ist durch eine Ruhestatt im Schatten und die Tür geschlossen wird gegen den, der im Busche schläft."

(Literarischer Papyrustext, der nach einigen Interpretationen die Unruhen beschreibt, die zum Ende des Alten Reiches führten; sein dokumentarischer Wert ist allerdings umstritten. – Die Gedichte sind Ipuwer in den Mund gelegt, anscheinend einem vermögenden Adligen, der seinen Haß gegen die Aufrüher ausdrückt. – Zit. n. Chresthomatie, a.a.O.)



nicht durchschaut, dem scheint sie schön! ...

Seht doch: Dinge haben sich zugetragen, die seit den fernsten Zeiten nicht geschehen sind: Der König ist von dem Pöbel gestürzt worden! Seht doch: Der als Falke bestattet war, ist aus dem Sarge gerissen. Das Geheimnis der Pyramide ist ausgeleert. Seht doch: Es ist soweit gekommen, daß das Land des Königtums beraubt worden ist von ein paar Menschen, die nichts von der Regierung verstehen. Seht doch: Es ist soweit gekommen, daß man sich aufgelehnt hat gegen das machtvolle Schlangendiadem des Re, das die beiden Länder (Ober- und Unterägypten) in Ruhe gehalten hatte ... Seht doch: Die heilige Schlange (das Uräus-Diadem des Königs) ist aus ihrem Versteck gerissen worden! ...

Es ist aber doch schön, wenn die Schiffe stromauf fahren ... Es ist aber doch schön, wenn das Netz gezogen wird und die fetten Vögel zusammengebunden werden ... Es ist aber doch schön, wenn die Arme der Menschen Pyramiden erbauen, wenn Teiche gegraben werden und Baumpflanzungen angelegt für die Götter ... Es ist aber doch schön, wenn Jubel herrscht und die Magnaten der Provinzen dastehen und dem fröhlichen Treiben auf ihren Gütern zusehen, fein gekleidet, mit gepflegtem Äußeren und festem Herzen. Es ist aber doch schön, wenn die Betten bereitet sind und die Kopfstützen der Edlen dazugefügt, wie es sich gehört, wenn das Bedürfnis jeden Mannes befriedigt ist durch eine Ruhestatt im Schatten und die Tür geschlossen wird gegen den, der im Busche schläft."

(Literarischer Papyrustext, der nach einigen Interpretationen die Unruhen beschreibt, die zum Ende des Alten Reiches führten; sein dokumentarischer Wert ist allerdings umstritten. – Die Gedichte sind Ipuwer in den Mund gelegt, anscheinend einem vermögenden Adligen, der seinen Haß gegen die Aufrüher ausdrückt. – Zit. n. Chresthomatie, a.a.O.)



Links (von oben nach unten): Uschbeti, „Antworter" für den Pharao im Jenseits: „... wenn ich aufgerufen und abgezählt werde ... die Felder sprießen zu lassen, die Ufer zu bewässern und den Sand vom Osten zum Westen zu tragen, dann sollst Du sagen: Hier bin ich!" – Dolch mit gehärteter Goldklinge und goldener Scheide – Ablieferung von Gänsen a Tribut an den Herrscher. Der Schre ber legt die Abrechnung vor – Ve prügeln eines Bauern, der die Abgabe nicht geleistet hat (diese beiden Bilde stammen aus anderen Gräbern der 18 Dynastie) – Rechts: Gürtelschnalle Der Pharao im Kampfwagen besieg Libyer und Nubier.